

Österreich hat eine neue Regierung

Foto: HBF / Carina Karlovits / Peter Lechner



Am 7. Jänner 2020 gelobte Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) Sebastian Kurz als Bundeskanzler der neuen Regierung an. *Lesen Sie weiter auf der Seite 55.*

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

auch unser Land ist nicht vor Corona-Erkrankungen gefeit, weshalb die Bundesregierung mit Erscheinen dieser Ausgabe wesentliche Vorsichtsmaßnahmen in Kraft gesetzt hat, die viele Bereiche des öffentlichen Lebens betreffen. Somit entsprechen einige unserer Beiträge leider nicht dem aktuellen Stand, vor allem aus den Bereichen Wirtschaft (Prognosen) und Kultur (Ausstellungs- und Veranstaltungstermine). Eine Überarbeitung war in kurzer Zeit für uns nicht zu bewerkstelligen, weshalb wir Sie bitten, diese Tatsache bei der Lektüre zu berücksichtigen.

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 191

75 Jahre Auschwitz-Befreiung	3	»Burgenland Journal«	
Eine immerwährende Aufgabe	7	Das Burgenland hat gewählt!	72
Holocaust-Gedenktag in Linz	11	Gedenken an Roma-Attentat	79
Neujahrsempfang für das CD	12	Biowende und Klimaschutz	82
Hoher Besuch aus der Schweiz	15	Fahrplan für die Gleichstellung	83
Hoher Besuch aus Kroatien	18	»Mensch & Natur« treffen	
25 Jahre Österreich in der EU	20	»Wissenschaft & Forschung«	84
Nationalratspräsident in Kairo, Skopje und Tirana	22	Wein: Drei große Jahrgänge	86
Aktuelle Außenpolitik	24	Prof. Serafin ausgezeichnet	88
»Africa UniNet«	33	Lebendiges Denkmal der Kunst	90
Europapolitik miterleben und mitbewegen	34	Kinderoperette »Anton und Maria«	91
Kärnten in AdR-Fachkommissionen	35	-----	
NÖ: 25 EU-Mitgliedschaft	36	Konjunktural durchschritten	92
Europäische Kulturhauptstadt		Positive Signale für Konjunktur	93
Salzkammergut 2024	37	Tourismusanalyse Ende 2019	95
OÖ International Netzwerk	38	»Zukunft des Antriebs entsteht auch in Steyr«	96
Sprachrohr der EU-Regionen	39	Mehr als 8,9 Millionen Einwohner	97
Spende an das Museu Nacional da Universidade Federal	40	Das erste Stadtrecht Wiens	98
Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino gibt Frauen-Broschüre heraus	42	»Die« Autofahrer gibt es nicht	100
Vorarlberger IBK-Vorsitz	43	Schönbrunn: Eisbären-Nachwuchs	101
Jüdisches Museum Wien feiert international Erfolge	44	Österreichs beste Restaurants	103
Umfrage 25 Jahre EU-Mitgliedschaft	45	Ausblick auf Weinjahrgang 2019	105
Außenhandel Jänner bis November	47	Großer Diagonale-Schauspielpreis	106
Tourismus erreichte Höchstwerte	48	Gold für Peter Patzak	108
Start der neuen Nightjet Verbindungen nach Brüssel	49	Österreichischer Filmpreis 2020	109
»WirtschaftsOskar« 2020 vergeben	50	J. Marketz neuer Gurker Bischof	111
77. PaN-Vorstandssitzung	52	Erste Münsterkirche Österreichs	114
Musik, Widerstand und Gedächtnis	53	Neuer Oberrabbiner Wien	117
Vereinende Kraft für einen positiven Wandel	54	Altbischof Iby ist 85	118
PaN-Weltfrauentag 2020	55	Alzheimer: Weltweit neue Therapiemethode entwickelt	119
Wiener Architekt sorgt in Moskau für Furore	57	KI zeigt Forschungstrends in der Quantenphysik	120
Ein neuer Bischof für eine alte Partnerschaft	58	Wissen Affen, was wir Menschen denken?	121
Erstmals gibt es in Österreich eine türkis-grüne Koalition	59	Älteste erwachsene Menschenfunde in Österreich	123
Oberösterreich übernimmt Bundesratsvorsitz	69	Die Brücke zum Aufklappen	124
Neuer VfGH-Präsident	71	Van Gogh, Cézanne, Matisse, Hodler. Die Sammlung Hahnloser	125
		Der Meister von Mondsee	131
		TU FELIX AUSTRIA ... ZEICHNE!	133



Hoher Besuch aus der Schweiz

15



Hoher Besuch aus Kroatien

18



Das Burgenland hat gewählt

72



Eisbären-Nachwuchs in Schönbrunn

101



Van Gogh, Cézanne, Matisse, Hodler.

125

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Fotos: S. 1: HBF / Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner; S 2: HBF / Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner; HBF / Peter Lechner; Bgld. Landesmedien-service; Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc; Hahnloser / Jaeggli Stiftung, Villa Flora, Winterthur / Foto: Reto Pedrini, Zürich

75 Jahre Auschwitz-Befreiung

Bundespräsident Alexander Van der Bellen in Israel: »Menschenwürde ist unteilbar« – In Polen: »Auschwitz zu besuchen, ist nicht leicht. Aber es ist notwendig«

Fotos: Peter Lechner / HBF und Haim Zach



Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei der Kranzniederlegung für die Opfer des Holocaust in der Gedenkstätte Yad Vashem

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat gemeinsam mit rund 40 anderen Staats- und Regierungschefs am 23. Jänner in Jerusalem am Holocaust-Forum und der internationalen Gedenkveranstaltung in der nationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem teilgenommen. Anlaß war der 75. Jahrestag der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau im damals von Deutschland besetzten Polen durch die Rote Armee am 27. Jänner 1945. Tags zuvor hatte er noch seinen deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier zu einem informellen bilateralen Gespräch getroffen und gegenüber österreichischen JournalistInnen in Jerusalem dazu aufgerufen, den wiederauflebenden Antisemitismus „energisch bei jeder Gelegenheit, sei sie noch so klein“, entgegenzuwirken. „Wir sind in Europa besorgt, daß es so etwas wieder gibt“, so das Staatsoberhaupt.

Es sei wichtig, „der Opfer zu gedenken und gleichzeitig wichtig, zu versuchen zu verstehen, wie es dazu kommen konnte“, sag-

te Van der Bellen. Denn den Satz „Nie wieder Auschwitz“ würde wohl jeder in Europa unterschreiben, aber man müsse sich fragen:

„Wie kam es dazu, wie ist es möglich, daß so viel geduldet wurde und so viele Täter sich beteiligt haben?“ Daher seien „Antisemitis-



Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seinem deutschen Amtskollegen Frank Walter Steinmeier und der Sprecherin des Repräsentanten Hauses der USA, Nancy Pelosi

Österreich, Europa und die Welt

mus, Rassismus jeder Art und Menschenverachtung Dinge, die im Keim erstickt gehören, damit so etwas nie wieder passieren kann“, mahnte er.

Angesprochen auf die jüngsten rassistischen Haßpostings gegen Justizministerin Alma Zadic (*Anm. d. Red. sie hat bosnische Wurzeln und wurde deshalb in sozialen Netzen massiv angefeindet*) meinte der Bundespräsident, dies lasse sich nicht mit der Diskriminierung der 1930er-Jahre vergleichen. „Lassen wir die Kirche im Dorf, es gebe „offenbar Leute, die es nicht aushalten, daß eine in Bosnien geborene und mit zehn Jahren nach Österreich gekommene, gescheite, junge Frau in Österreich Ministerin wird“.

Der Regierungswechsel in Österreich habe, so der Bundespräsident, „die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen“ zwischen Österreich und Israel „weiter entspannt“. Im Vergleich zu seinem letzten Israel-Besuch vor einem Jahr gebe es nur den Unterschied, „daß jetzt alle Regierungsmitglieder in Israel bei entsprechenden Anlässen empfangen werden“. Er habe sich damals im Hintergrund dafür eingesetzt, daß die von der FPÖ nominierte Außenministerin Karin Kneissl in Israel empfangen werden könne, aber ohne Erfolg. „Dieses Problem haben wir jetzt nicht mehr“, so Alexander Van der Bellen.

Alexander Van der Bellen hat daran am erinnert, daß Österreich „Mitverantwortung an der Shoah“ trage. „Dem Andenken der Opfer der Shoah werden wir nur gerecht, wenn wir dafür sorgen, daß Menschenverachtung, Sündenbockdenken und Gewalt niemals wieder als politisches Instrument eingesetzt werden“, mahnte er.

Die Menschenwürde ist unteilbar

„Die Menschenwürde ist unteilbar“, erklärte der Bundespräsident. „Österreicherinnen und Österreicher waren Täterinnen und Täter, teils an führender Stelle. Zehntausende Österreicherinnen, vor allem Jüdinnen und Juden, aber auch Roma und Sinti, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch Verfolgte, Widerstandskämpfer und Deserteure waren Opfer und wurden von den Nationalsozialisten ermordet.“

„Niemand wieder“ bedeute „keine Toleranz gegenüber Rassismus, keine Toleranz gegenüber Antisemitismus“, so Bundespräsident Van der Bellen. Es sei nötig, sich „jeglichem Versuch der Zerstörung des Rechtsstaates und der liberalen Demokratie entschieden“ entgegenzustellen und die Grund- und Freiheitsrechte zu verteidigen. Ebenso gelte es, gegen „Versuche nationalistischer Selbst-



Der Gründer des World Holocaust Forum, Moshe Kantor, bei der Begrüßung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und dessen Frau Doris Schmidauer ...



... die auch die zweisprachige „Max Rayne Hand-in-Hand-Schule“ der Jerusalem Foundation in Jerusalem besuchten.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Israel Museum

Fotos: Peter Lechner / HBF und Haim Zach

Österreich, Europa und die Welt

überhebung“ aufzutreten und für ein gleichberechtigtes Miteinander einzutreten, forderte der Bundespräsident.

Am Vormittag des zweiten Tags der Israel-Reise besuchte der Bundespräsident in Begleitung von Doris Schmidauer die zweisprachige „Max Rayne Hand-in-Hand-Schule“ der Jerusalem Foundation. Kein anderes Projekt der Jerusalem Foundation hat eine solche Bedeutung für jüdisch-arabische Erziehung. Rund 700 Kinder vom Kindergarten bis zur 12. Klasse aus hebräisch- und arabischsprachigen Familien lernen hier jüdische, christliche und muslimische Kultur kennen. Die Republik Österreich unterstützt die Schule. Sie ist die einzige in Jerusalem, in der arabische und jüdische Kinder gemeinsam unterrichtet werden.

„Die Atmosphäre ist großartig, ich wünschte, ich wäre auch in so eine Schule gegangen“, sagt Alexander Van der Bellen bei seinem Besuch.

Im Anschluß besichtigte Alexander Van der Bellen die 2000 Jahre alten Qumram-



Der Bundespräsident mit seinem Amtskollegen, Reuven Rivlin, im bilateralen Gespräch

Rollen, Bibelmanuskripte, im Israel Museum. Abschließend traf er seinen Amtskollegen, Reuven Rivlin, zu einem bilateralen

Gespräch, in dem sich dieser „glücklich“ über die neue türkis-grüne Regierung in Österreich gezeigt hat.

Auschwitz: »Ich verbeuge mich heute hier in Demut vor allen Opfern.«

„Auschwitz zu besuchen, ist nicht leicht. Aber es ist notwendig. Ich empfinde tiefes Entsetzen darüber, was hier im KZ Auschwitz-Birkenau Kindern, Frauen und Männern angetan wurde. 1,1 Millionen Menschen wurden hier ermordet, die meisten davon Jüdinnen und Juden. Auschwitz steht auch für den Völkermord an den Roma und Sinti, für die Ermordung von Homosexuellen, von Menschen mit Behinderungen, politisch Verfolgten, Widerstandskämpfern, Deserteuren, Vertretern der polnischen Intelligenz, von Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und unzähligen Menschen aus ganz Europa. Auch zehntausende Menschen aus Österreich wurden Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie“, betonte Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 23. Jänner anlässlich seiner Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

„Zugleich empfinde ich Scham. Viele Österreicherinnen und Österreicher haben als Täterinnen und Täter, teils an führender Stelle, bei diesen barbarischen Verbrechen mitgewirkt. Allzu viele Landsleute liefen mit, schauten weg, zu wenige leisteten Widerstand.“

„Aus der Trauer um die Gedeemütigten, Gequälten, Ermordeten entsteht für uns der Wille und die Verpflichtung, die Erinnerung



Bundespräsident Alexander Van der Bellen besuchte anlässlich seiner Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

an sie wachzuhalten. Es ist unser aller Aufgabe, eine Brücke zu bauen. Zwischen den Erfahrungen der Überlebenden des Holocaust und den nachfolgenden Generationen“, so der Bundespräsident. „Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus ist mir persönlich sehr wichtig. Der Antisemitismus und Rassismus der Nationalsozialisten ist nicht vom Himmel gefallen. Er war schon zuvor in

der österreichischen Gesellschaft sehr stark präsent. Aus Abwertung von Menschen wurde Ausgrenzung, wurde Entmenslichung, wurde Ermordung. Der Holocaust war der grausame Höhepunkt. Es ist daher unser gemeinsamer fester Wille und unsere Pflicht, jedem Aufkeimen von Menschenverachtung, Rassismus und Antisemitismus in der Gegenwart entschieden und kompromißlos ent-

Österreich, Europa und die Welt

gegenzutreten. Es ist unser gemeinsamer fester Wille und unsere Pflicht, jeder Herabwürdigung und jedem Angriff auf Minderheiten entschieden entgegenzutreten“, so Van der Bellen. „Es ist unser gemeinsamer fester Wille und unsere Pflicht, die Grund- und Freiheitsrechte kompromißlos zu verteidigen. Denn die Menschenwürde ist unteilbar.“ Und weiter: „Damals begann es damit, daß Menschen, daß Minderheiten diskriminiert, diskreditiert und schließlich entwürdigt wurden. Als dann die Konzentrationslager aufgebaut waren und die Züge in Auschwitz ankamen, war es zu spät. Wir müssen am Beginn ansetzen. Wenn Menschen zu Außenseibern gemacht werden – in der Schule, am Arbeitsplatz, am Sportplatz –, dann müssen wir gemeinsam eingreifen. Heute. Wenn Minderheiten angegriffen werden – wegen ihrer Herkunft, ihres Aussehens, einer anderen Sprache – dann müssen wir gemeinsam dagegen auftreten. Da ist Zivilcourage gefragt. Heute.“

Gespräch mit Präsident Andrzej Duda

Am zweiten Tag seines Aufenthalts in Polen, am 28. Jänner, traf der Bundespräsident seinen Amtskollegen Andrzej Duda in Krakau für ein Gespräch und wünscht sich im Justizstreit mit Polen ein gütliches Ende. „Ich hoffe, daß das irgendwie noch einvernehmlich geregelt werden kann, ohne die ganze Strenge des Artikel 7-Verfahrens anzuwenden“, Van der Bellen nach dem Treffen.

Bei dem bilateralen Gespräch sprachen die beiden Staatsoberhäupter auch über das ehemalige Konzentrationslager Gusen in Oberösterreich, ein Außenlager des KZ Mauthausen. Warschau hatte zuletzt mehrfach Interesse am Kauf der „Überreste“ des früheren Vernichtungslagers gezeigt. Die türkis-grüne Regierung hielt unterdessen in ihrem Regierungsprogramm fest, die Gedenkstätte selbst erwerben zu wollen.

Im Rahmen seines Polen-Besuchs eröffnete der Bundespräsident gemeinsam mit dem polnischen Staatschef Andrzej Duda das Österreichische Generalkonsulat in Krakau, das 2013 geschlossen wurde, offiziell wieder. Für den gebürtigen Krakauer Duda ist die Wiedereröffnung von „gesellschaftlicher, historischer und nicht zuletzt von symbolischer Bedeutung“.

Zum Abschluß seiner Reise besuchte Alexander Van der Bellen das Jüdische Museum Galizien in Krakau.

<https://www.bundespraesident.at>

Quelle: Präsidienkanzlei



Der Bundespräsident mit Begleitung bei einer Führung durch das Lagergelände ...



... und bei der Besichtigung der bedrückenden Ausstellung



Alexander Van der Bellen traf seinen polnischen Amtskollegen Andrzej Duda in Krakau.

Fotos: HBF / Peter Lechner

Eine immerwährende Aufgabe

Das Parlament gedachte des 75. Jahrestags der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau – Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: Gedenken muß zu Handlungen führen – Bundesratspräsident Robert Seeber sieht Erinnerung als Auftrag



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Bundesratspräsident Robert Seeber am Rednerpult beim Gedenken an den 75. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau

Es sei wichtig, das Gedenken an die Opfer der Shoah in die Zukunft zu tragen. Nicht nur unermüdlich daran zu erinnern, was damals geschah, sondern auch darauf aufmerksam zu machen, wohin Hass und Hetze letzten Endes führen können. Das war der Tenor bei der Veranstaltung des Parlaments zum Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Jänner in den Wiener Börsensälen, zu der Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gemeinsam mit Bundesratspräsident Robert Seeber geladen hatte. Gedacht wurde dabei insbesondere des 75. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Neben zahlreichen Mitgliedern der Bundesregierung waren auch viele Abgeordnete und ehemalige PolitikerInnen, unter ihnen Ex-Bundeschancellorin Brigitte Bierlein, sowie VertreterInnen der Religionsgemeinschaften und des Diplomatischen Corps der Einladung gefolgt.

Seeber: Kampf gegen Hass und Hetze auch heute bedeutsam

Begrüßt wurden die Gäste durch Bundesratspräsident Robert Seeber. Er hob in seiner

Rede die Verpflichtung von Politik und Gesellschaft hervor, sich kritisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und die Lehren des Holocaust im Bewußtsein künftiger Generationen zu verankern. Niemand dürfe wegsehen, wenn Menschen gemobbt oder erniedrigt werden, bekräftigte er. Daß jemand anders ist oder anders denkt, „darf weder heute noch morgen ein Anlaß für Herabwürdigung, Haß oder Hetze sein“.

Die Keynote zur Gedenkveranstaltung kam von der Historikerin Martha Keil, Direktorin des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs. Sie setzte sich mit der Frage auseinander, was Erinnern an Auschwitz heute bedeutet, und ging dabei auch auf den gegenwärtigen Umgang mit Flüchtlingen und den vielfach aggressiven Diskurs in Sozialen Medien ein. Sexistische, antisemitische und rassistische Beleidigungen und Drohungen seien auch heute für viele Menschen Alltag, gab sie zu bedenken und warnte vor einer allmählichen Verschiebung der moralischen Grenzen. Derartige „Shifting Baselines“ hätten auch die damaligen Massendeportationen ohne Proteste erst möglich gemacht.

Nägele: Judenhaß muß aktiv bekämpft werden

Vor der Keynote hatte Benjamin Nägele, Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, in seiner Gedenkrede daran erinnert, daß das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau wie kein zweites Lager für das unmenschlichste Verbrechen der Geschichte stehe. Er rief dazu auf, Antisemitismus und Extremismus aktiv zu bekämpfen und über die Vermittlung historischer Fakten hinaus eine wertorientierte innere Haltung, ein Gewissen, zu fördern.

75 Jahre nach Ende der Shoah seien Österreich und Europa noch immer nicht von Judenhaß befreit, sagte Nägele. Das sei beschämend. Es brauche die Fähigkeit, Antisemitismus im Alltag zu erkennen und entsprechend darauf zu reagieren. „Wer sich Antisemitismus und Extremismus nicht widersetzt, der verspielt nicht nur die eigene Freiheit, sondern setzt die Freiheit von uns allen aufs Spiel“, mahnte er.

Was passieren kann, wenn man Haß gewähren läßt und den Anfängen nicht wehrt, zeigt die Geschichte Nägele zufolge klar.

Österreich, Europa und die Welt



Bundesratspräsident Robert Seeber



Benjamin Nägele, Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien



Gerold Gruber, Leiter des Forschungszentrums exil.arte

Der Nationalsozialismus habe sich „in atemberaubender Geschwindigkeit“ aus einer Demokratie heraus entwickelt und aus einem Rechtsstaat „eine industrielle Mordmaschine“ gemacht. Gleichzeitig sei über Landesgrenzen und Kontinente hinweg ein globaler Krieg entfacht worden.

Als erschreckend wertete es Nägele, daß die jüngeren Generationen in Europa große Wissenslücken über den mörderischen Rassenwahn und die damalige Vernichtung von sechs Millionen JüdInnen hätten. Österreich stehe in diesem Sinn, was zunehmenden Antisemitismus betrifft, nicht alleine da. Neben kritischen Worten, unter anderem zu den „Höbelts an der Uni“ und den „sogenannten Einzelfällen der FPÖ“, streute der IKG-Generalsekretär dem offiziellen Österreich aber auch Rosen: Es gebe kaum ein Land in Europa, das sich in den letzten Jahren so klar gegen Antisemitismus gestellt habe, an vorderster Front gegen Judenhaß eintrete und so an der Seite des jüdischen Staates Israel stehe.

Bedenklich ist für Nägele, der in seiner Rede auch kurz auf seine eigene Geschichte einging, daß für die jüdische Gemeinde neben der Modernisierung und der Erhaltung der Infrastruktur der Kampf gegen Intoleranz und Judenhaß zu einer immer größeren Herausforderung wird: Auch 75 Jahre nach der Shoah sei das jüdische Leben in Wien von Polizeischutz und hohen Mauern bestimmt.

Keil: Auschwitz lehrt uns, nicht Gegenmensch, sondern Mitmensch zu sein

Martha Keil, die Direktorin des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs im niederösterreichischen St. Pölten, stellte ihren Ausführungen ein Zitat von Siegfried Lenz voran: „Auschwitz ist uns anvertraut“. Wie jedoch könne man sich 75 Jahre nach der Befreiung des Lagers mit dem vertraut machen, was Auschwitz war, fragte sie. Sie knüpfte ihre Überlegungen dazu an die Begriffe „Befreiung“ und „Vermittlung“.

In einem historischen Exkurs zur Geschichte des Vernichtungslagers erinnerte sie daran, daß nur wenige tausend Häftlinge von Auschwitz-Birkenau tatsächlich den 27. Jänner 1945 als Tag ihrer Befreiung erleben konnten. Rund 1,1 Millionen Menschen waren dort ermordet worden, und selbst von den wenigen Überlebenden starben viele aufgrund von Krankheit und schlechter Versorgung innerhalb weniger Tage. Tausende kamen in diesen Tagen noch auf Todesmärschen und bei Mordaktionen der SS ums Leben.

Zwar waren die Überlebenden aus Auschwitz befreit, aber nie von den Erinne-

Österreich, Europa und die Welt

rungen an die schrecklichen Erlebnisse und die erlittenen Qualen, gab die Rednerin zu bedenken. Diese Überlegung führte Keil zum Begriff der „Vermittlung“, die heute nicht mehr über ZeitzeugInnen erfolgen könne. Der Auschwitz-Überlebende Primo Levi hatte die Problematik der Erinnerung an die Shoah mit den Worten zusammengefaßt: „Wir Überlebenden sind nicht nur eine verschwindend kleine, sondern auch eine anormale Minderheit. Wir sind die, die den tiefsten Abgrund nicht berührt haben. Die Untergegangenen sind die eigentlichen Zeugen.“ Die Erinnerung an die ungeheuren Dimensionen der Shoah sei mehr denn nötig, nachdem Auschwitz längst in der Popkultur angekommen sei, von fragwürdigen Computerspielen bis hin zu pseudohistorischen Filmen und Romanen, die ein verzerrtes Bild vermittelten.

Keil erinnerte hier an einen weiteren Anspruch von Primo Levi: „Auschwitz ist geschehen, daher kann es wieder geschehen.“ Bei allem Bemühen um Vermittlung und Verstehen bleibe für jede Generation aufs Neue die verstörende Frage, wie es dazu kommen konnte, sagte sie. Ein fruchtbarer Erklärungsansatz ist für sie eine Theorie aus der Umweltgeschichte, die Theorie der sogenannten „Shifting Baselines“. Solche schleichend sich verändernden Grundkoordinaten gebe es laut dem Sozialpsychologen Harald Welzer auch bei moralischen Grenzen, wie der Nationalsozialismus gezeigt habe. Während gleich nach Hitlers Machtergreifung Anfang 1933 ein Massenmord an der jüdischen Bevölkerung noch undenkbar gewesen wäre, so hätten Haßpropaganda, Erniedrigung und Beraubung die moralischen



Martha Keil, Direktorin des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs

Grenzen sukzessive verschoben, sodaß es keinen Protest gegen die Massendeportationen mehr gab, als diese im Februar 1941 begannen.

Auch heute gebe es beinahe täglich solche „Shifting Baselines“, sagte Keil. Sexistische, antisemitische und rassistische Beleidigungen und Drohungen stellten für viele Menschen heute den – eigentlich unzumutbaren – Alltag dar. Wie der Sprachgebrauch in der Flüchtlingsfrage zeige, habe der „geistige Klimawandel“ bereits begonnen. „Was wäre damals den jüdischen Flüchtlingen widerfahren, hätten alle Staaten ihre Grenzen dichtgemacht?“, gab Keil zu bedenken.

Sie wolle daher zum aktuellen Anlaß ein Wort für jene einlegen, die aktuell zu den Schwächsten der Gesellschaft zählen. „Wenn in Flüchtlingen nur mögliche Messerstecher und Vergewaltiger gesehen werden, wenn in

Überlebenden der syrischen Foltergefängnisse nur potentielle Attentäter gefürchtet werden, welchen Sinn hat unser Bemühen um Vermittlung der Shoah?“, fragte Keil und erinnerte daran, daß viele Überlebende der Shoah wie Leon Zelman als Flüchtlinge nach Österreich kamen.

Für Keil stellt sich die Frage: „Wenn Berichte von Auschwitz-Überlebenden zu Tränen rühren, wie können dann heute Flüchtlinge in ihre lebensgefährlichen Systeme zurückgeschickt werden?“ Was aus Auschwitz gelernt werden müsse, sei schließlich „nicht Gegenmensch, sondern Mitmensch zu sein. Menschen, die in Österreich Aufnahme finden, sind, wie alle bereits Einheimischen, nicht nur der Verfassung und den Gesetzen unserer Demokratie verpflichtet, sie erhalten auch Anteil an unserer Kultur und Bildung und an unserem kollektiven Gedächtnis.“



Fotos: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Blick Richtung VeranstaltungsteilnehmerInnen, BundesministerInnen und BotschafterInnen mit Bundesrats- und Nationalratspräsidenten

Österreich, Europa und die Welt

Dann ist Auschwitz auch ihnen anvertraut“, lautete die Schlußfolgerung Keils.

Schlußworte von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

In den Schlußworten zur Veranstaltung bekräftigte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka noch einmal das Bekenntnis zur Verantwortung Österreichs für seine Vergangenheit.

Bei allem Suchen nach Erklärungen und allen Versuchen der Analyse, wie es dazu kommen konnte, bleibe das Geschehene letztlich unbegreiflich. Nach einem Besuch an den ehemaligen Orten des Grauens wie etwa der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau bleibe vor allem Sprachlosigkeit und, für einen nachgeborenen Österreicher, wie er es sei, ein Gefühl der tiefen Scham zurück, sagte Sobotka. Beim Besuch der Gedenkstätte sei ihm erst so richtig bewußt geworden, daß die Gleise, die an der Rampe von Birkenau enden, auch einen Ausgangspunkt haben: nämlich direkt in unseren Städten, überall in Europa.

Das Erinnern lebendig zu halten bleibe eine unerläßliche Aufgabe, hob der Nationalratspräsident hervor. Es gelte, sich aus der eigenen Geschichte nicht wegzustehlen, sondern sich ihr zu stellen. Für Österreich bedeutet das laut Sobotka, sich besonders dem Antisemitismus entgegenzustellen, in welchen Formen er auch auftreten mag. Dieser sei, wie man leider feststellen müsse, heute kein Randphänomen mehr, sondern in der Mitte der Gesellschaft angekommen, nicht zuletzt durch das Internet, das es leicht mache, Haß weiter zu verbreiten. Daher gelte es, der Ausbreitung antisemitischer Einstellungen entschieden entgegenzutreten. Ob JüdInnen sich sicher fühlen oder ob sie bereits an Auswanderung denken, sei ein Indikator für den demokratischen Zustand in Österreich und Europa.

Erinnerung sei jedoch nicht nur eine Aufgabe der Politik oder von mit der Erforschung der Zeitgeschichte befaßten Fachleuten. Sie sei ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. „Gedenken hat nur dann Sinn, wenn es zu Handlungen im Alltag führt, wenn es im Alltag angekommen ist“, unterstrich Sobotka. Die Republik Österreich nehme diesen Handlungsauftrag mit dem Nationalfonds wahr, der vor 25 Jahren eingerichtet wurde. Er habe sich zur Aufgabe gemacht, so gut es nur geht, zumindest einen kleinen Teil des Unrechts der NS-Zeit wiedergutzumachen. Diese Aufgabe sei noch immer nicht zu Ende.



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka



Untermalt wurde der Gedenakt mit Musik aus dem Konzentrationslager Theresienstadt

Eine wichtige Aufgabe übernehme der Nationalfonds mit der Neugestaltung der Österreich-Ausstellung an der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Diese soll 2021 wiedereröffnet werden und habe das Ziel, das historische Bild zurechtzurücken. Neben der Darstellung der Geschichte der österreichischen Opfer des KZ wird auch darauf hingewiesen, daß viele ÖsterreicherInnen damals auf der Täterseite zu finden waren.

Musik aus dem Konzentrationslager Theresienstadt

Über das Schicksal der vier Komponisten, deren Werke den Abend musikalisch umrahmten, sprach Robert Ziegler, Moderator des Abends, mit Gerold Gruber, dem Leiter des Forschungszentrum exil.arte. Viktor Ullmann, Hans Krása, Gideon Klein und Pavel Haas wurden zuerst in Theresienstadt gefangen gehalten und dann nach Auschwitz deportiert und dort oder in einem der Nebenlager ermordet. Die Werke, die bei der Gedenkveranstaltung erklangen, sind während ihrer

Zeit im Konzentrationslager Theresienstadt entstanden. Das Zentrum exil.arte hat sich zur Aufgabe gemacht, die vergessenen und verschollenen Werke von verfolgten, exilierten und ermordeten KomponistInnen wiederzuentdecken und zum Erklingen zu bringen.

Bundeskanzler Sebastian Kurz

„Nach 75 Jahren ist es wichtiger denn je, den über sechs Millionen jüdischen Opfern des Holocaust zu gedenken und weiter gegen alle Formen des Antisemitismus sowie Antizionismus anzukämpfen! Unser Ziel muß sein, daß Jüdinnen und Juden in Österreich und auf der ganzen Welt sicher leben können. Zugleich gedenken wir heute auch allen anderen Opfern des NS-Regimes“, so Bundeskanzler Sebastian Kurz.

„Wir müssen aus den Gräueltaten der Shoah die richtigen Konsequenzen für die Gegenwart und Zukunft ziehen und uns der Geschichte ehrlich und vorbehaltlos stellen. Für Antisemitismus, Rassismus und Hetze darf es niemals Platz in unserer Gesellschaft geben. International bemerkt man in den letzten Jahren wieder einen markanten Anstieg des Antisemitismus. Dieser nimmt verschiedene Formen an bis hin zu Boykott- und Sanktionsaufrufen gegen Israel, die absolut inakzeptabel sind. Es ist unsere Pflicht, diesen Tendenzen im In- und Ausland entschieden entgegenzutreten“, so Sebastian Kurz abschließend.

<https://www.parlament.gv.at/>
<https://www.nationalfonds.org/>
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz, Bundeskanzleramt

Holocaust-Gedenktag in Linz

Berührendes Zeitzeugeninterview bei einer Gedenkstunde der Österreichischen Freunde von Yad Vashem und der Stadt Linz mit dem Überlebenden der NS-Zeit, Univ.-Doz. Harry Merl



Foto: FoYV-Austria

Nach der Gedenkstunde in Linz (v.l.): Landtags-Abgeordneter Severin Mayr, Pascal Merl, Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer, Harry Merl, Vize-Bürgermeisterin Karin Hörzing, Honorar-Konsul Christian Hofer, Gemeinderat Martin Hajart, FoYV-Generalsekretärin Ulrike Schuster, Bischof Manfred Scheuer, IKG-Vertreterin Anna Mitgutsch, FoYV-Vorsitzender Günther Schuster und Bischof Maximilian Aichern

Der renommierte Psychiater und Begründer der systemischen Familientherapie in Österreich, Univ.-Doz. Harry Merl, sprach am 27. Jänner 2020 im Alten Linzer Rathaus über seine Kindheit als jüdisches „U-Boot“ während der NS-Zeit. Auf Einladung der Österreichischen Freunde von Yad Vashem und der Stadt Linz waren 135 Gäste zur Gedenkstunde ins Pressezentrum gekommen, wo Harry Merl seinem Enkel Pascal ein bewegendes Interview gab. Der weitem bekannte Experte scheute sich nicht, das Publikum in sein Herz blicken zu lassen. Seine Schilderungen des erlebten Grauens hinterließen bei seinen Zuhörern bleibenden Eindruck.

Nach der Begrüßung zahlreicher Ehren Gäste – unter ihnen Landtags-Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer, die Bischöfe Manfred Scheuer und Maximilian Aichern, die Vertreterin der IKG, Anna Mitgutsch, mehrere PolitikerInnen, BildungsexpertInnen und VertreterInnen von Wirtschaft, Kunst und Kultur – hob der Vorsitzende des Freundeskreises, Günther Schuster, hervor, daß dieser Tag der Erinnerung Anlaß sei, Wahrheit und Gerechtigkeit im eigenen Handeln zu überprüfen und eine entsprechende Haltung einzunehmen. Die Lebensgeschichten von Überlebenden der Nazidiktatur würden dabei helfen, den richtigen Blick zu wahren.

Die Linzer Vizebürgermeisterin Karin Hörzing bezeichnete es als unverständlich, daß es immer noch Menschen gebe, die die Gräueltaten des Holocaust und die Menschenvernichtung der Nationalsozialisten leugnen. Sie zitierte eine junge Deutsche, die bei einer Befragung meinte, sie sehe sich nicht als Schuldige am Holocaust, aber sie würde sich in Zukunft als Täterin fühlen, wenn sie nicht beständig mahnen würde, daß so etwas nie wieder passieren dürfe.

Im anschließenden Interview mit seinem Enkel Pascal berichtete Harry Merl zunächst über seine Kindheit in Wien. Nach dem „Anschluß“ mußten seine jüdischen Eltern Zwangsarbeit verrichten. Er habe als Vierjähriger tagsüber oft bis zu 14 Stunden lang alleine in der Wohnung bleiben müssen. Sichtlich bewegt sprach er von Bildern, die er nie vergessen könne: Von seinem weinenden Vater, als die Großeltern deportiert wurden; von einer Kindheitsfreundin, die plötzlich nicht mehr wiederkehrte, weil sie in den Tod geschickt worden war. Später, als er das Schulalter erreicht hatte, habe er als jüdisches Kind keinen Unterricht besuchen dürfen.

Ein Halt in jener Zeit sei das Buch „Dr. Doolittle und seine Tiere“ gewesen – sein bestes Lehrbuch, wie Harry Merl heute sagt.

Es habe in ihm den tiefen Wunsch geweckt, so ein Helfer ohne Vorbehalte zu werden wie der Protagonist des Buches. Doch noch waren die Schrecken der NS-Herrschaft nicht ausgestanden. Die Familie erfuhr, daß die SS sie abholen und deportieren wollte, konnte sich aber rechtzeitig absetzen und monatelang in einem Kohlenkeller verstecken.

Schließlich wurden die Merls von der Roten Armee befreit. Die Körper ermordeter Juden auf den Straßen, die zu einem Haufen aufgetürmt waren, brannten sich tief in die Erinnerung des Elfjährigen ein. Harry Merls weiterer Lebensweg war geprägt von seinem Motto, daß es auch eine Auferstehung in diesem Leben gebe: Ein Aufstehen und Weitergehen auch nach schlimmsten Schicksalsschlägen. Bis heute steht der renommierte Psychiater und Therapeut im Dienst der Menschen. Er, der mit knapper Not überlebte, hilft als 85jähriger auch heute noch schwer traumatisierten Opfern zurück in ein selbstbestimmtes Leben.

Die Gedenkstunde wurde musikalisch virtuos umrahmt von Mirjam Vesthi-Arthofer an der Querflöte und ihrem Mann Besmir Veshti am Piano. Der Abend fand bei vielen nachdenklichen und angeregten Gesprächen einen späten Ausklang.

<http://yad-vashem.net/>

Neujahrsempfang für das Diplomatische Corps

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Lassen Sie uns mit dieser Welt respekt- und würdevoll umgehen.«

Foto: HBF / Carina Karlovits und Peter Lechner



Der traditionelle Neujahrsempfang des Bundespräsidenten für das Diplomatische Corps im Zeremonienaal der Hofburg

Am 14. Jänner lud Bundespräsident Alexander Van der Bellen die VertreterInnen des Diplomatischen Corps in Wien zum traditionellen Neujahrsempfang unter Teilnahme von Außenminister Alexander Schallenberg im Zeremonienaal der Hofburg. Die Neujahrsglückwünsche des Diplomatischen Corps wurden vom Doyen, Erzbischof Pedro López Quintana, dem diplomatischen Vertreter des Heiligen Stuhls, an den Bundespräsidenten überbracht. Dieser betonte in seiner Ansprache die Bedeutung der multilateralen Kooperation und dabei auch die Rolle Österreichs als Ort des internationalen Dialogs. Lesen Sie hier die Rede im Wortlaut:

Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Der Neujahrsempfang für das Diplomatische Corps ist eine schöne Tradition. Für mich zeigt dieser Empfang, an dem Sie als Botschafterinnen und Botschafter Ihrer Staa-

ten teilnehmen, daß wir trotz manchmal gegensätzlicher Interessen den friedlichen und diplomatischen Austausch suchen wollen.

Manche von Ihnen sind schon so etwas wie Stammgäste dieses Empfangs manche von Ihnen sind heute erstmals dabei.

Seien Sie alle herzlich willkommen.

Besonders begrüßen möchte ich den Doyen des diplomatischen Corps, den neuen Apostolischen Nuntius Erzbischof Pedro López Quintana.

Und natürlich Außenminister Alexander Schallenberg, der in dieser Funktion auch das erste Mal dabei ist!

Ein herzliches Willkommen auch Ihren Partnerinnen und Partnern!

Inland

Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Sie haben die politischen Ereignisse in Österreich im vergangenen Jahr sicher mit-

verfolgt. Es war ein ungewöhnliches, ein turbulentes Jahr.

Nach dem Auftauchen des verstörenden Ibiza-Videos kam es zu einer Regierungsumbildung, und wenige Tage später erstmals in der Zweiten Republik zu einem erfolgreichen Misstrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung. Die Einsetzung der Regierung Bierlein, die die aufgeheizte Stimmung im Land abkühlte, und Neuwahlen Ende September waren die Folge.

Letzte Woche schloß sich der Kreis:

Ich habe eine neue Bundesregierung ernannt. Eine Koalitionsregierung zwischen der ÖVP und den Grünen. Zweifellos eine für Österreich neue Koalition, die in Europa sicher mit Neugier und mit Aufmerksamkeit beobachtet werden wird.

Ich bin zuversichtlich, daß die neue Regierung die großen Fragen unserer Zeit mutig und entschieden angehen wird.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: HBF / Carina Karlovits und Peter Lechner



Bundespräsident Alexander Van der Bellen begrüßt US-Botschafter Trevor D. Traina

Klimakrise

Exzellenzen, meine Damen und Herren,

eine weltweite Bewegung junger Menschen hat letztes Jahr ein Thema, das mir seit Jahrzehnten besonders am Herzen liegt, zu Recht ganz oben auf unsere Tagesordnung gesetzt.

Sie wissen, wovon ich spreche: Von der Klimakrise! Von den Fridays for Future, von Greta Thunberg.

Ich hatte im vergangenen Jahr die Gelegenheit, an zwei Klimagipfeln der UNO in New York und an der Klimakonferenz COP25 in Madrid teilzunehmen. Und ich habe als Unterstützung für die UN-Bemühungen die „Initiative für mehr Mut im Klimaschutz“ ins Leben gerufen, die bislang von 36 Staats- und Regierungschefs aus verschiedenen Regionen der Welt unterzeichnet wurde. Danke allen, die diese Initiative unterstützen.

In meinen Gesprächen mit den jungen Menschen, die für Klimaschutz weltweit demonstrieren, habe ich gespürt, wie ernst es ihnen ist, für ihre Zukunft zu kämpfen. Ihr Engagement und ihre Leidenschaft sollten uns allen ein Vorbild sein. Die Klimakonferenz in Madrid war leider ein Schlag ins Wasser und die jungen Leute sind zu Recht enttäuscht.

Wir alle sind enttäuscht!

Aber wir müssen weiter alles tun, um die drohende Klimakatastrophe zu verhindern.

Das ist eine große Herausforderung.

Die EU ist in der Klimafrage bereit voranzuschreiten. Der Europäische Green Deal hat das Ziel, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Aber uns allen ist nur zu bewußt, daß ein einzelner Staat, daß auch die EU allein diese globale

Herausforderung nicht bewältigen kann. Der weltweite Umstieg auf saubere Energieträger und der Einstieg in erhöhte Energieeffizienz kann nur in der Zusammenarbeit der Staaten gelingen.

Die Vereinten Nationen, allen voran UN-Generalsekretär Antonio Guterres, haben sich dieses Ziel auf ihre Fahnen geschrieben. Darüber bin ich sehr froh und dankbar.

UNO

Die UNO ist unverzichtbar.

Nicht nur bei der Bewältigung der Klimakrise. Sie ist auch unverzichtbar für die Erhaltung und Schaffung von Frieden. Daran sollten wir denken, wenn wir heuer, 2020, das 75-jährige Jubiläum der UNO begehen.

Die UNO ist das Forum und Symbol internationaler Zusammenarbeit.

Denn derzeit wird immer wieder infrage gestellt, daß internationale Zusammenarbeit und gemeinsame Regeln allen Beteiligten nutzen. Die Welt ist heute enger vernetzt als je zuvor. Das nationale Interesse des einen Staates ist ohne Blick auf das nationale Interesse des anderen Staates nicht mehr zu bestimmen. Wir brauchen gemeinsame Regeln, wir brauchen die Zusammenarbeit, um Konfrontation, Feindseligkeit und Krieg zu verhindern. Dabei müssen wir das Rad nicht neu erfinden, wir müssen nur die existierenden Foren internationaler Zusammenarbeit bestmöglich nutzen.

Wie Sie wissen, hat Österreich schon vor Jahren den Multilateralismus zu einem Eckpfeiler seiner Außenpolitik gemacht.

Und so sind wir auch stolz und dankbar, daß Wien einer der vier UNO-Standorte weltweit ist.

Ich freue mich, daß UN-Generalsekretär Antonio Guterres kürzlich Ghada Fathi Waly zur neuen Generaldirektorin des Wiener UN-Büros ernannt hat. Wir werden die neue Generaldirektorin bestmöglich unterstützen, wenn sie im Februar ihr Amt antritt!

An dieser Stelle möchte ich auch Yuri Fedotov für sein jahrelanges Engagement vielfach danken.

Als Bundespräsident freue ich mich, daß in diesem Jahr Österreichs Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger im UN-Menschenrechtsrat den Vorsitz übernehmen durfte. Wir werten dies als Anerkennung ihres Engagements und ihrer Expertise und des langjährigen österreichischen Einsatzes zum Schutz der Menschenrechte.

Nahost & 75 Jahre Befreiung Auschwitz Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Im vergangenen Jahr habe ich einen Staatsbesuch in Israel und Palästina absolviert, eine Reise, die mich tief bewegt hat.

Ich hoffe, daß es den Palästinensern und Israelis in diesem Jahr gelingt, wieder Verhandlungen aufzunehmen, um einen dauerhaften Frieden auszuhandeln, den beide Völker seit langem verdienen.

Schon in wenigen Tagen werde ich erneut nach Israel reisen. Es ist mir sowohl als Bundespräsident als auch persönlich ein tiefes Bedürfnis, an den Gedenkveranstaltungen in Erinnerung an die Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau sowohl in Yad Vashem als auch in Auschwitz teilzunehmen. Denn zehntausende Österreicherinnen und Österreicher waren Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie. Viele Österreicherinnen und Österreicher waren aber auch Täterinnen und Täter.

75 Jahre Ende 2. Weltkrieg

Das heurige Jahr steht im Zeichen der Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren. In Europa begehen wir dieses Gedenken unter Freunden. Vereint als gleichberechtigte demokratische Staaten in einem gemeinsamen Europa. Das haben wir einer Generation von Visionären zu verdanken, die die jahrhundertlangen innereuropäischen Konflikte beendet haben.

Die Europäische Union ist heute ein einzigartiges Friedensprojekt!

Fall Eiserner Vorhang, EU-Beitritt, EU-Erweiterung

Österreich war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in eine Randlage gedrückt. Wir waren das östlichste Land des Westens,

Österreich, Europa und die Welt

direkt an der Grenze des geteilten Europas, an den Eisernen Vorhang gedrängt.

Doch der Eisernen Vorhang zerriss 1989.

Wenn ich heute daran zurückdenke, erinnere ich mich, wie wir alle gebannt, erstaunt, fasziniert und mit größter Sympathie und Freude die Ereignisse verfolgten. Hunderttausende Menschen kämpften auf friedliche Weise für Freiheit, für Frieden, für Menschenrechte, für Rechtstaatlichkeit für die liberale Demokratie.

Für die Werte, auf denen die Europäische Union aufgebaut ist.

Dieser historischen Sternstunden wurde im letzten Jahr mit einer Vielzahl von eindrucksvollen Gedenkveranstaltungen gedacht. Nur wenig später, am 1. Jänner 1995 – also vor 25 Jahren – trat unser Land der EU bei. Zugleich mit Schweden und Finnland. Mit der EU-Erweiterung 2004 öffnete sich die EU nach Osten. Österreich rückte aus seiner Randlage ins Herz Europas.

Zukunft EU

Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Die Unterhauswahlen im Vereinigten Königreich im Dezember letzten Jahres haben ein klares Ergebnis gebracht. Brexit is a fact.

Nun gilt es, unsere künftige Beziehung im beiderseitigen Interesse auszugestalten.

Die Europäische Union wird sich nun verstärkt jenen Themen zu widmen, die für die Zukunft unseres Kontinents und unserer Bürgerinnen und Bürger von größter Bedeutung sind.

Die EU hat in ihrer strategischen Agenda mehrere Herausforderungen definiert: die Klimakrise, die Digitalisierung, den Zusammenhalt der EU, die Migration und die Welt-politikfähigkeit. Darauf gilt es, Antworten zu finden!



Foto: BKA / Andy Wenzel

Außenminister Alexander Schallenberg im Gespräch mit dem Doyen des Diplomatischen Corps, Erzbischof Pedro López Quintana, diplomatischer Vertreter des Heiligen Stuhls

Ich bin überzeugt: Die Welt braucht ein starkes Europa, eine starke Europäische Union.

Die Europäische Union ist ein weltweites Vorbild für einen friedlichen Zusammenschluss von Staaten, die die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger mit Entschlossenheit gemeinsam vertreten.

Naher Osten

2020 hat mit großen internationalen Spannungen in der Golfregion begonnen. Und mit großer Sorge um den Frieden.

Es ist wichtig, die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen. Daher gilt es, eine politische Lösung zu finden. Österreich ist gern bereit hier einen Beitrag zu leisten, zum Beispiel als Standort für mögliche Verhandlungen. Gefragt sein sollte jetzt vor allem Dialog und Diplomatie.

Und damit bin ich wieder bei Ihnen, Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Ich habe eingangs gesagt, für mich zeigt dieser Empfang, an dem Sie als Botschafterinnen und Botschafter Ihrer Staaten teilnehmen, daß wir trotz manchmal gegensätzlicher Interessen den friedlichen und diplomatischen Austausch suchen wollen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen im kommenden Jahr.

Wir tragen gemeinsam einen unbestreitbaren Anteil an Verantwortung für ein friedliches weltweites Miteinander.

Lassen Sie uns mit dieser Welt, lassen Sie uns mit der Erde respekt- und würdevoll umgehen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Ihren Familien von Herzen ein frohes und glückliches neues Jahr 2020.

Danke.

<https://www.bundespraesident.at/>

Quelle: Präsidentschaftskanzlei



Foto: BKA / Andy Wenzel

v.r.: der Doyen des Diplomatischen Corps, Erzbischof Pedro López Quintana, diplomatischer Vertreter des Heiligen Stuhls, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Gattin Doris Schmidauer, Außenminister Alexander Schallenberg, die Kabinettsdirektorin und Leiterin der Präsidentschaftskanzlei Andrea Mayer, BMEIA-Generalsekretär Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal, Protokollchef (BMEIA) Botschafter Enno Drofenik und der Kabinettsvizedirektor der Präsidentschaftskanzlei Heinz Anton Hafner

Hoher Besuch aus der Schweiz

Offizieller Besuch der Bundespräsidentin der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Simonetta Sommaruga, bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Foto: HBF / Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner



Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing seine Schweizer Amtskollegin Simonetta Sommaruga mit militärischen Ehren.

Die neue Schweizer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga kam am 30. Jänner zum traditionellen Antrittsbesuch nach Wien. Weil die sieben Mitglieder der Bundesrat genannten Kollegialregierung in Bern alljährlich im Vorsitz rotieren, findet der Besuch immer zu Jahresbeginn statt. In der Hofburg traf sie mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen zusammen. Österreich und die Schweiz sollten in der Klimapolitik vorgehen – diese Ansicht vertraten die beiden bei einem Pressegespräch. „Wir wissen, was zu tun ist, und können auch die kommerziellen Chancen betonen“, meinte Alexander Van der Bellen etwa unter Verweis auf die Photovoltaik-Branche.

Die Schweiz werde in Umweltfragen auf EU-Ebene sehr ernst genommen und habe auf diesem Gebiet schon viel geleistet, sagte der Bundespräsident. Simonetta Sommaruga – sie übt das turnusmäßige Amt der Bundespräsidentin neben dem der Ministerin für Umwelt, Energie, Verkehr und Kommunikation aus – räumte ein, daß in beiden Ländern



Foto: HBF / Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner

Beim Gespräch in den Amtsräumen des Bundespräsidenten in der Wiener Hofburg

die Solarenergie noch ausbaufähig wäre. „Solarzellen stören nicht, bringen aber sehr viel“, so Sommaruga.

Van der Bellen verwies darauf, daß Österreich und die Schweiz zwei Länder aus der Alpenregion seien. Hier mache sich der „Kli-

Österreich, Europa und die Welt

maeffekt“ doppelt so stark bemerkbar wie anderswo, erklärte der Bundespräsident. „In alpinen Regionen sind die Temperaturen nämlich doppelt so stark gestiegen wie im globalen Durchschnitt.“ Sommaruga verwies darauf, daß in der Schweiz im Vorjahr Wasser in Helikoptern auf die Almen transportiert werden mußte. „Weil nicht mehr genug zum Trinken da war.“

Beide Länder hätten höchstes Interesse, beim Klimaschutz auch konkrete Taten zu setzen, sagte Van der Bellen und würdigte in diesem Zusammenhang, daß die Schweizer Umweltministerin zu dem Besuch nach Wien im Nachtzug angereist sei und auch wieder damit zurückfahren werde. Die Bahn sei für „gewisse Entfernungen“ sicher eine Alternative zum Flugzeug, sagte Van der Bellen. Er selbst sei beispielsweise 2018 zur Weltklimakonferenz (COP24) in Katowice (Kattowitz) auch mit dem Zug nach Polen gereist. Das seien aber auch Entfernungen, die „zugtauglich“ seien. Wäre er hingegen im Mai des Vorjahres zu einem Treffen mit Rußlands Präsidenten Wladimir Putin nach Sotschi mit dem Zug gefahren, „wäre ich wahrscheinlich gerade erst wieder da“, scherzte der Bundespräsident.

Bis 2050 klimaneutral

Die Schweiz wolle bis 2050 „klimaneutral“ sein, betonte Sommaruga, Österreich habe dies bis 2040 vor. Um das zu erreichen, „müssen wir aber jetzt beginnen und wir müssen mehr tun“, appellierte die Schweizer Umweltministerin. Ein Modell sei die „CO₂-Bepreisung“, die in der Schweiz im Jahr 2008 eingeführt wurde. Zwei Drittel würden wieder „an die Bevölkerung und die Wirtschaft“ zurückfließen. Ein Drittel werde für „Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden“ verwendet. Das sei ein für die Bevölkerung akzeptabler Weg. Eine ähnliche Vorgangsweise könnte man beispielsweise bei Abgaben für Flugtickets andenken.

Die Schweiz und die EU

Bezüglich des Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU meinte die Bundespräsidentin, daß die Schweizer Regierung (Bundesrat) an stabilen Beziehungen interessiert sei und ein Abkommen auch wolle. Es müsse aber auch vor der Bevölkerung vertretbar sein. Das entsprechende Rahmenabkommen ist praktisch ausverhandelt, liegt aber in der Schweiz auf Eis. Dort wartet man die Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative im Mai ab. Die rechtspopulistische SVP will mit ihrer Initiative die Kün-



Foto: HBF / Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner

Die beiden Staatsoberhäupter reisten mit der U-Bahn zum autofreien, nachhaltigen Stadterweiterungsprojekt »Viertel Zwei« in der Krieau an...

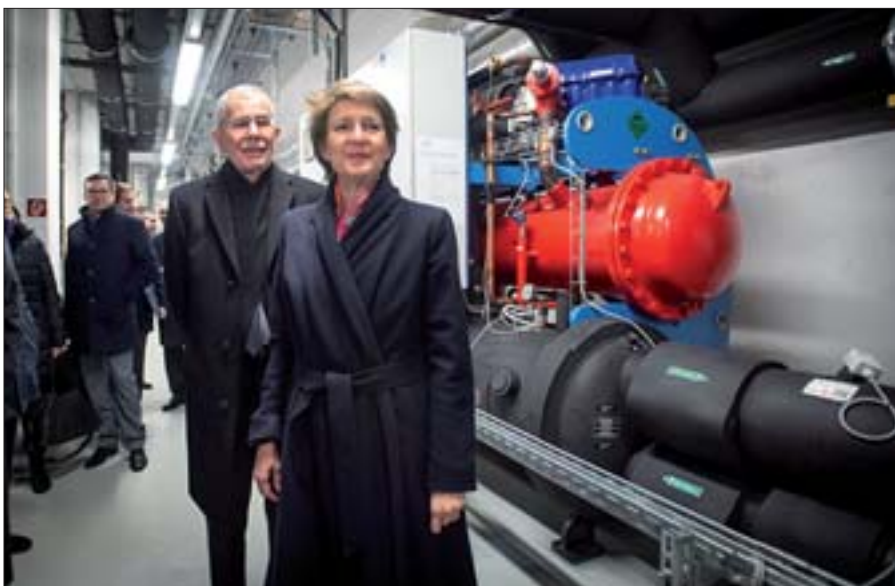


Foto: Value One / Moritz Reitmeier

... wo 70 Prozent des Wärme- und Kältebedarfs CO₂-emissionsfrei mit den vorhandenen Energiequellen an Ort und Stelle erzeugt werden.

digung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU erreichen. Sollten die Schweizer Stimmbürger Nein zur Initiative sagen, kann der Prozess rund um das Rahmenabkommen weitergehen.

Besuche des »Viertel Zwei«

Am Nachmittag stand ein gemeinsamer Besuch des „Viertel Zwei“ auf dem Programm, ein autofreies, nachhaltiges Stadterweiterungsprojekt in der Krieau. „70 Prozent des Wärme- und Kältebedarfs werden CO₂-emissionsfrei mit den vorhandenen Energiequellen an Ort und Stelle erzeugt. Damit werden 800 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart“, betonte Van der Bellen. Vorbild dafür war ein Projekt in der Schweiz. Für manche ist es in der Klimapolitik schon „fünf vor zwölf“.

So gesehen waren der Bundespräsident und seine Schweizer Amtskollegin ihrer Zeit voraus, als sie das autofreie, nachhaltige Stadterweiterungsprojekt besuchten.

Van der Bellen und Sommaruga überzeugten sich vor Ort von der innovativen Stadtteilplanung und dem visionären Energienetz (kaltes Nahwärmesystem mit Übertragungstemperaturen unter 30 °C) „Energie Krieau“. Value One-Gründer Michael Griesmayr und Herbert Hetzel, Energie-Krieau-Geschäftsführer, führten durch das „Viertel Zwei“ im zweiten Wiener Gemeindebezirk.

Es handle sich um einen ganz besonderen Stadtteil, wurde bei dem Besuch betont, denn von Beginn an seien hier die modernen Bedürfnisse von urbaner Immobilienentwicklung berücksichtigt und die Vision eines

Österreich, Europa und die Welt

Gesamtkonzeptes verfolgt worden. „Bei der Planung des ‚Viertel Zwei‘ war uns wichtig, daß nicht von Immobilie zu Immobilie gedacht wird, sondern wir einen lebendigen Stadtteil für Menschen entwickeln, der über die Gebäude- und Grundstücksgrenzen blickt“, erklärte Griesmayr. „Dadurch wurden im ‚Viertel Zwei‘ von Beginn an innovative Energie- und autofreie Mobilitätskonzepte mitgedacht, die weit über die bisherigen Standards hinausgehen.“

„Wien steht künftig jedenfalls vor zwei großen Herausforderungen: das weitere Wachstum der Stadt und die Bewältigung der Klimakrise. Das innovative Energiekonzept des Viertel Zwei ist eine richtige Antwort“, sagte Alexander Van der Bellen bei dem Besuch und ergänzte: „Innovation und neue Technologien sind für Österreich wichtige Schlüssel, um wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben, die Klimakrise zu bewältigen und den Herausforderungen der steigenden Urbanisierung zu begegnen.“

Sommaruga und Van der Bellen erhielten auch Einblick in die Zentrale der Energie Kriean, „ein Vorzeigeprojekt von intelligenter Energienutzung und -verteilung in Europa“. Hier wurde durch die Verbindung von Geothermie, Grundwasser- und Abwärmennutzung sowie Photovoltaik das zweitgrößte Energienetz Europas geschaffen und so bei der Kälte- und Wärmeerzeugung über 800 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart.



Foto: Value One / Moritz Reitmeyer

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) und seine Schweizer Amtskollegin Simonetta Sommaruga lassen sich im »Viertel zwei« von Energie-Kriean-Geschäftsführer Herbert Hetzel und Value One-Gründer Michael Griesmayr (r.) über das Projekt informieren.

Vorbild dafür war ein Energieprojekt in der Schweiz, das „Saurstoffi Areal“ zwischen Zug und Luzern. „Entwickler, Planer, Ingenieure sind in den länderübergreifenden Austausch gegangen, haben ihre Erfahrungen und Ideen geteilt und so ist mitten in Wien das größte Anergienetz Österreichs entstanden“, erklärte Energie-Kriean-Geschäftsführer Hetzel. „Durch einen grünen Energieverbund ist es möglich, Bedarfsspitzen abzufedern und den Energiekreislauf im Stadtquartier intelligent zu steuern. 70 Prozent des

Wärme- und Kältebedarfs erzeugen wir im ‚Viertel Zwei‘ CO₂-emissionsfrei mit den vorhandenen Energiequellen vor Ort. So entstehen signifikante Einsparungen bei Emissionen und Energieeinsatz.“ Das bei diesem Projekt aufgebaute Know-how wolle man nun für künftige Immobilienentwicklungen an andere Unternehmen und die Stadt Wien weitergeben.

<https://www.bundespraesident.at/>
<https://www.viertel-zwei.at/>

Quelle: Präsidentschaftskanzlei



Foto: Value One / OLN

Das »Viertel Zwei« ist eines der vielfältigsten und spannendsten Stadtentwicklungsprojekte Wiens.

Hoher Besuch aus Kroatien

Offizieller Besuch des Präsidenten von Kroatien,
Zoran Milanović, bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing den Kroatischen Präsidenten Zoran Milanović mit militärischen Ehren.

Gesprächsthemen beim offiziellen Besuch des kroatischen Präsidenten Zoran Milanović am 2. März in Wien waren vor allem die aktuelle Situation in Griechenland und die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien und Albanien. Lesen Sie hier die Worte von Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Wortlaut:

*Sehr geehrter Herr Präsident Milanović!
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien!*

Meine Damen und Herren!

Es ist mir eine besondere Freude, Sie, sehr geehrter Herr Präsident Zoran Milanović, heute als neugewählte Staatsoberhaupt der Republik Kroatien, in Wien begrüßen zu dürfen. Ich gratuliere Ihnen nochmals zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Amtszeit.

Es war uns beiden ein besonderes Anliegen, daß dieser Besuch so rasch wie möglich nach Ihrem Amtsantritt stattfinden kann. Und nun ist es Ihr erster, offizieller Auslandsbe-

*such! Ich weiß diese Geste sehr zu schätzen.
Herzlich willkommen in Österreich!*

Wie wir in unseren Gesprächen bereits betont haben, sind Österreich und Kroatien durch enge, sehr freundschaftliche Bande miteinander verbunden.

Man könnte sogar sagen, durch fast familiäre Bande: Nicht zuletzt durch die kroatischen Burgenländerinnen und Burgenländer.

Wir leben in gewisser Weise alle Vorzüge zweier Nachbarländer ohne die Nachteile, die manchmal mit einer gemeinsamen Grenze verbunden sein können.

Ich habe Ihnen, Herr Präsident Milanović in unserem Gespräch auch viel Erfolg für die verbleibenden Monate des kroatischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union gewünscht.

Die Herausforderungen des Vorsitzes sind ja mannigfaltig: Sie reichen von einer möglichen Einigung auf den mehrjährigen Finanzrahmen bis zur aktuellen Frage der Koordination der Maßnahmen gegen das sogenannte Coronavirus.

Wir können uns mit Europa am besten schützen, durch Kooperation und intensive Zusammenarbeit und indem wir keine regionale Behörde allein lassen.

Die enge Abstimmung zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten zeigt, daß auf die EU in diesem Krisenfall Verlaß ist und daß sie funktioniert.

Ein anderer, planmäßiger, Schwerpunkt des kroatischen EU-Vorsitzes ist der Westbalkan-Gipfel in Zagreb im Mai.

Wir beide teilen die Hoffnung und Erwartung, daß zu diesem Zeitpunkt der Beginn von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien und Albanien bereits beschlossene Sache ist.

In der Frage der Westbalkanstaaten sind wir uns einig: Nur die volle Erweiterungsperspektive für alle Staaten des Westbalkan ist ein Garant für Frieden und Stabilität in der Region. Ich bin sicher, daß wir den guten Austausch, den wir zu diesem Thema hatten, auch fortführen werden.

Ein weiteres Thema, das wir diskutiert haben, ist die Klimakrise – die größte Her-

Österreich, Europa und die Welt

ausforderung unseres Planeten. Wir sind uns darin einig, daß es nur mittels internationaler Anstrengungen möglich sein wird, dieser Herausforderung zu begegnen.

Ich bin froh, daß Präsident Milanović dieses Thema ernst nimmt, und ich hoffe, daß wir in diesem Bereich unsere bilaterale und multilaterale Kooperation vertiefen können.

Österreich ist in Kroatien größter Auslandsinvestor. Rund 14 Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen stammen aus Österreich.

Knapp 650 österreichische Firmen verfügen über Niederlassungen in fast allen Sektoren und haben seit 1993 über 35.000 Arbeitsplätze geschaffen. In diesem Zusammenhang haben wir auch Themen angesprochen, bei denen wir unterschiedlicher Auffassung sind: Etwa die Investitionssicherheit für österreichische Unternehmen. Aber auch über die Restitution enteigneten Vermögens.

Meine Damen und Herren!

Fast eineinhalb 1,4 Millionen Österreicherinnen und Österreicher urlauben jährlich in Kroatien und genießen die Vielfalt und Gastfreundschaft des Landes.

Auch meine Frau und ich kennen und schätzen Ihr Land.

Und ich hoffe, daß wir auch Sie, sehr geehrter Herr Präsident, öfter in Österreich begrüßen dürfen.

Sie waren ja vor kurzem bereits auf Skiurlaub hier, wenn ich das verraten darf. Und wir werden heuer im Sommer auch nochmals Gelegenheit haben, in Österreich zusammenzutreffen: bei der Trilaterale gemeinsam mit dem slowenischen Präsidenten.

Darauf freue ich mich bereits. Nochmals herzlichen Dank für Ihr Kommen und herzlich willkommen!

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat beim Besuch von Kroatiens Präsident Zoran Milanović betont, daß angesichts der Öffnung der türkischen Grenze in Richtung EU für Flüchtlinge, Griechenland und Bulgarien nicht allein gelassen werden dürften. Es sei ihm „nicht offenkundig, worauf die türkische Regierung hinaus will“, sagte Van der Bellen.

Gespräche mit Ankara seien allerdings nötig, um zu klären, ob die Türkei mehr finanzielle Unterstützung oder etwas anderes wolle, denn immerhin beherberge das Land 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge. Vor allem müsse sich aber die Situation in Syrien ändern, forderte der Bundespräsident.



Foto: HBE / Peter Lechner

Kroatiens Präsident Zoran Milanović (l.) beim Gespräch in den Amtsräumen von Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Wiener Hofburg

Die Situation in Griechenland verdiene schon mehr Aufmerksamkeit, meinte Van der Bellen weiters. „Ich möchte aber warnen, vorschnell die griechische Regierung zu verurteilen“, sagte das Staatsoberhaupt angesichts des kolportierten Einsatzes von Tränengas an der Grenze.

Milanović erklärte, die derzeitige Situation sei ganz anders als 2015, als er Premier gewesen sei. Seither „mußten einige Lektionen gelernt werden“. Damals sei man aus humanitären Gründen und aufgrund des Standpunkts der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel anders vorgegangen und habe die Menschen nach Deutschland, Schweden und Österreich weitergewunken. Doch auch 2015 sei das Leben der Flüchtlinge nicht in Serbien oder Mazedonien bedroht gewesen, sondern zuvor in Syrien, so wie jetzt das Leben der Geflüchteten außerhalb Syriens nicht mehr bedroht sei. Dennoch glaube er, daß „nachdem was wir in der EU unternommen haben, ist es unmöglich, daß wir wieder so eine Flüchtlingswelle erleben“. Der Türkei müsse freilich geholfen werden, so Milanović. Doch glaube er, daß nur ganz wenige Menschen die Barrieren an den EU-Außengrenzen überwinden werden. „In ein paar Tagen wird sich die Situation beruhigt haben.“

Bezüglich der Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien und Albanien erklärten beide Staatsoberhäupter, daß sie sich für einen raschen Start der Verhandlungen aussprechen. Er hoffe, daß die Chancen gut stünden, daß noch vor dem Mai-Gipfel

des Europäischen Rates klar sei, daß Gespräche mit beiden Ländern aufgenommen werden, sagte Van der Bellen, da dies „sonst zu großen Enttäuschungen in beiden Ländern führen würde, die nicht im Interesse von uns sein können“.

Beide Länder hätten viel für eine Eröffnung der Gespräche getan, sagte Milanović. Nordmazedonien habe gar den Staatsnamen geändert und Albanien sei seit Jahren etwa NATO-Mitglied, es sei ihm daher unverständlich warum es nicht auch EU-Mitglied werden könne, erklärte Milanović. „Wir müssen begreifen, daß es in unserem Interesse ist, daß beide Staaten der EU beitreten“, forderte der kroatische Präsident.

Ob es bezüglich des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens der EU für die Jahre 2021 bis 2027 noch unter kroatischem EU-Vorsitz zu einer Einigung kommen werde, wollte Van der Bellen nicht ausschließen. Falls nicht, sei das Sache des deutschen Vorsitzes, eine Einigung zu erzielen. Die Interessen Österreichs und Kroatiens seien hier „rein fiskalisch gesehen nicht identisch“, doch sei er optimistisch, daß eine Einigung heuer gelingen werde. Die EU-Kohäsionsfonds seien wesentlich für die neuen EU-Staaten, erklärte Milanović. Doch angesichts eines Minus von 78 Milliarden Euro durch den Austritt Großbritanniens, sei klar, daß gespart werden müsse. Doch auch er sei zuversichtlich, daß es zu einer Einigung kommen werde. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

Quelle: Präsidentschaftskanzlei

25 Jahre Österreich in der EU

Vorausschauender Rückblick nach dem Brexit – Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zur Europäischen Union: »Dieser Friede ist unteilbar.«



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

v.r.: Bundesratspräsident Robert Seeber, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Moderator Gerald Gross, Stefan Lehne von der Carnegie Europe Brüssel, Ulrike Guérot von der Donau Universität, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik Paul Schmidt und der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Vertretung der Europäischen Kommission sowie dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Wien hob Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am Abend des 10. Feber im Sinne eines klaren Bekenntnisses zu einem gemeinsamen Europa hervor, daß europäische Politik alternativlos sei: „Dieser Friede ist unteilbar.“

Sobotka: Drei zentrale Fragen für die Europäische Union

Sobotka resümierte, daß es derzeit drei zentrale Fragen für die Europäische Union gebe – die Frage der Stärke Europas, die Frage der Identität und jene der Sicherheit. Die Erzählung von der EU als Friedensunion bis hin zu Erwartungen an den wirtschaftlichen Wohlstand habe der EU-Beitritt Österreichs vor 25 Jahren bisher weitgehend einlösen können.

Zur Diskussion über eine Europäische Verfassung, die an diesem Abend bei der Pneldiskussion kontrovers thematisiert wurde, gab er zu bedenken, daß es dafür eine Volksabstimmung mit einer europaweiten Beteiligung von 60 Prozent brauche. Insgesamt sei der Diskussionsprozeß aber nicht zu Ende,

wofür man dankbar sein sollte. Was das Verbindende betreffe, sich als EuropäerIn zu sehen, stehe beispielsweise für 80 Prozent der Menschen das europäische Kulturgut für dieses Europa. Viele würden sich als Europäer bzw. Europäerin fühlen, unterstrich Sobotka.

Im Hinblick auf Chancen in der Digitalisierung brauche es eine radikale Ermöglichung für Unternehmen, sich in diesen Feldern zu bewegen – bis hin zu Fragen, wie mit einem Scheitern umgegangen werde, so Sobotka. Bezüglich Migration stellen sich aus Sicht des Nationalratspräsidenten kulturpolitische Fragen – etwa, ob es Angst davor gibt und ob Integration gelingt, aber auch, wie mit einem „Schrumpfungsprozeß“ in Europa umgegangen wird. Problematiken entstehen aus seiner Sicht dort, wo Europa keine Visionen vorgibt – dort würden Regionalismen, Chauvinismen und Nationalismen beginnen. Im Hinblick auf Erweiterungsfragen sei es immer wieder gelungen, etwas voranzubringen. Hier gelte es, nicht mutlos zu sein.

Der Einladung des Nationalratspräsidenten, der Österreichischen Vertretung der Europäischen Kommission und dem Verbin-

dungsbüro des Europäischen Parlaments, sich mit der Zukunft der Europäischen Union auseinanderzusetzen, folgte eine Vielzahl hochrangiger VertreterInnen ins Haus der EU in Wien. Unter dem Titel „Vorausschauender Rückblick nach dem Brexit“ wurde anlässlich der 25jährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs über das vergangene Vierteljahrhundert resümiert und über gegenwärtige Herausforderungen diskutiert. Im Zentrum stand dabei der Aspekt der Bürgerbeteiligung, dem künftig mit der Konferenz zur Zukunft Europas mehr Rechnung getragen werden soll.

Selmayr: Große EU-Themen sollen BürgerInnen näher gebracht werden

Mit den Worten „Die Arbeit an der Zukunft beginnt jetzt“ eröffnete der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, die Veranstaltung und benannte zugleich die großen EU-Themen der Gegenwart. Es gehe darum, den Klimawandel, die Digitalisierung, die Erweiterung am Westbalkan sowie den Haushalt nicht auf abstrakter Ebene zu diskutieren, sondern näher an die BürgerInnen zu bringen. Europa sei ein gemeinsames Projekt, bei dem alle mitwirken können, sagte

Österreich, Europa und die Welt

er. In den kommenden zwei Jahren werde dies mit der von der Kommission angekündigten „Konferenz zur Zukunft Europas“ in jeder Gemeinde geschehen.

Die BürgerInnen zu Verbündeten zu machen, um Europa gemeinsam weiter zu gestalten – dazu rief auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas auf, der eine Videobotschaft an die anwesenden Gäste richtete. Mit dem Startschuß zur Konferenz soll die „Zukunftsgeschichte EU“ mit höchster Sorgfalt weitergeschrieben werden, insbesondere weil ihre Handlungsfähigkeit – Stichwort Brexit – trotz der vielen Erfolge an die Grenzen stoße, so Karas.

Seeber: Dialog als Chance für Weiterentwicklung der EU

Um Fehler wie den Austritt Großbritanniens in Zukunft zu vermeiden und um den evidenten strukturellen Problemen, an denen die EU leide, entgegenzutreten, gelte es, die Möglichkeit einer offenen, inklusiven und transparenten Debatte zu schaffen, sagte der Präsident des Bundesrats, Robert Seeber. Unter der Beteiligung von BürgerInnen, Sozialpartnern und lokalen Behörden soll die Konferenz zur Zukunft Europas als eine Art „Anleitung“ zur Weiterentwicklung der EU dienen. Freilich werde man versuchen, diese Empfehlungen auch umzusetzen. Während man die großen Themen der EU überlassen solle, seien regionale Themen aber oft besser auf nationaler Ebene zu lösen, sagte Seeber. Den Herausforderungen der Zukunft könne man nicht nur mit Idealen sondern mit rationalen und nüchternen Entscheidungen begegnen, um die Situation des Einzelnen nachhaltig positiv zu beeinflussen. Als Präsident der Länderkammer sei es ihm ein großes Anliegen, daß das österreichische Parlament dabei als aktiver Impulsgeber auftritt.

Kommissar Hahn: EU muß aktiver Gestalter auf Weltbühne sein

Der EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, Johannes Hahn, beschäftigte sich in seiner Keynote mit der Frage, wie man das Gewicht Europas in der Welt nachhaltig sichern könne. Österreich habe seine Rolle im Herzen Europas in den letzten 25 Jahren zu nutzen gewußt und von der Union überdurchschnittlich profitiert. Die staatliche Souveränität könne man nur absichern, wenn man Teil einer größeren Familie ist und sich den wirtschaftlichen Möglichkeiten bedient, zeigte er sich überzeugt. Angesichts des internationalen Wettbewerbs werde es für die Zukunft der EU von Bedeutung sein, Stan-



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

v.l.: der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, Johannes Hahn, und Bundesratspräsident Robert Seeber

dards zu setzen und aktiver Gestalter auf der Weltbühne – ein sogenannter „first mover“ – zu sein. Die Vielfalt der Kulturen müsse man dabei als Stärke wahrnehmen.

Debatte über Zukunftskonferenz und Europäische Verfassung

Stefan Lehne, Visiting Scholar der Carnegie Europe in Brüssel, sprach bei der anschließenden Paneldiskussion von einer Fragmentierung des politischen Spektrums in Europa, wodurch es schwieriger werde, zu regieren. Das Vertrauen in die EU habe sich in den letzten drei Jahren zwar verbessert, es herrsche aber nach wie vor Skepsis. Die Zukunftskonferenz ist für ihn eher ein Nebenthema – das Problem liege aus seiner Sicht mehr in der Methodik bzw. der Art, Politik zu machen. Im Gegensatz zu Ulrike Guérot, Leiterin des Departement für Europapolitik und Demokratieforschung der Donau-Universität Krems, die sich für neue Strukturen im Sinne einer Europäischen Verfassung aussprach, will Lehne Sachthemen dafür nicht aufschieben.

Guérot wandte zur Zukunftskonferenz ein, aus ihrer Sicht werde damit in nationalen Kontexten diskutiert werden. Außerdem würden BürgerInnen dabei nur konsultiert – es müsse aber dringend die Frage nach Souveränität und Verfassung geklärt werden. Dafür reiche vermutlich eine „Schaufensterkonferenz“ nicht, monierte Guérot. Ihre größte Sorge sei, daß das Ergebnis letztlich in den Schubladen der Kommission „versandet“. Aus ihrer Sicht gibt es in der EU keine intakten Nationalstaaten mehr. Noch vor den Sachthemen müsse daher endlich die Frage

eines institutionellen Neuaufbaus der EU gelöst werden. Die Zukunft der EU hänge an der Legitimität der politischen Verfassung und einer Europäischen Verfassung, so Guérot.

Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, glaubt trotz der „bitteren Pille Brexit“ an Chancen und an steigendes Interesse von BürgerInnen an der EU. Er teilt die Kritikpunkte zur Struktur der Zukunftskonferenz, würde aber die Gelegenheit nutzen, Vorschläge zu machen, um grenzüberschreitend zu diskutieren. Ein neuer Konstitutionalisierungsprozess würde aus seiner Sicht länger dauern, als Zeit bleibe, um die wichtigen Sachthemen zu lösen. Er sei nicht grundsätzlich gegen einen solchen Vorschlag, es gelte jetzt allerdings, Erwartungen in die Politik zu erfüllen, national und auf EU-Ebene, etwa hinsichtlich des Klimawandels.

Zudem wurde die Publikation der Parlamentsdirektion „Fundamente – Meilensteine der Republik“ präsentiert mit sowohl rückblickenden als auch vorausschauenden Beiträgen von Ernst Bruckmüller, Michael Gehler, Thomas Pankratz, Paul Schmidt, Barbara Schrank und Herbert Vytiska.

Zum 25-Jahr-Jubiläum Österreichs in der EU kann auf dem Heldenplatz seit Beginn des Jahres eine frei zugängliche Installation besichtigt werden. Das Leitmotiv beruht auf den Farben der Flaggen der EU-Mitglieds-länder. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

<https://ec.europa.eu/austria/>

<http://www.europarl.europa.eu/austria/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Nationalratspräsident in Kairo, Skopje und Tirana

Beziehungen zu Ägypten als Stabilitätsfaktor und Nachbar Europas vertiefen – Demokratiewerkstatt soll auch am Westbalkan Bürgerbeteiligung am Parlamentarismus fördern

Nationalratspräsident traf Ägyptens Präsident Al-Sisi

Anlässlich seiner Reise nach Ägypten traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka Präsident Abdelfattah Al-Sisi am 2. März zu einem Gespräch, der die guten Beziehungen auf politischer und parlamentarischer Ebene bestätigte. Österreich habe großes Verständnis für Ägypten und seine Herausforderungen. Beide Seiten waren sich einig, die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausbauen zu wollen. Al-Sisi betonte sein Vertrauen in Österreich und österreichische Unternehmen. Auf Österreich sei auch Verlaß als Stimme der Unterstützung für Ägypten in der Europäischen Union.

Sobotka unterstrich, daß Ägypten als Nachbar Europas, Tor zu Afrika und Stabilitätsfaktor in der Region auch für Österreich ein wesentlicher Partner ist. Daher sei es im gemeinsamen Interesse, die Beziehungen zu vertiefen. Im wirtschaftlichen Bereich und im Hochschulsektor bestehen dafür konkrete Perspektiven, wie die Gespräche in Kairo gezeigt haben. „Diese Reise darf kein Einmalereignis sein“, betonte Sobotka. „Uns geht es um kontinuierliche Kooperationsstrukturen. Daran werden wir gemeinsam mit Ägypten weiterarbeiten.“

Wirtschaft und Bildung als Schwerpunkte der Zusammenarbeit

Der Nationalratspräsident besuchte im Rahmen seiner Ägyptenreise am 1. März auch Ali Abdel-Aal, Präsident des Repräsentantenhauses, und Hochschul- und Wissenschaftsminister Abdel-Ghaffar. Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Wirtschaft und Bildung, die sich beim EU-Afrika-Forum 2018 in Wien als Schwerpunkte für Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern herauskristallisiert haben. „Für Europa ist Ägypten das Tor zu Afrika, deswegen werde ich mich auch verstärkt für eine neue Kooperation einsetzen“, sagte Sobotka. Am Abend stand noch ein Treffen mit Sheikh Al Azhar, dem Geistlichen Oberhaupt des sunnitischen Islams, am Programm.



v.l.: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Ägyptens Präsident Abdelfattah Al-Sisi und der Ägyptische Parlamentspräsident Ali Abdel-Aal ...



... und mit dem koptischen Papst Tawadros II.

Am 2. März fanden noch weitere Treffen des Nationalratspräsidenten mit dem Premierminister Mostafa Madbouly sowie Tawadros II., dem Papst der Kopten statt. 2012 waren etwa neun Prozent der ägyptischen Bürger

koptisch. Tawadros II. freute sich auch über die Kooperationen auf dem Bildungssektor, die Sobotka mit seinem Ägyptenbesuch weiter fördern will: „Vor allem der Bildungsmangel ist dafür verantwortlich, daß nach

Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Österreich, Europa und die Welt



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seinem Treffen mit dem albanischen Staatspräsidenten Ilir Meta ...



Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

... und dem nordmazedonischen Staatspräsidenten Stevo Pendarovski

wie vor Probleme zwischen den Religionsgruppen entstehen“ – Tawadros II. führt die größte christliche Gemeinschaft im Nahen Osten an, einschließlich der Diaspora-Gemeinden. Weltweit gibt es etwa zwölf Millionen Kopten.

Absichtserklärungen mit Republik Nordmazedonien und Albanien

Zur Unterstützung bei der Heranführung des Westbalkans an die EU hielt sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zu Arbeitsgesprächen mit Parlamentspräsident Gramoz Ruçi, Staatspräsident Ilir Meta und Premierminister Edi Rama in Tirana, Albanien auf. Am 5. März traf er in der Hauptstadt der Republik Nordmazedonien, Skopje,

Parlamentspräsident Talat Xhaferi und Staatspräsident Stevo Pendarovski. Neben der möglichen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und der Förderung des Parlamentarismus wurde auch die derzeitige Situation an den EU-Außengrenzen thematisiert.

Die Parlamentspräsidenten unterzeichneten Absichtserklärungen zur Errichtung von Demokratiewerkstätten, die in den beiden Ländern dazu beitragen sollen, „den BürgerInnen das demokratische Prinzip näherzubringen und den Wert der Arbeit der Parlamente besser zu vermitteln“, so Sobotka. Das in Österreich seit 2007 erfolgreich laufende Modell der Demokratiewerkstatt soll als best-practice-Beispiel dienen. Die Demokratiewerkstatt ist eine Einrichtung des Parla-

ments für Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 14/15 Jahren, in der diese in sechs verschiedenen Werkstätten auf interaktive Art und Weise einen Zugang zu den Themenfeldern Demokratie und Parlamentarismus lernen können. Die Demokratiewerkstatt versteht sich als unterrichtergänzendes Angebot und als Politische Bildung in der Praxis, das heißt, man nützt bewußt den Ort der Gesetzgebung, um einen (ersten) Kontakt mit den jungen BürgerInnen zu knüpfen.

Unterstützung am Weg in die EU

Für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen im Sinne einer europäischen Perspektive machte sich der österreichische Nationalratspräsident sowohl für Nordmazedonien als auch Albanien stark. Die Ambitionen der Republik Nordmazedonien wurden von Österreich stets unterstützt, hielt Sobotka fest. Immerhin wurden mutige Reformen – etwa ein Gesetzesbeschluß hinsichtlich der Staatsanwaltschaft – durchgeführt sowie der Namenskonflikt mit Griechenland beigelegt. Auch Albanien begleite Österreich seit vielen Jahren auf dem Weg in die EU und der Start der Verhandlungen sei längst überfällig, meinte Sobotka. Er werde sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, daß in dieser Phase alle Kräfte an einem Strang ziehen.

Angesichts aktueller Entwicklungen an der griechischen Grenze wurde auch über die Polizeikooperation im Migrationsbereich gesprochen. Österreich werde die Republik Nordmazedonien in dieser Hinsicht weiterhin unterstützen und PolizistInnen zur Überwachung an die EU-Außengrenzen entsenden, sagte Sobotka. Fortgesetzt werden sollen die Gespräche mit den Vertretern der Parlamente der Westbalkanländer bei der Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen im August in Wien.

Stipendienprogramm für ParlamentsmitarbeiterInnen

Das österreichische Parlament bringt sich mit eigenen Initiativen aktiv an der Förderung des Parlamentarismus am Westbalkan ein. So wurde im vergangenen Jahr zum Austausch auf Verwaltungsebene ein Stipendienprogramm für ParlamentsmitarbeiterInnen gestartet. Mehrere StipendiatInnen konnten bereits auf diesem Weg Erfahrungen sammeln. Aktuell absolvieren drei MitarbeiterInnen der Parlamente der Republik Nordmazedonien, Serbien sowie Montenegro das Programm im österreichischen Parlament. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Aktuelle Außenpolitik

Aus Bundeskanzleramt und Außenministerium



Foto: BKA / Arno Melicharek

Am 16. Jänner nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz am Visegrad-Gipfel in Prag teil. Im Bild bei der Pressekonferenz (v.l.): der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, Bundeskanzler Sebastian Kurz, der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš, der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und der Ministerpräsident der Slowakei Peter Pellegrini

Treffen von Bundeskanzler Kurz mit den Visegrad-Regierungschefs in Prag

Bundeskanzler Sebastian Kurz ist am 16. Jänner in Prag mit den Regierungschefs der Visegrad-Staaten Tschechien, Polen, Ungarn und der Slowakei zu Gesprächen zusammengetroffen. Bei dem Besuch standen die Zukunft Europas, die Klimapolitik, der nächste EU-Finanzrahmen 2021-2027 und die Migration im Mittelpunkt. Der österreichische Regierungschef betonte, daß Österreich seine Rolle als „Brückenbauer zwischen Ost und West“ für zentrale Fragen nutzen wolle. „30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gibt es ein geeintes Europa, das ist auch gut so, zugleich gibt es aber neue Gräben, die es zu überwinden gilt“, sagte der Bundeskanzler bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem tschechischen Premierminister Andrej Babiš, Polens Premierminister Mateusz Morawiecki, Ungarns Premierminister Viktor Orbán und dem slowakischen Premierminister Peter Pellegrini.

„Für Österreich ist es wichtig, die gute Kooperation mit dem Westen und dem Osten fortzusetzen. Die Visegrad-Gruppe ist mit einem Handelsvolumen von insgesamt rund 37 Milliarden Euro unser weltweit zweitwichtigster Handelspartner nach Deutschland. Viele Jobs in Österreich hängen daher auch von einer guten Entwicklung in diesen Ländern ab“, so Kurz.

Begrüßt haben die Regierungschefs den EU-Klimafonds, wobei der Bundeskanzler betonte, daß der Ausbau der Atomkraft nicht



Foto: BKA / Andy Wenzel

Außenminister Alexander Schallenberg traf seinen Schweizer Amtskollegen Ignazio Cassis

forziert werden dürfe. „Uns ist es wichtig, daß mit dem Fonds nicht die Atomkraft finanziert wird.“ Der Fonds sei ein fairer Übergang und ein „wichtiger Schritt, um Staaten beim Ausstieg aus der Kohleenergie zu unterstützen“.

Zur Migrationsfrage betonte der Kanzler, daß man sich „einig“ gewesen sei: „Wir müssen die Außengrenzen sichern und die illegale Migration nach Europa beenden.“ Thematisiert worden ist unter anderem auch der nächste EU-Finanzrahmen.

Im Anschluß an den Visegrad-Gipfel wurde der Kanzler vom tschechischen Regierungschef noch zu einem bilateralen Gespräch empfangen.

Erste bilaterale Auslandsreise führt Außenminister Schallenberg in die Schweiz

Außenminister Alexander Schallenberg reiste am 16. Jänner zu einem zweitägigen Antrittsbesuch in die Schweiz. Neben einem bilateralen Arbeitsgespräch mit seinem Schweizer Amtskollegen Ignazio Cassis in Bern, standen Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der internationalen Organisationen in Genf sowie der Zivilgesellschaft auf dem Programm.

Im Gespräch mit Ignazio Cassis betonte Schallenberg die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen, insbesondere die erfreulichen Wirtschaftsbeziehungen mit einer weitgehend

Österreich, Europa und die Welt

ausgeglichenen Handelsbilanz. Auch das gemeinsame Interesse an einer engen multilateralen Zusammenarbeit der beiden UNO-Standorte Wien und Genf stand im Fokus des Gesprächs: „Wir müssen unsere Kräfte bündeln und im ‚Paarlauf‘ mit der Schweiz diplomatische Initiativen setzen“, so Schallenberg.

Zudem thematisierten die beiden Außenminister das Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz. Diese Zusammenarbeit soll durch ein institutionelles Abkommen gewährleistet und weiter ausgebaut werden. Schallenberg unterstrich dabei das besondere Interesse Österreichs an einer stabilen Beziehung des Nachbarstaates zur EU: „Der Abschluß des Rahmenabkommens ist ein ‚must have‘, ein essentielles Element für eine Weiterentwicklung der Beziehungen. Wir wollen, daß die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz zukunftsfit sind.“

Am zweiten Tag reiste der Außenminister weiter nach Genf, wo er an der ersten Präsidialsitzung des UNO-Menschenrechtsrates unter der Leitung der österreichischen Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger teilnahm. Die österreichische Mitgliedschaft und Prioritäten im UNO-Menschenrechtsrat 2019-2021 standen auch im Mittelpunkt des Gesprächs mit der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet.

„Für Österreich bleibt der weltweite Schutz der Menschenrechte eine Priorität. Insbesondere während der österreichischen Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat kommt uns dabei eine besondere Verantwortung zu“, unterstrich Schallenberg.

Während des Besuchs in der Schweiz wurde neben dem Schutz der Menschenrechte auch ein Schwerpunkt auf die internationale Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt gelegt. Der Außenminister nahm an einem Arbeitsm Mittagessen mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus dem Bereich der Abrüstung in der österreichischen UNO-Vertretung in Genf teil. Zudem nutzte er seinen Antrittsbesuch, um der neuen Generaldirektorin der UNO in Genf, Tatjana Walowaja, zu ihrer im August 2019 angetretenen Position zu gratulieren. Im Gespräch Schallenberg die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung der beiden UNO-Amtssitze Wien und Genf: „Als Sitzstaat ist es unerlässlich, daß die beiden europäischen UNO-Standorte eng zusammenarbeiten und von den gegenseitigen Erfahrungen profitieren.“

Zum Abschluß seines Besuchs traf der Außenminister die stellvertretende UNO-Flüchtlingskommissarin, Kelly Clements.



Foto: BKA / Michael Gruber

Bundesministerin Karoline Edtstadler bei ihrem Arbeitsbesuch in Brüssel – im Bild mit EU-Kommissar Janez Lenarčič und Bundesminister Alexander Schallenberg (l.)

Dabei betonte er, daß das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) ein wichtiger humanitärer Partner Österreichs ist.

Edtstadler: Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien rasch aufnehmen

Bei ihrem Antrittsbesuch in Brüssel traf Europaministerin Karoline Edtstadler am 20. Jänner sechs Mitglieder der EU-Kommission sowie die Sonderbeauftragte für den Kampf gegen Antisemitismus, Katharina von Schnurbein. Im Rahmen ihres Gesprächs mit EU-Nachbarschaftskommissar Oliver Varhelyi betonte Edtstadler, daß sich „Österreich weiterhin für die rasche Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien und Albanien“ einsetze. „Ich bin zuversichtlich, daß es in diesem Punkt beim EU-Westbalkan-gipfel im Mai in Zagreb grünes Licht geben wird“, so die Bundesministerin. Man unterstütze aber auch Frankreichs Bestreben nach einer Reform des Erweiterungsprozesses.

Beim nächsten mehrjährigen EU-Budget untermauerte Karoline Edtstadler die österreichische Position als Nettozahler: „Unserer Regierung geht es um ein starkes, aber schlankes EU-Budget.“ Die Milliarden, die man auch bei wie bisher einem Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens mehr im Budget habe, solle man auf die neuen Prioritäten verteilen.

Bereits am Vortag nahm Edtstadler an einem auf Ministerebene stattgefundenen Treffen der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken in Brüssel teil. „2020 ist ein wichtiges Erinnerungsjahr, da sich die Be-

freiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 75. Mal jährt. Dieses Thema bedarf einer fächerübergreifenden Behandlung im Schulunterricht“, betonte die Bundesministerin.

„Ich empfinde es als besorgniserregend, daß Antisemitismus in ganz Europa im Steigen begriffen ist und daß sich Jüdinnen und Juden in Europa zunehmend unsicher fühlen“, so Edtstadler. „Es liegt an uns, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und ein Klima des Verständnisses, des Verstehens und des Forschens zu schaffen“, ergänzte die Bundesministerin. Edtstadler unterstrich dabei besonders die Bedeutung von Bildung bei dieser Thematik und verwies auf die gute Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kultusgemeinde. Nur mit entsprechendem Vorwissen könne man in Alltagssituationen auch entschieden gegen solche Phänomene auftreten. Aufgrund des 2018 unter dem österreichischen EU-Ratsvorsitz eingebrachten Ratsbeschlusses liege es an den EU-Mitgliedsstaaten, bis Ende 2020 Strategien für die Sicherheit jüdischer Gemeinden vorzulegen.

Die Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken setzt sich für die korrekte Aufrechterhaltung der Erinnerung an den Holocaust und für eine Welt ohne Völkermord ein. Regierungsmitglieder aus 35 Ländern sind der Einladung nach Brüssel gefolgt, um eine aus 14 Maßnahmen bestehende Erklärung anzunehmen, die das Ziel der Allianz stützt und von jedem Mitgliedsstaat mitgetragen wird. Zu den Maßnahmen zählt das verantwortliche Vorgehen gegen die Leugnung des Holocaust, gegen Antisemitismus und alle Formen von Rassismus.

Österreich, Europa und die Welt

Kurz: Österreich als Standort durch deutsche Investitionen gestärkt

Es ist beeindruckend, wie viele deutsche Unternehmen ihre Investments in Österreich ausgebaut haben“, betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 4. Februar anlässlich seines Aufenthalts in Berlin. Man sei dankbar, daß Österreich durch deutsche Investitionen als Standort gestärkt werde. Bei einem Gespräch mit Dieter Kempf, dem Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), seien vor allem Wirtschaftsfragen und der Green Deal thematisiert worden. Zu den unlängst diskutierten Vorschlägen rund um die Finanztransaktionssteuer nahm Sebastian Kurz ebenso Stellung: „Wir wollen nicht, daß nur Kleinanleger betroffen sind, denn in Österreich beteiligen sich ohnehin zu wenig Menschen am Kapitalmarkt.“ Man wolle die Besteuerung von Spekulanten, die für die letzte Finanzkrise verantwortlich gewesen seien.

Dann standen für den Bundeskanzler noch Gespräche mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, dessen Vorgänger Joachim Gauck, und der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer auf der Agenda.

Mehrjähriger Finanzrahmen – Klimaschutz

Bereits am Tag davor ist Kurz mit seiner deutschen Amtskollegin Angela Merkel zu einem Arbeitsgespräch in Berlin zusammengetroffen. „Wir haben heute zu den unterschiedlichsten Themen ein gutes Gespräch geführt. Das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich ist ein sehr gutes. Deutschland ist für uns unser wichtigster Nachbar und Handelspartner“, sagte der Bundeskanzler bei einem gemeinsamen Pressestatement mit Merkel.

Auch auf europäischer Ebene würden Deutschland und Österreich sehr gut zusammenarbeiten, man habe ähnliche Ziele und Zugänge, etwa beim EU-Budget. „Klar ist, daß wir beim Mehrjährigen Finanzrahmen mit den anderen Netto-Zählern gut abgestimmt sind. Wir halten die derzeitigen Vorschläge für zu hoch. Daher hoffen wir, daß wir auf europäischer Ebene eine Lösung finden werden“, so der Kanzler. Darüber hinaus habe man auch über die Zukunft der Europäischen Union gesprochen. Man sei froh, daß hier ein neuer Prozeß gestartet sei, der unter deutschem Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr „an Fahrt“ aufnehmen werde. „Es ist uns wichtig, daß wir uns mit der Frage auseinandersetzen, in welche Richtung sich die EU entwickeln soll.“



Am 3. Februar gab Bundeskanzler Sebastian Kurz im Rahmen seines Besuchs in Berlin gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Pressekonferenz.



Tags darauf traf er den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier ...



Bei dem Austausch mit Merkel sei auch das Thema des Klimaschutzes diskutiert worden. „Hier verfolgen wir ähnliche Ziele, nämlich die deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen. Österreich hat sich zwei ambitionierte, aber machbare Ziele gesetzt: zum einen, daß wir im Jahr 2030 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, ohne der Nutzung von Atomstrom. Darüber hinaus haben wir uns das Ziel gesetzt, bis 2040 völlig klimaneutral zu werden“, bekräftigte der österreichische Regierungschef. Parallel zu den Klimaschutzmaßnahmen habe man zudem eine Steuerreform auf den Weg gebracht, mit der man die arbeitenden Menschen durch Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer massiv entlasten wolle.

... und den den Präsidenten des Bundesverbands der deutschen Industrie, Dieter Kempf

Österreich, Europa und die Welt

Außenminister Schallenberg auf Antrittsbesuch in New York und Washington, DC

Vom 4. bis 6. Feber reiste Außenminister Alexander Schallenberg zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch in die USA. Zum Auftakt des ersten außereuropäischen Arbeitsbesuchs traf er Antonio Guterres im UN-Hauptquartier in New York. Bei dem gemeinsamen Austausch wurde die Bedeutung der multilateralen Zusammenarbeit hervorgehoben. Schallenberg unterstrich: „Österreich ist sich bewußt, daß für globale Problemstellungen – wie Abrüstung und Klimaschutz – eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich ist. Dafür bietet die UN eine einzigartige Plattform, die wir bestmöglich nützen müssen.“

Das Prinzip eines effektiven Multilateralismus war auch das zentrale Thema der Arbeitsgespräche mit Spitzen der UN aus den Bereichen Abrüstung, Peacekeeping, politische Fragen und globale Kommunikation sowie mit dem aus Österreich stammenden Beigeordneten UN-Generalsekretär für Strategische Koordination, Volker Türk.

„Nur gemeinsam mit einer starken UN können wir die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen“, betonte der Außenminister. Der Förderung einer solchen multilateralen Zusammenarbeit unter dem Dach der UN kommt insbesondere im Rahmen des 75jährigen Bestehens der UN und der 65jährigen UN-Mitgliedschaft Österreichs im Jahr 2020 eine besondere Bedeutung zu.

Anschließend reiste Schallenberg zu einem Treffen mit seinem US-Amtskollegen Mike Pompeo nach Washington, DC. Dabei betonte er die sehr guten bilateralen Beziehungen: „Die USA sind für uns ein essentieller Partner – sowohl politisch als auch wirtschaftlich. In diesem Sinne soll auch die strategische Partnerschaft zwischen Österreich und den USA weiter ausgebaut werden.“

Zum Abschluß seiner USA-Reise diskutierte der Außenminister mit StudentInnen der Princeton University zum Thema „Europa and the World – a post-Brexit assessment“.

Kurz: Klare Prioritäten für EU-Budget 2021 bis 2027

„Als eines der EU-Nettozahler-Länder tritt Österreich dafür ein, daß die Beiträge nicht ins Unermeßliche steigen. Wir wollen daher eine Überarbeitung des Vorschlags der Europäischen Kommission, der sich auf 1,114 Prozent der Wirtschaftsleistung beläuft“, betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz anlässlich seines Gesprächs mit EU-Ratsprä-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf in New York den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres ebenso zu einem Gespräch ...



Foto: BMEIA / Gruber

... wie seinen Amtskollegen US Secretary of State Michael „Mike“ Pompeo in Washington, DC



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel – in diesem Bild anlässlich Michels Besuch im Bundeskanzleramt in Wien

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Dragan Tatic



Bundeskanzler Sebastian Kurz bei einer Podiumsdiskussion bei der Münchner Sicherheitskonferenz

sident Charles Michel in Brüssel. Was diese Position betreffe, sei man mit Staaten wie Deutschland, Schweden, Dänemark und den Niederlanden gut abgestimmt. Österreich werde weiterhin für einen Wert von einem Prozent plädieren. „Zu einer handlungsfähigen, starken Europäischen Union gehört auch die Einigung auf ein gemeinsames Budget“, so Kurz.

„Die Prioritäten für den EU-Haushalt sind klar. Zu den bestehenden Instrumenten kommen neue Schwerpunktsetzungen wie etwa der Außengrenzschutz und Klimaschutz, die im Interesse aller Mitgliedsländer sind“, sagte der österreichische Regierungschef. „Ich werde bei den Verhandlungen unsere Interessen, vom Rabatt über die Mittel für die Landwirtschaft bis hin zu einer ordentlichen Forschungsfinanzierung, verteidigen. Die Abgabe auf Kunststoffabfälle bewerte ich als sehr positiv, weil dadurch die EU ihre Eigenmittel erhöhen kann“, erläutert der Bundeskanzler.

Kurz: Westliches Lebensmodell als Erfolgsbeispiel bewahren und schützen

Der Bundeskanzler ist am 14. Februar zur internationalen Sicherheitskonferenz nach München gereist, die sich heuer mit der Rolle der EU und des Westens, der Digitalisierung und den Auswirkungen des Coronavirus beschäftigte. Österreich war auch durch Außenminister Alexander Schallenberg vertreten.

„In den westlichen Gesellschaften können die Menschen in Sicherheit leben. Es sind Gesellschaften, in denen jede und jeder die Freiheit hat, ein Leben nach den eigenen



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) im Gespräch mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau am Rande der Sicherheitskonferenz

Vorstellungen zu leben und einen Beitrag zu leisten. Und es sind Gesellschaften, in denen es Wohlstand und einen Sozialstaat gibt, auf den sich alle notfalls verlassen können“, skizzierte der Bundeskanzler seine Definition des „Westens“ im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Westlessness in the West: What are we defending?“, an der auch Kanadas Premierminister Justin Trudeau und die norwegische Regierungschefin Erna Solberg teilnahmen. Moderiert wurde die Diskussion von Timothy Garton Ash, Professor für Europäische Studien im St. Antony's College der Universität Oxford und Senior Fellow im Hoover Institut der Stanford University.

Der Kanzler betonte, daß er nicht an eine Krise des Westens glaube. Interessanter sei für ihn die Frage, wie es sein könne, daß sich der Blick auf den Westen verändert habe. „Wenn wir in die Geschichte zurückblicken, dann wird klar, welches Modell erfolgreicher ist. Österreich war in der glücklichen Lage, nicht die Entwicklung einiger Staaten Ostmitteleuropas durchmachen zu müssen.“ Heute sei die Lage vielfältiger. Während der Osten ein enormes Wirtschaftswachstum erlebe, seien technische Innovationen und technische Fortschritte seien nicht mehr klassisch zwischen West und Ost verteilt.

Gleichzeitig würden in den letzten Jahren mehr Spannungen innerhalb der europäi-

Österreich, Europa und die Welt

schen Union und zwischen der EU und den USA herrschen. „Unser Zugang kann nur sein, daß wir uns wieder bewußt machen, daß das, was uns eint, wesentlich mehr ist, als das, was uns trennt. Wir können nur erfolgreich sein, wenn die westlichen Staaten im Dialog mit den anderen untereinander wieder mehr zusammenarbeiten. Je erfolgreicher wir sind, desto größer wird auch in anderen Teilen der Welt der Drang sein, es uns gleichzutun“, hielt Kurz fest.

Die Ideale, für die der Westen stehe wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, daß alle Menschen an Recht und Würde gleich sind, seien nach wie vor sehr populär und erstrebenswert. „Unsere Verantwortung ist es, diese Werte in die Welt zu tragen. Je stärker diese Grundwerte auch mit wirtschaftlichen Erfolg und mit Wohlstand verbunden sind, desto mehr Menschen weltweit werden versuchen, diese Gesellschaftsmodelle zu kopieren und zu übernehmen“, so der Kanzler.

Kurz betonte, daß es bei den Grundwerten allerdings keine Kompromisse innerhalb der Europäischen Union geben dürfe. Es dürfe zu jedem Thema unterschiedliche Meinungen geben, es brauche eine vitale Diskussion in der EU, aber Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Fragen der Medien- und Meinungsfreiheit seien nicht verhandelbar. Die Europäische Union müsse aber auch mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen: „Bei aller Kritik dürfen wir nicht vergessen, daß es weite Teile der Welt gibt, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einfach nicht vorstellbar sind. Nur wenn wir unser Lebensmodell proaktiv positiv vermitteln, wird es positiv kopiert werden.“

Der Bundeskanzler wies auch darauf hin, daß die Idee der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“ in Gefahr sei. Gerade die osteuropäischen Mitglieder der EU würden sich oft als Mitglieder zweiter Klasse fühlen. „Wenn wir hier unvorsichtig sind und das Gefühl einer moralischen Überlegenheit einzelner entsteht, dann könnte die Einheit bröckeln. Das wäre ein entschiedener Nachteil für die EU und für den Westen in Summe.“

Schallenberg: Atomwaffen stellen große Gefahr für uns alle dar

Anläßlich der Eröffnung der „International Conference on Nuclear Security: Sustaining and Strengthening Efforts“ (ICONS) in Wien warnte Außenminister Alexander Schallenberg: „Die internationale Gemeinschaft steht derzeit vor zahlreichen Herausforderungen im Bereich der nuklearen Sicherheit.“



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg (r.) bei der International Conference on Nuclear Security der IAEA bei der UNO in Wien – im Bild mit dem libyschen Außenminister Tahar Siala ...



Foto: BMEIA

... und mit dem finnischen Außenminister Pekka Haavisto

Dabei nannte er Nuklearwaffen, die Verbindung zwischen nichtstaatlichen Akteuren und atomarer Sicherheit sowie Atomkraft als die drei großen Herausforderungen, die für Österreich ein besonderes Anliegen sind.

„Nukleare Abschreckungspolitik kann keine Sicherheit bringen. Deshalb unterstützt Österreich klar das Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Wir werden unsere Stimme solange erheben, bis die letzte dieser Waffen verschwunden ist“, unterstrich der Außenminister in seiner Rede während dem ministeriellen Segment der Konferenz.

Zudem bezeichnete er Kernkraftwerke als „tickende Zeitbomben“. „Die Auswirkungen eines atomaren Zwischenfalls würden weit über die Landesgrenzen hinausgehen.

Deshalb brauchen wir internationale Zusammenarbeit, Schutzmaßnahmen, Standards und Vorschriften im Rahmen der IAEA.“

Abschließend bekräftigte Schallenberg die Unterstützung Österreichs für die in Wien ansässige IAEA. Das weltweit wachsende Bewußtsein für deren wichtige Arbeit und insbesondere für die Bedeutung der atomaren Sicherheit wurde auch durch die Anwesenheit von MinisterInnen und hochrangigen VertreterInnen zahlreicher Staaten bei der Eröffnung der Konferenz unterstrichen.

So nutze der Außenminister auch die Gelegenheit für bilaterale Gespräche am Rande der Konferenz mit seinen Amtskollegen aus Aserbaidschan, Finnland, Libyen, Norwegen und Ungarn.

Schallenberg im Iran: Unterstütze die Bemühungen der EU

Mit seiner Arbeitsreise nach Teheran signalisierte Außenminister Alexander Schallenberg die Unterstützung Österreichs für Dialogbemühungen der EU zur Erhaltung des Wiener Atomabkommens (JCPOA) und setzte sich für Deeskalation in der Region ein. Er reiste am 22. Februar zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch nach Teheran. Im Fokus der Treffen mit dem iranischen Präsidenten, Hassan Rohani sowie mit dem iranischen Außenminister, Javad Zarif, standen das internationale Atomabkommen (JCPOA) mit dem Iran.

„Ein völliger Rückzug des Iran aus dem Abkommen brächte unabsehbare Risiken für Europa und für Österreich, da es zu einem nuklearen Wettrüsten in der Region führen würde“, so Schallenberg.

Im Gespräch mit seinem iranischen Amtskollegen Javad Zarif unterstrich Außenminister Schallenberg sein Engagement für die Aufrechterhaltung des JCPOA und bekräftigte die Unterstützung Österreichs sowie der EU für eine politische Lösung, die zu regionaler Stabilität und Sicherheit beiträgt.

„Gerade weil das Abkommen in Wien geschlossen wurde, trifft uns eine besondere Verantwortung, hier aktiv zu sein“, unterstrich Schallenberg die Motivation seiner Reise nach Teheran.

Zudem sprachen die beiden Außenminister über eine breite Palette an aktuellen Themen, insbesondere über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Rolle Irans in der Golfregion sowie den Ausbruch des Coronavirus. Im Rahmen des bilateralen Austauschs wurde zudem der Schutz der Menschenrechte im Iran thematisiert. So forderte Außenminister Schallenberg ein Moratorium für die Todesstrafe.

Auch während des Treffens mit dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani wurde das JCPOA thematisiert. Dabei forderte der Außenminister alle Seiten dazu auf, ihren Verpflichtungen aus dem Wiener Abkommen nachzukommen: „Es gilt, das Atomabkommen zu erhalten; das kann nicht ohne den Iran gelingen.“ Zum Abschluß seiner Reise resümierte der Außenminister: „Es waren offene und ehrliche Gespräche.“

UNO-Menschenrechtsrat in Genf

Am 24. Februar reiste Außenminister Alexander Schallenberg nach Genf, um an der Eröffnung der 43. Tagung des UNO-Menschenrechtsrates teilzunehmen. Diese wurde erstmals von der österreichischen Botschaft



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg traf den iranischen Präsidenten Hassan Rohani in Teheran.



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg nahm an der 43. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf teil – im Bild mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas.

terin Elisabeth Tichy-Fisslberger geleitet, die im Jahr 2020 dem höchsten UNO-Menschenrechtsgremium vorsitzt.

In seiner Rede vor den 47 Mitgliedsstaaten zeigte sich Schallenberg über die alarmierende Menschenrechtslage, unter anderem im Jemen, in Syrien sowie in Venezuela besorgt: „UNO-Generalsekretär Antonio Guterres sprach von nicht weniger als einer globalen Krise der Menschenrechte. Leider muß ich ihm zustimmen. Die Grundrechte der Menschen in vielen Ländern sind ernsthaft bedroht.“

In weiterer Folge bekannte sich der Außenminister klar zum „Call to Action for Human Rights“, der im Rahmen der Tagung von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres angesichts einer „globalen Krise der Men-

schenrechte“ proklamiert wurde. Zudem betonte er das österreichische Engagement für den weltweiten Menschenrechtsschutz und mahnte von allen Staaten die Einhaltung internationaler Verpflichtungen ein: „Es ist wichtiger denn je, daß wir nicht müde werden, von allen Staaten die uneingeschränkte Achtung ihrer Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zu fordern. Mit anderen Worten: daß wir die Einhaltung des Grundsatzes ‚pacta sunt servanda‘ fordern.“

Abschließend sprach Schallenberg über die Prioritäten Österreichs beim weltweiten Schutz der Menschenrechte: „Österreich wird sich besonders für den Schutz der Minderheiten, die Meinungsfreiheit und die Vereinbarkeit künstlicher Intelligenz mit Menschenrechten einsetzen.“

Österreich, Europa und die Welt

Bundeskanzler Sebastian Kurz trat den britischen Premierminister Boris Johnson in London

„Das Vereinigte Königreich ist ein wichtiger Markt und sowohl wirtschaftlich als auch militärisch ein starker Player in der Welt. Unser Ziel ist es daher, auch nach dem Brexit den guten politischen und wirtschaftlichen Kontakt aufrechtzuerhalten“, betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 25. Februar anlässlich seines Treffens mit dem britischen Premierminister Boris Johnson in London. Im Zentrum der Gespräche mit seinem Amtskollegen sowie mit Staatsminister Michael Gove standen die künftigen Beziehungen der Europäischen Union mit Großbritannien, nachdem das Land mit Ende Jänner aus der EU ausgetreten ist.

Fairen Wettbewerb sicherstellen

„Wir müssen nun die Übergangsperiode bis zum Jahresende nutzen, um ein Handelsabkommen mit Großbritannien abzuschließen, das auch nach 2020 eine möglichst gute Zusammenarbeit sicherstellt. Je enger wir in Zukunft zusammenarbeiten und je ähnlicher unsere Standards in Zukunft sind, umso besser für uns alle“, betonte der österreichische Regierungschef. Es sei wichtig, im Rahmen eines Handelsabkommens einen fairen Wettbewerb sicherzustellen. Er werde sich für konstruktive Verhandlungen einsetzen, bei denen die Einheit der EU-27 gewahrt bleibe. EU-Chefverhandler Michel Barnier habe dabei die „vollste Unterstützung“ Österreichs, versicherte Kurz. Es sei im Interesse aller, die Verhandlungen mit Pragmatismus zu führen und auf einen guten Kompromiss hinzuarbeiten. Wenn bis Jahresende keine Einigung erzielt werde, sei schließlich ein „No-Deal-Szenario“ nicht auszuschließen.

Gute bilaterale Beziehungen weiterführen

„Großbritannien bleibt auch nach dem Brexit ein europäisches Land, mit dem uns viel verbindet“, so der Bundeskanzler mit Verweis auf die guten bilateralen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Österreich sowie auf das Handelsvolumen von rund 7 Milliarden Euro im Jahr 2018. Für die rund 33.000 AuslandsösterreicherInnen in Großbritannien biete das derzeit geltende Austrittsübereinkommen ausreichende Rechtssicherheit. Die Behörden beider Länder stünden zudem in engem Kontakt. „Wir wollen auch in Zukunft eine enge Partnerschaft unserer beiden Staaten sowie der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich sicherstellen“, so Kurz.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) traf Premierminister Boris Johnson in London



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf seinen griechischen Amtskollegen Nikos Dendias.

Schallenberg: Arbeitsbesuch in Athen

Angesichts der angespannten Lage an der griechischen EU-Außengrenze reiste Außenminister Alexander Schallenberg am 3. März nach Griechenland. Im bilateralen Arbeitsgespräch sicherte er seinem Amtskollegen Nikos Dendias volle Unterstützung Österreichs zu: „Mein Besuch ist ein Zeichen der Solidarität mit Griechenland, das einen wichtigen Beitrag zum Schutz der EU-Außengrenze leistet. Angesichts des enormen Drucks braucht Griechenland jetzt die aktive Unterstützung der EU zum Schutz der EU-Außengrenze.“ Zudem unterstrichen beide Außenminister, daß sich die Türkei an das EU-Türkei Abkommen halten müsse. So gehe es auch nicht an, daß MigrantInnen

unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von der Türkei in Richtung griechischer EU-Außengrenze geschickt würden.

„Wir dürfen uns von der Türkei nicht erpressen lassen“, so Schallenberg, der gleichzeitig die Notwendigkeit betonte, die Ursachen der Krise, die humanitäre Lage in Syrien, die sich durch intensivierte Kampfhandlungen weiter verschlechtert, anzugehen: „Die österreichische Linie ist ganz klar: Es geht um mehr wirksame Hilfe vor Ort.“

Im Ministerrat vom 4. März beschloß die Bundesregierung, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) drei Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Linderung der humanitären Situation in Syrien zur Verfügung zu stellen.

Österreich, Europa und die Welt

„Die österreichische Linie ist ganz klar: Es geht um mehr wirksame Hilfe vor Ort. Mit den 3 Millionen Euro aus dem AKF leisten wir wichtige Soforthilfe, die zur Deeskalation der Lage in der syrischen Krisenregion Idlib beitragen soll“, betonte Außenminister Schallenberg.

Gemäß Angaben des IKRK handelt es sich um die schlimmste Vertreibungswelle seit dem Beginn des Syrien-Konflikt. So sollen seit Dezember 2019 fast eine Million Zivilisten, davon mehr als die Hälfte Kinder, an die syrisch-türkische Grenze geflohen sein. „Wir müssen die Ursachen der Krise – die humanitäre Situation in Syrien – angehen und den Menschen in der Region wieder eine Perspektive geben“, so Schallenberg.

Die humanitäre Situation im Nordwesten Syriens gilt laut dem UN Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) als die schlimmste seit Beginn des Konfliktes.

Aufgrund der anhaltenden Kampfhandlungen in Idlib verschlechtert sich der Zugang zu medizinischer Versorgung und grundlegenden Versorgungsgütern für die Zivilbevölkerung in der Region zunehmend. In Zusammenarbeit mit lokalen Hilfsorgani-

sationen leistet das IKRK essentielle Arbeit um die syrische Zivilbevölkerung vor Ort zu unterstützen.

Schallenberg: Nukleare Abrüstung muß konsequent vorangetrieben werden

„Es darf nicht mehr nur beim verbalen Bekenntnis zur nuklearen Abrüstung bleiben. Nach 50 Jahren ist es höchste Zeit, daß die Abrüstungszusagen der Nuklearmächte umgesetzt werden. Vor allem in Zeiten wachsender Spannungen zwischen den Großmächten müssen wir die nukleare Abrüstung konsequent vorantreiben“, betonte Außenminister Schallenberg anlässlich des 50jährigen Jubiläums des Nichtverbreitungsvertrags von Atomwaffen (Nuclear Non-Proliferation Treaty, NPT) am 5. März.

Nuklearwaffen bedrohen weiterhin die Existenz der Menschheit. Das Risiko steigt durch neue, schnellere Raketen und andauernde globale Spannungen. Das „Bulletin of Atomic Scientists“ hat aufgrund dieser Entwicklungen im Jänner 2020 die Weltuntergangsuhr („Doomsday Clock“) erstmalig auf 100 Sekunden vor Mitternacht vorgerückt.

Mit dem NPT haben sich die Nicht-Nuklearwaffenstaaten verpflichtet, keine

Nuklearwaffen anzuschaffen. Als Gegenleistung haben sich die Nuklearwaffenstaaten ihrerseits zur nuklearen Abrüstung verpflichtet. Dieses Ziel wurde in 50 Jahren bei weitem noch nicht erreicht.

„Der Nichtverbreitungsvertrags ist ein Eckpfeiler des internationalen Sicherheitssystems. Nur ein Durchbruch zu echter nuklearer Abrüstung kann die existentielle Bedrohung abwenden, die von Atombomben ausgeht“, so Schallenberg.

Am 5. März 1970 trat der „Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen“ (NPT) in Kraft. Fast alle UNO-Mitgliedsstaaten sind Vertragsparteien. Alle fünf Jahre werden die Umsetzung der Vertragsverpflichtungen erörtert und weitere Schritte für die Zukunft vereinbart. Die 10. NPT-Überprüfungskonferenz soll vom 27. April bis 22. Mai 2020 in New York stattfinden. Österreich wird sich im Rahmen seiner Rolle als Mitinitiator des Nuklearwaffenverbotsvertrag (TPNW) bei der Überprüfungskonferenz verstärkt einbringen, um konkrete Fortschritte zum Abrüstungsgebot im Atomwaffensperrvertrag zu erreichen. ■

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/>
<https://www.bmeia.gv.at/>

AuslandsösterreicherInnen-Büro unter neuer Leitung

Herzlich Willkommen zu dieser Ausgabe des „Österreich Journals“. Seit Jahresbeginn leite ich die Abteilung „Büro für AuslandsösterreicherInnen und digitale Anwendungen in der konsularischen BürgerInnenbetreuung“ im nunmehr (wie schon einmal) umbenannten Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Nach einigen Umstrukturierungen in den letzten Jahren, finden sich nun fast alle für ÖsterreicherInnen im Ausland relevante Bereiche in meiner Abteilung wieder: Zu den Agenden zählen unter anderem Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, Unterstützung der AuslandsösterreicherInnen bei der Durchführung von österreichischen Wahlen mittels Wahlkartenversand, der Auslandsösterreicherfonds für ÖsterreicherInnen in Notlagen sowie das Paßreferat und das Büro für Konsularbeglaubigung.

Aktuell liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit in einer zukunftsgerichteten Ausrichtung unseres Service, den wir Ihnen als ÖsterreicherInnen im Ausland bieten möchten, nämlich auf der Digitalisierung und der besseren Nutzung neuer Technologien. Nach Einführung der elektronischen Zustellung Ende letzten Jahres ist noch heuer die Implementierung der neuen E-ID für weltweite, elektronische Behördenwege geplant, über die wir Sie zeitgerecht informieren werden.

Ich freue mich über die gute Zusammenarbeit mit dem „Österreich Journal“ und versichere Ihnen, daß sowohl das AuslandsösterreicherInnenbüro als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Vertretungsbehörden vor Ort immer ein offenes Ohr für die Anliegen unserer Landsleute im Ausland haben.

Dr. Susanne Bachfischer

Ein Beitrag des Büros für AuslandsösterreicherInnen im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ✓



Foto: BMEIA / Mahmoud-Ashraf

Dr. Susanne Bachfischer

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

»Africa UniNet«

Netzwerk aus 63 afrikanischen und 19 österreichischen Hochschulen

Foto: OeAD-GmbH / Österreichischer Austauschdienst



Start des österreichisch-afrikanischen Forschungsnetzwerks »Africa-UniNet« mit Bundesminister Univ.-Prof. Heinz Faßmann (Bildmitte)

Afrikanische und österreichische Universitäten zusammenbringen und gemeinsame Kooperationen vorantreiben – das ist das Ziel des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung BMBWF initiierten Forschungsnetzwerk „Africa-UniNet“. Am 30. Jänner nahm es seine Arbeit auf und Netzwerkmitglieder aus 63 afrikanischen und 19 österreichischen Hochschulen trafen zusammen.

„Mit diesem Netzwerk schaffen wir eine solide Basis für langfristige Partnerschaften zwischen österreichischen und afrikanischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf der neue Forschungs- und Forschungsbildungsprojekte im gemeinsamen Interesse entstehen werden“, so Bundesminister Univ.-Prof. Heinz Faßmann beim festlichen Empfang im BMBWF anlässlich des Kick-offs des Netzwerks. Mit der Präsidentschaft sowie mit dem Aufbau des Netzwerks wurde der Rektor der Universität für Bodenkultur (BOKU), Hubert Hasenauer, betraut.

„Die BOKU hat eine lange Tradition in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Universitäten, sowohl in der Forschung als auch in der Ausbildung von Studierenden. So betreiben wir z. B. seit 2012 das Masterpro-

gramm Limnology & Wetland Management gemeinsam mit der Universität Egerton in Kenya. Und viele Master- und Doktorarbeiten mit Afrikaschwerpunkten wurden von BOKU-ProfessorInnen betreut. Wir haben uns daher sehr gefreut, daß wir mit dem Aufbau des ‚Africa-UniNet‘ betraut wurden, denn wir sehen dies als Anerkennung unserer langjährigen, gelebten internationalen Verantwortung. Im Zusammenhang mit dem ‚Africa-UniNet‘ haben wir auch eine neue Professur für Entwicklungszusammenarbeit geschaffen“, freut sich Hasenauer.

Die Fördermaßnahmen des Netzwerkes werden von der OeAD-GmbH abgewickelt, bei der das Netzwerk auch angesiedelt ist. Jakob Calice, Geschäftsführer der OeAD-GmbH, betonte: „Das ‚Africa-UniNet‘ bietet eine hervorragende Möglichkeit für österreichische Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen, Kontakte mit afrikanischen Hochschulen zu knüpfen, zu vertiefen und gemeinsame Projekte durchzuführen. Der OeAD bringt für den Aufbau des Netzwerks seine Erfahrungen aus zehnjähriger Förderung afrikanisch-österreichischer Wissenschaftsprojekte ein.“

„Africa-UniNet“ ist eine Initiative des

BMBWF und wurde von Wissenschaftsmi-
nister Univ.-Prof. Heinz Faßmann beim
„High Level Forum Africa- Europe“ am 18.
Dezember 2018 vorgestellt. „Africa-UniNet“
wurde auf Initiative des Österreichischen
Bundesministeriums für Bildung, Wissen-
schaft und Forschung (BMBWF) vom Öster-
reichischen Austauschdienst (OeAD-GmbH)
und der Universität für Bodenkultur Wien
(BOKU) entwickelt. Ziel des Netzwerks ist,
eine langfristige abgesicherte Struktur für Ko-
operationen von österreichischen und afrika-
nischen Hochschulen und Forschungseinrich-
tungen zu schaffen und zur nachhaltigen Ent-
wicklung gemäß den Sustainable Develop-
ment Goals (SDGs) der Vereinten Nationen
beizutragen. Das BMBWF unterstützt das
Netzwerk mit über 300.000 Euro jährlich.
Damit werden der Betrieb des Netzwerk-
büros und die Durchführung diverser Netz-
werkaktivitäten finanziert, wie etwa die An-
bahnung und Durchführung von Forschungs-
projekten, Professorenaustausch, Works-
hops, Training- und Alumni-Aktivitäten. ■

<https://africa-uninet.at/>
<https://www.bmbwf.gv.at/>
<https://oead.at/>
<https://boku.ac.at/>

Europapolitik miterleben und mitbewegen

JungparlamentarierInnen aus ganz Österreich sowie eine Gastdelegation aus Deutschland trafen einander bereits zum 19. Mal

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Landtagspräsidentin Verena Dunst mit JungparlamentarierInnen den und Gottfried Oehl (Koordinator MEP Austria)

Das Model European Parliament Programm (MEP) soll bei Jugendlichen das Interesse an Europa und einer aktiven Teilnahme an Demokratie wecken, indem es ihnen die Möglichkeit bietet, in die Rolle eines EU-Mandatars zu schlüpfen. Von 23. bis 26. Jänner versammelten sich JungparlamentarierInnen aus ganz Österreich sowie eine Gastdelegation aus Deutschland bereits zum 19. Mal, um Europa zu erleben und zu bewegen. Schauplatz war diesmal das Burgenland, wo rund 70 Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren in Mattersburg und Eisenstadt über aktuelle europäische Themen wie etwa Bildung, Umwelt, Jugendbeschäftigung und gesellschaftliche Herausforderungen durch die Digitalisierung, sowie Internet- und Mediensicherheit diskutierten. Landtagspräsidentin Verena Dunst hat am 24. Jänner die 19. Nationale Europäische Jugendparlamentssitzung im Schloß Esterházy in Eisenstadt offiziell eröffnet.

Bei der Jugendparlamentssitzung erhalten Jugendliche die Möglichkeit, sich mit aktuellen europäischen Themen auseinanderzusetzen, zu diskutieren und Lösungsansätze zu entwickeln. Nach der Debatte im Komitee werden die Resolutionen verfaßt, in der Vollversammlung diskutiert, abgeändert und dann verabschiedet oder nicht. Durch Simulation der tatsächlichen Sitzungen im Europäischen Parlament erhalten die NachwuchsparlamentarierInnen Einblick in den Europäischen Integrationsprozeß, gleichzei-

tig wird das Bewußtsein einer gemeinsamen europäischen Identität unter der Jugend geweckt.

„Das Land Burgenland bekennt sich zu einer starken Europäischen Union. Kein anderes Bundesland hat so stark von der EU profitiert wie das Burgenland. Mit den Förderungen der EU wurden hunderte Projekte unterstützt. Sie haben aus dem Burgenland ein Aufstiegsland gemacht. Im Rahmen der burgenländischen Demokratie-Offensive #politik-erleben wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um das Verständnis der Jugend für Politik zu erheben. Das Ergebnis war, daß 77 Prozent der Jugend an der politischen Entwicklung im Land interessiert ist. Die Studie zeigt aber auch: Je früher Jugendliche lernen, zu diskutieren, und Beteiligungsmöglichkeiten kennen, desto eher sind sie als Erwachsene an Politik interessiert“, hob die Landtagspräsidentin bei ihrer Begrüßungsrede hervor.

In einer Grußbotschaft ging Landeshauptmann Hans Peter Doskozil auf „25 Jahre Beitritt zur Europäischen Union“ ein. „Als Sie zur Welt gekommen sind, war Österreich bereits Teil der EU. Unser Land – insbesondere das Burgenland – hat sich seit dem Beitritt zur EU enorm und rasant weiterentwickelt. Sie haben diese großen Entwicklungen naturgemäß nur zum Teil mitbekommen und für Sie sind viele Dinge selbstverständlich.“ Doch sei nicht immer so gewesen, denn das Burgenland etwa habe

1995 zu den am wenigsten entwickelten und damit ärmsten Regionen in der damaligen EU gezählt. „Heute ist das nicht mehr vorstellbar und wir sind froh, daß unser Land in so vielen Bereichen aufgeholt hat und sogar Vorreiter ist“, so der Landshauptmann.

„Daß wir auch weiterhin so privilegiert leben können, bedarf viel Arbeit und Mitarbeit.“ Umso mehr freue ihn daher, „daß Sie nach Eisenstadt gekommen sind, um an der 19. Nationalen Europäischen Jugendparlamentssitzung teilzunehmen und sich einzubringen.“

Es sei ihre Zukunft, die vor ihnen liege und die mit vielen Herausforderungen in verschiedensten Bereichen – von Energie und Umwelt bis hin zu Verkehr oder Jugendbeschäftigung – verbunden sei. Interesse und Ihr Engagement der Jugendlichen sei daher nicht nur für sie selbst, „sondern auch für uns alle von großer Bedeutung“.

Die nationale Sitzung des MEP im Burgenland war gleichzeitig die Qualifikation für die österreichische Vertretung an den bevorstehenden EU 27+ MEP Sitzungen in Stockholm und Sofia sowie zu den euroregionalen Sitzungen in Bratislava, Zagreb, Kopenhagen und Kaliningrad. MEP Austria wird von VertreterInnen des Wiener Traditionsgymnasiums Theresianum koordiniert – heuer in Kooperation mit dem BG BRG Mattersburg.

<https://www.burgenland.at/>

<https://www.mepaustria.at/>

Kärnten wieder in zwei AdR-Fachkommissionen vertreten

LH Kaiser wird Kärntner Interessen in EU-Fachkommissionen für Wirtschaftspolitik sowie Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur vertreten

Mit der Konstituierung der jeweiligen Fachkommissionen sowie der Annahme in der Plenartagung hat der Ausschuß der Regionen (AdR) am 11. Jänner seine Arbeit für die bis 2024 laufende EU-Periode aufgenommen. Zum neuen Präsidenten des AdR wurde der Grieche Apostolos Tsitsikostas, zum Vizepräsidenten der Portugiese Vasco Cordeiro gewählt.

Kärntens Interessen werden im AdR weiterhin von Landeshauptmann Peter Kaiser persönlich wahrgenommen und vertreten. Wie schon in der letzten Periode, wird er auch in dieser in zwei Fachkommissionen vertreten sein. Einmal in der Fachkommission für Wirtschaftspolitik (ECON) und ein weiteres Mal in der Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC). „Es ist wichtig für Kärnten, vor Ort in Brüssel sowohl in den Fachkommissionen als auch im AdR tätig zu sein, auf die Anliegen, Bedürfnisse, Erwartungen, Forderungen unseres Bundeslandes aufmerksam zu machen, sich mit vollem Engagement persönlich für unser Land und unsere Bevölkerung einzusetzen. In den letzten Jahren ist es durch das gezielte Netzwerken gelungen, viel für Kärnten zu erreichen“, unterstreicht Kaiser.

Der Landeshauptmann verweist auf über 80 Millionen Euro jährlich, die nach Kärnten geflossen sind. „Sei es als Direktförderungen für Landwirte, als Förderungen für Unternehmen, die gleichbedeutend mit der Förderung und Sicherung von Arbeitsplätzen sind, in ebenfalls beschäftigungswirksame Infrastrukturprojekte wie die Koralmbahn oder den Bau der zweiten Karawanken-Tunnelröhre oder aber in den Bereich von Forschung und Entwicklung, mit dem unser Bundesland im EU-weiten Spitzenfeld liegt“, so Kaiser.

Der Landeshauptmann nutzt seine regelmäßigen Teilnahmen an Sitzungen der beiden Fachkommissionen und des AdR – er ist der Landeshauptmann mit der intensivsten Präsenz in Brüssel – auch für Gespräche und Verhandlungen mit EU-KommissarInnen, ranghohen KommissionvertreterInnen und



Foto: Büro LH Kaiser

Landeshauptmann Peter Kaiser (2. Reihe Mitte) im Kreis seiner KollegInnen – dieses Gruppenfoto entstand im Zuge der Konstituierung des Ausschusses der Regionen.

EU-ParlamentarierInnen. Auch regelmäßige Gespräche mit BotschafterInnen sowie der ständige Austausch mit hochrangigen VertreterInnen anderer europäischer Regionen zur Lösung gemeinsamer Problemlagen oder zum Erfahrungsaustausch stehen bei den Brüssel-Aufenthalten des Kärntner Landeshauptmanns auf dem Programm.

<https://www.ktn.gv.at/>

Der AdR

Der AdR ist eine beratende Einrichtung der EU, die sich aus lokal und regional gewählten VertreterInnen aller 27 Mitgliedsländer zusammensetzt. Diese können über den Ausschuß Stellungnahmen zu EU-Rechtsvorschriften abgeben, die sich direkt auf ihre Regionen und Städte auswirken. ■

<https://cor.europa.eu/de/>

25 Jahre EU-Mitgliedschaft – eine NÖ Erfolgsstory

Der Beitritt zur EU im Jahr 1995 war eine richtige und wichtige Entscheidung für Österreich und besonders für ein Grenzland wie Niederösterreich. Durch die Mitgliedschaft konnten wir unser Angebot im Land ausbauen und die Lebensqualität weiter steigern. 25 Jahre später kann man zurecht sagen, Niederösterreich hat sich zu einer selbstbewußten Wirtschafts- und Forschungsregion entwickelt, die auch touristisch und kulturell im ganzen Land unglaublich viel zu bieten hat“, ziehen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger Bilanz anlässlich 25 Jahre EU-Beitritt.

Seit dem EU-Beitritt konnten insgesamt elf Milliarden Euro an EU-Geldern nach Niederösterreich geholt werden. Mit diesen wichtigen Fördermitteln aus Brüssel konnten wichtige Initiativen wie etwa die NÖ Sprachoffensive für 73.000 Kinder entlang der ehemaligen Grenzregion oder der grenzüberschreitende Rettungsdienst umgesetzt werden. Insgesamt konnten seit dem Jahr 1995 über 15.000 neue Arbeitsplätze und 47.000 Arbeitsplätze durch EU-Regionalförderungen gesichert werden.

„EU-Fördermittel müssen für Niederösterreich auch in Zukunft gesichert bleiben. Mit diesen Geldern, etwa für Regionalförderungs-Projekte, spüren die Bürger am unmittelbarsten, was uns eine gemeinsame Europäische Union bringt. Und mit diesen Geldern können wir auch Existenzen sichern und sogar Leben retten. Denn Leuchtturmprojekte wie das europaweit erste grenzüberschreitende Gesundheitszentrum in Gmünd sind dadurch umsetzbar. Dieses einzigartige Modell „Healthcross for future“ in Gmünd wurde von der WHO als internationales Vorzeigeprojekt im Gesundheitsbereich ausgezeichnet“, erklären Johanna Mikl-Leitner und Martin Eichtinger ihre Bemühungen um die Verlängerung der EU-Regionalförderungen für die nächste Periode 2021-2027: „Denn besonders die grenzüberschreitenden Programme bauen nicht nur die Grenzen in unseren Köpfen noch weiter ab, sie sind auch für die Menschen unmittelbar vor Ort spürbar.“

„Wir zahlen zwar einen Euro nach Brüssel, holen aber drei Euro wieder nach Niederösterreich zurück. Für Niederösterreich ist die EU-Mitgliedschaft daher ein absolu-



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und LR Martin Eichtinger

tes Erfolgsprojekt“, so Mikl-Leitner und Eichtinger.

30 Jahre grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien

„Österreich ist seit 25 Jahren Mitglied der Europäischen Union und wir haben mit dem Interreg-Programm die grenzüberschreitende Zusammenarbeit umgesetzt“, sagte Landesrat Eichtinger. „Wir konnten durch den EU-Beitritt rund 700 Interreg-Projekte mit einem Gesamtvolumen von 109 Millionen Euro direkt in Niederösterreich abwickeln. Während zu Beginn hauptsächlich der Tourismus und die Kultur im Zentrum der Interreg-Zusammenarbeit standen, so gewinnen

seit dem Jahr 2007 auch die Bereiche Natur und Umwelt an Bedeutung“, hob er hervor.

Zdeněk Semorád, Vizeminister Tschechische Republik, führte aus, daß „Tschechien die geringste Arbeitslosigkeit in der gesamten Europäischen Union verzeichnet und es dem Land wirtschaftlich sehr gut geht.“ Zu dieser Entwicklung habe auch die Europäische Union beigetragen, sagte er. „Die Umstrukturierung der Wirtschaft hat aber manche Räume in Tschechien betroffen, besonders das Grenzgebiet zu Österreich. Interreg hat dabei geholfen, mit diesen Veränderungen besser zurechtzukommen und die Wirtschaft anzukurbeln.“

<http://www.noel.gv.at/>



v.l.: Michael Böhm, Ärztlicher Standortleiter Landesklinikum Gmünd, Zdeněk Semorád, Vizeminister Tschechische Republik, Kathrin Huber, Verwaltungsbehörde Interreg AT-CZ, und Landesrat Martin Eichtinger bei der Präsentation der Bilanz: 30 Jahre INTERREG.

Österreich, Europa und die Welt

»Es geht los«

Europäische Kulturhauptstadt Salzkammergut 2024

Noch sind es vier Jahre, bis das Salzkammergut Europäische Kulturhauptstadt 2024 sein wird; vier Jahre, die alle Beteiligten gut nutzen wollen, damit das Projekt Salzkammergut 2024 erfolgreich wird. Daher haben sich am 24. Jänner auf Initiative von Landeshauptmann Thomas Stelzer alle, die sich für das Projekt engagieren, in Bad Ischl erstmals gemeinsam zu einem Arbeitsgespräch getroffen, an dem auch der steirische Kulturlandesrat Christopher Drexler teilgenommen hat. Vertreten waren alle Gemeinden, die Teil des Projektes sind, VertreterInnen der Tourismusverbände und die Projektkoordinatoren. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen grundsätzliche Fragen, mit dem Ziel, erste Weichenstellungen für das Projekt Kulturhauptstadt abzustimmen und die nächsten konkreten Schritte zu vereinbaren.

„Oberösterreich wird die Organisatoren bestmöglich unterstützen, damit das Projekt Kulturhauptstadt 2024 ein Erfolg wird“, betont Landeshauptmann Thomas Stelzer. „Indem eine ganze Region den Titel trägt, haben wir die Chance, europaweit aufzuzeigen, was uns auszeichnet: ein dichtes Netzwerk an kultureller und künstlerischer Innovation, das die Entwicklung des Landes prägend vorantreibt.“

Der steirische Kulturlandesrat Christopher Drexler unterstreicht: „Daß mit dem Salzkammergut 2024 erstmals eine inneralpine ländliche Region Europäische Kulturhauptstadt wird, stellt einen Meilenstein und eine Riesenchance für die Kultur- und Regionalentwicklung auch und gerade für die steirischen Salzkammergut-Gemeinden dar. Wir wollen sie bestmöglich nutzen und als Land Steiermark gemeinsam mit Oberösterreich zum internationalen Erfolg der Kulturhauptstadt 2024 beitragen. Mit großem Einsatz, Engagement und Ideenreichtum konnte die aus der Region heraus entstandene Bewerbung die internationale Jury überzeugen, geht es doch um besonders aktuelle und zeitgemäße Themen und Fragestellungen von gesamteuropäischer Bedeutung. Wie kann sich der ländliche Raum in Zukunft entwickeln? Welche Perspektiven gibt es gerade für junge Menschen? Ich freue mich auf die intensive Vorbereitungsphase, die wir mit dem heutigen Treffen begonnen haben, und den



v.l.: LR Christopher Drexler, LH Thomas Stelzer, BGM Ines Schiller und MEP Hannes Heide



Fotos: Land OÖ/Max Mayrhofer

LR Christopher Drexler, Bürgermeisterin Ines Schiller, LH Thomas Stelzer, MEP Hannes Heide und das Organisationsteam von „Salzkammergut 2024“

regelmäßigen inhaltlichen Austausch zu diesen entscheidenden Fragestellungen.“

Mit allen Beteiligten wurden die nächsten Schritte abgestimmt, mit dem Ziel, grundlegende Strukturen für Salzkammergut 2024 in die Wege zu leiten. Oberösterreich und die Steiermark werden sich dabei eng abstimmen, das haben Stelzer und Drexler vereinbart. Beide Länder sind übereingekommen, als Fördergeber nicht Gesellschafter zu werden, sondern eine aktive Rolle in den Steuerungs- und Aufsichtsgremien zu übernehmen. Eine eigene Arbeitsgruppe, die aus Ver-

treterInnen von Bund, Ländern und Gemeinden bestehen soll, wird die Finanzierungsgespräche und Verträge vorbereiten. Zudem muß zeitnah endgültig entschieden werden, welche Gemeinden tatsächlich am Projekt „Salzkammergut 2024“ teilnehmen, und die Betreibergesellschaft gegründet werden. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

<https://www.bad-ischl.ooe.gv.at/>

<https://badischl.salzkammergut.at/>

Lesen Sie mehr über die Kulturhauptstadt Salzkammergut 2024 in der Ausgabe 190 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins, Seiten 24 bis 27

<https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-190/62984367>

OÖ International Netzwerk

Die Ausstellungskuratorin im »Oscar-Museum« in Los Angeles, Doris Berger, ergänzt die Plattform für OberösterreicherInnen im Ausland

Oberösterreich ist als exportorientiertes Bundesland international erfolgreich und gut vernetzt – die Mitglieder von „Oberösterreich International“ tragen als „Botschafterinnen und Botschafter“ zusätzlich dazu bei, das Bundesland noch bekannter zu machen. Laufend treten dem Netzwerk neue Mitglieder bei, die im Ausland ihren Wohn- und Arbeitsort gefunden haben.

„Mitglieder von OÖ International machen unser Bundesland international noch bekannter. Dafür sage ich Danke! Denn dadurch helfen sie mit, unser Bundesland zum Land der Möglichkeit und zu einer internationalen Spitzenregion zu machen. Und daß Oberösterreich wirklich rund um den Globus stark vertreten ist, zeigen beispielsweise internationale Anlässe wie die kommende Oscar-Verleihung, wo die Oberösterreicherin Dr.in Berger im ‚Oscar-Museum‘ tätig ist“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer am 7. Feber.

Zu den OÖ International „Botschafterinnen“ gehört eben auch Doris Berger: Sie ist seit 2019 Leiterin der kuratorischen Abteilung und seit 2015 Ausstellungskuratorin am Academy Museum of Motion Pictures in Los Angeles. Als Abteilungsleiterin ist sie beispielsweise als Teamleader an den Ausstellungen beteiligt, die 2020 eröffnet werden. Als Kuratorin verantwortet sie die Ausstellung „Regeneration: Black Cinema, 1900-1970“, die 2021 am Academy Museum eröffnet werden wird.

Für ihr Engagement und ihre Leistungen erhielt Doris Berger Anfang 2019 das Goldene Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich. Daher freute es den Landeshauptmann besonders, sie für das Netzwerk OÖ International begeistern zu können: Als Zeichen der Zugehörigkeit konnte er ihr die offizielle Anstecknadel des Landes OÖ persönlich überreichen.

„Es freut mich immer zu hören, daß Auslandsöberösterreicherinnen wie Dr.in Berger international erfolgreich sind und dennoch die Geschehnisse sowie Ereignisse in der alten Heimat verfolgen und sich zu unserem Bundesland so verbunden fühlen“, so der Landeshauptmann.

„OÖ International“ bietet vor allem allen OberösterreicherInnen, die vorübergehend



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

Übergabe der offiziellen Anstecknadel des Landes OÖ durch Landeshauptmann Thomas Stelzer an Doris Berge, als neues Mitglied von „OÖ International“



© Land OÖ / Business Upper Austria - OÖ Wirtschaftsagentur GmbH

Karte der Mitglieder im Netzwerk „Oberösterreich International“

oder auf Dauer ihren Wohn- und Arbeitsort im Ausland gefunden haben, eine Plattform sich zu vernetzen und über ihre Heimat zu informieren.

Über 800 AuslandsöberösterreicherInnen aus knapp 100 Ländern sind bereits Mitglied des Netzwerkes. Die Palette reicht von Ent-

wicklungshelferInnen, Angestellten, DiplomatinInnen und Kulturschaffenden bis hin zu Studierenden.

<http://www.land-oeberoesterreich.gv.at/>

<https://www.ooe-international.at/>

<https://www.facebook.com/Oberoesterreich.International>

<https://www.academymuseum.org/>

Sprachrohr der EU-Regionen formiert sich neu

Ausschuß der Regionen mit neuem Präsidenten und ohne Briten – Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf und Franz Schausberger in Fachkommissionen

Salzburgs Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf und Franz Schausberger werden auch in den kommenden fünf Jahren Salzburg im Ausschuß der Regionen (AdR) Salzburg vertreten. Apostolos Tzitzikostas aus Zentral-Mazedonien wird das Gremium in der aktuellen Mandatsperiode bis 2025 als Präsident anführen. Durch den Brexit verringert sich die Zahl der Mitglieder von 350 auf 329. Österreich ist weiter mit zwölf Abgeordneten vertreten.

Parlamentswahlen bedeuten auch eine neue Zusammensetzung der Kommission und des AdR, neue Vorzeichen, die auch Salzburg betreffen. Entschieden wurde bei der konstituierenden Sitzung ebenfalls über die Aufgabenverteilung in den Fachkommissionen – vergleichbar mit den 20 ständigen Ausschüssen im Europäischen Parlament, wo die politischen Stellungnahmen vorbereitet werden.

Pallauf in Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie

Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf wird als stellvertretendes AdR-Mitglied Salzburgs Interessen 2020-2025 in der Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie vertreten. Wichtige Aspekte sind hier der europäische grüne Deal und alle Fragen, die mit dem Klimawandel verbunden sind. „Die Themenbereiche sind vielfältig und interessant, weshalb ich der ersten Sitzung, die bereits in zwei Wochen stattfindet, mit Spannung entgegenblicke“, so Pallauf.

Schausbergers Fokus auf Institutionelles und Erweiterung

Salzburgs AdR-Vertreter Franz Schausberger führt sein Engagement in der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regionen, institutionelle Fragen, Außenbeziehungen und – neu – Rechtsstaatlichkeit in der neuen Mandatsperiode fort. Außerdem ist er Präsident der AdR-Kommission für Serbien. „In der nun beginnenden Diskussion um die Zukunft Europas werde ich mich vor allem um die starke Einbeziehung der Regionen und Städte in den Bereichen der regionalen



Foto: Land Salzburg / Constanze Weiss

v.l.: Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf (Stv. Mitglied), Franz Schausberger (Mitglied) und Michaela Petz-Michez (Verbindungsbüro Brüssel)

und lokalen Demokratie, Umwelt und Klimawandel, Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit und gegen die Landflucht einsetzen. Wichtig ist mir auch, daß der von einigen Mitgliedsstaaten blockierte Erweiterungsprozeß wieder in Gang kommt und dabei vor allem die regionale und lokale Ebene stark einbezogen wird,“ so der ehemalige Salzburger Landeshauptmann, der nicht nur Vorsitzender des Vorstands des Instituts der Regionen Europas (IRE) ist, sondern auch dessen Gründer.

<https://www.salzburg.gv.at/>

Der AdR

Der AdR ist eine beratende Einrichtung der EU, die sich aus lokal und regional gewählten VertreterInnen aller 27 Mitgliedsländer zusammensetzt. Diese können über den Ausschuß Stellungnahmen zu EU-Rechtsvorschriften abgeben, die sich direkt auf ihre Regionen und Städte auswirken.

<https://cor.europa.eu/de/>

Das Institut der Regionen Europas

Das IRE wurde 2004 vom ehemaligen Franz Schausberger mit dem Ziel gegründet, ein Forum für die europäischen Regionen, Kommunen und Unternehmen zu schaffen. Damit soll die zunehmende Bedeutung der Regionen und Kommunen für die europäische Politik und für die volkswirtschaftliche Entwicklung zum Ausdruck gebracht werden. Mit seinen Aktivitäten und Initiativen unterstützt das IRE die Regionalisierung und Dezentralisierung und ist ein Ansprechpartner bei entsprechenden Fragen und Herausforderungen. Am Sitz in Salzburg berät ein engagiertes und kompetentes Team bei Projektvorschlägen und Wünschen.

Als parteiunabhängige und gemeinnützige Einrichtung möchte das IRE vorhandene Informationsdefizite abbauen und dazu beitragen, das wirtschaftliche Potential der europäischen Regionen zu nutzen und grenzübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. ■

<http://www.ire.or.at/>

Spende an das Museu Nacional da Universidade Federal

Die Sammlung umfaßt Objekte der indigenen Volksgruppen der Kaiapó, der Asurini und der Araweté wie etwa Kultobjekte, Keramik, Federschmuck oder auch Bogen und Pfeile, die bei Zeremonien verwendet wurden.

Die Steiermärkische Landesregierung und das Universalmuseum Joanneum übergeben die 197 Objekte umfassende Sammlung des steirischen Priesters Anton Lukesch (1912 Graz–2003 Lima) an das Museu Nacional da Universidade Federal do Rio de Janeiro (Nationalmuseum der Bundesuniversität von Rio de Janeiro), das in der Nacht von 2. auf 3. September 2018 bei einem verheerenden Brand einen Großteil seiner Sammlung verlor. Dabei handelt es sich um die weltweit erste Schenkung an das Museum, das in den nächsten Jahren an seinem Wiederaufbau arbeiten wird. Die Sammlung Lukesch umfaßt Objekte der indigenen Volksgruppen der Kaiapó, der Asurini und der Araweté wie etwa Kultobjekte, Keramik, Federschmuck oder auch Bogen und Pfeile, die bei Zeremonien verwendet wurden.



Foto: steiermark.at / Streibl

Die Kiste mit den Objekten wird für den Transport nach Brasilien bereitgemacht (v. l.): Honorarkonsul der Republik Brasilien Gunter Griss, Museumsdirektor Alexander Kellner, kaufmännische UMJ-Direktorin Alexia Getzinger, Kulturlandesrat Christopher Drexler, Regina Pildner-Steinburg (Nichte der Brüder Lukesch), Botschafter José Antônio Marcondes, und der wissenschaftliche UMJ-Direktor Wolfgang Muchitsch,

Die Person Anton Lukesch

Monsignore a.o. Univ.-Prof. DDDr. Anton Lukesch (1912 Graz–2003 Lima), Absolvent der Rechtswissenschaften und Theologie der Universität Graz und 1948 zum Priester geweiht, trat in den Orden der Missionare vom Kostbaren Blut in Salzburg ein und brach 1952 zu seinem ersten Missionseinsatz nach Brasilien auf. Nach einem Zwischenspiel von 1959 bis 1965 als steirischer Caritasdirektor kehrte er wieder nach Südamerika zurück und lebte 15 Jahre lang als Missionar unter den indigenen Völkern am brasilianischen Rio Xingu, einem Nebenfluss des Amazonas im brasilianischen Bundesstaat Para.

Er beschäftigte sich dort wissenschaftlich intensiv mit der Mythologie der indigenen Bevölkerung, vor allem des Stammes der Kaiapó, und entdeckte zusammen mit seinem Bruder Pater Karl Lukesch im Jahr 1971 den Indio Stamm der Asurini, der bis dahin völlig isoliert gelebt hatten. Auch als späterer Professor für Missionswissenschaft und Völkerkunde an den Universitäten Graz und Wien betrieb er immer wieder Forschungen im Amazonasgebiet, bis er im Ruhestand 1985 endgültig nach Südamerika zurück-

kehrte, um sich den verarmten Indios in den Anden zu widmen, wo er 2003 in Lima verstarb.

Die Sammlung Lukesch und ihre Geschichte

Das Land Steiermark erwarb 1982 von Anton Lukesch und dessen Bruder Karl deren Brasilien-Sammlung, um Lukesch mit dem Verkaufserlös die Errichtung einer Krankenstation für die Asurini zu ermöglichen. Diese Sammlung, in den Jahren 1953 bis 1982 angelegt, umfaßt 197 Objekte, großteils Kultobjekte, Keramiken, Werkzeuge, Waffen und Schmuckgegenstände der brasilianischen Indio Stämme der Kaiapó, Asurini und Araweté des Amazonasgebietes. Besonders eindrucksvoll sind etwa eine Kette aus Brüllaffenzähnen sowie der gut erhaltene Federschmuck, u. a. aus den Schwanzfedern des Aras. Die Verantwortung über die Verwaltung der Sammlung wurde der Kulturabteilung des Landes (Referat Volkskultur) übertragen. Die Objekte wurden u. a. ab

1982 in Schloß Stainz bzw. von 2002 – anlässlich des 90. Geburtstages von Anton Lukesch – bis 2013 in Preding gezeigt, kuratiert vom Kulturanthropologen Helmut Eberhart von der Universität Graz. 2013 wurde die Sammlung schließlich in einem Schulgebäude in Köflach eingelagert, mit der Absicht, sie im dortigen Stadtmuseum neu aufzustellen. Nachdem dieser Plan nie verwirklicht wurde, verschwand die Sammlung aus der öffentlichen Wahrnehmung. Als die Stadt Köflach die Flächen, auf denen die Sammlung gelagert war, für andere Zwecke benötigte, suchte das Land Steiermark nach einer sinnvollen Nutzung der Sammlung und trat damit an das Universalmuseum Joanneum heran.

Die Schenkung an das Brasilianische Nationalmuseum

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Kulturlandesrat Christopher Drexler entschieden sich Namens des Landes Steiermark, die Sammlung als Geschenk des Lan-

Österreich, Europa und die Welt

des dem Museu Nacional da Universidade Federal do Rio de Janeiro zu überlassen. Im Auftrag des Landes Steiermark wurde seitens des Universalmuseums Joanneum der Kontakt mit dem Museumsdirektor und Paläontologen Alexander Kellner hergestellt, der von dieser Schenkung äußerst begeistert war. Das Nationalmuseum der Bundesuniversität von Rio de Janeiro, gegründet 1818 und somit die älteste wissenschaftliche Einrichtung Brasiliens, ist das größte natur- und völkerkundliche Museum Lateinamerikas mit einer bedeutenden paläontologischen und anthropologischen Sammlung. Beim Großbrand in der Nacht von 2. auf 3. September 2018 wurde das Museumsgebäude des Museo Nacional schwer in Mitleidenschaft gezogen, wobei ein großer Teil der rund 20 Millionen Exponate, vor allem auch der ethnologischen Sammlung, verloren ging oder stark beschädigt wurde.

Die Sammlung Lukesch wurde in den letzten Monaten durch das Universalmuseum Joanneum auf ihre Vollständigkeit überprüft, durch eine Restauratorin fachgerecht aufbereitet und dokumentiert sowie für den Transport nach Brasilien vorbereitet. Das Land Steiermark ist über das Universalmuseum Joanneum die erste Institution weltweit, die das von der Brandkatastrophe heimgesuchte Museu Nacional da Universidade Federal do Rio de Janeiro durch die Rückgabe von Originalobjekten unterstützt. Die Schenkung ist mit der Auflage verbunden, daß das Museu Nacional die Ursprungsgesellschaften am Rio Xingu, von denen diese Objekte stammen, über diese Schenkung informiert und diesen die Objekte für Forschungs- und Ausstellungszwecke zugänglich macht.

Kulturlandesrat Christopher Drexler: „Die Übergabe der Sammlung Lukesch an das Brasilianische Nationalmuseum in Rio de Janeiro halte ich für einen entscheidenden und wichtigen Schritt, sowohl aus ethischer wie auch aus wissenschaftlicher Sicht. Das Land Steiermark setzt damit einen Meilenstein, der internationale Vorbildwirkung entfalten kann. Die Übergabe dieser Sammlung, die den Missionen, der Forschung und dem Zusammenleben der Brüder Lukesch mit indigenen Völkern des Amazonasgebietes entstammt, soll gerade in Ländern, die Artefakte von Ureinwohnern aus kolonialen Kontexten besitzen, zu einem Diskussionsprozeß über den Umgang mit diesen Objekten führen. Außerdem ist das Land Steiermark über das Universalmuseum Joanneum die weltweit erste Institution, die das brasilianische



Foto: Universalmuseum Joanneum / J.J. Kucek

Federschmuck, grün und dunkelgrün mit roten Farbflecken, Stirnfedern gelb-rot, Kaiapó

Nationalmuseum nach dem verheerenden Brand im Jahr 2018 beim Wiederaufbau ihrer Bestände unterstützt. Das tun wir gerne und aus Überzeugung. Denn nicht zuletzt wollen wir die internationalen Beziehungen der Steiermark zu Brasilien, dem fünftgrößten Staat der Erde, pflegen und vertiefen.“

Wolfgang Muchitsch, wissenschaftlicher Direktor des Universalmuseums Joanneum: „Der Umgang mit Sammlungsobjekten aus kolonialem Kontext ist seit einigen Jahren eines der großen Themen in der Museums-welt. Die Übergabe der Sammlung Lukesch ist für mich die wissenschaftlich sinnvollste sowie ethisch begrüßenswerteste Vorgehensweise, weshalb ich vorschlug, diese Sammlung als Geschenk dem Brasilianischen Nationalmuseum zu überlassen. Wir setzen ein wichtiges und beispielgebendes Zeichen für die internationale Museumscommunity, wenn wir als erstes Museum weltweit das Brasilianische Nationalmuseum mit der Rückgabe von Originalobjekten unterstützen.“

Alexander Kellner, Direktor des Brasilianischen Nationalmuseums: „Mit großer Freude haben wir die Nachricht von der Schenkung der Sammlung Lukesch bekommen. Das Nationalmuseum ist die älteste wissenschaftliche Einrichtung in Brasilien und eines der wichtigsten Museen für Naturkunde und Anthropologie in Südamerika. Die Brandkatastrophe vom 2. September 2018

schockierte nicht nur Brasilien, sondern die Welt. In diesem Zusammenhang bietet der Wiederaufbau die Gelegenheit, ein Museum zu errichten, das nach dem Vorbild der wichtigsten europäischen Institutionen eine Referenz in Südamerika sein kann. Die Schenkung der Sammlung Lukesch ist ein guter Anfang für die Wiederherstellung der Sammlungen unseres Museums. Wir sind dem Universalmuseum Joanneum und dem Land Steiermark sehr dankbar für diesen wichtigen Beitrag und die freundliche Geste gegenüber dem Nationalmuseum, von der wir hoffen, daß sie von anderen europäischen Institutionen wiederholt wird.“

José Antônio Marcondes, Brasilianischer Botschafter in Österreich, brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die steirische Schenkung beispielgebend wirkt und weitere Länder und Institutionen auf der ganzen Welt den Neuaufbau der Bestände des Nationalmuseums von Rio de Janeiro nach dem Vorbild der Steiermark unterstützen werden. Er bezeichnete diesen Tag, an dem der erste Schritt zum Museumsneuaufbau durch die Übergabe der 197 Objekte getan wurde, als einen besonderen Tag der Freude für Brasilien und das Nationalmuseum in Rio de Janeiro. ■

<https://www.verwaltung.steiermark.at/>

<https://www.museum-joanneum.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Museu_Nacional_da_Universidade_Federal_do_Rio_de_Janeiro

Österreich, Europa und die Welt

Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino gibt Frauen-Broschüre heraus

Wie lassen sich Beruf und Familie im Vergleich zwischen Tirol, Südtirol und Trentino vereinbaren? Wie sieht es mit Chancengleichheit, politischer Beteiligung oder Gender-Medizin in den drei Ländern aus? Diese und viele weiteren Fragen werden in einer Publikation der Euregio Tirol-Südtirol-Trentino beantwortet. Die umfassenden Ergebnisse geben Auskunft über die Situation von Frauen und Männern in der Europaregion und stellen die Basis für weiterführende Projekte dar. Südtirols Familienlandesrätin Waltraud Deeg, Tirols Frauenlandesrätin Gabriele Fischer und Trentinos Familienlandesrätin Stefania Segnana präsentierten die Publikation in Bozen: „Die Broschüre weist auf die zahlreichen Ähnlichkeiten, aber auch auf die Unterschiede in den Regionen hin und ist eine wertvolle Grundlage, um die realen Lebensbedingungen der Frauen und Männer in der Europaregion zu verstehen und zu dokumentieren.“ Darüber hinaus lassen sich auf Basis der Daten Strategien – beispielsweise im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf – entwickeln, die maßgeblich zu einer Verbesserung führen.



Foto: Land Tirol / Reichkendlner

Die Landesrätinnen Gabriele Fischer (Tirol), Waltraud Deeg (Südtirol) und Stefania Segnana (Trentino) präsentieren die Broschüre „Die Frau in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“.

Neben allgemeinen Daten zu Gebiet und Bevölkerung wird über Familie und soziales Umfeld, Gesundheit, Bildung, Arbeit, politische Beteiligung und schließlich auch über geschlechtsspezifische Gewalt informiert. ■

Die Broschüre ist hier abrufbar:

http://www.euregioregion.info/downloads/200109_Statistiken_Frauen_210x150_Deutsch_FINAL.pdf

<https://www.tirol.gv.at/>

<http://www.provinz.bz.it/>

<http://www.deutsch.provincia.tn.it/>

Spiel, Spaß und Sport: das Euregio Sport Camp 2020

Fußball, Slacklinien oder Bogenschießen: Vom 12. Juli bis zum 19. Juli 2020 ist es wieder soweit: Die Europaregion Tirol-Trentino-Südtirol rückt beim Euregio Sport Camp für eine Woche den Sport in den Mittelpunkt. Nachdem die letztjährige Ausgabe in Neustift stattgefunden hat, wurde dieses Mal die Sportoberschule „Claudia von Medici“ in Mals im Vinschgau als Austragungsort der Veranstaltung gewählt, wo junge Sportbegeisterte bei einer Palette an verschiedenen Aktivitäten voll auf ihre Kosten kommen sollen. Euregio-Präsident, Tirols Landeshauptmann Günther Platter, unterstreicht die Bedeutung solcher Initiativen: „Projekte wie dieses haben großen Wert für das Zusammenleben in der Europaregion. Sie sind wichtig, um grenzüberschreitende Bänder zu knüpfen und unsere Jugendlichen für Gemeinsamkeiten zu sensibilisieren. Immerhin sind sie diejenigen, die die Europaregion von morgen gestalten werden.“

Auch LHStv Josef Geisler ist überzeugt von der grenzübergreifenden Zusammenkunft: „Das Euregio Sport Camp ist die ideale Gelegenheit, um in einem lockeren Umfeld verschiedene Sportarten gemeinsam mit



Foto: Land Tirol / Pichler

Jugendliche aus der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino mit LHStv Josef Geisler, Bgm. von Neustift Peter Schönherr und Amtsleiterin Jasmin Schwarz beim Euregio Sport Camp 2019

Jugendlichen aus der ganzen Europaregion auszuüben und dabei neue Freundschaften zu schließen. Es ist aber auch Anreiz, Neues auszuprobieren und bisher verborgene Talente zu entdecken.“ Platter und Geisler ru-

fen Jugendliche zwischen zwölf und 14 Jahren auf, sich für das Euregio Sport Camp anzumelden. Anmeldeschluß ist der 31. März 2020 und die Plätze sind begrenzt. ■

<http://www.euregioregion.info/de/euregio-sportcamp-2016.asp>

Vorarlberger IBK-Vorsitz

LH Wallner: »Vorarlberg ist engagierter Partner im Bodenseeraum und in Europa«

Das Jahr 2020 steht aus Vorarlberger Sicht stark im Zeichen der Zusammenarbeit im Bodenseeraum und in Europa. Mit Jahresbeginn hat Vorarlberg den Vorsitz in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) übernommen und sich für die einjährige Funktionsdauer ein intensives Arbeitsprogramm vorgenommen. Die Schwerpunkte sind Bildung, Digitalisierung und Verkehr. „Das wichtigste Projekt unter Vorarlberger Vorsitz wird die Unterzeichnung der neuen Leistungsvereinbarung für die Internationale Bodensee-Hochschule sein“, so Landeshauptmann Markus Wallner am 21. Jänner. Zugleich jährt sich heuer zum 25. Mal der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

Die enge Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) ist Wallner ein besonderes Anliegen. „Dadurch werden technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen, regionale Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit der Region angekurbelt“, betonte er. Unter den 30 mitwirkenden Hochschulen in Baden-Württemberg und Bayern, der Ostschweiz und Liechtenstein sowie Vorarlberg sind die Fachhochschule in Dornbirn, die Pädagogische Hochschule in Feldkirch, Schloß Hofen und das Landeskonservatorium. Ziel der bereits 6. Leistungsvereinbarung, die im Juni 2020 als Grundlage der Förderung durch die Internationale Bo-

denseekonferenz unterzeichnet wird, ist es vor allem, die Forschung zu verstärken, etwa in den Bereichen demografische Entwicklung und Gesundheit, Klima, Mobilität, Energie, Kultur und Kreativwirtschaft, Industrie und Innovation sowie Wissens- und Technologietransfer. Dafür soll auch das jährliche Budget von derzeit 1,4 Millionen Euro moderat erhöht werden.

Im Rahmen der Digitalisierungsinitiative der IBK wird am 24. Juni 2020 in Feldkirch der bereits 3. Bodensee Summit digital stattfinden. „Diese Konferenzen sind wertvolle Impulsgeber für Digitalisierungslösungen in Klein- und Mittelbetrieben“, sagte Wallner. Die heurige Veranstaltung soll den Austausch mit der Politik fördern, indem die IBK-Regierungschefs als Teil des Programms des Bodensee Summits eingebunden werden.

Die verkehrspolitischen Schwerpunkte unter Vorarlberger IBK-Vorsitz sieht Wallner insbesondere in der Bahnangebotsverbesserung im östlichen Bodenseeraum. Als wichtigste geplante oder in Umsetzung befindliche Projekte nannte er die Elektrifizierung der Bahnstrecken auf deutscher Seite, den Bau des Bahnhofes Lindau-Reutin und den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Lauterach und St. Margrethen. Es gehe darum Reisezeiten zu verkürzen und mehr Direktverbindungen sowie abgestimmte Anschlüsse zu schaffen.

Als Repräsentantin einer leistungsstarken Vier-Länder-Region will die IBK auch in den (inter)nationalen Entscheidungszentren entsprechend wahrgenommen werden und selbstbewusst auftreten. Das wollen die Regierungschefs der IBK bei einer Delegationsreise nach Brüssel im Herbst 2020 zum Ausdruck bringen, wo sie mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission und des Europäischen Parlaments zusammentreffen werden.

Das gemeinsame Engagement auf europäischer Ebene ist für die IBK vor allem vor dem Hintergrund, daß die Schweiz und Liechtenstein keine EU-Mitglieder sind, von Bedeutung, erläuterte die Vorständin der Europa-Abteilung im Landhaus, Martina Büchel-Germann. Sie verwies auf verschiedene Aktivitäten aus Anlaß der 25jährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs. Darunter ist eine von den österreichischen EuropeDirect Informationszentren mit Unterstützung der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich gestaltete Wanderausstellung, die heuer in ganz Österreich unterwegs sein wird. In Vorarlberg wird sie von 2. bis 20. März 2020 in der Bezirkshauptmannschaft Bludenz und von 29. Juni bis 17. Juli 2020 im Eingangsfoyer des Landhauses in Bregenz zu sehen sein. ■

<https://vorarlberg.at/>

<https://www.bodenseekonferenz.org/>



Jüdisches Museum Wien feiert international Erfolge

Das Jüdische Museum Wien, ein Museum der Wien Holding, kann für das Jahr 2019 nicht nur im Inland, sondern auch international eine erfreuliche Bilanz ziehen

Insgesamt sahen im vergangenen Jahr 264.000 Menschen Ausstellungen des Jüdischen Museums Wien, rund 144.000 Personen an den zwei Standorten in Wien und rund 120.000 Personen im Ausland.

Von Warschau über Amsterdam und Paris bis nach New York

Zu den erfolgreichsten Auslandsausstellungen des Jüdischen Museums Wien zählten „Kabbalah“ im Joods Museum in Amsterdam und „Helena Rubinstein. Die Schönheitserfinderin“ im Musée d'art et d'histoire du Judaïsme in Paris. Die Schau über die Geschichte der Kabbalah, die in Zusammenarbeit mit dem Joods Museum Amsterdam entstand, besuchten 79.000 Personen. Die Lebensgeschichte der Helena Rubinstein zog rund 37.000 BesucherInnen in Paris an. Weiters waren die Ausstellung „VOID“ im Austrian Cultural Forum New York und „Von Generation zu Generation. Die neue Haggada von Arik Brauer“ im österreichischen Kulturforum in Warschau zu sehen.

„Das Jüdische Museum Wien vermittelt mit seinen vielfältigen Ausstellungen nicht nur Wissen, sondern regt auch die Emotionen und den Verstand des Publikums gleichermaßen an. Das fasziniert nicht nur die Wienerinnen und Wiener, dieses Engagement weiß man auch im Ausland zu schätzen. Wir sind daher sehr stolz, daß die Ausstellungen des Museums auch international gut angenommen werden“, so Kurt Gollowitzer, Geschäftsführer der Wien Holding.

„Es ist immer eine ganz besondere Ehre und Freude, unsere Ausstellungen an verschiedenen Orten weltweit präsentieren zu können. Besonders erfreulich ist, daß so die Wiener jüdische Geschichte auch im Ausland erfahrbar gemacht werden kann“, betont Danielle Spera, Direktorin des Jüdischen Museums Wien.

Internationale Ausstellungen 2020 in New York, Lemberg und Krakau

Auch 2020 und darüber hinaus wird das Jüdische Museum Wien mit seinen erfolgreichen Ausstellungen international vertreten



Foto: Jüdisches Museum Wien / wulz.cc

Die Ausstellung über die Ephrussi wird ab März 2021 in New York zu sehen sein.

sein: Geplant sind Präsentationen in Europa und in den USA.

Ab September 2020 wird die Ausstellung „Die drei mit dem Stift. Lily Renée, Bil Spira und Paul Peter Porges“, die von 8. Mai bis 17. November 2019 im Museum Judenplatz zu sehen war, in New York gezeigt. Die Ausstellung dreht sich um drei KünstlerInnen, die als jüdische Kinder in Wien aufwuchsen, ihre Heimat nach dem „Anschluß“ verlassen mußten und anderswo erfolgreich wurden. Sie haben Comics und Cartoons gezeichnet, illustriert und karikiert, was ihnen naheging. „Die drei mit dem Stift“ setzten als Überlebende ihre Stifte als Waffen ein und zeichneten mit unterschiedlichen Methoden gegen ihre Verfolger an.

Die Ausstellung „Café As. Das Überleben des Simon Wiesenthal“, die von 29. Mai 2019 bis 12. Jänner 2020 in Wien gezeigt wurde, macht Ende 2020/Anfang 2021 in Lemberg und Krakau Station. Es ist die Geschichte einer Wiederentdeckung, nämlich der Architekturentwürfe von Simon Wiesenthal, die lange als verschollen galten. Das Konvolut umfaßt 80 Zeichnungen für ein nie umgesetztes Kaffeehaus, das Café As. Das Zeichnen dieser Entwürfe wurde für Simon Wiesenthal im Konzentrationslager Mauthausen zum Lebenselixier und sie sind Zeugnis des Überlebens im mörderischen System des Nationalsozialismus.

Verlängerte Ausstellung über Ephrussi ist demnächst auch in New York zu sehen

Auch die Schau „Die Ephrussi. Eine Zeitreise“ die in Wien seit 6. November 2019 läuft und aufgrund des großen Erfolgs bis 13. April 2020 verlängert wurde, wird international präsentiert. Das Jewish Museum New York wird die Schau ab März 2021 in New York zeigen. Die Ausstellung zeichnet den Weg der Familie Ephrussi, ihre freiwilligen sowie unfreiwilligen Reisen zwischen Russland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Spanien, den USA, Mexiko, Japan und anderen Ländern nach. Anhand von ausgewählten Objekten, Dokumenten und Bildern wird der wirtschaftliche und gesellschaftliche Werdegang einer europäisch-jüdischen Familie dargestellt, deren Nachfahren heute durch Flucht und Vertreibung in der ganzen Welt verstreut leben.

Aktuelle Ausstellungen in Wien zu Café Palmhof und Hedy Lamarr

Derzeit zeigt das Jüdische Museum Wien am Standort Dorotheergasse die Ausstellung „Wir bitten zum Tanz. Der Wiener Cafetier Otto Pollak“. Im Museum Judenplatz ist „Lady Bluetooth. Hedy Lamarr“ noch bis 10. Mai 2020 zu sehen.

<http://www.jmw.at/>

<https://thejewishmuseum.org/>

25 Jahre EU-Mitgliedschaft

Umfrage: 75 Prozent für EU-Verbleib, 8 Prozent für Austritt – Bilanz der Mitgliedschaft positiver als noch vor fünf Jahren

Mit 1. Jänner 2020 ist Österreich seit 25 Jahren Mitglied der Europäischen Union. Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ist aktuell hoch und die Zahl jener, die sich für einen Austritt aus der Union aussprechen, so niedrig wie nie zuvor. Wenn auch die Bilanz einzelner Integrationsschritte ambivalent ausfällt, ist die Europa-Stimmung jedenfalls freundlicher, als dies etwa noch vor fünf Jahren – zum 20jährigen Jubiläum – der Fall war“, analysiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage.

Einstellung zur EU-Mitgliedschaft

75 % der ÖsterreicherInnen sprechen sich aktuell dafür aus, daß unser Land Mitglied der EU bleiben soll. 8 % plädieren für einen Austritt aus der Union. 17 % beziehen keine Stellung.

Insgesamt 60 österreichweite ÖGfE-Befragungen seit Juni 1995 zeigen, daß die Be-

fürworterInnen der EU-Mitgliedschaft stets in der Mehrheit waren. Im Durchschnitt lag ihre Zahl bei rund 70 %, die Zahl jener, die sich für den EU-Austritt aussprachen, bei 22 %. Die höchste Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft fand sich im Juni/Juli 2002 (80 %), der stärkste Wunsch nach einem Austritt im Juni/Juli 2008 (33 %).

Der aktuelle Wert von 8 % deklarierter AustrittsbefürworterInnen ist der niedrigste seit Beginn der Zeitreihe. Während ihre Zahl seit Juli 2016 kontinuierlich (ausgehend von 23 %) zurückgeht, steigt parallel die Zahl jener, die nicht wissen, ob Österreich Mitglied bleiben oder wieder austreten soll bzw. keine Angabe machen. Seit Februar 2019 ist die Zahl der Unentschiedenen höher als jene der dezidierten AustrittsbefürworterInnen.

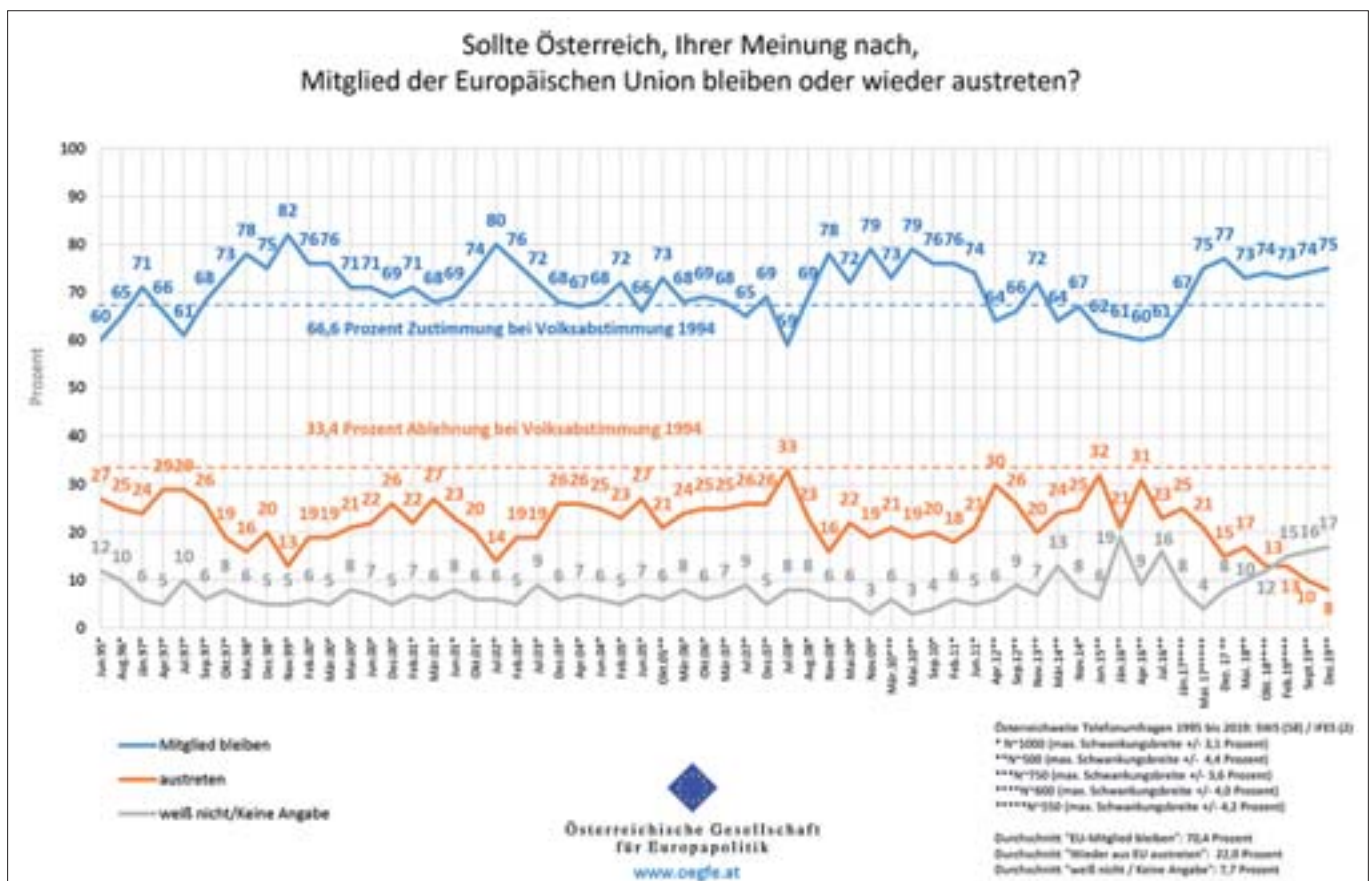
„Seit der Brexit-Abstimmung ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft hierzulande gestiegen und hält sich auf hohem Niveau“, so Schmidt. „Geriet die EU in der Hochphase der Griechenland-Rettung oder

der Flucht- und Migrationsherausforderung immer mehr unter Druck, wird sie nunmehr europaweit – insbesondere angesichts eines instabilen geopolitischen Umfelds – als sicherer Anker wahrgenommen.“

Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für einzelne Gruppen

„Die Österreicherinnen und Österreicher verbinden mit der EU-Mitgliedschaft heute mehr Vorteile, als dies noch vor fünf Jahren der Fall war. Gerade jene Gruppen, die die Nachteile im Auge haben, sind kleiner geworden. Vor dem Hintergrund interner Widersprüche und externer Bedrohungen sind die Herausforderungen für die Union massiv, trotzdem hat sie sich aus dem Krisenmodus herausgekämpft, was nicht zuletzt auch das Meinungsbild in der Bevölkerung beeinflusst.“

54 % sagen, daß die EU-Mitgliedschaft für SchülerInnen, Lehrlinge und Studierende „eher mehr Vorteile“ gebracht hat. Im No-



Österreich, Europa und die Welt

vember 2014 waren es 52 % gewesen. Für 6 % überwiegen die Nachteile, vor fünf Jahren lag dieser Wert noch bei 16 %. Wie schon 2014 sieht ein knappes Fünftel (18 %) weder Vor- noch Nachteile für diese Gruppen. Fast ein Viertel der Befragten (23 %) antwortet auf diese Frage mit „weiß nicht/Keine Angabe“ (2014: 15 %).

46 % erkennen durch die EU-Mitgliedschaft „eher mehr Vorteile“ für ArbeitnehmerInnen (2014: 40 %), 25 % „eher mehr Nachteile“, ein Rückgang von 13 Prozentpunkten. 18 % sehen weder Vor- noch Nachteile (2014: 16 %).

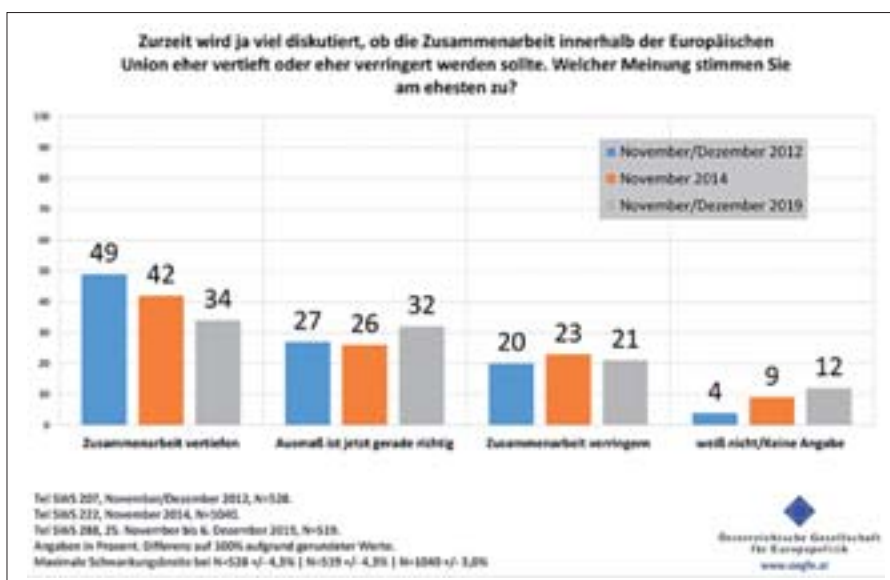
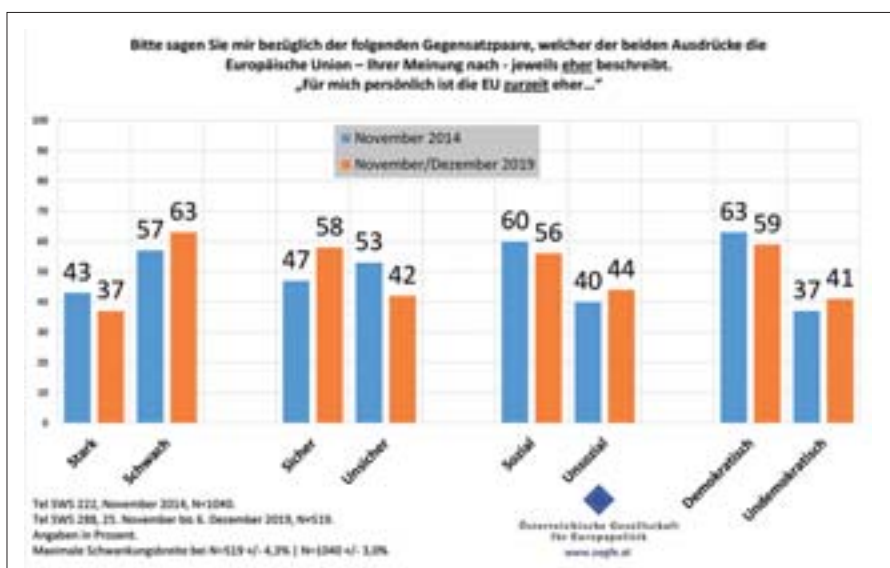
Für 38 % überwiegen die Vorteile für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) – ein Plus von 11 Prozentpunkten. Die Zahl jener, die für heimische KMUs mehr Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft wahrnehmen, ist seit 2014 von 58 % auf 35 % zurückgegangen. 16 % antworten „weder noch“ (2014: 9 %).

Wie schon im November 2014 sagt etwa ein Drittel der Befragten, daß die heimischen LandwirtInnen von der EU-Mitgliedschaft eher profitiert hätten (2019: 33 % / 2014: 30 %). Daß der Beitritt zur EU für diese Gruppe eher mit Nachteilen verbunden war, wird heute deutlich seltener angenommen (2019: 31 % / 2014: 56 %). Ein knappes Viertel (23 %) sieht aktuell für Österreichs Landwirte weder Vor- noch Nachteile überwiegen, womit sich der entsprechende Wert von 2014 mehr als verdoppelt hat (2014: 9 %).

Daß die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile für PensionistInnen gebracht hat, sagen aktuell 14 % (2014: 17 %). Ebenso gering ist die Zahl jener, die die Nachteile für diese Gruppe überwiegen sehen (14 %), 2014 war noch etwa ein Drittel dieser Ansicht (34 %). Die Hälfte der Befragten sieht die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf SeniorInnen neutral, 2014 waren es 36 %. Konnten im November 2014 noch 12 % diese Frage nicht beantworten, so sind es heute fast doppelt so viele (22 %).

Bilanz Euro – Schengen – Erweiterung

„Läßt man einige Meilensteine der europäischen Integration Revue passieren, zeigt sich, daß vor allem die Einführung des Euro von einer überwiegenden Mehrheit begrüßt wird. Ambivalenter ist die öffentliche Meinung hinsichtlich der letzten Erweiterungsschritte. Die offenen Grenzen als Folge des Schengen-Abkommens werden heute kritischer betrachtet. Politische Entwicklungen und ein polarisierender Diskurs haben deutliche Spuren hinterlassen.“



Insgesamt 71 % sehen die „Einführung des Euro als gemeinsame Währung“ „sehr positiv“ (23 %) bzw. „eher positiv“ (48 %). 2014 lag der Wert bei 61 % („sehr“: 20 % / „eher“: 41 %). Die Zahl jener, die die Gemeinschaftswährung negativ bewerten, ist zurückgegangen. Äußerten sich 2014 noch etwas mehr als ein Drittel skeptisch bis ablehnend („eher negativ“: 24 % / „sehr negativ“: 11 %), so sind es heute knapp ein Viertel der Befragten („eher negativ“: 21 % / „sehr negativ“: 3 %).

Das „Ende von Paß- und Grenzkontrollen“ sahen im November 2014 noch knapp mehr als die Hälfte „sehr“ (23 %) bzw. „eher positiv“ (28 %), heute sind es 46 % („sehr positiv“: 15 % / „eher positiv“: 31 %). Die Zahl jener, die eine negative Bilanz ziehen, hat sich um 6 Prozentpunkte auf 49 % erhöht (2014: „eher negativ“: 29 % / „sehr negativ“: 14 % – 2019: „eher negativ“: 33 % / „sehr negativ“: 16 %).

Positiver wird rückblickend wiederum die „Erweiterung der EU“ betrachtet. Beurteilten vor fünf Jahren noch insgesamt 31 % die Erweiterungsrunden von 2004 und 2007 „sehr“ (7 %) bzw. „eher positiv“ (24 %), so sind es heute 43 % („sehr“: 6 % / „eher positiv“: 37 %). Die Zahl jener, die sich skeptisch äußern, ist seit 2014 um 20 %punkte auf 41 % gesunken (2014: „eher negativ“: 46 % / „sehr negativ“: 34 % – 2019: „eher negativ“: 34 % / „sehr negativ“: 7 %).

„25 Jahre nach dem EU-Beitritt wird die EU-Mitgliedschaft mehrheitlich positiv bewertet“, so Schmidt. Dennoch gebe es weiterhin Schwachstellen, die oft erst durch akute Krisen sichtbar würden. Umso mehr müßten die Fundamente der Zusammenarbeit weiter gestärkt und mit konkreten Projekten der Mehrwert der EU sichtbar gemacht werden. Österreich solle sich mit konstruktiven Zukunftsideen einbringen.

<https://oegfe.at/>

Außenhandel Jänner bis November 2019

Importe stiegen um 1,6 %, Exporte um 2,4 %

Der Gesamtwert der Einfuhren von Waren lag im Zeitraum Jänner bis November 2019 laut vorläufiger Ergebnisse von Statistik Austria nominell mit 146,72 Mrd. Euro um 1,6 % über dem Vorjahreswert, die Ausfuhren von Waren stiegen um 2,4 % auf 142,56 Mrd. Euro. Das Defizit der Handelsbilanz belief sich auf 4,16 Mrd. Euro, nach 5,19 Mrd. Euro in der Vorjahresperiode. Arbeitstäglich bereinigt erhöhten sich die Einfuhren um 1,5 % und die Ausfuhren um 2,3 %.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union importierte Österreich im Berichtszeitraum Waren im Wert von 102,90 Mrd. Euro (+0,7 %). Der Wert der in diese Länder exportierten Waren verzeichnete ebenfalls einen Anstieg gegenüber der Vorjahresperiode (+2,2 %) und betrug 99,67 Mrd. Euro. Das Handelsbilanzdefizit mit der Europäischen Union belief sich auf 3,23 Mrd. Euro, nach 4,66 Mrd. Euro in der gleichen Periode des Vorjahres. Der Außenhandel mit Drittstaaten zeigte im Vergleich zur Vorjahresperiode eine Zunahme sowohl bei den Importen (+3,8 % auf 43,82 Mrd. Euro) als auch bei den Exporten (+2,9 % auf 42,89 Mrd. Euro). Daraus ergab sich ein Handelsbilanzpassivum mit Drittstaaten von 0,93 Mrd. Euro (siehe Tabelle).

Monatsergebnis November 2019: Einfuhren -7,5 %, Ausfuhren -4,1 %

Im November 2019 lag der Wert der Einfuhren von Waren bei 13,16 Mrd. Euro, das entspricht einem Rückgang von 7,5 % gegenüber November 2018. Die Ausfuhren von Waren beliefen sich auf 12,90 Mrd. Euro (-4,1 %). Die Handelsbilanz wies ein Passivum in der Höhe von 0,26 Mrd. Euro auf. Arbeitstäglich bereinigt sanken die Importe um 5,4 % und die Exporte gingen um 1,3 % zurück.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union importierte Österreich im November 2019 Waren im Wert von 9,33 Mrd. Euro, Waren im Wert von 8,91 Mrd. Euro wurden in diese Länder exportiert. Gegenüber November 2018 gingen sowohl die Intra-EU-Importe (-6,9 %) als auch die Intra-EU-Exporte zurück (-4,7 %). Dies führte zu einem Handelsbilanzpassivum mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in der Höhe von 0,42 Mrd. Euro. Die Importe aus Drittstaaten beliefen sich auf 3,84 Mrd. Euro und verringerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,9 %; die Extra-EU-Exporte sanken um 3,0 % auf 3,99 Mrd. Euro. Die daraus resultierende positive Handelsbilanz mit Drittstaaten lag bei 0,15 Mrd.

Der Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich

Im Berichtszeitraum wurden Waren im Wert von 2,66 Mrd. Euro aus dem Vereinigten Königreich bezogen (-0,9 %), die Ausfuhren dorthin waren um mehr als die Hälfte höher (+7,3 % auf 4,21 Mrd. Euro).

Mit einem Anteil von 1,8 % in der Einfuhr belegt das Vereinigte Königreich Platz 12.

Der Ausfuhranteil lag bei 3,0 % und das Vereinigte Königreich somit auf Rang 9.

Zur Methodik

Das vorliegende Ergebnis der Außenhandelsstatistik enthält Daten der mit der Zollanmeldung verbundenen Statistik des Warenverkehrs mit Drittstaaten (EXTRASTAT) und der Primärstatistik der Warenverkehre mit den EU-Mitgliedsstaaten (INTRASTAT) sowie Zuschätzungen zu den erhobenen INTRASTAT-Daten, die den Antwortausfall der Erhebung sowie schwellenbedingt nicht erhobene Werte abdecken.

Die Außenhandelsstatistik berücksichtigt in der Regel den physischen Warenverkehr, bei dem die österreichische Grenze überschritten wird.

<http://www.statistik.at/>

Der Außenhandel Österreichs Jänner bis November 2019

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuss (+)	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Vorjahr		Anteil	
				Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
				in 1.000 Euro		in Prozent	
			Insgesamt				
2019*	146.717.814	142.560.657	-4.157.157	1,6 (1,5)**	2,4 (2,3)**	100	100
2018	144.436.965	139.245.083	-5.191.882			100	100
EU-28 (Intra-EU-Importe/-Exporte)							
2019*	102.896.071	99.667.793	-3.228.277	0,7 (0,6)**	2,2 (2,1)**	70,1	69,9
2018	102.222.345	97.566.152	-4.656.193			70,8	70,1
Drittstaaten (Extra-EU-Importe/-Exporte)							
2019*	43.821.744	42.892.864	-928.880	3,8 (3,6)**	2,9 (2,9)**	29,9	30,1
2018	42.214.620	41.678.930	-535.690			29,2	29,9

Q: STATISTIK AUSTRIA, Monatliche Außenhandelsstatistik. – *) vorläufige Ergebnisse; **) arbeitstäglich bereinigt.

Tourismus erreichte Höchstwerte

Im Jahr 2019 wurden 153 Mio. Nächtigungen und 46 Mio. Gäste gezählt

Mit 152,64 Mio. Nächtigungen in österreichischen Beherbergungsbetrieben wurde im Kalenderjahr 2019 erstmals die 150-Millionen-Marke überschritten, wie vorläufige Ergebnisse von Statistik Austria zeigen. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Nächtigungen um 2,82 Mio. (+1,9 %) zu, was auf Zuwächse sowohl inländischer (+1,4 % auf 39,93 Mio.) als auch ausländischer Gästenächtigungen (+2,1 % auf 112,72 Mio.) zurückzuführen ist.

Auch die Ankünfte (d. h., die Zahl der Gäste in Beherbergungsbetrieben) verzeichneten im Kalenderjahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme (+3,0 %) und erreichten mit 46,18 Mio. neuerlich einen Höchstwert. Die Zahl inländischer Gäste stieg um 1,9 % auf 14,31 Mio., jene ausländischer Gäste erhöhte sich um 3,4 % auf 31,87 Mio.

Mit 56,66 Mio. wurden im Kalenderjahr 2019 um 0,37 Mio. (+0,7 %) mehr Übernachtungen von Gästen aus Deutschland als 2018 registriert. Der höchste diesbezügliche Wert wurde im Jahr 1981 mit 66,0 Mio. erreicht, als der Anteil an den Gesamtnächtigungen 54,5 % betrug (2019: 37,1 %). Der

zweitwichtigste ausländische Herkunftsmarkt Niederlande schloß das Jahr 2019 mit 10,35 Mio. Nächtigungen ab (+3,1 %). Insgesamt entwickelten sich die Übernachtungszahlen der wichtigsten Herkunftsländer großteils positiv, wobei die Nächtigungen rumänischer Gäste die höchste prozentuelle Zunahme aufwiesen (+8,8 %). Nächtigungsrückgänge verzeichneten im Kalenderjahr 2019 die Herkunftsmärkte Vereinigtes Königreich (-3,3 %), Schweiz (inkl. Liechtenstein) mit -0,9 % sowie Russland (-1,3 %).

Nach wie vor werden die meisten Nächtigungen in 5-/4-Stern-Betrieben beobachtet. Mit 54,34 Mio. Übernachtungen konnten die 5-/4-Stern-Betriebe im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 % zulegen (Anteil an den Gesamtnächtigungen: 35,6 %). Der höchste relative Nächtigungszuwachs wurde mit 5,9 % auf 13,81 Mio. in gewerblichen Ferienwohnungen bzw. -häusern registriert (Anteil: 9,0 %); vor zehn Jahren erreichte die Zahl der Nächtigungen dort erst 7,65 Mio. bzw. einen Anteil an den Gesamtnächtigungen von 6,1 %.

Im Jahr 2019 betrug die Tourismusintensität in Österreich (d. h., das Verhältnis der

Nächtigungen zu den Einwohnerinnen und Einwohnern) 14,4 Nächtigungen (ohne Privatquartiere) je Einwohner. Im EU-Vergleich liegt Österreich damit an vierter Stelle, hinter Kroatien (22,4 Nächtigungen je Einwohner) und den Inselstaaten Zypern bzw. Malta (20,6 bzw. 19,9 Nächtigungen je Einwohner). Im EU-28 Durchschnitt entfallen auf eine Einwohnerin bzw. einen Einwohner 6,3 Nächtigungen.

In den ersten beiden Monaten der Wintersaison 2019/20 – November und Dezember – wurden 17,40 Mio. Übernachtungen verzeichnet, was einer Zunahme um 4,5 % gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres entspricht.

Nach einem guten Start im November 2019 (+1,4 % auf 5,30 Mio. Übernachtungen) ist die Gesamtzunahme in der bisherigen Wintervorsaison auf das überdurchschnittlich gute Dezemberergebnis (+5,9 % auf 12,10 Mio. Nächtigungen) zurückzuführen: In diesem Monat stiegen ausländische Gästenächtigungen mit +6,9 % deutlich an, die Nächtigungen inländischer Gäste nahmen um 2,3 % zu.

<http://www.statistik.at/>



Start der neuen Nightjet Verbindungen nach Brüssel

Mit dem ÖBB Nightjet umweltfreundlich durch Europa – Zwei Mal wöchentlich von Wien und Innsbruck in die EU-Hauptstadt Brüssel

Foto: ÖBB / Andreas Schelblecker



An der Jungfernfahrt am 19. Jänner von Wien nach Brüssel nahmen zahlreiche Mitglieder des Europäischen Parlaments teil.

Seit 20. Jänner ist Brüssel neu in das internationale Nachtzugnetz der ÖBB aufgenommen. Zwei Mal wöchentlich geht es von Wien über Linz sowie von Innsbruck über München über Nacht in die EU-Hauptstadt. Die ÖBB sind heute Europas größter Anbieter von Nachtreisezügen und bieten mit Partnern insgesamt 27 Linien in Europa an.

Für die Verbindung nach Brüssel arbeiten die ÖBB mit der belgischen Bahn SNCB zusammen, die nicht nur die Lokomotiven für die belgische Strecke stellt, sondern auch Zugbegleiter und Lokführer. Auch der Ticketverkauf für die Strecke erfolgt in Belgien durch die SNCB.

„Mit dem Nightjet bringen wir Europa den Nachtzug zurück! Mit unserer neuen Direktverbindung nach Brüssel übernehmen wir aktiv Verantwortung für den Klimaschutz“, so Andreas Matthä, CEO der ÖBB Holding AG.

„Den Schienenverkehr auf kurzen und mittleren Strecken zum wahren Rückgrat der Mobilität in Europa zu machen, ist ein globales Projekt aller Akteure im Bereich der Mobilität, seien es die Industrie, die Infrastrukturbetreiber, der Gesetzgeber, unsere Regierungen oder die europäischen Entscheidungsträger. In diesem Zusammenhang spielt

Brüssel die Rolle einer echten Drehscheibe, die von nun an durch den Nightjet weiter gestärkt werden wird“, sagt Sophie Dutoroir, CEO der SNCB.

Umweltfreundlich im Schlaf nach Brüssel

Mit dem Nachtzugnetz in Europa ersparen die ÖBB der Umwelt heute schon 12.000 Kurzstreckenflüge. Die neuen Direktverbindungen werden weiter zur CO₂-Reduktion beitragen. Während ein Flugpassagier auf der Strecke Wien-Brüssel 410 kg CO₂ verursacht, sind es beim Nachtzug-Fahrgast nur 40 kg CO₂.

EU-Parlamentarier testeten erste Nachtzugverbindung

An der Jungfernfahrt am 19. Jänner von Wien nach Brüssel nahmen zahlreiche Mitglieder des Europäischen Parlaments teil. Bei der Fahrt zur ersten Sitzung des Europäischen Parlaments im Jahr 2020 überzeugten sie sich selbst von der umweltfreundlichen und komfortablen Reise über Nacht.

Günstig Reisen mit den ÖBB

Die Reise mit dem ÖBB Nightjet ist nicht nur umweltfreundlich, sondern auch bequem

und günstig, denn man spart dabei wertvolle Zeit und hohe Hotelkosten. Fahrgäste im Schlaf- und Liegewagen erhalten zudem ein Begrüßungsgetränk und ein Frühstück vor der Ankunft in Brüssel.

Tickets für die neue Verbindung sind im Sitzwagen ab 29,90 Euro pro Person und Richtung erhältlich.

Tickets für Sitz-, Liege- und Schlafwagen können in den ÖBB Reisezentren, online im ÖBB Ticketshop, in der ÖBB App und beim Kundenservice unter +43 5 17 17 sowie bei den Reisezentren aller Bahnhöfe in Mitteleuropa gebucht werden.

Die ÖBB verbinden Europa

Der Ausbau der internationalen Fernverkehrsverbindungen der ÖBB schreitet voran. Mit dem Start der neuen Nachtzugverbindung nach Brüssel legen die ÖBB einen weiteren Grundstein für umweltfreundliche Mobilität in Europa. Das mittlerweile 27 Linien umfassende Nachtzugangebot wird laufend um weitere Destinationen in ganz Europa erweitert. Ab Dezember 2020 ist eine weitere direkte Nightjet-Verbindung von Wien nach Amsterdam geplant. ■

<https://www.oebb.at/>

<https://www.nightjet.com/>

»WirtschaftsOskar« 2020 in Los Angeles vergeben

Mostly AI, Wintersteiger, MIBA, KTM, Pankl Racing und arx anima mit US-A-BIZ AWARD für Spitzenleistungen am US-amerikanischen Markt ausgezeichnet

Am 9. Feber wurden in Los Angeles die weltberühmten Academy Awards vergeben. Dieses Mal gab es zwar keine österreichische Beteiligung, umso mehr gab es am Oscar-Wochenende für die österreichischen Unternehmen zu feiern, die vom AussenwirtschaftsCenter Los Angeles der Aussenwirtschaft Austria für ihre herausragenden Leistungen in den USA, dem zweitwichtigsten Wirtschaftspartner Österreichs, ausgezeichnet wurden.

2020 liegt Oberösterreich mit drei Unternehmen an der Spitze, gefolgt von Wien mit zwei Preisträgern und je einem aus der Steiermark und Salzburg.

„Wir sind stolz auf Österreichs Adler in der Hollywood-Höhle des Löwen“, freut sich Walter Koren, der WKÖ-Wirtschaftsdelegierte in Los Angeles, über die heimischen Exporterfolge und die innovativen Lösungen „made in Austria“, die sich auf dem US-amerikanischen Markt durchsetzen. Und die Gewinner des US-A-BIZ AWARD 2020 sind....

...in der Kategorie Start-up

Mostly AI Solutions MP GmbH, Wien – Dieses „most innovative start-up“ im „Enterprise“-Programm des weltweit größten Accelerators „Plug and Play“ meistert die Herausforderung von Big Data, künstlicher Intelligenz bei gleichzeitigem Schutz der Privatsphäre hervorragend. Das österreichische Know-how weckt hohes Interesse von Banken, Versicherungen sowie Gesundheitsorganisationen. Microsoft ist bereits Kunde.

...in der Kategorie Market Footprint

Wintersteiger AG, Ried im Innkreis, OÖ – Der Komplettausstatter für Wintersportverleih- und Service-Shops ist Weltmarktführer und mit einem Marktanteil von über 60 Prozent auch in den USA top. Alle bekannten Skigebiete in den USA wie Aspen, Vail oder Park City schwören auf Wintersteiger-Service. Auch für Lindsey Vonn, Mikaela Shiffrin und das gesamte US-Skitem hat Wintersteiger die Rennskier präpariert.

...in der Kategorie Investment

MIBA Aktiengesellschaft, Laakirchen, OÖ – Die USA sind die Basis für den bisher größten globalen Wachstumsschritt des „Hidden Automotive Champions“ MIBA AG. 2019 wurden die von der John Crane Group übernommenen drei Produktionswerke in Texas, Nebraska und Wisconsin erfolgreich in die MIBA Group integriert. Damit hat das Unternehmen seine US-Präsenz auf acht Standorte erweitert.

...in der Kategorie Innovation

KTM AG, Mattighofen, OÖ – Europas größter Motorrad-Hersteller brachte soeben zwei bahnbrechende Produkte mit Innovationen auf den US-Markt, die die ersten ihrer Art im Sport sind: zum einen das erste Freeride-E-Motorrad, das mit branchenführender Technolo-



Gruppenfoto von der „WirtschaftsOskar“ Verleihung in Los Angeles mit allen Gewinnern und Nominierten

gie ausgestattet ist. Zum anderen elektrische Mini-Motorräder, die die Hürden für den Einstieg in den Motorradsport drastisch verringern. Ein Game Changer.

...in der Kategorie Trendsetter

Pankl Racing Systems AG, Kapfenberg, Stmk – Der Weltmarktführer bei Racing-, Motor- und Antriebskomponenten ist in der Formel 1, Formel E sowie bei NASCAR und IRL stark vertreten. Ein neues Level wird nun mit dem jüngst gegründeten „Additive Manufacturing Competence Center“ erreicht. So konnte ein Porsche dank der 58 Prozent leichteren und strömungsoptimierten Titan-Abgasanlage einen Geschwindigkeits-Rekord mit 365 km/h bei der Tour de Force aufstellen.

...in der Kategorie Spectacular

arx anima animation studio GmbH, Wien, produzierte die Serie „Talking Tom & Friends“, die bei den 6- bis 11-jährigen in den USA zum Hit wurde. Mittlerweile liegt Talking Tom auf Youtube Kids mit 11 Mio. Abonnenten und 3,5 Mrd. Video-Views hoch im Trend. Auch Netflix ist auf den Talking-Tom-Zug aufgesprungen und bietet die Serie in mehreren Sprachen an.



Fotos: AWO / David Auner

Kategorie Start-up (v.l.): Walter Koren, Tobias Hann, COO, mostly AI, Gerhard Apfelthaler, Dekan, California Lutheran University School of Management, der den Preis überreichte

Österreich, Europa und die Welt



Kategorie Market Footprint (v.l.): Werner Wynn, Managing Director, Amag USA, Walter Koren, Gewinner Fritz Höckner, Präsident Wintersteiger USA, Worldcup Gewinner und Ski Legende Klaus Heidegger, der den Award überreichte, David Pokerschnig, Terminal Manager Jerich USA, Andreas Furthmayr, VP Program & Sales FACC GmbH, Kathleen McLaughlin, VP Marketing und Produkt Management, Novomatic



Kategorie Trendsetter (v.l.): Walter Koren, Gewinner Christoph Wachmann MD Sales & Technology Pankl Engine Systems Inc., und Sonya Zierhut, Business Development, Pankl Racing Systems AG



Kategorie Investment (v.l.): Walter Koren, Gewinner Wolfgang Litzlbauer, stv. Vorstandsvorsitzender Miba AG, und Prof. Friedrich Prinz, Stanford Universität, der den Award überreichte



Kategorie Market Spectacular (v.l.): Walter Koren, Kris Staber, CEO, Arx Anima, Sonja Fink, PR Managerin, JK Design, Kurt Doppelbauer, TTTech Computertechnik AG, und Patrick Knapp Schwarzenegger



Kategorie Innovation (v.l.): Walter Koren, John Hintz, CEO, KTM Group North America, und Street freestyler and Stunt riding Champion Aaron Colton, der den Award überreichte



Kategorie Majestic (v.l.): Walter Koren, Marc Rosenmayr, CFO Red Bull America, und Angelika Ahrens, Journalistin und Moderatorin der Gala in Los Angeles

...in der ganz besonderen Kategorie Majestic

wurde Red Bull North America, Inc, Kalifornien, auf den Roten Teppich gebeten. Red Bull verleiht seit über 30 Jahren und in 170 Ländern weltweit Flügel und verkaufte 2019 alleine in den USA 2,7 Mrd. Dosen des be-

liebten Energy Drinks. Zusätzlich inspiriert das Red Bull Media House in Santa Monica täglich begeisterte Fans mit außergewöhnlichen und faszinierenden Stories aus Sport, Kultur und Lifestyle. Damit ist das Unternehmen Österreichs Top-Exporteur in die USA. ■

<http://www.aussenwirtschaft.at/>
<https://mostly.ai/>
<https://www.wintersteiger.com/>
<https://www.miba.com/>
<https://www.ktm.com/>
<https://pankl.com/>
<http://www.arxanima.com/>

77. PaN-Vorstandssitzung

Dachverband aller österreichisch ausländischen Freundschaftsgesellschaften – PaN

Foto: PaN / WJG



v.l.: Vorstandsmitglied Johannes Pinczolits, Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Vizepräsident Oskar Wawra, Präsident Hermann Mückler, Kempinski Hansen Wien-Generaldirektor Florian Wille und die Vorstandsmitglieder Alice Alsch-Harant und Greet Machek-Voss

Im Rahmen der 77. PaN-Vorstandssitzung wurde am 12. Feber auch die Kooperation des Dachverbandes aller österreichisch ausländischen Freundschaftsgesellschaften – PaN mit dem Hotel Kempinski Hansen Wien formell durch Überreichung der Kooperationsurkunde besiegelt.

Die Kooperation hat sich bereits über ein Jahr hindurch ausgezeichnet entwickelt, dies stellten Generaldirektor Florian Wille und PaN-Präsident Hermann Mückler unisono fest. So haben sowohl der Dachverband-PaN als auch die im Dachverband beheimateten bilateralen Freundschaftsgesellschaften mehrere Veranstaltungen mit ihren Mitgliedern zu ganz unterschiedlichen Anlässen im Palais Hansen erfolgreich abgehalten. Die Internationalität des Dachverbandes mit seinen 127 bilateralen Freundschaftsgesellschaften und das ebenso von internationalen Gästen aus aller Welt gerne aufgesuchte Palais Hansen Kempinski haben daher viele gemeinsame Berührungspunkte, die zu einer erfolgreichen Partnerschaft unumgänglich sind. Es wurden bei diesem denkwürdigen Treffen mit dem Vorstand des Dachverbandes auch zukünftige Veranstaltungen bereits für das angelaufene Jahr ins Auge gefaßt.

Die Vorstandssitzung hatte sowohl einen Rückblick ins abgelaufene Jahr als auch eine Reihe von geplanten Aktivitäten des Dachverbandes im kommenden Jahr zum Gegenstand.

So konnte der PaN-Vorstand auf die gelungene PaN-Jubiläumsfestveranstaltung „60 Jahre Dachverband-PaN“ mit Freude zurück blicken, die mit über 400 Festgästen, an ihrer Spitze der Landeshauptmann von Wien, Michael Ludwig, als Gastgeber und zahlreichen Exzellenzen aus dem Diplomatischen Corps, alle Erwartungen übertroffen hat. Die 127 PaN-Gesellschaften waren jeweils mit Delegationen aus Vorstand und Mitgliedern vertreten und Sponsoren und Unterstützer genossen mit ihnen den eindrucksvollen kulturellen Teil des Abends (siehe: ÖJ-Ausgabe 190 vom 19. Dezember 2019) <https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-190/62984367>

Für den 3. Juli d.J. ist das PaN-Sommergartenfest in den Gärten Hirschstetten des Wiener Stadtgartenamtes mit allen bilateralen Gesellschaften und Freunden und Unterstützern des Dachverbandes in Planung.

Im Seewinkel am Areal der Hotelanlage Vila Vita Pannonia/Pamhagen wird die feierliche Eröffnung der derzeit im Bau befind-

lichen Erweiterung der ÖKO-Freizeitanlage auch im Beisein der PaN-Familie erfolgen, was mit der Namensgebung einer neu angelegten Insel im Badesee der Anlage mit Bezug auf „PaN“ in engem Zusammenhang steht.

Die erfolgreiche Serie von Kooperationen des Dachverbandes soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden und die Kontaktpflege mit den bestehenden PaN-Kooperationspartnern kontinuierlich intensiviert werden.

Letztendlich sind aus dem Dachverband auch personelle Neuerungen bekannt geworden, die in der gegenständlichen Sitzung mit Kooptierungen von zwei neuen PaN-Vorstandsmitgliedern, nämlich Hofrat Johannes Pinczolits, dem Präsidenten der jungen Österr.-SanMarino Gesellschaft sowie Lukas Vositzky, langjähriger Generalsekretär der Österr.-Rumänischen Gesellschaft, besiegelt wurden. ■

<https://www.kempinski.com/de/vienna/>

<https://www.austria-sanmarino.at/>

<http://www.austrom.eu/>

<https://www.wien.gv.at/umwelt/parks/blumengaerten-hirschstetten/>

<https://www.vilavitapannonia.at/>

Musik, Widerstand und Gedächtnis

Podiumsdiskussion und Konzert im ORF Radiokulturhaus



Foto: PaN / WJG

Am Podium im ORF Radiokulturhaus (v.l.): Univ.-Prof. Gerold Gruber von Exil Arte, Privatdozentin Heidemarie Uhl, Ursula Vavrik vom New Ways Center for Sustainable Development und Amaury du Closel von Erweckte Stimmen Forum-Wien

Im ORF Radiokulturhaus fanden am 2. März Podiumsdiskussion und Konzert zum Thema „Musik, Widerstand und Gedächtnis“ statt.

Mit Karl Amadeus Hartmann und Bela Bartok brachte das Erweckte Stimmen Forum-Wien unter Leitung von Amaury du Closel in diesem Konzert zwei für ihre antifaschistische Gesinnung bekannten Komponisten zusammen, die das Exil als Widerstandsform gegen den Nazismus wählten.

Beide Musikschaaffenden nahmen klar Stellung gegen die totalitären Regime der Regierungen deren Heimatländer.

In der einleitenden Podiumsdiskussion waren die Privatdozentin Heidemarie Uhl von der Akademie der Wissenschaften, Univ. Prof. Gerold Gruber von Exil Arte sowie Amaury du Closel vom Erweckte Stimmen Forum-Wien von der Moderatorin Ursula Vavrik vom New Ways Center for Sustainable Development zum Thema des Abends subtil befragt worden.

Bartok engagierte sich gegen die in Ungarn 1938/39 erlassenen Judengesetze. Hartmann blieb im inneren Exil in München und verbot alle Aufführungen seiner Werke im NS-Deutschland. Er komponierte 1939 sein Concerto Funèbre als Protest gegen den Einmarsch des deutschen Heeres in die Tschechoslowakei, und widmete mehrere Werke den Opfern des National-Sozialismus.



Foto: PaN / WJG

Unter dem Dirigat von Pedro Amaral spielte das Savaria Symphonieorchester mit Kristina Sukhovo als Solistin (Violine).

Unter dem Dirigat von Pedro Amaral spielte das Savaria Symphonieorchester – mit Sitz in der ungarischen Szombathely – mit Kristina Sukhovo als Solistin (Violine).

Die denkwürdige Veranstaltung fand in Kooperation mit Erweckte Stimmen Forum-Wien, mit New Ways Center for Sustainable Development, Exil Arte dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten BMEIA, dem Dachverband aller Österreichisch-ausländischen

Gesellschaften-PaN und anderen Partnern statt.

Unter den zahlreichen hochrangigen Gästen war auch SE Nuntius Pedro Lopez Quintana und Nuntiaterrat Prälat Kevin Randall sowie zahlreiche Vorstände der bilateralen Freundschaftsgesellschaften des Dachverbandes-PaN.

<https://exilarte.org/>

<http://amauryduclosel.eu/>

<http://www.oedlf.at>

Vereinende Kraft für einen positiven Wandel

Konzert des Symphonischen Orchesters der Kapella St. Petersburg im Goldenen Saal des Wiener Musikvereins

Musik hat die wunderbare Fähigkeit, Grenzen zu überwinden, Menschen zusammenzubringen und als vereinende Kraft für einen positiven Wandel zu dienen.“ Mit diesen Worten eröffnete die Organisatorin des großartigen Konzertes des Symphonischen Orchesters der Kapella St. Petersburg im Goldenen Saal des Wiener Musikvereins, Talieh Wögerbauer, gemeinsam mit dem extra angereisten Spitzenbeamten der UN Martin Frick am 21. Feber beeindruckenden Konzertabend.

Anlaß war der 250. Geburtstag von Ludwig Van Beethovens, um via dessen Musik Antworten für die großen Fragen unserer Zeit zu entwickeln. Ludwig van Beethoven liebte die Natur, seine 6. Symphonie, die „Pastorale“ als Ausdruck seiner Liebe zu- und Lob der Schöpfung, gleichzeitig Aufruf, sie zu wahren und zu schützen. Deshalb wurde dieses einmalige Konzert ganz bewußt dem Klimaschutz gewidmet, um im Geist Beethovens und des „Beethoven Pastoral Projects“, das gemeinsam mit dem Weltklimasekretariat der Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde, ein starkes künstlerisches Statement für den Klimaschutz zu setzen.

An das festliche Publikum gerichtet sagte die Direktorin des Vereines für Internationale Musik- und Kulturförderung, Talieh Wögerbauer, abschließend, daß es dem IMK



Foto: PaN / W/G

Talieh Wögerbauer bei der Begrüßung im Goldenen Saal des Wiener Musikvereins

„seit seiner Gründung im Jahr 1991 ein Anliegen ist, seine Visionen umzusetzen, und Sie, als geschätztes Publikum und Freunde der Musik, sind Teil dieser völkerverbindenden Initiative und verleihen der dargebotenen Musik verbindende Macht und Stärke zu einem Gemeinsamen.“

Das IMK organisiert jedes Jahr fast 200 Konzerte in Österreich, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien, der Tschechischen Republik, Rußland, Ungarn, der Slowakei, Rumänien,

Polen, der Ukraine, den Vereinigten Staaten, Kanada, Mexiko, Ägypten, China, Taiwan und mehr. Nach langem Organisieren, Planen und Verwalten möchte IMK den KünstlerInnen das Rampenlicht geben, das sie verdienen.

Im Anschluß an das wunderbare Konzert lud das Österreichisch Deutsche Länderforum-PaN zu einem Empfang in das Hotel Bristol ein.

<http://schwingungen.at/>

<https://www.musikverein.at/>



Foto: Ekatarina Prokofjewna

VertreterInnen der PaN-Gesellschaften (v.l.): Argentinien, Vereinigte Arabische Emirate, Australien, Belgien, Dachverband-PaN, DeutschesLänderForum PaN, Luxemburg, Spanien, Litauen und Polen beim Empfang nach dem Konzert im Hotel Bristol

PaN-Weltfrauentag 2020

Die PaN-Familie erlebte eine überaus interessante Sonderführung im Naturhistorischen Museum Wien



Foto: PaN / H. Kralher

Bei ihrem Besuch im Naturhistorischen Musum Wien (v.l.): Univ.-Prof. Maria Teschler-Nicola mit den PaN-VertreterInnen der bilateralen Gesellschaften Österreich-Australien, Mexiko, Tansania, Luxemburg, Hongkong Society, Kirgisistan, Argentinien, Peru, Bosnien, Malaysia, Fidschi, Indien, Vatikan, Kambodscha, Dänemark, Vereinigte Arabische Emirate, Burkina Faso, Litauen, Indonesien, Island und Italien

Erstmalig gendergerecht ausgewogen war die Familie von Partner aller Nationen – PaN beim Besuch des Naturhistorischen Museums Wien anlässlich des Weltfrauentages 2020 erschienen. PaN-Präsident Hermann Mückler begrüßte einleitend die Repräsentantinnen der bilateralen PaN-Freundschaftsgesellschaften und gratulierte nachträglich den Damen zum Weltfrauentag. Er bedankte sich vorweg bei Univ.-Prof. Maria Teschler-Nicola, daß sie sich zu dieser dieser exklusiven Führung bereit erklärt hatte.

Sonderführung für PaN-VertreterInnen

Nach einer Einführung zur Geschichte der Sammlungen, zur Architektur und Struktur des Naturhistorischen Museums, das als einziges Evolutionmuseum des 19. Jhdts. gelten kann, stand eine Sonderführung von Univ.-Prof. Maria Teschler-Nicola durch die beachtenswerte Dauerausstellung der An-

thropologie („Mensch(en)werden“) auf dem Programm.

Hier wurden die wesentlichen evolutionären Veränderungen, die Entwicklung des aufrechten Ganges (Bipedie), die Entstehung des ersten Menschen und seiner kulturellen Errungenschaften und seine Ausbreitung in den eurasischen Raum behandelt. Angesprochen wurde insbesondere auch die Kultur und Ähnlichkeit zwischen Neandertalern und anatomisch modernem Menschen sowie die Neuerkenntnisse zu einer dritten, parallel dazu existierenden Menschenform (Denisovan).

Ein besonderes highlight war auch die Darstellung des am NHM seit 1881 verwahrten jungpaläolithischen Fundes von Lautsch (Mlavec), der eine zentrale Rolle bei der Beantwortung der Frage nach Entstehung und Ausbreitung des anatomisch modernen Menschen spielt.

Das NHM Wien

Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist ein zentraler Wert und eine der wesentlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das Naturhistorische Museum Wien hat insgesamt 322 DienstnehmerInnen, davon sind 150, also 46 Prozent, weiblich. Von diesen 150 Mitarbeiterinnen sind wiederum 124 fest angestellt und 26 freie Dienstnehmerinnen. Unter den 124 fest Angestellten befinden sich 64 Vollzeit- und 60 Teilzeit-Mitarbeiterinnen, wobei von letztgenannten wiederum 14 über durch Drittmittel finanzierte Projekte am Museum angestellt sind. Zwei von sieben BetriebsrätInnen sind weiblich. Von den 10 Wissenschaftlichen Abteilungen des Museums werden drei von Frauen geleitet, vier von fünf Fachabteilungen sind unter weiblicher Führung. Von den 52 WissenschaftlerInnen des Museums sind 27 weiblich (52 Prozent), von insgesamt 141

Österreich, Europa und die Welt

AkademikerInnen sind 87 Frauen (61 Prozent).

Seit der Gründung der Sammlung im Jahr 1750 durch Kaiser Franz I. Stephan von Lothringen, den Gemahl Maria Theresias, die quasi als Schutzherrin über die beiden ehemals kaiserlichen Sammlungen zwischen den großen Museen wacht, haben Forscherinnen, die oftmals in Vergessenheit geraten sind bzw. deren Tätigkeit gar nicht entsprechend gewürdigt wurde, die Geschichte des Hauses maßgeblich geprägt.

An der österreichischen Brasilien-Expedition von 1817 nahm die Frau des Expeditionsleiters Johann Christian Mikan, Johanna Maria, teil. Mikan hatte sie erst drei Tage vor der Abfahrt geheiratet. Johanna Maria Mikan präparierte Tiere, vor allem Vögel, sie kümmerte sich um die lebenden Tiere und kochte für die Expeditionsteilnehmer während der Reisen in den Urwald. Die unter „Mikan“ laufenden Vögel im NHM Wien wurden von ihr präpariert.

Als erste Frau, die sich 1842 auf eine Forschungsreise begab, ging Ida Pfeifer (1797-1858) in die Sammlungsgeschichte des NHM Wien ein. Sie begann erst im Alter von 45 Jahren zu reisen, nachdem ihre Söhne erwachsen waren, und war bis zu ihrem Tod fast ständig unterwegs. Sie gilt als eine Frau, die sich ihre Fahrten und ihren Lebensunterhalt durch Publikationen ihrer Reiseerlebnisse und den Verkauf ihrer – während der Reisen angelegten – zoologischen, botanischen und ethnographischen Sammlung finanzierte. Weder Überfälle noch Krankheiten hinderten sie, insgesamt 240.000 km zur See und rund 32.000 km zu Land zurückzulegen. Sie war auch in Gebieten unterwegs, die vor ihr kein Europäer gesehen hatte. Zahlreiche von ihr angelegte Kollektionen von Tieren, Pflanzen und Mineralien wurden von den Vereinigten k.k. Naturalien-Cabinetten angekauft und befinden sich heute im NHM Wien.

Josefine Kablik (1787-1863), eine böhmische, k. k. österreichische Botanikerin und Paläontologin, war bereits zu Lebzeiten als Botanikerin angesehen. Sie beteiligte sich an der 1825 gegründeten Opizschen Pflanzentauschbörse und knüpfte Kontakte zu Museen. Sie sammelte vor allem im Riesengebirge. Im NHM Wien werden Herbarbelege von ihr aufbewahrt.

Einen ehemaligen Custos am Botanischen Hofcabinet verärgerte, daß sein Nachfolger Eduard Fenzl 1840 „sich das dicke Fräulein Reichenbach als Gehülfin angeworben hat, daß diese Fräulein mitten unter den jungen



Foto: PaN / H. Krohner

v.l.: PaN-Präsident Hermann Mückler, Univ.-Prof. Maria Teschler-Nicola, VAE-PaN-Ehrenpräsident Walter Hildebrand und PAN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Herrn auf dem Museum sitzt, und damit beschäftigt ist, die Dubia (*also die unbestimmten Objekte, Anm.*) zu bestimmen“. Hermine Reichenbach (1819-1902) beschäftigte sich mit Pflanzenanatomie und veröffentlichte ihre Forschungsergebnisse anonym.

Zu jenen frühen Wissenschaftlerinnen, deren Arbeit und Karrieren eng mit der Geschichte des NHM Wien verknüpft sind, zählt

auch Martha Cornelius-Furlani (1886-1974), die 1910 als erste Frau an der Universität Wien in Geologie promovierte und nach Beendigung des 2. Weltkrieges 1945 als Stipendiatin im NHM Wien tätig wurde. Als eine der wenigen frühen Geologinnen blieb sie während ihres gesamten Berufslebens wissenschaftlich tätig und verfaßte gemeinsam mit ihrem Ehemann regelmäßig wissenschaftliche Publikationen. Bis kurz vor ihrem Tod arbeitete sie in der in der Geologisch-Paläontologischen Abteilung des NHM Wien.

Heute kann das NHM Wien nicht auf seine starken Frauen verzichten: Nicht nur Mineraloginnen, Geologinnen, Paläontologinnen, Prähistorikerinnen, Anthropologinnen, Zoologinnen, Botanikerinnen, sondern auch Wissenschaftshistorikerinnen, Provenienzforscherinnen, Präparatorinnen, Museumspädagoginnen, Ökologinnen, Bibliothekarinnen, Eventmanagerinnen, Touristikerinnen, Digitalisierungsexpertinnen, Fotografinnen, PR-Frauen und andere Professionistinnen tragen zum Erfolg des NHM Wien als Museum und als Wissenschaftsinstitution bei.

Als erster Schritt einer neuen Social Media-Reihe wurden zum Internationalen Frauentag am 8. März 2020 acht Wissenschaftlerinnen in von Kommunikationsfachfrauen gestalteten Kurzvideos auf Social Media Plattformen vor die Kamera geholt, um damit auch die weltweite Awareness-Kampagne #WomenInScience zu unterstützen. ■

<https://www.nhm-wien.ac.at/>



Foto: PaN / H. Krohner

Univ.-Prof. Maria Teschler-Nicola bei der Führung durch die Anthropologische Abteilung des NHM

Wiener Architekt sorgt in Moskau für Furore

Johannes Baar-Baarenfels wurde unter 40 renommierten internationalen Architekten als einziger Österreicher eingeladen, sein Projekt »Sofia Serdika« im Staatlichen Architekturmuseum Schusev in Moskau auszustellen.

Von 31. Jänner bis 10. Mai 2020 findet die Ausstellung „Öffentliche Architektur – Zukunft für Europa“ im Schusev-Architekturmuseum in Moskau statt, diesmal mit dabei ist der renommierte Wiener Architekt Johannes Baar-Baarenfels. Er liefert laut Marianna Giusti, Redakteurin der Financial Times, auch gleich „einen der Höhepunkte der Ausstellung“: Die drei filigranen Glasgitterschalen, die auf dem Nezavisimost-Platz im historischen Zentrum der bulgarischen Hauptstadt Sofia zur Überdachung einer 2500 Jahre alten Ausgrabungsstätte geplant und umgesetzt wurden. „Es ist eine besondere Ehre für mich und mein Team, mit diesem Projekt Österreich in Moskau zu vertreten“, sagt Johannes Baar-Baarenfels.

Er setzt, zusammen mit dem lokalen Architekten Hristo Guentchev, ein Zeichen des Aufbruchs, transformierte das ehemals einschüchternde, stalinistische Ensemble zu einem Ort der Geschichte und schafft damit ein neues Bewußtsein. Die drei Glaskuppeln bieten einen Blick auf die thrakisch-römische antike Ausgrabungsstätte bei gleichzeitiger Spiegelung der Stalinistischen Platzarchitektur.

Das Projekt

Während der Bauarbeiten der U-Bahn wurde eine Ausgrabungsstätte, welche auf die antike thrakisch-römische Stadt Serdica zurückgeht, freigelegt. Das österreichische Architekturbüro Baar-Baarenfels verankerte die Ruinen in drei parametrisch gestalteten Glaskuppeln, die Wassertropfen ähneln, die die Vergangenheit der Stadt in starkem Kontrast zu ihrer Umgebung aus dem 20. Jahrhundert enthüllen. Die Kuppeln werden von zwei Brücken getrennt und erlauben ein Umschreiten der Ausgrabungsstätte und geben Einblick auf die darunterliegenden archäologischen Schätze.

Die drei flachen Schalentragwerke fügen sich einerseits in ihre Umgebung ein, andererseits transformieren sie diese und stellen einen Gegenpol zur monumentalen, sowjetischen Platzarchitektur dar. „Die Relevanz



Foto: Baar-Baarenfels / Guentchev

Die drei filigranen Glasgitterschalen wurden auf dem Nezavisimost-Platz im historischen Zentrum der bulgarischen Hauptstadt Sofia zur Überdachung einer 2500 Jahre alten Ausgrabungsstätte vom Wiener Architekten Johannes Baar-Baarenfels gemeinsam mit dem lokalen Architekten Hristo Guentchev geplant und umgesetzt.

des neuerrichteten Werks geht über die bloße architektonische Bedeutung hinaus“, sagt Baar-Baarenfels: „Es liegt direkt vor dem bulgarischen Parlament, dem Ministerrat und der Präsidentschaftskanzlei und kann ein Zeichen des Aufbruchs für die Stadt sein, da die bis dato verborgene Geschichte, welche in die Antike reicht, durch eine in die Zukunft weisende Architektur vergegenwärtigt wird.“

Neuinterpretation der Kuppel

Die drei Gitterschalen, filigrane Membranstrukturen aus Stahl und Glas, deren spannungsgeladene Form mittels ein- und zweifach gebogener Glaspanelen realisiert wurde, überspannen eine Fläche von rund 16 mal 16 Meter. Die bewußt niedrig gehaltene Stichhöhe von 2,10 Metern, um den Platz nicht in zwei Straßenräume zu zergliedern, war eine statische Herausforderung.

Das Projekt des österreichischen Architekten wurde von lokalen Unternehmen um-

gesetzt – und zwar höchst effizient. Planung, Baugenehmigung und Bau dauerten rund zwölf Monate. Durch die avantgardistische Architektur mitten im Zentrum von Sofia schafft Baar-Baarenfels, ein „neues Bewußtsein für den öffentlichen Raum und das kulturelle Erbe“.

Johannes Baar-Baarenfels

Johannes Baar-Baarenfels arbeitet als Architekt in Wien. Er wurde 2013 beim World Architecture Festival in Singapur mit dem Palais Rasumofsky in der Kategorie „Neu und Alt“ ausgezeichnet. Bereits 2010 war Baar-Baarenfels bei dem World Architecture Festival in Barcelona nominiert: Damals für den Sportalm-Flagship-Store in der Wiener Brandstätte und in der Kategorie „Shopping“. Er unterrichtete an Universitäten in Österreich und Indien und hielt in einigen Ländern Europas und Asien Vorträge. ■

<http://www.baar-baarenfels.com/>

Ein neuer Bischof für eine alte Partnerschaft

Eisenstadts Bischof Ägidius J. Zsifkovics besuchte anlässlich der Installierung des neuen Bischofs von Kanjirapally, Jose Pulickal, die südindische Partnerdiözese

Anfang Februar absolvierte der Eisenstädter Bischof Ägidius J. Zsifkovics in Begleitung einer kleinen burgenländischen Delegation ein dichtes Besuchsprogramm in der indischen Partnerdiözese Kanjirapally. Zentrales Ereignis der noch andauernden Pastoralreise war die Installierung des neuen Ordinarius der Diözese Kanjirapally Mar Jose Pulickal am 3. Februar. Pulickal folgt damit auf Mar Mathew Arackal, der der Diözese 20 Jahre lang vorgestanden und die Partnerschaft mit der Diözese Eisenstadt wesentlich weiterentwickelt hat. Weitere Stationen der Reise von Bischof Zsifkovics waren die lateinische Diözese Vijayapuram sowie Besuche von Pfarren und Familien in Kanjirapally im Zuge bestehender Partnerschaftsprojekte.

Ein neuer Bischof für Kanjirapally

Jose Pulickal, seit 2016 Weihbischof von Kanjirapally, war 2019 von den Bischöfen der syro-malabarischen Kirche zum Bischof von Kanjirapally gewählt worden, Papst Franziskus bestätigte die Wahl am 15. Januar 2020. Die Installierung des neuen Bischofs in der Kathedrale von Kanjirapally fand im Beisein von etwa 2500 Menschen aus der ganzen Diözese, von hunderten Priestern und Ordensleuten sowie von zwei Kardinälen und fünfundvierzig Bischöfen statt.

Ein seliges Stück Burgenland für Indien

Bischof Zsifkovics überbrachte als ausländischer Ehrengast die Glückwünsche der Diözese Eisenstadt und überraschte den neuen Bischof von Kanjirapally mit einem geistlich wie künstlerisch wertvollen Geschenk, einer Reliquie jeweils aus Herz und Hand des ersten Seligen des Burgenlands Ladislaus Batthyány-Strattmann. Beide Reliquien sind gefaßt in einem vom burgenländischen Künstler Heinz Ebner gestalteten Reliquiar. Sie dienen dem Eisenstädter Bischof als Kernaussage seiner Grußworte, erinnerten sie laut Zsifkovics doch daran, „daß es in der Nachfolge Jesu Hände brauche, um die Welt zum Guten zu gestalten,



Foto: Diözese Eisenstadt

Eisenstadts Bischof Ägidius Zsifkovics beim Besuch einer Pfarrkirche, deren Grundstein er 2012 gelegt hatte und die im September 2019 geweiht wurde.

und Herzen, die sich der Wirklichkeit Gottes öffnen“. Eigenschaften, über die der „Arzt der Armen“ Batthyány-Strattmann verfügt habe und die Zsifkovics auch dem neuen Bischof von Kanjirapally wünsche.

Bitte an neuen, Dank an alten Bischof

Bischof Zsifkovics würdigte in seinem Grußwort auch die erfolgreiche Partnerschaft beider Diözesen. Er sei „tief davon überzeugt, daß Jose Pulickal mit seinen Talenten und dem ihm eigenen Charisma nicht nur die Diözese Kanjirapally, sondern auch die fruchtbare Partnerschaft mit der Diözese Eisenstadt fortführen“ werde. Dabei könne er „auf Wegen weitergehen, die sein Vorgänger mit grenzenloser Hingabe bereitet“ habe, so Zsifkovics, der Arackal aus Anlaß der Stabübergabe für seine Verdienste um die Partnerschaft dankte. Erst im Vorjahr hatte Bischof Zsifkovics im Beisein von Bischof Arackal und dem damaligen Weihbischof Pulickal Flutopfern der Gegend neue Häuser übergeben, die mit finanzieller Hilfe aus dem Burgenland gebaut werden konnten.

Besuch der lateinischen Diözese Vijayapuram

Eine weitere bedeutende Station der Reise war die Teilnahme von Bischof Zsifkovics am Antoniusfest in Kottayam in der lateinischen Diözese Vijayapuram. Diözesanbischof Sebastian Thekethecheril hatte Zsifkovics bereits im vergangenen Jahr dazu eingeladen. Auch in Vijayapuram unterstützt die Diözese Eisenstadt verschiedene Projekte. Die Wallfahrt zum Heiligtum des hl. Antonius zählt zu den größten religiösen Festen der Diözese und wird jährlich von tausenden Menschen vollzogen.

Lange Tradition

Die Diözesanpartnerschaft Eisenstadt – Kanjirapally geht auf eine Initiative von Bischof Stefan László im Jahre 1981 zurück und wurde von allen Bischöfen auf beiden Seiten aktiv weitergepflegt. Bislang konnten an die 40 große Projekte aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales sowie der Bau von Kirchen umgesetzt werden. ■

<https://www.martinus.at/>

Erstmals gibt es in Österreich eine türkis-grüne Koalition

Am 7. Oktober 2019 hatte Bundespräsident Alexander Van der Bellen Wahlsieger Sebastian Kurz (ÖVP) in seine Amtsräume in der Wiener Hofburg geladen, um ihm den Auftrag zur Bildung einer neuen Bundesregierung zu erteilen. Exakt drei Monate später, am 7. Jänner, wurde dort die neue Bundesregierung angelobt.



Foto: HBF / Carina Karlovits / Peter Lechner

Angelobung der neuen Bundesregierung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Wiener Hofburg

Wie wir in der Ausgabe 189 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins vom 31. Oktober 2019 ausführlich berichtet hatten, war die ÖVP aus der Nationalratswahl vom 29. September mit 37,5 % der Stimmen als Wahlsieger hervorgegangen, Die SPÖ hatte 21,2 % erlangt (-5,7 %), die FPÖ 16,2 % (-9,8 %), und die NEOS konnten auf 8,1 % (+2,8 %) zulegen. Die Grünen hatten mit 13,9 % (10,1 %) wieder den Einzug ins Parlament geschafft, nachdem sie 2017 die dafür notwendigen Stimmen hatten nicht erlangen können (3,8 %).

Am 7. Oktober hatte dann Bundespräsident Alexander Van der Bellen ÖVP-Chef Sebastian Kurz mit der Bildung einer neuen Bundesregierung beauftragt. Bei den daraufhin erfolgten Sondierungsgesprächen stellte sich bald heraus, daß Kurz wohl am ehesten mit den Grünen – den zweiten Wahlsiegern –

unter Werner Kogler wohl am ehesten würde zusammenarbeiten können. Bundespartei-vorsitzende Pamela Rendi-Wagner hatte recht schnell bekanntgegeben, ihre SPÖ wäre nicht an weiteren Sondierungen interessiert, sondern nur an konkreten Verhandlungen, und hatte sich zurückgezogen. In der FPÖ gab es unterschiedliche Zugänge: Bundesparteiobmann Norbert Hofer sprach sich für eine Erneuerung der unterbrochenen Koalition mit der ÖVP aus, Klubobmann Herbert Kickl wollte dies nur unter Bedingungen, die von der ÖVP aber nicht akzeptiert worden wären. Die NEOS unter ihrer Vorsitzenden Beate Meinel-Reisinger kamen wegen der zu geringen Stimmzahl für eine Koalition nicht in Frage.

Am Sonntag, dem 10. November, beschlossen die Grünen im zuständigen erweiterten Bundesvorstand, in formale Ver-

handlungen mit der ÖVP einzutreten, deren Entschluß tags darauf bekanntgegeben wurde. So standen intensiven Gesprächen nichts mehr im Wege, die während der folgenden Wochen von den Teams von Kurz und Kogler absolviert wurden, wobei es natürlich auch viele Vier-Augen-Gesprächen zwischen den beiden Parteichefs stattgefunden hatten.

Vielfach wurde bezweifelt, ob die beiden so unterschiedlichen Parteien einen gemeinsamen Weg finden würden. Zu groß schienen die weltanschaulichen Differenzen zu sein, die über viele Jahre hindurch in parlamentarischen Auseinandersetzungen bzw. in Wahlkämpfen deutlich spürbar gewesen waren.

Und in den Medien wurden viele Szenarien ventiliert, was Kurz machen würde, sollten die Verhandlungen scheitern. Sogar eine Minderheitsregierung war im Gespräch, in der sich Kurz mit der ÖVP für verschie-

Innenpolitik



Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede anlässlich der Angelobung

den Gesetzesvorhaben jeweils Unterstützung von anderen Parteien hätte suchen müssen. Auch wenn diese Regierungsform in anderen Ländern durchaus üblich ist, hat es sie in Österreich mit der Regierung Kreisky I (21. April 1970 bis 4. November 1971) erst einmal gegeben – und eine lange Lebenszeit wäre der ÖVP wohl nicht geblieben, der erste Mißtrauensantrag hätte nicht lange auf sich warten lassen. Schlußendlich war sogar

eine neuerliche Wahl ins Gespräch gebracht worden, die wohl kaum eine wesentliche Verschiebung der politischen Kräfte, jedoch verstärkte Politikverdrossenheit zur Folge gehabt hätte. Den schwierigen Verhandlungen sollte entsprechend Zeit eingeräumt werden, so Sebastian Kurz und Werner Kogler, deren wichtigstes Ziel war, eine Regierungsvereinbarung zu erarbeiten, die beiden Parteien gerecht sein würde und, wie es oft

hieß, „das beste aus beiden Welten“ vereinen sollte.

Umso erleichterter waren dann viele, als die beiden Parteichefs am späten Sonntag, dem 29. Dezember, bekanntgaben, die Einigung sei geschafft. Den Statuten der Grünen entsprechend, wurde umgehend ein Bundeskongreß einberufen, der letztendlich über die Regierungsbeteiligung abstimmen sollte. Auch wenn eine Zustimmung sehr wahrscheinlich gewesen war, wurde doch mit Spannung auf deren prozentuellen Ausgang gewartet.

Am 2. Jänner waren Sebastian Kurz und Werner Kogler zum Bundespräsidenten eingeladen worden, um diesem ihr Regierungsprogramm zu präsentieren, wenig später, um 16 Uhr, stellten es Kurz und Kogler in der Aula der Wissenschaften vor und gaben auch die Liste der MinisterInnen und deren Ressortzuständigkeit bekannt.

Zwei Tage später, am 4. Jänner erfolgte dann der letzte Schritt zur Koalition: 93 % der Delegierten beim Bundeskongreß in Salzburg stimmten für die türkis-grüne Regierung, 99 % von bestätigten auch die MinisterInnen-Riege der Grünen.

Der Vorstandsbeschluß in der ÖVP erfolgte übrigens einstimmig.



Foto: HBF / Carina Karlovits / Peter Lechner

Bundeskanzler Sebastian Kurz setzt neben Bundespräsident Alexander Van der Bellen seine Unterschrift auf das Ernennungsdekret.

Van der Bellen: »Ich wünsch mir eine rot-weiß-rote Regierung«

Am 7. Jänner nahm Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Angelobung der neuen Bundesregierung vor.

„Die Objektive der Kameras waren in den letzten Monaten ungewöhnlich oft auf diesen Raum hier gerichtet. Nach den hinlänglich bekannten Ereignissen seit dem Mai des Vorjahres, von Ibiza über die Regierung Bierlein bis hin zur Neuwahl des Nationalrats im Herbst schließt sich jetzt der Kreis: Das heißt, ich werde heute eine neue Bundesregierung angeloben“, leitete der Bundespräsident seine Rede in der Hofburg ein. Unsere Demokratie sei lebendig, was sich im letzten Jahr gezeigt habe. Sie habe die Kraft zur Selbstreinigung und die Kraft zur Erneuerung. Eine maßgebliche Rolle dabei hätten unabhängige JournalistInnen in unabhängigen Medien gespielt. Und trotz aller Unvorhersehbarkeiten und Überraschungen „haben wir das alle gemeinsam ganz gut hingekriegt. Das macht mich zuversichtlich und sollte uns alle optimistisch stimmen“.

Wesentlichgeholfen habe die Einsatzbereitschaft und die Arbeit der Regierung Bierlein, bei der sich das Staatsoberhaupt „sehr herzlich“ bedankte, „natürlich besonders bei der bisherigen Bundeskanzlerin, Brigitte Bierlein. Diese Bundesregierung hat der Republik einen großen Dienst erwiesen. Zum Wohl von uns allen. Danke dafür!“

Das Wohl aller in den Mittelpunkt zu stellen, das sei auch die Aufgabe der anzugelobenden Bundesregierung, in die nicht nur er, sondern gewiß auch die Bürgerinnen große Erwartungen hätten. Das sorgsam wieder aufgebaute Vertrauen müsse weiter ausgebaut werden, denn unsere Demokratie und unsere Institutionen würden vom Vertrauen der BürgerInnen leben. Und dieses Vertrauen sei nicht selbstverständlich, es müsse immer wieder neu erworben und errungen werden, so Van der Bellen weiter. Die ÖsterreicherInnen würden nun erwarten, daß die Bundesregierung zügig, ruhig und gewissenhaft für unser Land arbeite. „Und ich ersuche Sie, bleiben Sie dabei immer im Gespräch. Natürlich miteinander. Aber auch mit den anderen Parlamentsparteien, mit der Zivilgesellschaft, mit Ihren Gegnern genauso wie mit Ihren Fans.“

„Meine Damen und Herren! Ihnen wird nun Macht in die Hände gelegt. Macht ist ein legitimes und notwendiges Mittel der Politik. Macht braucht Balance. Macht braucht Kontrolle. Macht ist stets Mittel, nicht Zweck. Die durch demokratische Wahlen auf



Foto: HBF / Carina Karlovits / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Vizekanzler Werner Kogler

Zeit verliehene Macht ist immer ein Mittel, um den Menschen unserer Heimat zu dienen. Sie soll auch dazu dienen, unsere liberale, rechtsstaatliche Demokratie weiterzuentwickeln und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und in Europa zu stärken.

Meine Damen und Herren! Ich wünsche mir, daß die Farben dieser Regierung rot-weiß-rot sind. Rot-weiß-rot heißt, miteinander zu reden, bis es eine Lösung gibt, die gemeinsam in die Zukunft führt. Rot-weiß-rot heißt, die Grund- und Freiheitsrechte zu stärken und zu achten. Rot-weiß-rot heißt, Einzelinteressen zurückzustellen, um das gemeinsame Wohlergehen zu fördern. Und Rot-weiß-rot heißt, die großen Fragen unserer Zeit mutig und zuversichtlich anzugehen. Und schließlich heißt rot-weiß-rot auch, an

die kommenden Generationen zu denken“, so der Bundespräsident.

„Ich habe mit jeder einzelnen, jedem einzelnen von Ihnen im Vorfeld ein Gespräch geführt. Und werde Ihnen nun die politischen Geschicke unserer Heimat Österreich in Ihre Hände legen. Ich wünsche Ihnen für diese wichtige und ehrenvolle Aufgabe alles Gute und viel Erfolg!“

Dann folgte der verfassungsmäßige Teil der mit der Enthhebung der alten Bundesregierung und danach zur Ernennung und Angelobung der neuen Bundesregierung und zur Ernennung des Bundeskanzlers:

„Gemäß Artikel 70 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes ernenne ich Sie, Herr Sebastian Kurz, zum Bundeskanzler. Der Bundeskanzler ist zudem vor Antritt seines

Innenpolitik



*Rudolf Anschober (Grüne), Bundesminister für Soziales,
Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz*



*Christine Aschbacher (ÖVP), Bundesministerin
für Arbeit, Familie und Jugend*



*Gernot Blümel (ÖVP),
Bundesminister für Finanzen*



*Karoline Edtstadler (ÖVP), Bundesministerin für
EU und Verfassung im Bundeskanzleramt*



*Univ.-Prof. Heinz Faßmann (ÖVP), Bundesminister
für Bildung, Wissenschaft und Forschung*



*Leonore Gewessler (Grüne), Bundesministerin für Klimaschutz,
Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie*



*Elisabeth Köstinger (ÖVP), Bundesministerin
für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus*



*Karl Nehammer (ÖVP),
Bundesminister für Inneres*

Fotos: HBF / Carina Karlovits / Peter Lechner

Innenpolitik



Susanne Raab (ÖVP), Bundesministerin für Frauen und Integration im Bundeskanzleramt



Alexander Schallenberg (ÖVP), Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten



Margarete Schramböck (ÖVP), Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort



Klaudia Tanner (ÖVP), Bundesministerin für Landesverteidigung



Alma Zadić (Grüne), Bundesministerin für Justiz



Magnus Brunner (ÖVP), Staatssekretär im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie



Ulrike Lunacek (Grüne), Staatssekretärin im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport

Amtes vom Bundespräsidenten anzugeloben. Ich ersuche Sie daher, folgendes Gelöbnis zu leisten und anschließend mit Ihrem Handschlag sowie durch Ihre Unterschrift zu bekräftigen: ‚Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde‘. Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kurz! Herzliche Gratulation zur Ernennung zum Bundeskanzler der Republik Österreich. Bei der Erfüllung aller damit verbundenen Aufgaben im Dienste der Republik und unserer Bevölkerung wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg!“, so Van der Bellen, der auf eine Änderungen der Regierungspartner in bezug auf Kompetenzen und in einigen Fällen neue Namen für Ministerien einging. Diese bedurften noch einer Novelle des Bundesministeriengesetzes, die vom Nationalrat bereits am 10. Jänner beschlossen wurde. Die Ernennungen, die der Bundespräsi-

Innenpolitik

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



8. Sitzung des Nationalrats am 10. Jänner 2020

dent vornahm, bezogen sich verfassungsrechtlich daher nur auf jene Ressortverteilung, wie sie zu diesem Zeitpunkt gesetzlich bestand.

„Herzliche Gratulation zu Ihrer Ernennung zu Mitgliedern der Bundesregierung sowie zur Staatssekretärin und zum Staatssekretär. Ich wünsche Ihnen bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben alles Gute und viel Erfolg. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen“, so Van der Bellen. „So wie der Bundeskanzler sind auch die übrigen Mitglieder der Bundesregierung sowie die Staatssekretärin und der Staatssekretär vor Antritt ihres Amtes vom Bundespräsidenten anzugeloben. Ich ersuche Sie daher, folgendes Gelöbnis zu leisten und mit Ihrem Handschlag sowie durch Ihre Unterschrift zu bekräftigen: ‚Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde‘.“

Mit dem Wiederholen dieser Gelöbnisformel war dann der Staatsakt in der Hofburg beendet.

Die neue Bundesregierung stellt sich dem Nationalrat vor

Drei Tage nach der Angelobung des türkis-grünen Kabinetts durch Bundespräsident Van der Bellen stellte sich die neue Regierung am 10. Jänner dem Nationalrat vor. Für Bundeskanzler Sebastian Kurz vereint das Regierungsprogramm „das Beste aus beiden Welten“. Eine neue Form der Kompromiß-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Regierungserklärung; neben ihm (v.r.): Vizekanzler Werner Kogler, BMin Elisabeth Köstinger, BM Univ.-Prof. Heinz Faßmann, BMin Karoline Edtstadler und BM Karl Nehammer

findung habe es ermöglicht, daß sowohl die Volkspartei als auch die Grünen ihre zentralen Wahlversprechen nun umsetzen können. Auch Vizekanzler Werner Kogler sprach von einem guten Pakt, der einen Fokus auf den Klima- und Umweltschutz lege. Ziel sei es, Österreich bis 2040 klimaneutral zu machen und auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle in Europa zu übernehmen. Außerdem betonte Kogler den proeuropäischen Charakter der neuen Bundesregierung.

Das Regierungsteam besteht neben Bundeskanzler Kurz aus 14 MinisterInnen, wo-

bei zehn von der ÖVP und vier von den Grünen gestellt werden. Dazu kommen noch eine Staatssekretärin und ein Staatssekretär.

Vor Eingang in die Debatte drückte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka seinen Dank gegenüber Bundespräsident Van der Bellen und der Kanzlerin der Übergangsregierung Brigitte Bierlein aus, die in einer schwierigen Phase einen ganz wesentlichen Dienst für den Staat geleistet haben. Er wünschte zudem der neuen Bundesregierung, die erstmals aus mehr weiblichen als männlichen Mitgliedern zusammengesetzt ist, al-

Innenpolitik

les Gute und hoffte auf eine konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Kurz: Von ausgeglichener Budgetpolitik bis zur Einführung einer Pflegeversicherung

Es sei ihm eine große Freude, die Arbeit für Österreich fortsetzen zu können, erklärte Bundeskanzler Sebastian Kurz in seiner Regierungserklärung, wobei nun ein neues Kapitel aufgeschlagen werde. Die nicht immer einfachen Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP und den Grünen seien stets von Respekt und Vertrauen getragen gewesen. Durch eine neue Form der Kompromißfindung, die es beiden Parteien ermöglichte, ihre Identitäten zu bewahren, könnten die zentralen Wahlversprechen eingelöst werden. Das Regierungsprogramm basiere nicht auf Minimalkompromissen, sondern vereine das „Beste aus beiden Welten“.

Einer der Eckpunkte des Regierungsprogramms sei die bereits angekündigte Entlastung der Bevölkerung, erläuterte Kurz im Konkreten, so soll etwa die Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent abgesenkt werden. Außerdem sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Landwirtschaft und die Wirtschaft zu unterstützen. Primäres Ziel sei es, daß die Menschen Arbeit haben und davon auch leben können. Der ÖVP sei es auch immer ein großes Anliegen gewesen, auf ein ausgeglichenes Budget zu achten, damit der Schuldenstand auf 60 Prozent reduziert werden könne.

Im Bereich der Migration werde weiterhin eine klare Linie verfolgt, unterstrich der Kanzler. Nur durch einen bestmöglichen Schutz der EU-Außengrenzen und einen konsequenten Kampf gegen das Schlepperwesen könne das Sterben im Mittelmeer beendet werden. Gleichzeitig sollen die Entwicklungszusammenarbeit sowie die Hilfe vor Ort verstärkt werden, um „unserer christlich-sozialen Verantwortung gerecht zu werden“.

Weitere Schwerpunkte des Regierungsprogramms seien die Einführung einer Bildungspflicht, um die jungen Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen, sowie eine bessere Ausstattung von Brennpunktschulen, führte Kurz aus. Außerdem werde man alles daran setzen, um die Pflegefrage zu lösen. Dazu brauche es ein Maßnahmenbündel, das von der Unterstützung von pflegenden Angehörigen, dem vermehrten Einsatz von mobilen Pflegekräften, dem Ausbau von Tagesbetreuungseinrichtungen bis hin zur Einführung einer Pflegeversicherung reiche. Es



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Erklärung durch Vizekanzler Werner Kogler; rechts von ihm Bundeskanzler Sebastian Kurz, links von ihm BMin Elisabeth Köstinger und BM Univ.-Prof. Heinz Faßmann

müsse jedenfalls sichergestellt werden, daß jeder Mensch in Würde altern könne und zwar unabhängig davon, was er vorher gearbeitet oder wieviel er verdient habe.

Für äußerst wichtig erachtete der Kanzler auch die geplanten Vorhaben im Bereich Klimaschutz; bereits im ersten Jahr sollen sechs Ökologisierungmaßnahmen gesetzt werden. Im Rahmen einer Taskforce sollen zudem die Grundlagen für eine ökosoziale Steuerreform erarbeitet werden. Nur auf diese Weise können „Wirtschaft, Sozialstaat und ein respektvoller Umgang mit der Schöpfung“ in Einklang gebracht werden.

„Wir sollten uns bewußt sein, daß wir in einem privilegierten Land leben“, betonte Kurz, der das Versprechen abgab, hart daran zu arbeiten, „die Errungenschaften unseres schönen Österreichs zu stärken“. Er sei überzeugt davon, daß gemeinsam mit den Grünen ein sehr starkes Regierungsteam zusammengestellt werden konnte, das tagtäglich sein Bestes geben werde. Trotz ideologischer und weltanschaulicher Unterschiede zwischen den beiden Regierungsparteien konnte eine gemeinsame Basis gefunden werden, um die Probleme der Gegenwart zu lösen. Es wurde ein gutes Fundament für die Zukunft gelegt, damit die Menschen in Sicherheit leben können, ihre Talente entfalten können, sich auf ein starkes soziales Netz verlassen können und einen respektvollen Umgang mit der Umwelt pflegen.

Vizekanzler Kogler unterstreicht Akzente in Richtung Klimaschutz und Transparenz

Das Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und Grünen sei ein guter Pakt, unterstrich Vizekanzler Werner Kogler und sprach

von einem Gesamtkompromiß mit unterschiedlichen Zugängen. Es gelte nun, etwas Gemeinsames zustande zu bringen, bei dem die österreichische Bevölkerung gewinnt. Kogler betonte vor allem auch den proeuropäischen Charakter der neuen Bundesregierung und meinte, Österreich sei gerade aufgrund seiner Geschichte aufgerufen, sich verstärkt auf Werte wie Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu besinnen und in Europa einen Beitrag zu mehr Frieden, Vertrauen und Stabilität zu leisten. Das Engagement der Bundesregierung auf EU-Ebene sieht der Vizekanzler dabei insbesondere unter dem Blickwinkel von Umweltschutz, Klimaschutz und der Stärkung der Wirtschaft. Stark machen werde sich die Bundesregierung in Brüssel aber auch für eine Finanztransaktionssteuer und Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs sowie für Klimaschutzzölle. Außer Streit stehe überdies das Nein Österreichs zu Mercosur, dies, wie Kogler pointiert anmerkte, ohne Nebenabsprachen bezüglich Raucherregelung.

Klima- und Umweltschutz stehen nach den Worten Koglers aber auch ganz oben auf der innerstaatlichen Agenda der Bundesregierung. So sei ein Umbau des Steuer- und Abgabensystems geplant, um den Einstieg in den Umstieg auf dem Energiesektor zu schaffen. Konkret gehe es dabei zunächst um Maßnahmen wie den Ausbau und die Verbilligung des öffentlichen Verkehrs, die steuerliche Begünstigung von abgasfreien Autos oder den Kampf gegen Dumpingpreise im Flugverkehr. Als zweiten Schritt kündigte Kogler eine CO₂-Bepreisung an, über die eine Task-Force beraten werde. Ziel sei es,

Innenpolitik

Österreich bis 2040 klimaneutral zu machen und auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle in Europa zu übernehmen.

Weitere zentrale Eckpunkte des Pakts aus Sicht Koglers sind der Fokus auf den Bereich Pflege sowie die Armutsbekämpfung, letzteres unter anderem auch durch einen Lückenschluß im Unterhaltsrecht. Insgesamt werde die Regierung bei ihren Maßnahmen den verstärkten Dialog mit den Sozialpartnern suchen, versicherte er. Was die Migrationspolitik betrifft, plädierte auch Kogler für einen Ausbau der Hilfe vor Ort, in der Sicherheitspolitik wiederum geht es dem Vizekanzler um mehr Bürgernähe der Polizei. In Sachen politischer Kultur kündigte Kogler ein großes Transparenzpaket an, so etwa eine Offensive für mehr Informationsfreiheit, aber auch eine Ausweitung der Prüfkompentenzen des Rechnungshofs.

Wortmeldungen der Klubobleute

SPÖ-Klubvorsitzende Pamela Rendi-Wagner

SPÖ-Klubvorsitzende Pamela Rendi-Wagner sah es positiv, daß die neue Bundesregierung einen hohen Frauenanteil hat, aber auch, daß sie sich auf eine breite Mehrheit im Parlament stützen kann. Sie wünsche sich von der Bundesregierung jedoch, daß sie die damit einhergehende Verantwortung wahrnehme, und vor allem ein konsequentes Vorgehen gegen Rassismus und Sexismus, sagte Rendi-Wagner. Sie drückte in diesem Zusammenhang ihre explizite Unterstützung für Justizministerin Alma Zadić aus (*Anm. d. Red. sie hat bosnische Wurzeln und wurde deshalb in sozialen Netzen massiv angefeindet*).

Was das Regierungsprogramm betreffe, sei es allerdings eher ein „schwarzes Programm mit ein paar grünen Tupfern“. Vor allem ginge es zulasten des sozialen Ausgleichs. Gutverdienende und Großkonzerne würden um zwei Milliarden Euro entlastet, während es an Geld für einen gleichwertigen Familienbonus für alle Kinder, für Pensionen für alle, die 45 Jahre gearbeitet haben und für die Mindestsicherung fehle. Sie bedauerte, daß die Grünen die Chance nicht genutzt hätten, die Kinderarmut konsequent zu bekämpfen. Das Programm der Bundesregierung werde die soziale Schere noch weiter aufgehen lassen, warnte die SPÖ-Klubvorsitzende.

Sie wolle aber die positiven Aspekte nicht vergessen, betonte Rendi-Wagner. Diese sieht sie in den Vorhaben zum Umweltschutz und im Kampf gegen den Klimawandel. Auch wenn vieles noch zu vage sei, sei doch der Wille vorhanden. Der Kampf gegen die Kli-



SPÖ-Klubvorsitzende Pamela Rendi-Wagner



Fotos: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

ÖVP-Klubobmann August Wöginger

makrise dulde keinen Aufschub, es gelte, ihn gemeinsam zu führen. Er dürfe aber nicht auf dem Rücken der gesellschaftlich Schwächsten geführt werden, betonte die Abgeordnete. Österreich könne ihn auch nicht allein führen. Rendi-Wagner legte daher ein Bekenntnis zu einer starken EU mit einer wirksamen Außen- und Sicherheitspolitik ab. Europa müsse auch gegen das wachsende soziale Ungleichgewicht Maßnahmen ergreifen. Für alles, was Europa sowie die Grund- und Freiheitsrechte stärke, habe die Regierung der Unterstützung der Sozialdemokratie, betonte Rendi-Wagner.

Sie erinnerte an den Mißtrauensantrag gegen die Bundesregierung im Mai. Auch wenn das Programm nicht den Vorstellungen der Sozialdemokratie entspreche, wolle sie der neuen Bundesregierung nun „eine zweite Chance“ geben. Sie hoffe daher, daß wieder mehr gegenseitiges Vertrauen und eine Zusammenarbeit mit dem Parlament auf Augenhöhe entsteht. Jetzt bestehe die Chance für

eine neue politische Kultur. „Nutzen wir diese Chance aus Verantwortung für Österreich“, sagte Rendi-Wagner abschließend.

ÖVP-Klubobmann August Wöginger

Er freue sich, daß der Bundeskanzler der Republik Österreich wieder Sebastian Kurz heiße, sagte ÖVP-Klubobmann August Wöginger. Nach ausführlichen Sondierungen der beiden Wahlgewinner konnte etwas umgesetzt, das dem Wunsch der WählerInnen entspreche: eine Koalitionsregierung mit ausreichender Mehrheit. Zweifellos gebe es große Unterschiede der beteiligten Parteien, man habe aber ein Paket erreichen können, das Verbesserungen für Familien, Frauen und Umwelt bedeute. In dem Programm, welches tatsächlich „das Beste aus beiden Welten“ enthalte, könnten sich beide Parteien wiederfinden. Die ÖVP halte an den Forderungen der Steuerentlastung, einer harten Linie bei Zuwanderung und Migration und dem Grundsatz ausgeglichener Budgets fest. Die Grünen könnten sich besonders die Betonung des Kampfes gegen Klimawandel, Schritte für mehr Transparenz und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zugutehalten.

Wöginger begrüßte besonders die geplanten Maßnahmen im Steuerbereich, die Maßnahmen für den Wirtschaftsstandort und für die Landwirtschaft. Der Familienbonus sei eine Erfolgsgeschichte und werde ausgeweitet. Der Schutz der Außengrenzen, aber auch Hilfe vor Ort sei der Koalition ein gemeinsames Anliegen, wie auch Maßnahmen in der Bildung, damit alle Kinder und Jugendlichen die bestmögliche Ausbildung erhalten. Beim Thema der Pflege hätten die beiden Parteien rasch zueinander gefunden, um das Pflegesystem zu stärken und vor allem pflegende Angehörige zu unterstützen. Auch die Pläne für ein Pensionssplitting, mehr Transparenz sowie die geplante Task Force für eine ökosoziale Steuerreform sah Wöginger positiv. Der ländliche Raum werde dabei nicht vergessen. Die Koalition strecke nun der Opposition die Hand entgegen, um das Programm im Sinne und zum Wohle der österreichischen Bevölkerung umzusetzen.

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl

Das Regierungsmotto „Aus Verantwortung für Österreich“ sei grundsätzlich gut, befand FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl. Die innen- und außenpolitischen Herausforderungen für Österreich seien schließlich beträchtlich. Leider sei das Programm aber, „in typischer ÖVP-Manier“, wie er meinte, „mehr Schein als Sein“. Die FPÖ werde daher der

Innenpolitik

„rot-weiß-rote Stachel im Fleisch dieser Koalition“ sein. ÖVP und Grüne versuchten hier etwas politisch Neues, nämlich nebeneinander und nicht miteinander zu regieren. Ihre einzige Gemeinsamkeit sehe er im offensichtlichen Wunsch, die FPÖ von der Regierungsverantwortung fernzuhalten. Seine Fraktion werde jedenfalls nicht als Trouble Shooter für einen koalitionsfreien Raum bereitstehen, betonte Kickl. Er sehe ihre Aufgabe vielmehr darin, die Bevölkerung über die drohenden Belastungen, die sich im Programm der Regierung versteckten, aufzuklären.

Hinter dem Schlagwort der Stärkung der EU stehe die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips, ein positiver Bezug auf Heimat und Patriotismus fehle hingegen, kritisierte er. Hinter den Schlagworten von Klimaschutz und Ökologisierung stehen für ihn eine drohende massive Belastungspolitik. Gegen die zu erwartenden sozial- und sicherheitspolitischen Fehlentwicklungen werde die FPÖ ankämpfen, sagte Kickl und nannte die Bereiche Stärkung des Bundesheers und Maßnahmen gegen Massenzuwanderung.

Der FPÖ-Klubobmann sieht auch die Gefahr von Einschränkungen der Meinungs-, Presse- und Vereinsfreiheit. „Metternich läßt grüßen“, sagte Kickl, nichts anderes seien nämlich die Ankündigungen, gegen Hass im Internet und Rechtsextremismus vorgehen zu wollen. Kickl nannte die geplante Aufwertung des DÖW (*Anm. d. Red.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands*), einer „kommunistischen Tarnorganisation“, wie er sagte, als Beispiel der seiner Sicht verfehlten Entwicklung. Die ÖVP verfüge in Zukunft über eine noch nie dagewesene Machtkonzentration im Sicherheitsbereich.

Die wenigen positiven Punkte im Regierungsprogramm entsprächen langjährigen Forderungen der FPÖ, etwa bei Steuern oder der Sicherheitspolitik. Allerdings bezweifelte er, daß die Koalition diese umsetzen werde können. Als er als Innenminister von einer „Sicherungshaft“ gesprochen habe, sei die Aufregung groß gewesen. Nun stehe dieser Punkt, gemeinsam mit anderen Sicherheitsmaßnahmen, im Regierungsprogramm, und das mit Zustimmung der Grünen. Es werde sich noch zeigen, wie die Grünen diesen Spagat schaffen und ob diese Koalition hält. Er vermisse im Programm der Regierung auch eine Reihe wichtiger Punkte, etwa zu Eurofightern, direkter Demokratie und Reform des ORF. Insgesamt sei das vorgestellte Programm kein zukunftsweisendes Modell, sondern ein fauler Kompromiß, schloß Kickl.



FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl



Grünen-Klubvorsitzende Sigrid Maurer



NEOS-Klubobfrau Beate Meinel-Reisinger

Grünen-Klubvorsitzende Sigrid Maurer

Die Grünen seien bei den Wahlen für Umweltschutz, saubere Politik und soziale Gerechtigkeit angetreten und hätten geliefert, sagte Klubvorsitzende des Parlamentsklubs

Sigrid Maurer. Nun stelle ihre Fraktion mit Werner Kogler den Vizekanzler und könne mit Leonore Gewessler ein großes Umweltministerium besetzen, das vor wenigen Monaten noch undenkbar schien. Saubere Politik werde durch die Vorhaben der neuen Justizministerin Alma Zadić betreffend mehr Transparenz und Stärkung des Rechnungshofs garantiert. Sozialminister Rudi Anschober werde die soziale Verantwortung wahrnehmen. Ulrike Lunacek stehe als Staatssekretärin für Kultur für langjährige politische Erfahrung, auch auf europäischer Ebene.

Die Koalition sei politische Konsequenz des Wahlergebnisses und der Bereitschaft der Grünen, politische Verantwortung zu übernehmen. Jetzt gelte es, in den nächsten Jahren einen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise zu leisten. Die Verhandlungen seien nicht einfach gewesen, hätten aber auf Augenhöhe und respektvoll stattgefunden. Die Regierung stehe für einen neuen Stil: statt blauer Skandale und Postenschacher gebe es Korruptionsbekämpfung und Transparenz, statt Hetze ein respektvolles Miteinander. Zweifellos würden nicht alle Bereiche eine grüne Handschrift tragen, konzidierte Maurer. So sei die Sprache im Kapitel Asyl und Migration nicht die der Grünen. Insgesamt gebe es aber auch dort klare Verbesserungen gegenüber der früheren Koalition unter FPÖ-Beteiligung.

Teile der Kritik der SPÖ wies Maurer mit dem Argument zurück, man könne den Grünen nicht vorwerfen, daß sie als Juniorpartner Dinge nicht erreicht haben, welche auch die SPÖ als Kanzlerpartei nicht durchsetzen konnte. Den Grünen stehe nun die Transformation von Oppositions- zu einer Regierungspartei bevor. Die Partei werde aber an ihren politischen Traditionen festhalten und weiterhin intensiv diskutieren und die Meinungsvielfalt pflegen. Nicht jede politische Debatte sei sofort als Streit zu werten, sagte Maurer in Richtung der Medien. Österreich erlebe heute eine kleine politische Wende, sie sei überzeugt, daß sich diese für viele Menschen in Österreich positiv auswirken werde.

NEOS-Klubobfrau Beate Meinel-Reisinger

Wichtig sei, daß der politische Stillstand endlich überwunden werde, betonte NEOS-Klubobfrau Beate Meinel-Reisinger. Sie wünsche der neuen Bundesregierung daher viel Erfolg. Die FPÖ-Regierungsbeteiligung habe sich nicht als positiv für das Land erwiesen, daher sei es gut, das sie nicht mehr in der Regierung sei. Die Koalition plane einige po-

Innenpolitik

sitive Schritte, sei es in Bildung, Finanzpolitik und Integration. Ein Informationsfreiheitsgesetz sei eine langjährige Forderung der NEOS, ebenso das Bekenntnis zur Entlastung der SteuerzahlerInnen. Was das Vertrauen in die Regierung und in die Verlässlichkeit des Regierungsprogramms betrifft, so müsse ihre Fraktion jedoch noch Einiges einfordern, sagte Meinl-Reisinger. Die NEOS seien bereit, der Regierung hundert Tage „Nachfrist“ zu gewähren, um ihre Absichten noch zu konkretisieren und zu ergänzen.

In anderen Bereichen seien die NEOS von den Grünen enttäuscht, etwa beim Schutz grundlegender Grund- und Freiheitsrechte, auch fehle ein Bekenntnis zu mehr direkter Demokratie. Die NEOS seien bereit, die Regierung mit „konstruktiver Härte“ zu begleiten. Der neue politische Stil werde jedoch sehr wesentlich davon abhängen, wie die Regierung mit der Opposition und dem Parlament umgehe, betonte die Klubobfrau der NEOS.

Finanz- und Umweltagenden

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) und Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) präsentierten dann ihre Bereiche des Regierungsprogramms. Während Blümel budgetäre Spielräume und Flexibilität für die Zukunft erarbeiten möchte, stellte Gewessler das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 ins Zentrum ihrer Rede. Blümel und Gewessler waren damit die einzigen Regierungsmitglieder, die neben Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler in der heutigen Sitzung ein Statement abgaben.

Ein Wechselspiel von Pro und Kontra brachte die weitere Debatte im Plenum. ÖVP und Grüne unterstrichen ihr gemeinsames Engagement, eine moderne Wirtschaftspolitik mit den Anforderungen des Klimaschutzes zu verbinden, während die SPÖ von Steuerzuckerln für die Reichen sprach und vor allem heftige Kritik an der geplanten Abschaffung der Hacklerregelung übte. Die NEOS würdigten zwar das Bemühen der Regierung in Sachen Klimaschutz, verlangten aber mehr Tempo bei den einzelnen Maßnahmen. Schwere Bedenken hinsichtlich Sicherheits- und Migrationspolitik kamen von der FPÖ, die der ÖVP vorwarf, vom Mitte-Rechts-Kurs der türkis-blauen Regierung abgeschwenkt zu sein.

Blümel: Spielräume für die Zukunft erarbeiten

Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und Brexit bilden für Finanzminister Blümel aktuell die zentralen wirtschaftspolitischen



Foto: BKA / Andy Wenzel

Finanzminister Gernot Blümel



Foto: BMVT

Umweltministerin Leonore Gewessler

Herausforderungen. Demnach sei ein sorgsamer Umgang mit Steuergeldern erforderlich, der insbesondere durch eine effiziente Verwaltung erreicht werden könne. Außerdem, so Blümel, müssten die ÖsterreicherInnen finanziell entlastet werden, was durch die Reduktion der Lohnsteuer und die Steigerung des Familienbonus erreicht werden soll.

Blümel will Österreich wirtschaftlich attraktiver machen. Die geplante Reduktion der Körperschaftsteuer und die Ausweitung des Gewinnfreibetrags sollen einen Beitrag dazu leisten. Um die Nachhaltigkeit zu verbessern, strebt Blümel eine leistungsfähige freie Marktwirtschaft an, die nicht zuletzt durch die geplante ökosoziale Steuerreform erreicht werden soll.

Dem Sparbuch – als beliebter privater Anlageform – steht der Finanzminister kritisch gegenüber. Problematisch sei die gegenwärtige Niedrigzinspolitik, die auch in den kommenden Jahren vorherrschen werde,

sagte er, dadurch würde privates Geld an Wert verlieren. Um dem entgegenzusteuern, will Blümel bestehende Berührungspunkte gegenüber dem Kapitalmarkt abbauen.

Auf europäischer Ebene setzt sich Blümel dafür ein, selbst auferlegte Regelungen einzuhalten, insbesondere im Bereich der Verschuldungsquoten. Außerdem will sich der Finanzminister für eine Besteuerung digitaler Großkonzerne stark machen.

Gewessler: Programm der Chancen

Klimaneutralität sei die zentrale Herausforderung für ein gerechtes Österreich, betonte Umweltministerin Gewessler. In Österreich und auf europäischer Ebene werde sie sich für Klimaneutralität bis 2040 einsetzen, denn die Gesellschaft sei dafür bereit. In diesem Sinn sah Gewessler im Regierungsprogramm zahlreiche Chancen. Gemeinsam – unter Einbeziehung aller – will sie eine umweltpolitische Transformation einleiten. Der Dialog soll auch ArbeitnehmerInnen einschließen.

Im Zuge der ökosozialen Steuerreform plant Gewessler, klimaschonendes Verhalten zu fördern und Emissionen zu bepreisen. In Planung stehen ein neues Klimaschutzgesetz sowie ein Klimacheck, der Klimaschutz als Entscheidungskriterium bei Gesetzen und Verordnungen vorsehe.

Leistungsfähige und umweltfreundliche Mobilität seien das Ziel der Bundesregierung. Dafür sollen strategische Grundlagen geschaffen werden, um das derzeitige Mobilitätssystem weiterzuentwickeln. Der Schienenverkehr gehöre attraktiviert, so Gewessler, die auch den Gütertransport vermehrt auf die Schienen verlagern möchte. Neben einer Fahrradoffensive stellte Gewessler auch Pläne zur Verbesserung von Angebot und Takten der öffentlichen Verkehrsmittel vor.

Die Ziele im Bereich der erneuerbaren Energie seien ambitioniert, sagte Gewessler angesichts des Plans, ab 2030 ausschließlich erneuerbare Energieträger zu nutzen. Sie seien jedoch ein notwendiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, unterstrich sie. ■

Quellen: Präsidentschaftskanzlei, Bundeskanzleramt, Parlamentskorrespondenz

Das Regierungsprogramm

ÖVP und Grüne stellen das Regierungsprogramm in zwei Varianten zur Verfügung. Variante 1 komplett mit 328 Seiten:

https://www.dieneuevolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2020.pdf

Variante 2 und als Zusammenfassung mit 21 Seiten:

<https://green.at/themen/klimaneutralitaet-verfassung/regierungsuebernehmen-tuerkis-gruen/regierungsuebernehmen-zusammenfassung.pdf>

Gemeinsam Zukunft gestalten

Oberösterreich übernimmt Bundesratsvorsitz – LH Thomas Stelzer:
»Goldene 20er-Jahre für alle Bürgerinnen und Bürger Österreichs«



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer und Bundesratspräsident KommR Robert Seeber hißten die Oberösterreich-Flagge vor dem Parlament

Anlässlich der Vorsitzübernahme Oberösterreichs im Bundesrat luden Bundesratspräsident KommR Robert Seeber und Landeshauptmann Thomas Stelzer am 12. Feber „Oberösterreich-Abend“ in das Parlament in der Hofburg ein.

Seeber: Übernehmen Verantwortung für die nächsten Generationen

„Gemeinsam Zukunft zu gestalten lautet das Motto dieses Halbjahres“, sagte Bundesratspräsident Seeber in seiner Begrüßungsrede. „Wir werden im Gleichschritt daran arbeiten, daß in den nächsten Monaten Pflöcke eingeschlagen werden, auf denen eine gute Zukunft aufgebaut werden kann. Sowohl im Bundesrat als auch in der Landeshauptleutekonferenz wird nicht die Parteipolitik im Vordergrund stehen, sondern die Interessen der Regionen, Gemeinden und Städte in den Ländern.“

„Ein halbes Jahr lang hat unser Bundesland nun die Gelegenheit, jene Anliegen, die

uns besonders wichtig sind, nicht nur im Land, sondern auch im Bund zu forcieren“, so Seeber weiter. „Es geht um die Zukunft der Pflege, um Infrastruktur, Bildung und Ausbildung und den Erhalt der wirtschaftlichen Dynamik. Ich werde mich aber auch besonders um die Zukunft der ländlichen Regionen, insbesondere um die Wirtschaft am Land und die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Regionen und um ein solides Umfeld für unsere Unternehmen kümmern. Wir werden uns für eine Wirtschaft stark machen, die Ökonomie und Ökologie in Einklang bringt und die klimaschonend ist, ohne dabei die Wirtschaft zu schwächen.“

„Wir sind uns der Verantwortung für die nächsten Generationen bewußt“, unterstrich der Bundesratspräsident. „Die braucht nämlich nicht nur eine intakte Umwelt, die braucht auch Arbeitsplätze und ein gesundes wirtschaftliches Umfeld. Ich sehe mich dabei als Brückenbauer, der regional verwurzelt ist, eine klare Sprache spricht und die

Interessen der Länder in Wien stark vertreten wird. Ich werde daher auch im Bund den oberösterreichischen Weg des Miteinanders weitertragen.“

Stelzer: Antworten geben und Zukunft jetzt gestalten

„Der Wechsel an der Spitze des Bundesrates gehört zu den wichtigen Symbolen für die föderale Tradition und die föderale Struktur unserer Republik“, betonte Landeshauptmann Stelzer in seiner Rede. „Föderalismus hat viele Vorteile: von der Bürgernähe bis hin zu effizienten Erbringung öffentlicher Leistungen. All diese Vorteile des Föderalismus können und wollen Länder und Gemeinden für den Erfolg des Staatsganzen – also unser aller Erfolg – einbringen. Wir haben daher auch den Vorsitz Oberösterreichs in der Landeshauptleute-Konferenz unter das Motto ‚Gemeinsam Zukunft gestalten‘ gestellt. Denn es gibt eine Reihe von Politikfeldern, wo wir Antworten geben müs-

sen und wo wir jetzt die Zukunft zu gestalten haben.“

Zentrale Schwerpunkte von Oberösterreichs Ländervorsitz

Zentrale Schwerpunkte sind daher vor allem der Arbeitsmarkt – konkret: Arbeitsplätze in den Regionen zu sichern und die Unternehmen zu unterstützen – sowie die Finanzierung und optimale Organisation der Pflege für alle Bürgerinnen und Bürger. Stelzer: „Unser Ziel ist dabei sicherzustellen, daß sich jede und jeder darauf verlassen kann, die bestmögliche Pflege zu erhalten. Wir freuen uns in diesem Zusammenhang, daß wir mit der neuen Bundesregierung wieder einen politischen Ansprechpartner haben. Und wir hoffen daher, daß der Reform- und Erledigungszug rasch wieder Fahrt aufnimmt.“

Stelzer begrüßte unter den rund 300 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Kultur vor allem die zahlreichen OberösterreicherInnen, deren Arbeits- und Lebensmittelpunkt die Bundeshauptstadt ist. „Die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher sind nicht nur traditionsbewußt, sie gelten auch als aufgeschlossen gegenüber Neuem“, sagte Stelzer. „Sie sind weltoffen und setzen das dann auch oft in ihren Berufskarrieren um. Diese Weltoffenheit zeigt sich auch daran, daß sie trotz ihrer Ausbildungs- und Karrierechancen fern der Heimat ihrem Land auch weiterhin verbunden bleiben.“

Oberösterreich werde in den kommenden Monaten auch abseits der Politik in Wien für Aufsehen sorgen, kündigte Stelzer den Oberösterreicher Ball am 9. Mai im Rathaus sowie das Genuß- und Erlebnisfestival OÖ Sommerfrische am 6. und 7. Juni im Kursalon im Stadtpark an.

Stelzer im Bundesrat

„Wir Bundesländer sehen uns als selbstständige Gestalter, aber auch als Mitgestalter der Republik, und in den 75 Jahren, seitdem wir Frieden in Österreich haben, haben wir viel erreicht – bis hin zu der hohen Lebensqualität, die in Europa ihresgleichen sucht“, unterstrich Stelzer am 13. Feber in seiner Rede im Bundesrat anläßlich Oberösterreichs Vorsitzübernahme im Bundesrat. „Und wir müssen daher auch alles tun, daß die kommenden 20er Jahre dieses Jahrhunderts auch wirklich Goldene 20er werden, für alle Bürgerinnen und Bürger.“

Daher werde es in den nächsten Monaten darum gehen, aktiv gemeinsam die Zukunft zu gestalten, wie das Motto des oberösterrei-



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

LH Thomas Stelzer im Bundesrat: „Gemeinsam Zukunft gestalten“

chischen Vorsitzes in der Landeshauptleuterkonferenz lautet.

Standort stärken und Pflege absichern

„Es gibt eine Reihe von Politikfeldern, wo wir Antworten geben, wo wir Zukunft gestalten müssen. Es zeichnet sich beispielsweise schon jetzt ab, daß sich die Wirtschaftsentwicklung wieder etwas verlangsamen bzw. normalisieren wird. Unser Ziel ist es daher, Arbeitsplätze vor allem in den Regionen zu sichern und ein solides Umfeld für unsere Unternehmen zu bewahren“, betonte Stelzer. „Unser Ziel ist es, die besten Möglichkeiten für ein gelingendes Leben zu schaffen, für das Lernen, das Arbeiten und die Unternehmen. Darum müssen wir auch in den Bereichen Forschung, Infrastruktur und Klimaschutz mit Blick nach vorne investieren, um weiterhin gut aufgestellt zu sein.“

Aber natürlich werden im Vorsitz-Halbjahr auch länderspezifische Themen wie die Finanzierung oder die Organisation der Pflege im Vordergrund stehen. Stelzer: „Die Absicherung der Pflege muß daher ein Kernstück verantwortungsvoller Politik sein. Hier lassen wir niemanden alleine. Wir müssen und werden gemeinsam dafür sorgen, daß alle jene hochqualitative Pflegeversorgung bekommen, die sie brauchen, und daß auch im ganzen Land das Versprechen eingelöst wird, daß das Altern in Würde möglich ist“, unterstrich Stelzer.

Darum erwartet sich Stelzer auch ein rasches Ende der Verunsicherung unter den Pflegenden und Gepflegten nach dem Pflegeergreß-Aus. Die Finanzierungsfrage müsse die neue Bundesregierung rasch mit den Ländern klären.

Stärkung des Föderalismus – Bundesbehörden in die Länder verlegen

Klar für eine Erweiterung und Stärkung des Föderalismus und der föderalen Struktur in Österreich sprach sich Oberösterreichs Landeshauptmann vor den Mitgliedern des Bundesrates aus und trat dafür ein, daß künftig Bundesbehörden in den Bundesländern angesiedelt werden.

Die Vorteile des Föderalismus für die BürgerInnen und Bürger lägen klar auf der Hand: eine Stärkung der Gemeinschaft, mehr Orientierung und Bürgernähe, höhere Stabilität des politischen Systems, und das Erfüllen des Bedürfnisses nach Nähe und Vertrautheit – und gerade das sei in Zeiten komplexer politischer Herausforderungen wie Digitalisierung, Globalisierung, Migration, Klimawandel entscheidend.

Oberösterreich werde sich aber auch in der EU für die Regionen stark machen. Höhere Beiträge für das EU-Budget sollen nur für wichtige Schwerpunkte wie etwa einen besseren EU-Außengrenzschatz möglich sein, fordert Stelzer. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.parlament.gv.at/>

Neuer VfGH-Präsident

Christoph Grabenwarter als Präsident des VfGH vom Bundespräsidenten angelobt – Van der Bellen: »Der Verfassungsgerichtshof hat in zahlreichen Entscheidungen seine Unabhängigkeit bewiesen.«



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und der neue Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Christoph Grabenwarter, bei der Unterzeichnung der Angelobungsformel

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 19. Februar Christoph Grabenwarter in seiner neuen Funktion als Präsident des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) angelobt. Grabenwarter war ab 2018 bereits Vizepräsident des VfGH und führte dessen Geschäfte seit Juni 2019 auch interimistisch als Präsident.

Van der Bellen sagte in einer kurzen Rede vor der Angelobung, der Verfassungsgerichtshof habe in zahlreichen Entscheidungen seine Unabhängigkeit bewiesen: „Er hat in der Vergangenheit und Gegenwart Gesetze aufgehoben, unabhängig von der Zusammensetzung der jeweiligen Regierung, des Nationalrates sowie der zu erwartenden Reaktionen. Das ist auch die grundsätzliche Aufgabe der Justiz: Unabhängig, ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf Wünsche außerhalb des Verfahrens ihrer Aufgabe nachzukommen.“

Der Bundespräsident wies auch darauf hin, daß Christoph Grabenwarter Mitglied der hoch angesehenen Venedig-Kommission

des Europarates ist. Die Kommission ist ein Beratungsorgan in Fragen von Verfassung und Rechtsstaat, die sich immer wieder auch zu den Entwicklungen betreffend die Justiz in Polen und Ungarn äußert. Diese Funktion Grabenwarters und auch die Tatsache, daß er die Präsidentschaft des Österreichischen Juristentages innehat, seien zweifellos gute Voraussetzungen für das Amt des VfGH-Präsidenten, so Van der Bellen.

An der Angelobung nahmen auch der Präsident des slowenischen Verfassungsgerichtshofs Rajko Knez, Peter Huber, Richter am deutschen Bundesverfassungsgericht, sowie Dieter Grimm, ehemaliger Richter am deutschen Bundesverfassungsgericht teil.

Christoph Grabenwarter war für diese Funktion von der Bundesregierung vorgeschlagen worden. Mit der Angelobung des neuen VfGH-Präsidenten ist nun die Vizepräsidentschaft vakant. Diese Funktion wird nach einer Mitteilung des VfGH-Präsidenten vom Bundeskanzler innerhalb eines Monats ausgeschrieben. Der künftige Vizepräsident

bzw. die künftige Vizepräsidentin sind, wie es in Art. 147 Bundes-Verfassungsgesetz heißt, aus dem Kreis der Richter, Verwaltungsbeamten und Professoren eines rechtswissenschaftlichen Faches an einer Universität zu entnehmen. Weitere Voraussetzungen sind das abgeschlossene Studium der Rechtswissenschaften und eine mindestens zehnjährige juristische Berufserfahrung.

Der VfGH

Dem VfGH obliegt es, die Einhaltung der Verfassung zu kontrollieren. Durch seine Aufgabe als „Grundrechtsgerichtshof“ und seine Zuständigkeit zur Prüfung von Gesetzen und Verordnungen ist er in besonderer Weise dazu berufen, der demokratisch-rechtsstaatlichen Grundordnung Wirksamkeit zu verschaffen und ihren Bestand zu sichern. Der VfGH wird grundsätzlich nur auf Antrag tätig. Die Bundesverfassung legt fest, wann der Gerichtshof von wem angerufen werden kann. ■

<https://www.vfgh.gv.at/>

Das Burgenland hat gewählt!

LH Hans Peter Doskozil erreichte für seine SPÖ mit der absoluten Mandatsmehrheit im Burgenländischen Landtag ein historisches Ergebnis



Foto: Bgld. Landesmedien service

Die neue Landesregierung des Burgenlandes (v.r.): Landtagspräsidentin Verena Dunst, Landesrat Heinrich Dörner, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf, Landesrat Christian Illedits und Landesrätin Daniela Winkler

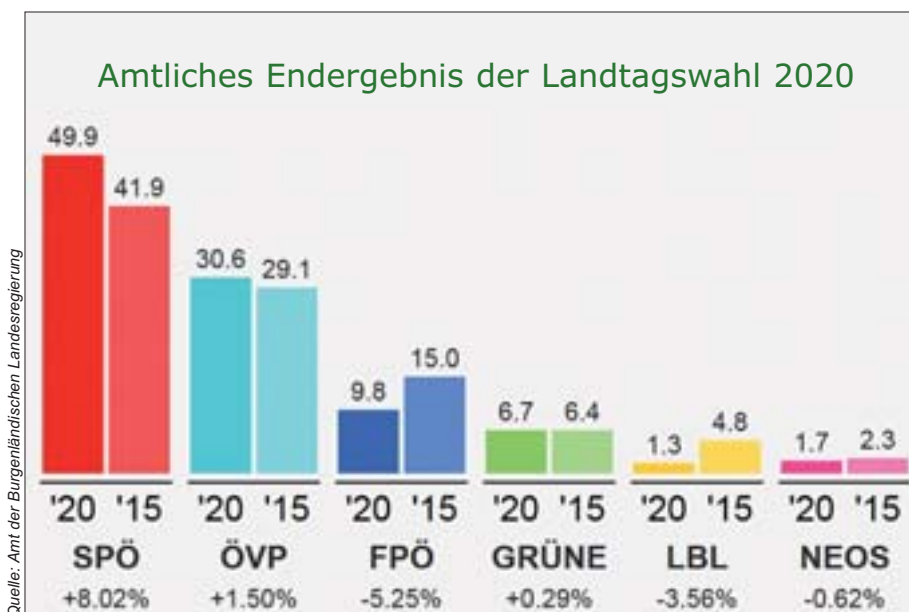
Die Burgenländische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 29. Oktober 2019 den Termin für die Landtagswahl 2020 auf den 26. Jänner 2020 beschlossen.

Die SPÖ erreichte laut dem amtlichen Endergebnis 49,94 % (+8,02 %) und mit 19 Mandaten eine absolute Mehrheit. Die ÖVP kommt auf 30,58 % (+1,5 %) und die FPÖ auf 9,79 % (-5,3 %). Die Grünen erreichen 6,72 % (+0,3 %), Die LBL (Liste Burgenland) scheitert mit 1,26 % am Wiedereinzug in den Landtag und NEOS verfehlten mit 1,71 % den Einzug.

Am Tag nach dem Wahlsonntag kam die SPÖ Burgenland zu einer Landesparteivorstandssitzung zusammen, um über den Ausgang der Landtagswahl zu beraten. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil stellte klar, daß die SPÖ keine Regierungskoalition mit einer anderen Partei eingehen werde. In einer ersten Stellungnahme sagte Doskozil: „Eine absolute Mehrheit ist eine absolute Mehr-

heit. Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben so entschieden und können sicher

sein, daß wir sehr sorgsam mit dieser absoluten Mehrheit umgehen werden!“



»Burgenland Journal«

Quelle: Amt der Burgenländischen Landesregierung

	Landtagswahl 2020			Landtagswahl 2015			Differenz		
	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate
Wahlberechtigt	250.181			250.807			-426		
Abgegeben	187.497	74,94%		190.556	76,04%		-3.059	-1,10%	
Ungültig	1.997	1,07%		4.594	2,41%		-2.597	-1,34%	
Gültig	185.500	98,93%	36	185.962	97,59%	36	-462	1,34%	
SPÖ	92.634	49,94%	19	77.947	41,92%	15	14.687	8,02%	4
ÖVP	56.726	30,58%	11	54.082	29,08%	11	2.644	1,50%	
FPÖ	18.161	9,79%	4	27.963	15,04%	6	-9.802	-5,25%	-2
GRÜNE	12.466	6,72%	2	11.964	6,43%	2	502	0,29%	
LBL	2.336	1,26%		8.970	4,82%		-6.634	-3,56%	-2
NEOS	3.177	1,71%		4.337	2,33%		-1.160	-0,62%	

Wer hat wen gewählt?

2020 wählten Frauen überdurchschnittlich oft die SPÖ, sie lag bei dieser Gruppe um zehn Prozentpunkte besser als unter Männern. Vor allem bei Frauen ab 60 Jahren schnitt die Partei gut ab. Männer wählten häufiger die FPÖ, bei ÖVP und Grünen gab es nur geringe Schwankungen.

Nach dem Alter schnitten die Grünen bei den unter 30jährigen sehr gut ab, sie waren hier gleichauf mit der ÖVP zweitstärkste Partei (jeweils 19 % hinter der SPÖ mit 47 %).

Die SPÖ lag im ältesten Wählersegment besser, die ÖVP war bei WählerInnen ab 30 Jahren besser. Bei der FPÖ waren die Abweichungen klein.

Wahlverhalten nach Erwerbsstatus

Unter ArbeiterInnen, Angestellten und PensionistInnen war bei dieser Wahl die SPÖ stärkste Partei. Bei den ArbeiterInnen folgte die FPÖ mit 30 % auf Platz zwei. ÖVP und vor allem Grüne wurden häufiger von Angestellten gewählt. PensionistInnen stimmten öfter für die ÖVP.

Wahlverhalten nach formaler Bildung

Die Unterscheidung nach formaler Bildung zeigt einen Stimmenüberhang für SPÖ und FPÖ bei WählerInnen mit formal niedriger Bildung. ÖVP und vor allem Grüne wurden stärker von Personen mit Matura oder höheren Abschlüssen gewählt. Unter UniversitätsabsolventInnen war die ÖVP stärk-

ste Partei, die SPÖ erzielte in dieser Gruppe ihr schwächstes Ergebnis.

Bewertung der Entwicklung des Burgenlandes

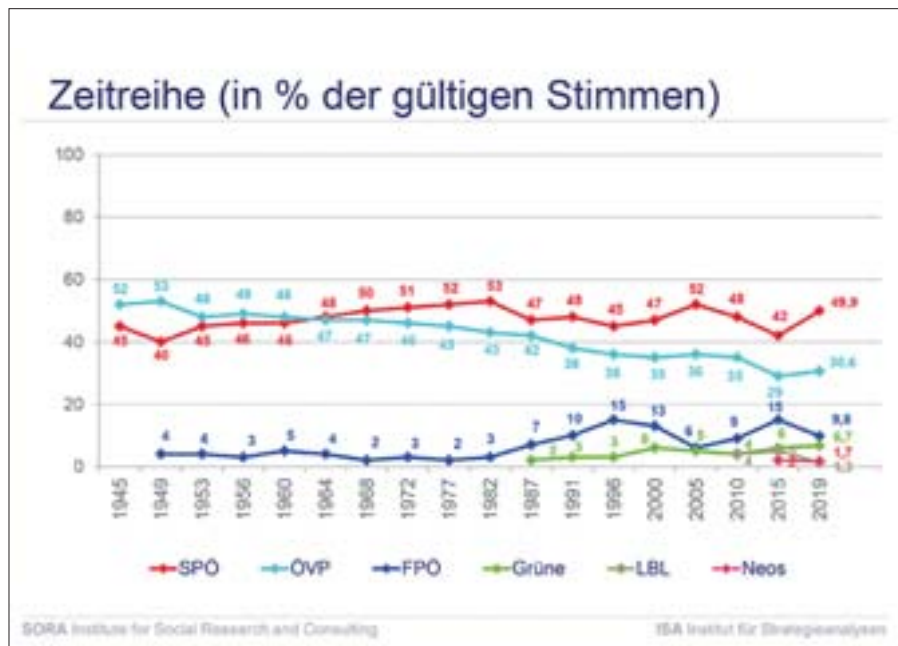
45 % der Wahlberechtigten sind der Meinung, daß sich das Burgenland seit 2015 eher positiv entwickelt hat, nur 9 % beklagen Verschlechterungen. Weitere 45 % sagen, daß sich nicht Wesentliches verändert hat.

Personen, die eine positive Entwicklung sehen, stimmten zu 76 % für die SPÖ. Von der kleinen Gruppe der WählerInnen, die eine negative Entwicklung sehen, wählten

53 % die ÖVP, 18 % die Grünen und 16 % die FPÖ. Diese Aufteilung findet sich auch bei der Differenzierung nach Erwerbstätigkeit und Bildung: Erwerbstätige mit formal niedriger Bildung wählten vor allem SPÖ und FPÖ, unter jenen mit formal hoher Bildung hätten ÖVP und Grüne rund 50 %.

Zufriedenheit mit der Landesregierung

Die Arbeit der Landesregierung aus SPÖ und FPÖ bewerten 18 % sehr und 44 % eher gut. Besonders WählerInnen der SPÖ sind zufrieden, die Zufriedenheit der FPÖ-WählerInnen ist etwas verhaltener. ÖVP- und



»Burgenland Journal«

Grün-WählerInnen äußern sich mehrheitlich negativ.

Auch hier finden sich Unterschiede im Wahlverhalten: Befragte, die der Landesregierung zumindest ein bedingt positives Zeugnis ausstellen, haben zu 71 % die SPÖ gewählt. Die FPÖ als zweite Regierungspartei konnte hingegen nicht von der Zufriedenheit profitieren.

Wahlmotive

Hauptgrund der Wahlentscheidung war für SPÖ-WählerInnen dieses Mal der Spitzenkandidat. 37 % nannten Döskozil oder den Wunsch, daß er Landeshauptmann bleiben solle, als wichtigsten Grund ihrer Entscheidung. Dahinter folgten inhaltliche Standpunkte, die bisherige Arbeit und die Meinung, daß sich die Partei um die Anliegen der Menschen kümmere.

Bei den anderen Parteien dominierten die jeweiligen inhaltlichen Standpunkte, ebenso wollten die WählerInnen ihrer Partei eine Regierungsbeteiligung ermöglichen. Weitere Motive waren bei der ÖVP das Stammwählermotiv, bei der FPÖ deren bisherige Arbeit und bei den Grünen die Kontrolle ihrer Partei.

Diskutierte Themen im Wahlkampf

Die von den WählerInnen mestdiskutierten Themen im Wahlkampf waren die Chancen junger Menschen im Burgenland, Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheit und das Thema Pflege sowie Arbeitsplätze.

AnhängerInnen der Parteien diskutierten in unterschiedlichem Ausmaß über diese Themen: SPÖ-WählerInnen sprachen insbesondere über Gesundheit und Pflege, ÖVP-WählerInnen über die Wirtschaft, FPÖ-WählerInnen über Zuwanderung und Grenzschutz und Grün- WählerInnen über Umwelt- und Klimaschutz.

Parteien in der Regierung und Direktwahl

Praktisch alle WählerInnen der Parteien wünschen sich, daß ihre Partei in der künftigen Regierung vertreten ist. Daneben ist die SPÖ der Wunschpartner für ÖVP-, FPÖ- und Grün- WählerInnen (34, 58 und 75 %).

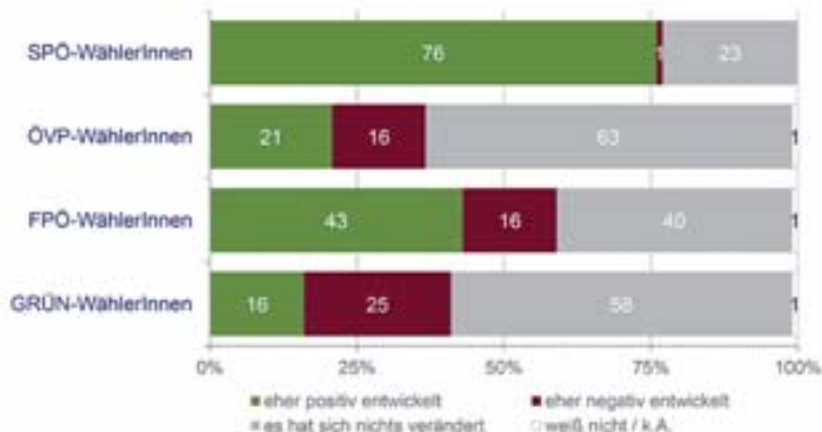
Im Fall einer Direktwahl würden 56 % für Hans-Peter Döskozil stimmen.

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl betrug 74,94 %. Das sind um 1,1 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl vor fünf Jahren.

Wie hat sich das Burgenland seit der letzten Landtagswahl 2015 entwickelt?

„Hat sich das Burgenland seit der letzten Landtagswahl im Jahr 2015 eher positiv oder eher negativ entwickelt oder hat sich alles in allem nichts verändert...?“
In Prozent der jeweiligen Deklaranten, Wahlbefragung zur Landtagswahl Burgenland 2020, im Auftrag des ORF

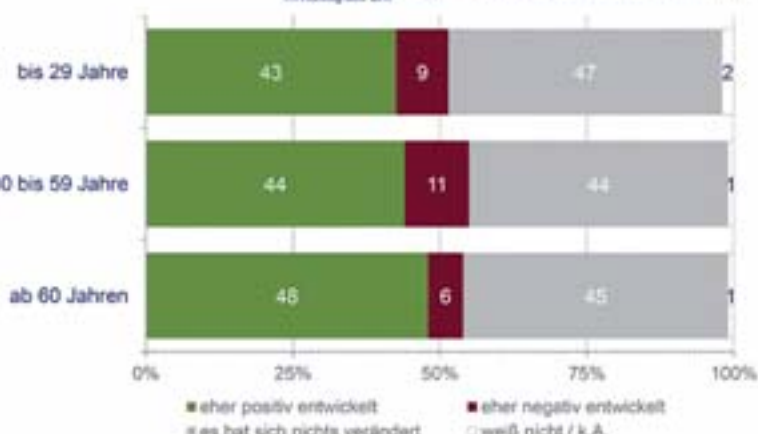


SORA Institute for Social Research and Consulting

ISA Institut für Strategieberatungen

Wie hat sich das Burgenland seit der letzten Landtagswahl 2015 entwickelt?

„Hat sich das Burgenland seit der letzten Landtagswahl im Jahr 2015 eher positiv oder eher negativ entwickelt oder hat sich alles in allem nichts verändert...?“
In Prozent aller Befragten, Wahlbefragung zur Landtagswahl Burgenland 2020, im Auftrag des ORF



SORA Institute for Social Research and Consulting

ISA Institut für Strategieberatungen

Abschneiden im Vergleich zur Nationalratswahl 2019

Eine Analyse von SORA im Auftrag des ORF beleuchtet, wie die Landesparteien im Vergleich zum Bundestrend (Nationalratswahl 2019) abschneiden:

- Landes-SPÖ mit breiter Mobilisierung: Fast geschlossen haben SPÖ-WählerInnen der Nationalratswahl auch bei dieser Landtagswahl SPÖ gewählt. Die Zugewinne der Landes-SPÖ gegenüber dem Bundesergebnis kommen mit 14.000 Stimmen von der FPÖ und je 9.000 Stimmen von ÖVP und NichtwählerInnen vom Herbst 2019. Weitere 6.000 Stimmen kommen von „Zweitwohnsitzern“,

2.000 von den NEOS und je 1.000 von Grünen und Sonstigen.

- Bundes-ÖVP-Stimmen an SPÖ und Nichtwahl: Die ÖVP bleibt deutlich hinter dem burgenländischen Ergebnis bei der Nationalratswahl 2019 zurück. 9.000 Kurz-WählerInnen vom September 2019 sind zur SPÖ gewechselt, 5.000 sind zuhause geblieben und 3.000 zur FPÖ gewandert.
- Auch FPÖ verliert an Döskozil und Nichtwahl: Ähnlich wie bei der ÖVP haben auch bei der FPÖ die WählerInnen der Nationalratswahl im Burgenland zur SPÖ gewechselt (14.000 Stimmen) oder sind zuhause geblieben (5.000 Stimmen).

»Burgenland Journal«

- Grüne mobilisieren ein Drittel ihres Potentials nicht: Die Grünen hatten bei der Nationalratswahl im Burgenland noch 8,1 % der Stimmen erhalten. Rund ein Drittel ihrer WählerInnen vom September 2019 (5.000 Stimmen) blieben bei der Landtagswahl jedoch Zuhause.
- „Zweitwohnsitzer“ für SPÖ und ÖVP: rund 17.000 Wahlberechtigte bei der Landtagswahl waren bei der Nationalratswahl nicht wahlberechtigt, darunter insbesondere Personen mit Zweitwohnsitz im Burgenland. 6.000 dieser Stimmen gingen zur SPÖ, 3.000 zur ÖVP, 1.000 zu den Grünen.

Einfluß der Bundespolitik

Für 54 % der Befragten war ihre Wahlentscheidung eine ausschließlich burgenländische Entscheidung, 44 % meinten, daß sie auch die Bundespolitik miteinbezogen haben.

Die neue türkis-grüne Bundesregierung halten 52 % für gut für Österreich und 45 % gut für das Burgenland. Die Zustimmung spaltet sich an den Parteigrenzen zwischen ÖVP/Grünen auf der einen und SPÖ/FPÖ auf der anderen Seite.

Wählerströme

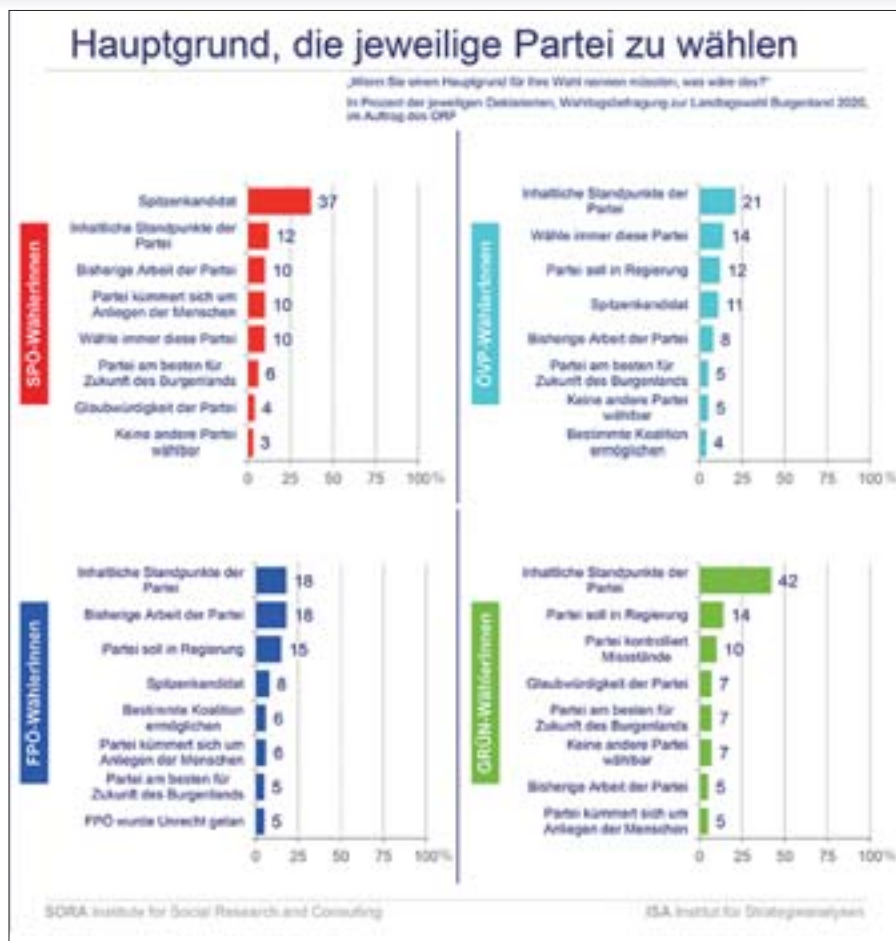
Die SORA Wählerstromanalyse, durchgeführt im Auftrag des ORF, zeigt die Wählerwanderungen ausgehend von der Landtagswahl im Burgenland 2015.

Die SPÖ kann mehr als acht von zehn (84 %) WählerInnen von 2015 wieder für sich gewinnen. Zugewinne für die SPÖ kommen mit 10.000 Stimmen vor allem von der FPÖ.

6.000 SPÖ-WählerInnen haben 2015 nicht gewählt (inklusive Personen, die 2015 noch nicht wahlberechtigt waren). Von der ÖVP gewinnt die SPÖ ebenso viele Stimmen hinzu, wie sie im Gegenzug an sie verliert (6.000 Stimmen). 4.000 SPÖ-WählerInnen von 2015 gingen diesmal nicht zur Wahl.

Die ÖVP kann ebenfalls rund acht von zehn (81 %) WählerInnen erneut mobilisieren. Sie gewinnt 3.000 Stimmen von der Liste Burgenland 1.000 von den NEOS hinzu. Mit SPÖ und Grünen bilanziert sie ausgeglichen (+/- 6.000 Stimmen bzw. +/- 1.000 Stimmen). 2.000 ÖVP-WählerInnen von 2015 blieben diesmal zuhause.

Die FPÖ kann nur rund die Hälfte (51%) ihrer WählerInnen von 2015 erneut überzeugen. Sie verliert 10.000 Stimmen (das sind rund vier von zehn FPÖ-Stimmen von 2015) an die SPÖ.



Die Grünen mobilisieren 61 % ihrer WählerInnen erneut.

Der Wähleraustausch der Grünen mit anderen Parteien ist gering. 2.000 Stimmen gewinnen sie von ehemaligen NichtwählerInnen (inklusive ErstwählerInnen), verlieren aber im Gegenzug auch 2.000 Stimmen an die Nichtwahl.

Liste Burgenland und NEOS verpassen den Einzug in den Landtag. Je 3.000 LBL-Stimmen von 2015 gehen an SPÖ und ÖVP, je 1.000 an FPÖ und Grüne. Die NEOS-Verluste verteilen sich auf ÖVP, Grüne und die Nichtwahl (je 1.000 Stimmen).

<https://www.burgenland.at/politik/wahlen-im-burgenland/>
<https://www.sora.at/>

Hans Peter Doskozil zum Landeshauptmann gewählt – Angelobung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Der Burgenländische Landtag hat im Rahmen seiner konstituierenden Sitzung für die XXII. Gesetzgebungsperiode am 17. Feber im Landhaus in Eisenstadt Hans Peter Doskozil (SPÖ) zum Landeshauptmann gewählt, der damit an der Spitze einer SPÖ-Alleinregierung steht. Mit Astrid Eisenkopf wird künftig erstmals eine Frau als Landeshauptmann-Stellvertreterin fungieren. Die weiteren Regierungsmitglieder sind Christian Illedits, Daniela Winkler und Heinrich Dörner.

Landeshauptmann Doskozil und das Regierungsteam wurden mit 35 von 36 Stimmen gewählt. Eine Stimme war ungültig. In seiner Rede dankte der Landeshauptmann zunächst Alt-Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) sowie dem früheren Zweiten Landtagspräsidenten Rudolf Strommer (ÖVP) und stellvertretend für alle Landtagsabgeordneten der früheren SPÖ-Klubobfrau Ingrid Salamon sowie dem ehemaligen Regierungspartner FPÖ. Bei den Abgeordneten zum Landtag bedankte er sich für das entgegengebrachte Vertrauen und bat gleichzeitig um sachliche Zusammenarbeit. „Es wird von seiten der SPÖ, von seiten unseres Regierungsteams und auch von mir als Landeshauptmann, die Hand ausgestreckt, in den kommenden fünf Jahren gemeinsam zu gestalten und im Interesse des Burgenlandes die richtigen Maßnahmen zu setzen“, so der Landeshauptmann.

Doskozil betonte abermals, daß die Landesregierung mit der Absoluten Mehrheit sehr sensibel und sehr bedacht umgehen werde und es klar sei, ein erhöhtes Maß an Transparenz darzulegen. Das Regierungsprogramm werde man sehr detailliert und umfangreich gestalten und klar mit Zeithorizont versehen. Den Burgenländerinnen und Burgenländern werde man jährlich einen Bericht über die Projekte und Vorhaben übermitteln, um höchstmögliche Transparenz gegenüber der Bevölkerung zu gewährleisten.

Im neuen Landtag verfügt die SPÖ über 19 der insgesamt 36 Sitze. Die ÖVP stellt 11, die Freiheitlichen 4 und die Grünen zwei MandatarInnen.

Verena Dunst (SPÖ) wurde zur Präsidentin, Georg Rosner (ÖVP) zum zweiten Präsidenten und Kurt Maczek (SPÖ) zum dritten Präsidenten des Burgenländischen Landtages gewählt. In der zweiten Kammer der Republik Österreich, dem Bundesrat, wird das



Landtagspräsidentin Verena Dunst überreichte Hans Peter Doskozil das entsprechende Dekret zum Landeshauptmann für die XXII. Gesetzgebungsperiode des Burgenlandes



Hans Peter Doskozil wurde in der Wiener Hofburg von Bundespräsident Alexander Van der Bellen auf die Österreichische Verfassung angelobt.

Burgenland hinkünftig seitens der Sozialdemokratischen Partei mit Günter Kovacs und Sandra Gerdenitsch und mit Bernhard Hirczy von der Österreichischen Volkspartei vertreten sein.

Auf die Österreichische Verfassung angelobt

Hans Peter Doskozil ist am 18. Feber in der Wiener Hofburg von Bundespräsident Alexander Van der Bellen auf die Österreichische Verfassung angelobt worden. „Als Bundespräsident kenne ich Landeshaupt-

mann Hans Peter Doskozil schon seit seiner Zeit als Verteidigungsminister, wo wir vertrauensvolle und interessante Gespräche geführt haben. Damals hat er, was die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres betrifft, begonnen, viele Dinge mit Optimismus einzuleiten. Ich gratuliere ihnen zu diesem sensationell guten Ergebnis bei der Landtagswahl. Gleichzeitig darf ich sie – trotz dieser absoluten Mehrheit – darum bitten, mit den anderen Fraktionen in Kontakt zu bleiben und wünsche ihnen für ihre kommenden Aufgaben, für ihre verantwortungs-

Foto: Bgid, LandesmedienService



Nach der Angelobung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen (Mitte rechts) in der Wiener Hofburg: Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (Mitte links) im Kreise seiner engsten Familie und der seiner Lebensgefährtin Julia Jurtschak (links neben ihm)

volle Tätigkeit im Interesse des Burgenlandes alles Gute“, so Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Im Sinne der Bundesverfassung hat sich Hans Peter Doskozil mit den Worten „Ich gelobe“ dazu verpflichtet, alle Gesetze der Republik Österreich getreulich zu beachten und die mit dem Amt des Landeshauptmannes von Burgenland verbundenen Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. „Die zweite Angelobung als Landeshauptmann innerhalb eines Jahres ist zwar ein Stück mehr Routine, aber trotzdem etwas Besonderes. Im Wissen dessen, daß wir im Burgenland die absolute Mehrheit haben, aber auch in der Überlegung, wie wir zukünftig mit dieser absoluten Mehrheit umgehen, ist ganz klar, daß das eine sensible Thematik ist, die wir sehr sorgfältig zu behandeln haben. Dementsprechend werden wir beispielsweise die Kontrollrechte hinsichtlich Holding ausweiten und per verfassungsrechtlicher Zustimmung den Klubstatus für die Grünen herbeiführen. Wenn dieses Vorhaben im Einvernehmen mit den anderen Fraktionen nicht gelingt, werden wir die Partei der Grünen auch ohne Klubstatus personell entsprechend ausstatten, denn, ich glaube, daß es auch wichtig ist, als absolute Regierung ein entsprechendes Gegenüber zu haben, um wirklich diese Offenheit, diese Fairness, die wir an den Tag legen wollen, auch tagtäglich zu dokumentieren“, betonte der Landeshauptmann abschließend.

Regierungserklärung

Im Mittelpunkt der Sitzung des Burgenländischen Landtages vom 27. Feber stand die Regierungserklärung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Mit dem „Zukunftsplan Burgenland“, der so umfassend und

detailliert wie nie zuvor die zentralen Vorhaben der Landesregierung mit konkreten Zeitvorgaben zusammenfaßt, legte der Landeshauptmann das Arbeitsprogramm der Landesregierung für die Jahre 2020 bis 2025 vor, das ganz im neuen Stil des „Machens“ und der Transparenz steht. „Der Zukunftsplan Burgenland will generell dafür sorgen, daß der wachsende Wohlstand möglichst bei allen ankommt, daß die Menschen gut und sicher im Burgenland leben können, daß die Politik ihrem wichtigsten Auftrag gerecht wird, die konkreten Lebensumstände der Bevölkerung zu verbessern. Wir gehen dafür neue Wege, werden auch für das nötige Maß an Transparenz sorgen. Es ist für uns ein Gebot, die Hand zur Zusammenarbeit auszustrecken und auch im täglichen Landtagsprozess das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Mit den 184 Maßnahmen, die der ‚Zukunftsplan Burgenland‘ insgesamt beinhaltet, gibt es – gemeinsam für unser Burgenland – viel zu tun“, betonte Doskozil bei seiner Regierungserklärung.

Der burgenländische Landtag hat in der Vergangenheit eine Verkleinerung der Landesregierung beschlossen. Diese Neuerung kommt nun erstmals zum Tragen. Es bleibe auch bei dieser Verkleinerung, betonte Doskozil. Die neue SPÖ-Alleinregierung bedeute ein hohes Maß an Verantwortung, dem man auch durch Zusammenarbeit und Transparenz gerecht werden wolle. „Wir haben ein Transparenzpaket geschnürt, wo wir uns zur jährlichen Vorlage eines Leistungsberichts über unsere Arbeit verpflichten. Wir werden zudem die Fragerechte des Landtags auf Holding-Unternehmen ausweiten, die nicht im Wettbewerb stehen. Ich bekenne mich auch dazu, die Hürde für den Klubstatus zu senken, damit alle Fraktionen des Landtages den gleichen Zugang zu parla-

mentarischen Rechten und Ressourcen haben. Und wir werden aus Transparenzgründen eine zentrale Förderstelle schaffen, um einerseits Doppelförderungen zu unterbinden und andererseits für eine rasche und faire Abwicklung von Förderungen zu sorgen“, erklärte der Landeshauptmann. Das Arbeitsprogramm für die aktuelle Legislaturperiode umfaßt mehr als 180 Punkte mit noch mehr Einzelmaßnahmen und deckt alle Zuständigkeiten des Landes umfassend ab:

Leitprojekte, Mindestlohn, Pflege, Spitäler und Biowende fortsetzen

- Mit der Einführung des Mindestlohns von 1700 € netto wurde ein entscheidender Schritt im Burgenland gesetzt. In den kommenden Jahren soll dieser Mindestlohn weiter ausgerollt werden. Im September 2020 wird der Mindestlohn in der Landesholding umgesetzt, mit Anfang 2021 im Gemeindebereich und in den landeseigenen Thermen – und bis 2024 soll auch eine Ausweitung auf den Pflegebereich erreicht werden.
- Im Pflegebereich wird die Anstellung pflegender Angehöriger auf den Behindertenbereich ausweitet, um auch diese Angehörigen abzusichern. Die mobilen als auch stationären Pflegeangebote sollen ausgeweitet und neue Wohnformen im Alter geschaffen werden. Außerdem wird ein Schulversuch zur Pflegeausbildung an zwei Handelsschul-Standorten starten.
- Im Spitalsbereich wird eine Garantie für fünf moderne Krankenhausstandorte abgegeben und der Neubau des Krankenhauses in Oberwart vorangetrieben. Gleichzeitig wird mit den Planungsarbeiten für ein neues Krankenhaus in Gols gestartet. In Güssing und Oberpullendorf werden

neue Schwerpunkte geschaffen und so die beiden Standorte weiter abgesichert. Wie Oberwart für die Versorgungsregion Süd wird auch das Leitspital in Eisenstadt für die Versorgungsregion Nord mit einem umfassenden Leistungsspektrum gesichert und ausgebaut. Im Bezirk Neusiedl wird mit Jahresbeginn 2021 ein neuer Notarzhubschrauber-Stützpunkt installiert.

- Bei der Biowende wird der Bioanteil in der Verpflegung von Schulen, Kindergärten und Spitälern ausgeweitet. Mit der Einführung einer neuen Vermarktungsgenossenschaft, die Verbraucher und Produzenten direkt verbinden soll, werden regionale Bio-Landwirte weiter unterstützt und damit zusätzliche Marktchancen eröffnet.

Starker Schwerpunkt Klimaschutz

- Ein zentraler Schwerpunkt wird auf den Klimaschutz gelegt, um das Burgenland in diesem Bereich – wie beim Thema erneuerbare Energie – zu einem Vorreiter zu machen. Im Mittelpunkt stehen dabei eine Photovoltaik-Offensive, der Ausbau und die Modernisierung der Windenergie, eine Initiative zum Ausstieg aus Ölheizungen, die Forcierung der Biowende in der Landwirtschaft, der Ausbau der Bahn, die Förderung umweltschonender Mobilität sowie die Ökologisierung der Wohnbauförderung. Das Land werde auch im eigenen Verantwortungsbereich den gesamten Fuhrpark nach einem klaren Plan auf E-Mobilität umstellen, so Doskozil.

Initiativen für KMU, Bildung, leistbares Wohnen und Gemeinden

- Im Wirtschaftsbereich gehe es darum, weiter auf die Klein- und Mittelbetriebe zuzugehen. Der Handwerkerbonus werde daher zur Dauereinrichtung, Unternehmer und Selbständige sollen auch beim Selbstbehalt für Arztbesuche entlastet werden, ein eigener Sicherungsfonds für KMU soll kommen.
- Auf dem Bildungssektor soll der Grati-skindergarten weiterentwickelt werden, dazu kommt u.a. ein Schulversuch Pflege und ein flächendeckendes Angebot für Frühstück in Volksschulen.
- Einen besonderen Schwerpunkt kündigte der Landeshauptmann für den Bereich leistbares Wohnen an – vor allem mit dem grundsätzlichen Ziel, öffentliche Mittel im sozialen Wohnbau so einzusetzen, daß Mieten so günstig wie möglich



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Regierungserklärung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil im Landtag

sind und auch die Übernahme von Wohnungen ins Eigentum finanziell erleichtert wird.

- In Richtung Gemeinden bekannte sich der Landeshauptmann dazu, partnerschaftlich und fair miteinander umzugehen: „Die Gemeinden sind die wichtigsten Partner für uns, wenn es darum geht, das Burgenland weiter zu entwickeln“, kündigte er u.a. an, die Bedarfszuweisungen neu zu regeln und die Aufgabenverteilung neu zu definieren.

Strukturschwächere Regionen und Abwanderungsgemeinden stärken

Der Landeshauptmann skizzierte auch zusätzliche Vorhaben zur Unterstützung von Abwanderungsgemeinden und strukturschwächeren Regionen. Neben einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs – z.B. durch neue Busse aus dem Südburgenland Richtung Graz – werde es ein Bündel von Maßnahmen geben:

- Im Wirtschaftsbereich wird zur Stärkung benachteiligter Regionen eine regionale Förderstaffelung mit einem Förderschwerpunkt auf strukturell benachteiligte Gebiete eingeführt.
- Auch in der Wohnbauförderung werden regionale Förderschwerpunkte (z.B. Zuschlag in Abwanderungsgemeinden) geprüft.
- In jedem Bezirk wird ein Landes-Kulturzentrum geschaffen und dafür z.B. in Güssing massiv investiert (inkl. Bürgerbeteiligung)

- Zudem wird die Dezentralisierung der Verwaltung vorangetrieben. So sollen hochqualifizierte Arbeitsplätze insbesondere im Landessüden geschaffen werden.
- Die KRAGES wird einen zweiten Standort in Oberwart bekommen, die Ombudsstellen und Anwaltschaften des Landes werden in Mattersburg zentriert, ein zweiter Standort der WIBUG wird im Landessüden etabliert.

„Es gibt kein Nordburgenland und kein Südburgenland für sich allein. Wir werden das Burgenland immer in seiner Gesamtheit im Fokus haben, aber unsere Maßnahmen nach den jeweiligen regionalen Bedürfnissen ausdifferenzieren“, betonte Doskozil, der außerdem ein klares Bekenntnis zu Europa, zur Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie zur kulturellen Vielfalt des Burgenlandes abgab und gleichzeitig klarmachte, daß im Burgenland das Kreuz im öffentlichen Raum nicht zur Diskussion stehen werde.

„Wir alle sind uns der großen Verantwortung fürs Land bewußt, die mit einer Alleinregierung einer Partei verbunden ist. Wir wollen dieser großen Verantwortung durch harte Arbeit für das Burgenland gerecht werden. Mit dem ‚Zukunftsplan Burgenland‘ legen wir 184 Maßnahmen vor, die unser Land stärker machen. Wir werden uns natürlich über dieses Programm hinaus auch für neue Herausforderungen offenhalten und auch Vorschläge der Opposition sachlich und fair diskutieren“, so Doskozil abschließend. ■

<https://www.burgenland.at/politik/landesregierung/>

Gedenkfeier für die Opfer des Roma-Attentats in Oberwart

Vier Menschen wurden am 4. Februar 1995 durch eine Rohrbombe getötet. Heuer jährt sich der politisch motivierte, rassistische Anschlag zum 25. Mal.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die Aula der EMS Oberwart war dicht gefüllt, als der erste Teil der Gedenkfeier für die viel zu früh Verstorbenen Erwin und Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef Simon abgehalten wurde.

In den 1990er-Jahren arbeiteten die nun schon etablierten Roma-Vereine sukzessive an der Verbesserung der Lebensumstände der Roma in Österreich. Sie zirkelten ihre Arbeitsfelder ab und konnten beachtliche Fortschritte erzielen. Der Verein Roma Oberwart widmete sich der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Roma und der außerschulischen Lernbetreuung für Romakinder im Grundschulalter.

In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1995 veränderte sich die Situation der in Oberwart lebenden Roma jedoch schlagartig: Josef Simon (40), Peter Sarközi (27), Karl Horvath (22) und Erwin Horvath (18) wurden durch eine Sprengfalle getötet. Was war geschehen?

Die Bewohner der Roma-Siedlung fühlten sich durch Drohanrufe gefährdet. Auch glaubten einige BewohnerInnen, verdächtige Personen und Fahrzeuge gesehen zu haben. Einige Männer entschlossen sich daher, in den Nächten aufzupassen. Sie dürften an diesem Abend bemerkt haben, wie sich ein Fahrzeug der Siedlung näherte und bei einer Unterführung hielt. Als sie Nachschau hiel-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.r.: Landtagspräsidentin Verena Dunst, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Manuela Horvath, Leiterin der Romapastoral der Diözese Eisenstadt vor der EMS Oberwart

ten, stießen sie auf eine an einem Rohr befestigte Tafel mit der Aufschrift „ROMA zurück nach Indien“.

Später rekonstruierte die Polizei, daß die Männer wohl rund um diese Sprengfalle ge-

standen haben mußten, als diese explodierte. Wahrscheinlich wollten sie die Tafel entfernen und lösten dadurch den Zünder aus. Die Wucht der Detonation war so groß, daß die Männer auf der Stelle starben. Die Leichen

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen



Bei der Kranzniederlegung am Tatort (v.l.) Superintendent Manfred Koch, Weihbischof Franz Scharl, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Integrationsministerin Susanne Raab, Landtagspräsidentin Verena Dunst, Oberwärts Bürgermeister Georg Rosner, Vizebürgermeisterin Ilse Frühwirth und die Leiterin der Romapastoral der Diözese Eisenstadt, Manuela Horvath

von wurden erst am Morgen des 5. Feber entdeckt. Die alarmierten Gendarmeriebeamten deuteten die Sachlage anfangs völlig falsch, denn sie verdächtigten die Opfer und gingen von einem Verbrechen aus, bei dem die Männer mit einer „Pump-Gun“ getötet worden seien. Die Frage, ob diese (Fehl-) Interpretation durch Vorurteile gegen die Roma-Minderheit beeinflusst war, kann wohl nicht mehr geklärt werden. Die Version einer internen Fehde wurde anfangs auch durch die elektronischen Medien verbreitet. (Wochen später, als längst der Zusammenhang zu den Briefbombenattentaten feststand, wurde sie von Jörg Haider wieder aufgegriffen und ausgeschmückt.) Erst Kriminalbeamte aus Eisenstadt stellten fest, daß die Männer durch ein Sprengstoffattentat umgekommen waren. Spurensicherer fanden auch die Tafel mit der rassistischen Aufschrift. Dennoch wurde eine Hausdurchsuchung in der gesamten Siedlung angeordnet und durchgeführt, was von den Roma als Schikane und als Demütigung empfunden wurde. Vermutungen, wonach die Männer Opfer eines rassistischen Terror-Aktes geworden sind, bestätigen sich, als am 6. Feber in Stinatz eine weitere Bombe detonierte und ein Bekenner schreiben gefunden wurde.

Das Oberwarter Attentat gilt als der folgenschwerste innenpolitisch motivierte Anschlag der Zweiten Republik. Zu dem Attentat bekannte sich eine rechtsextreme Grup-

pierung (Bajuwarische Befreiungsarmee), die Österreich schon längere Zeit mit Briefbombenserien und Rohrbomben terrorisierte. Die Exekutive konnte einige Jahre später Franz Fuchs als Täter ausforschen, der zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde und in der Haft Selbstmord verübte. Ob er wirklich als Einzeltäter handelte, was dieser immer bestritt, bleibt bis heute umstritten.

Viele, der in den letzten Jahren aufgebauten Strukturen und auch der erarbeiteten Erfolge der Roma waren durch dieses Attentat in Frage gestellt. Unter den Roma wurden wieder Stimmen laut, die sagten, die Volksgruppe solle sich unauffälliger verhalten und keine Forderungen stellen. Man befürchtete, daß das hohe Maß an Aufmerksamkeit, das den Roma zuteil wurde, weitere Anschläge nach sich ziehen könnte. Doch trotz der berechtigten Verunsicherung wurde der beschrittene Weg fortgesetzt und die Roma-Vereine konnten ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

Gedenken

In der Aula der Europäischen Mittelschule Oberwart wurde am 4. Feber eine Gedenkveranstaltung abgehalten sowie eine Kranzniederlegung beim Tatort für die vier Verstorbenen vorgenommen. Die anwesenden Ehrengäste zeigten bei der Gedenkfeier ihren Respekt gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen. Der Friede muß auch in der

Zukunft immer im Vordergrund stehen, da er das höchste Gut jedes Menschen ist.

Landtagspräsidentin Dunst: Wir dürfen nicht vergessen, wer die Opfer waren, Menschen wie wir

Landtagspräsidentin Verena Dunst sagte bei der Veranstaltung: „Seit der schrecklichen Tat sind 25 Jahre vergangen, aber die Betroffenheit über dieses Attentat ist heute noch immer groß. Wir dürfen nicht vergessen, wer die Opfer waren, Menschen wie wir, es darf keine Ausgrenzung mehr geben.“

Um in Zukunft die Volksgruppe der Roma weiterhin zu stärken, wurde von der Diözese Eisenstadt der Roma-Pastoral ins Leben gerufen. Dieser nimmt eine wichtige Funktion ein, indem er die Roma in ihrer Kultur und Tradition stärkt und sie als Bereicherung für die Gesellschaft und Kultur erhält. Dieser unterstützt auch die Stärkung der kulturellen Identität der Roma, organisiert Wahlfahrten und Gedenkfeiern.

„Das Burgenland ist seit jeher ein Paradebeispiel einer Grenzregion, ein Land der Diversität, stolz auf ihre Volksgruppen, wie die Roma, die das Burgenland ausmachen. Die Schrecken des Attentats ermahnen uns, gerade in Zeiten aufkeimender Anfeindungen gegen ganze Bevölkerungsgruppen achtsam zu sein und Werte wie Toleranz und Menschlichkeit zu leben. Das gilt für die Politik und für uns alle“, so die Dunst abschließend.

»Burgenland Journal«



Landtagspräsidentin Verena Dunst



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Nationalratspräsident Sobotka: Kultur der Roma und Sinti ist ein Bestandteil der österreichischen Identität

„Das Rohrbomben-Attentat von Oberwart war ein perfider Anschlag auf die demokratischen Grundwerte“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Oberwart. Der Mord an vier Roma vor 25 Jahren bleibe nicht nur unvergessen, das Geschehen habe auch die Gesellschaft in Österreich verändert. „Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist wieder verletztlich geworden, obwohl wir bereits geglaubt haben, die Schrecken des Nazireiches und seiner Vernichtungsmaschinerie seien endgültig überwunden.“

„Die Kultur der Roma und Sinti ist ein Bestandteil der österreichischen Identität, die

durch Vielfalt und ein klares Bekenntnis zu den Volksgruppen geprägt ist. Daher war die Anerkennung der Roma als Volksgruppe im Dezember 1993 ein wesentlicher Schritt“, erklärte Sobotka. Er sprach sich dafür aus, daß die Auseinandersetzung mit der Geschichte der österreichischen Volksgruppen in den Schulen verankert und gefördert wird. Ein friedliches Miteinander aller Bevölkerungsgruppen in Österreich müsse ein gemeinsames Ziel sein, unterstrich der Nationalratspräsident.

„In der Nacht von 4. auf 5. Februar 1995 haben wir alle gesehen, was Haß, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit anrichten“, sagte Sobotka. „Als Republik Österreich tragen wir Verantwortung. Keiner darf daher die Augen vor der weiterhin bestehenden Roma-Feindlichkeit verschließen“, mahnte er. Das Erinnern lebendig zu halten bleibe eine unerläßliche Aufgabe. Erinnern müsse eine Haltung sein, die wir als Teil unseres Lebens verinnerlichen.

Der Kampf gegen jede Form von Extremismus sei für eine von demokratischen Grundwerten geprägte Gesellschaft essenziell, betonte Sobotka. „Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere Gesellschaft durch Haß, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit gespalten wird“, sagte er weiter. „Wenn das Gedenken einen Sinn haben soll, dann kann es nicht nur darum gehen, den Familien der Opfer immer wieder unsere Anteilnahme zu bezeugen. Sein Sinn besteht vielmehr darin, uns in Erinnerung zu rufen, daß wir im täglichen Leben daran gemessen werden, daß wir erkennen, wo die kleinen Anfänge des Rassismus, des Ausgrenzens zutage treten,

vbund die Stimme dagegen erheben. Wenn das nicht reicht, müssen wir auch den Schritt an die Öffentlichkeit machen und auch den Weg zur Polizei gehen, wenn rote Linien überschritten werden“, so der Nationalratspräsident.

„Wir dürfen nicht müde werden, weiter gegen jede Form von Vorurteilen und Diskriminierung entschieden aufzutreten. Dabei ist es wichtig, wirksame Gegenstrategien zu entwickeln. Auch in sozialen Medien dürfen Haß und Hetze keinen Platz finden. Sie sind in jeder Form abzulehnen und zu verurteilen“, betonte Sobotka.

Die Volksgruppe Roma in Österreich und Oberwart

Die Volksgruppe der Roma in Österreich ist seit 1993 vom Staat Österreich anerkannt. Dazu zählen auch die im Burgenland lebenden Burgenland-Roma. Zu den bekanntesten Roma aus dem Südburgenland zählen der 2016 verstorbene Obmann des Kulturvereines Österreich, der Unterschützer Rudolf Sarközi, sowie der Oberwarter Stefan Horvath. Der Vater des von einer Rohrbombe getöteten Peter Horvath arbeitet seine seelische Probleme von diesem Attentat seitdem in Büchern auf und brachte drei Bänder unter den Titeln „Ich war nicht in Auschwitz“, „Katzenstreu“ und „Atsinganos – Die Oberwarter Roma und ihre Siedlungen“ heraus.

Zudem produzierte Peter Wagner den Film „Stefan Horvath – Zigeuner aus Oberwart“ über ihn.

<http://www.burgenland-roma.at/>

Quellen: Land Burgenland, Parlamentskorrespondenz, Volkshochschule der Burgenländischen Roma

Das Attentat von Oberwart – Terror, Schock und Wendepunkt

Das vom burgenländischen Journalisten Erich Schneller und der Lektorin der edition lex liszt 12 Annemarie Klinger herausgegebene Buch „Das Attentat von Oberwart – Terror, Schock und Wendepunkt“ präsentiert das Ergebnis einer kritischen Auseinandersetzung mit dem, was in Oberwart geschehen ist, was es bewirkt und ausgelöst und tatsächlich verändert hat.

Zu Wort kommen ZeitzeugInnen und Pioniere der Volksgruppenarbeit sowie



namhafte Journalisten und SchriftstellerInnen. Beiträge u.a. von Karl-Markus Gauß, Stefan Horvath, Gertraud Knoll-Lacina, Doron Rabinovici, Walter Reiss, Gerhard Roth, Peter Sitar, Marlene Streeruwitz, Armin Thurnher, Oliver Vollmann und Peter Wagner.

Edition lex liszt 12

Taschenbuch

156 Seiten

ISBN 978-3-99016-077-0

<https://www.lexliszt12.at/index.php/buecher/sachbuecher/das-attentat-von-oberwart-terror-schock-und-wendepunkt-detail>

Tempo bei Biowende und beim Klimaschutz

LH-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf präsentierte Vorhaben für die Legislaturperiode

In die Zuständigkeit der frisch gekürten Landeshauptmannstellvertreterin Astrid Eisenkopf fallen neben Landwirtschaft, Klimaschutz, Natur- und Umweltschutz und Frauen nun auch wieder die Gemeinden. Die Fortsetzung der Biowende und den Klimaschutz nennt Eisenkopf als die zentralen Schwerpunkte ihrer Regierungsarbeit. Die Gemeinden sollen spürbar entlastet, Rahmenbedingungen für Frauen weiter verbessert und der Mindestlohn ausgerollt werden.

Umsetzungsfrist für jede Maßnahme

„Die Schwerpunkte in meinem Bereich sind ganz klar die Fortsetzung der Biowende und die Klimapolitik. Diese Themen wollen wir im Hinblick auf eine nachhaltige, gesunde Entwicklung unseres Burgenlandes weiterentwickeln und vorantreiben. Wichtig ist mir auch die Entlastung der Gemeinden und die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen“, erklärte Eisenkopf am 28. Febr. „Auch für alle anderen Bereiche in meiner Zuständigkeit haben wir Maßnahmen definiert und uns dafür klare Fristen für die Umsetzung gesetzt“.

Mit eigener Bio-Vermarktungsgesellschaft zum Bioland Nr. 1 in Österreich

„Das Burgenland soll zum Bioland Nr. 1 und eine Modellregion für die Verknüpfung von Bio und Regionalität werden“, wünscht sich Eisenkopf. Der Bioanteil im Essen von Schulen, Kindergärten und Spitälern soll weiter erhöht und eine eigene Bio-Vermarktungsgesellschaft im Burgenland aufgebaut werden. „Das eröffnet unseren Landwirten neue Marktchancen. Und durch den Wegfall von Zwischenhändlern wird eine nachhaltige Versorgung mit hochwertigen biologischen Lebensmitteln sichergestellt – und das zu fairen Preisen.“ In einem ersten Schritt soll eine direkte Versorgungskette zwischen Produzenten und Gemeinschaftsverpflegung realisiert werden. Die Vermarktungsgesellschaft soll schließlich auch für Endverbraucher zugänglich sein – etwa in Form von Automaten oder 24-Stunden-Shops in allen Bezirken. Derzeit laufen die Vorarbeiten zur Gründung der Gesellschaft, bis 2021 soll diese stehen.



Foto: Bgld. LandesmedienService

Landeshauptmann-Stellvertreterin Landesrätin Astrid Eisenkopf präsentierte Vorhaben für die Legislaturperiode

Jagdgesetz soll novelliert werden

Das Jagdgesetz soll weiterentwickelt und modernisiert werden. Die dazu geplante Novelle beinhaltet das Verbot des Aussetzens von Wildtieren und der Jagd auf gezüchtetes und für die Jagd ausgesetztes Federwild, etwa von Enten.

Stromproduktion aus Sonnenenergie soll verzehnfacht werden

Beim Klimaschutz und bei der Erzeugung erneuerbarer Energie aus Windkraft sei das Burgenland bereits vorbildlich aufgestellt; diese Vorreiterrolle soll weiter ausgebaut werden. „Die Stromproduktion aus Sonnenenergie soll verzehnfacht werden“, kündigt Eisenkopf eine Photovoltaik-Offensive an. Diese sieht den Photovoltaik-Ausbau auf Dächern, versiegelten Flächen und vorbelasteten Standorten (Deponien, Autobahnnähe...) vor. Die Landesverwaltung werde mit positivem Beispiel vorangehen und bis 2025 Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden forcieren. „Der Ausbau wird im Einklang mit den Gemeinden und dem Landschaftsschutz umgesetzt“.

Weitere Maßnahmen beinhalten die Kapazitätserweiterung bestehender Windkraft-

anlagen, ressortübergreifend auch die Ökologisierung der Wohnbauförderung. Es wird eine zusätzliche Initiative zum Ausstieg aus Ölheizungen geben, und ein neuer Fokus wird auf umweltschonende Mobilität gelegt. Eisenkopf verspricht jedoch einen „Klimaschutz mit Augenmaß und Hausverstand. Wir wollen keine sozialen Härtefälle produzieren“.

Managementplan für den Nationalpark Neusiedler See

Im Bereich des Naturschutzes wird derzeit an einem Managementplan für den Nationalpark Neusiedler See gearbeitet. Ziel ist es, die Erhaltung einer intakten Natur und die wirtschaftliche Nutzung des Nationalparks in vernünftigen Einklang zu bringen. Der Managementplan sei Teil des Masterplans für den Neusiedler See. Hohe Priorität genieße auch die Verbesserung der Biodiversität.

Kompetenzzentrum soll Gemeinden entlasten

Angesichts wachsender insbesondere finanzieller Herausforderungen sollen die Gemeinden spürbar entlastet werden. Eisenkopf will ihnen mehr Service anbieten und dafür ab 2021 ein Kompetenzzentrum – „einen Sachverständigenpool“ – einrichten. „Dieses kann etwa große Investitionsvorhaben mit einer Projektbegleitung unterstützen“, nennt Eisenkopf ein Beispiel. Die Gemeinden sollen digitaler werden: Ab 2022 sollen ihnen bedarfsangepasste Softwarelösungen für die Abgabenverwaltung zur Verfügung gestellt werden.

Frauenhäuser in die Landesverwaltung eingliedern

Die Gleichstellung von Mann und Frau werde im Burgenland gelebt, die Wahlmöglichkeiten für Frauen müßten aber weiter verbessert werden. Die Kinderbetreuung soll dazu weiter ausgebaut, der Mindestlohn auch als Anreiz für die Privatwirtschaft ausgerollt werden; dieser sei entscheidend für das Schließen der Lohnschere zwischen Männern und Frauen. ■

Fahrplan für die Gleichstellung von Mann und Frau

Internationaler Frauentag: LH-Stv.in Eisenkopf, LRin Winkler und LT-Präs.in Dunst informierten über Maßnahmen des Landes zur Gleichstellung

Den Internationalen Frauentag am 8. März nahmen Landeshauptmannstellvertreterin Astrid Eisenkopf, Landesrätin Daniela Winkler und Landtagspräsidentin Verena Dunst zum Anlaß, im Rahmen einer Pressekonferenz auf die noch immer herrschende Ungleichheit zwischen Frauen und Männern hinzuweisen und über Maßnahmen und Initiativen des Landes für die Gleichstellung zu informieren. Mindestlohn, die Schaffung von Wahlmöglichkeiten und Bildung seien die Schlüssel für weibliche Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Der Gewaltschutz soll verstärkt werden.

Eisenkopf: Möchte dazu beitragen, die Anliegen der Frauen effektiv voranzubringen

„Es geht darum, zu zeigen, daß Frauen hart um ihre Rechte und Erfolge gekämpft haben. Aber auch darum, daß es bei der Gleichberechtigung noch viel Luft nach oben gibt. Solange es weiterhin ungleiche Löhne von Männern und Frauen gibt, dürfen wir nicht aufhören, uns für die Rechte der Frauen einzusetzen“, betonte Eisenkopf. „Als Vertreterinnen der Landespolitik ist es uns Verpflichtung und ein großes Anliegen, ein Signal zu setzen.“

Das Regierungsprogramm setze viele frauen- und familienpolitische Akzente, als klares Bekenntnis für die Gleichstellung von Mann und Frau. Eisenkopf: „Mit einer Reihe von hochqualifizierten Frauen in wichtigen Leitungspositionen leben wir die Gleichstellung im Land seit langem. Ich bin stolz, daß ich als erste Landeshauptmannstellvertreterin des Burgenlandes dazu beitragen darf, die Anliegen der Frauen effektiv voranzubringen.“

Nach einem klaren Fahrplan sollen in den kommenden Jahren Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Frauen Wahlmöglichkeiten sowohl im Berufs- als auch im Privatleben zu geben. „Die Einführung und Ausrollung des Mindestlohns, aber auch der Ausbau der Kinderbetreuung sind entscheidende Faktoren bei der Gleichbehandlung.“ Mit dem Mindestlohn gehe das Land voran,



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Landtagspräsidentin Verena Dunst, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf und Landesrätin Daniela Winkler informierten im Vorfeld des Internationalen Frauentags im FreuRaum Eisenstadt über Maßnahmen des Landes zur Gleichstellung von Mann und Frau

nun müßten Anreize auch für die Privatwirtschaft gesetzt werden. Gewalt an Frauen sei weiterhin ein großes Problem; deshalb seien auch im Bereich des Gewaltschutzes Schwerpunkte zu setzen. Die derzeit privat geführten Frauenhäuser müßten finanziell nachhaltig abgesichert werden. „Wir wollen deshalb die Frauenhäuser in die Landesverwaltung eingliedern“, so Eisenkopf. Das soll noch in diesem Jahr erfolgen. Einer Quotenregelung erteilt Eisenkopf im Übrigen eine Absage: „Eine Quote allein ist zu wenig. Es braucht eine entsprechende Unternehmenskultur.“

Winkler: Möglichkeiten in der Berufswahl verbessern und bessere Verdienstmöglichkeiten bieten

„Der beitragsfreie Kindergarten, die Verringerung der Schließtage und die Ferienbetreuung waren wichtige Schritte, Frauen zu entlasten“, erklärte Landesrätin Daniela Winkler. Bei der Kinderbetreuung nimmt sie aber auch die Männer in die Pflicht: „Kinderbetreuung ist ein Thema für die Familie!“ Die Ganztagsbetreuung in den Schulen solle nun weiter ausgebaut, Bildungsangebote im Erwachsenenbereich und Unterstützungs-

maßnahmen zur Wiedereingliederung sollen verstärkt angeboten werden. „Wir wollen auch technische Berufe noch mehr für Frauen öffnen, um ihnen mehr Möglichkeiten in der Berufswahl und damit auch bessere Verdienstmöglichkeiten zu bieten.“

Dunst: Wir brauchen den klugen Zugang von Frauen zu vielen Themen

Landtagspräsidentin Verena Dunst will mehr Frauen ermutigen, sich noch mehr politisch zu engagieren. „Mit elf weiblichen Abgeordneten im Landtag sind so viele Frauen wie nie zuvor politisch für das Burgenland aktiv. Erstmals hat das Burgenland eine Landeshauptmannstellvertreterin. Diesen Erfolg gilt es weiter auszubauen. Wir brauchen den klugen Zugang von Frauen zu vielen Themen, ihr mutiges Engagement in den Gemeinden und Organisationen.“

»Mensch & Natur« treffen »Wissenschaft & Forschung«

Der FH Campus Pinkafeld wird zum Zentrum für nachhaltige Entwicklung

Mensch & Natur“ treffen „Wissenschaft & Forschung“ – unter diesem Leitgedanken steht das ambitionierte Investitionsprogramm, das den Fachhochschul-Standort Pinkafeld zum Zentrum für nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Technik, Gesundheit und Forschung macht. „Was wir über dieses Vorhaben investieren, stellt einen weiteren, starken Impuls für das gesamte Südburgenland dar“, betonte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am 7. Feber. Der Neu- und Ausbau des FH Campus Pinkafeld sei ein echtes „Leuchtturm-Projekt“ in der Region. „Wir stärken damit Bildung und Forschung, entwickeln den Wirtschaftsstandort weiter und eröffnen vor allem neue Chancen für junge Menschen“, sagte Doskozil.

In die erste Ausbaustufe werden 19,6 Millionen Euro investiert, insgesamt werden es 27,4 Millionen Euro sein. Die erste Bauphase soll bis Sommer 2022 abgeschlossen werden. Das Architekturbüro Pichler & Traupmann konnte mit seinem außergewöhnlichen Projekt den Architektur-Wettbewerb klar für sich entscheiden und wird nun mit dem Neu- und Umbau betraut. Bauherr ist die BELIG.

Doskozil: Raum für großartige Entwicklungen

Erneuerbare Energie und Klimaschutz, Gesundheit und Pflege, Digitalisierung und Informatik seien aktuell brennende Themen, die nicht nur in Österreich, sondern weltweit Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bewegen, erläuterte Doskozil. In allen drei Bereichen habe die FH Burgenland bemerkenswerte Kompetenzen aufgebaut und erfolgreiche Studiengänge entwickelt. „Wenn wir nun diesen positiven Entwicklungen – im wahrsten Sinn des Wortes – noch mehr Raum geben und Bildung durch bessere Rahmenbedingungen weiter stärken, dann machen wir damit auch einen großen Schritt in und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“

Mit neuen Studiengängen und zusätzlichen Studienplätzen im Bereich Informatik, in der Elektronik oder auch im Gesundheits- und Pflegebereich werde einerseits



Foto: Bgld. Landesmedien service

Bei der Präsentation des umfassenden Vorhabens (v.l.): BELIG-Prokurist Anton Groszinger, Bürgermeister, Landtagsabgeordneter Kurt Maczek, Architekt Johann Traupmann, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und FH-Geschäftsführer Georg Pehm

den Abgängern der maturaführenden Schulen der Region eine attraktive Hochschulbildung geboten. „Und andererseits verbessern wir damit die Voraussetzungen, daß Unternehmen oder auch Gesundheits- und Tourismuseinrichtungen jene Fachkräfte finden können, die sie dringend brauchen.“ Mit der bereits auf den Weg gebrachten Errichtung des „LowErgetikum“ werde durch das Ausbauprojekt auch die Forschungskompetenz deutlich erweitert, ist der Landeshauptmann überzeugt.

Maczek: Pinkafeld ist innovativster Platz im Burgenland

Der Bürgermeister von Pinkafeld, Kurt Maczek, sieht diese Gelder „als Energie-schub für Stadt und Region“. Der Campus mit seinen Forschungszentren und Laboren, das Technologiezentrum und der Wirtschaftspark seien eine einzige Erfolgsstory. „Pinkafeld hat sich damit zum wirtschaftlichen Kraftraum für das Südburgenland ent-

wickelt“, betonte der Stadtchef: „Der Ausbau wird die Positionierung von Pinkafeld als ‚innovativsten Platz im Burgenland‘ weiter festigen.“

Eines der Erfolgsgeheimnisse bisher sei das Zusammenwirken von hochqualitativer Ausbildung in der HTL, den anwendungsorientierten Studienrichtungen in der Fachhochschule und den Forschungseinheiten gewesen. „Das ist ein hochattraktives Biotop für Unternehmen“, unterstreicht Maczek: „Ich freue mich natürlich, daß dieser Erfolgsstory nun weitere Kapiteln hinzugefügt werden.“

Pehm: Für Fachhochschule ein immens wichtiger Schritt

FH-Geschäftsführer Georg Pehm spricht von einer „immens wichtigen Entscheidung“ für die Zukunft der Hochschule. „Dieses Projekt macht neue Perspektiven im Studium und in der Forschung möglich und auch neue Kräfte frei“, sagte Pehm. „Studie-

»Burgenland Journal«

ren, forschen und arbeiten in Pinkafeld wird jedenfalls noch spannender, noch vielfältiger, noch attraktiver.“

Er sei „ein richtig großer Fan des Sieger-Projekts“, betont Pehm, „weil Idee und Entwurf unglaublich gut zur Hochschule passen und der künftige Campus alles vermittelt, was uns im Kern ausmacht – nämlich Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien, Überschaubarkeit und persönliche Begegnung, Gesundheitsbewußtsein und die Verbundenheit zur Region.“

Notwendig sei die Raumerweiterung geworden, weil man bereits an absolute Kapazitätsgrenzen gestoßen sei, erläuterte Pehm. Aktuell seien am Campus rund 100 MitarbeiterInnen beschäftigt und über 1.000 Studierende inskribiert. „Der Campus hat sich inhaltlich von damals sieben auf heute 13 Studiengänge entwickelt, die Forschungsleistung ist in dieser Zeit sogar um das Zweieinhalbfache gestiegen.“ Für die nächsten Jahre plane die FH mit weiteren Studiengängen, mit weiteren 300 Studierenden und einem neuerlich kräftigen Schub in der Forschung.

Traupmann: Smarte Lösung für eine smarte Organisation

Architekt Johann Traupmann erläuterte die zentralen Überlegungen seines Entwurfs,

mit dem er auf klein gliedrige Strukturen setzt: „Sie schaffen spielerische Leichtigkeit in der Ausbildung und Anordnung der Bauvolumen, erzeugen qualitätsvolle Freiräume, generieren erkennbare und überschaubare Einheiten und vermitteln ein gleichgewichtiges Zusammenspiel aller Funktionen zu einem größeren Ganzen.“

Die besonderen Eigenschaften dieses Baukastensystems und der Modularität würden vor allem in der Flexibilität, Anpaßbarkeit, Schaltbarkeit und Phasenkompatibilität des Projektes, auch im Hinblick auf eine zeitlich gestaffelte Abwicklung liegen, sagte Traupmann.

Aus seiner Sicht soll der Campus „ein Ort der wechselweisen Durchwirkung sein – von offenen und geschlossenen Räumen, von Menschen und Gebautem, von Masse und Freiraum“. Damit werde ein Feld der Möglichkeiten und des Austauschs erzeugt, ein System einer anpassbaren, sich je auf neue Anforderungen einstellenden Struktur: „Es ist eine smarte Lösung für eine smarte Organisation.“

Bauphasen und Kosten

In die erste Bauphase (Phase 1a) werde man rund 19,6 Millionen Euro investieren und damit eine Fläche von rund 7.500 Quadratmeter neu schaffen. Die Fertigstellung

dieses Projekt ist für Sommer 2022 geplant. Damit entstehen Lehr- und Forschungsräumlichkeiten, Labore, eine Bibliothek und eine Mensa sowie die erforderlichen Arbeitsplätze für das Lehr- und Forschungspersonal.

In einer weiteren Phase (Phase 1b) soll ein Teil des bisherigen Alt-Bestandes abgerissen, Räumlichkeiten für die ÖH, für alumni FH Burgenland sowie für Lehrgänge geschaffen und die Außenanlagen fertiggestellt werden. Die Netto-Raumfläche wird rund 500 Quadratmeter betragen.

In der finalen Bauphase können schrittweise weitere Flächen für Startups bzw. für weitere Lehr- und Forschungsaktivitäten geschaffen werden. Es ist dafür zunächst eine Netto-Raumfläche von rund 1.500 Quadratmeter geplant.

Das gesamte Projekt wird von der BELIG – Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH als Bauherr geplant und realisiert. Die Fachhochschule hebt die höchstprofessionelle Vorgangsweise der BELIG in besonderer Weise hervor: „Wir sind sehr glücklich darüber, daß wir mit der BELIG für dieses für uns so wichtige Projekt echte Profis zur Seite haben, mit denen eine hervorragende Zusammenarbeit besteht“, betonte Geschäftsführer Pehm. ■

<https://www.fh-burgenland.at/>

<http://new.pxt.at/>



Foto: Pichler & Traupmann Architekten ZT GmbH

Das Burgenland feiert drei große Jahrgänge

143 Winzerinnen und Winzer präsentierten in der Wiener Hofburg die Vielfalt ihres Sortiments



Foto: Wein Burgenland / Nicole Heiling

Exakt 143 Winzerinnen und Winzer aus dem gesamten Burgenland stellten am 2. März in der Wiener Hofburg ihr aktuelles Weinsortiment vor. Mit 14 Topwinzern aus der Wachau, die heuer als Gast-Region mit dabei war, konnten die Veranstalter gleich ein weiteres Highlight präsentieren. Organisiert wurde diese publikumswirksame Präsentation von der für das Dachmarketing zuständigen „Wein Burgenland“. Mehr als 750 burgenländische Weine standen dabei im Mittelpunkt.

Eisenkopf: Weinregion ersten Ranges

„Die Weinwirtschaft steht in den vergangenen beiden Jahrzehnten stellvertretend für den Aufschwung des Burgenlandes. Die Spitzenprodukte unserer burgenländischen Winzerinnen und Winzer sind heute national, aber auch international von großer Bedeutung. Das milde Klima mit 300 Sonnentagen im Jahr, hervorragende Böden und vor allem die große Erfahrung unserer Winzerinnen und Winzer haben das Burgenland unter dem Motto ‚Qualität statt Quantität‘ zu einer Weinregion ersten Ranges gemacht“, betonte Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf im Vorfeld der „Wein Burgenland Präsentation“ in der Hofburg in Wien in

einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Andreas Liegenfeld, Präsident des burgenländischen Weinbauverbandes, Georg Schweitzer, Geschäftsführer Wein Burgenland, und Emmerich Knoll, Obmann der Vereinigung „Vinea Wachau“.

Fixpunkt im Jahreskalender

Diese große Jahrgangspräsentation des burgenländischen Weins in der Wiener Hofburg ist ein Fixpunkt im Jahreskalender der WeinfreundInnen in der Bundeshauptstadt. Rund 2500 von ihnen durften gleich mehrere große Weinjahrgänge in Folge verkosten und genießen. Im Rotweinbereich stammten die klassischen Weine größtenteils aus dem Jahrgang 2018, die Reserven und Lagenweine aus dem Jahr 2017. Die Weine präsentieren sich dicht, stoffig und komplex, mit einem reifen, bereits gut eingebundenen Gerbstoff.

Liegenfeld: Echtes Wein-Highlight steht vor der Tür

Dazu Andreas Liegenfeld, Präsident des Burgenländischen Weinbauverbandes: „Der Jahrgang 2019 war von der Menge zwar kleiner als 2018, aber die Qualität ist hervorragend. Wir werden sehr viele frische und

fruchtbare Weine, als auch Weine mit Reifepotential aus diesem Jahrgang sehen. Bei den Weißweinen zeigen sich die 2017er und 2018er in bester Trinkverfassung. Die ersten Proben vom Jahrgang 2019 sorgten für großen Genuß und Vorfreude. Nach 2017 und 2018 steht mit 2019 also ein weiteres echtes Wein-Highlight vor der Tür.“

Schweitzer: »Wein Burgenland« wird im Ausland vermehrt Aktivitäten setzen

Georg Schweitzer, seit Anfang des Jahres neuer Geschäftsführer der „Wein Burgenland“, sieht den burgenländischen Wein als wesentlichen Baustein der Erfolgsgeschichte des österreichischen Weins im Export: „Der burgenländische Wein hat sich in der Qualitätspyramide ganz oben angesiedelt und ist auch weltweit beliebt. Der Export von österreichischem Wein ist 2018 auf ein Rekordniveau von 53 Millionen Litern und einen Wert von 170 Millionen Euro angestiegen. Hauptverantwortlich dafür ist der Flaschenweineexport. Deutschland ist mit etwas unter 50 Prozent der größte Markt, aber Länder wie die USA, Schweiz, Polen und die Slowakei zeigen sehr große Zuwachsraten. Daher wird die ‚Wein Burgenland‘ vermehrt Aktivitäten in diesen Märkten setzen!“

»Burgenland Journal«

Foto: Bgld. Landesmedien service



Bei der Wein Burgenland Präsentation in der Wiener Hofburg (v.l.): Georg Schweitzer, Geschäftsführer „Wein Burgenland“, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf, Andreas Liegenfeld, Präsident des burgenländischen Weinbauverbandes, und Emmerich Knoll, Obmann der Vereinigung „Vinea Wachau“

Weintourismus

Neben dem Export will man aber auch verstärkt auf den Weintourismus setzen. „Der Weintourismus soll – noch mehr als bis dato – ein stärkerer Wirtschaftsfaktor im Burgenland werden, denn das Burgenland verzeichnet mehr als 3 Millionen Nächtigungen pro Jahr, davon ca. zwei Drittel im Sommer. Das ist ein Plus von rund 30 Prozent seit dem Jahr 2000. Wein und Kulinarik bilden im Tourismus eines der am stärksten wachsenden Segmente. Dies zeigt, welches Potential wir als Burgenland im Weintourismus haben. Wir haben eine wunderschöne Natur, idyllische Weingärten eine ausgeprägte Kulinarik. Das ist für viele Gäste eine perfekte Erholung vom stressigen Alltag. Wer im Urlaub Wein und Kulinarik erfahren möchte, der wird bei uns im Burgenland fündig. Wein ist im Burgenland mittlerweile ein wichtiges Kulturgut geworden. Genau hier müssen wir ansetzen und den Wein noch mehr als bisher mit dem Tourismus verbinden“, so Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf.

Burgenland ist Top-Region in Sachen Wein

Daß das Burgenland in Sachen Wein eine Top-Region ist, bestätigt auch das renommierte Marktforschungsinstitut „marketmind“, das von der Österreich Wein Marketing GmbH mit einer umfangreichen und repräsentativen Imagestudie über die österreichischen Weinbaugebiete beauftragt wurde. Daraus geht hervor, daß das Burgenland

das bekannteste Weinbaugebiet Österreichs ist! Fast jede 2. Auskunftsperson denkt bei den österreichischen Weinbaugebieten spontan an das Burgenland. Das Image des Weinlandes Burgenland ist laut der vorliegenden Studie ebenfalls hervorragend. Es gefallen

vor allem die guten Weine und die schöne Gegend. In punkto Weintypen wird das Burgenland am stärksten mit fruchtigen und auch großen Rotweinen mit Lagerpotential in Verbindung gebracht. Zudem geben 3 von 4 Auskunftspersonen an, bereits Weine aus dem Burgenland getrunken zu haben – ebenfalls ein Spitzenwert aller österreichischen Weinbaugebiete.

Hochkarätige Abordnung aus der Wachau

Neben den burgenländischen WinzerInnen war in der Wiener Hofburg auch eine hochkarätige Abordnung aus der Wachau mit 14 der absoluten Top-Produzenten vor Ort. Mit dabei auch der Obmann der Vereinigung „Vinea Wachau“, Emmerich Knoll: „Mit dem Burgenland verbindet uns neben zahlreichen persönlichen Freundschaften wohl in erster Linie das Streben nach höchster Weinqualität mit klar erkennbarer Herkunft. Wir möchten Weine erzeugen, die sowohl in Österreich, als auch auf dem internationalen Markt Anklang und Anerkennung finden und als Botschafter unseres Gebietes erkannt werden.“

<http://weinburgenland.at/>

<https://www.vinea-wachau.at/>

Neue Burgenländische Weinkönigin gesucht!



Laura und Tatjana I

Die Regentschaft der amtierenden Weinkönigin Tatjana I. Cepnik und ihrer Prinzessin Laura Kroyer endet zwar erst im August dieses Jahres, dennoch ist es bereits an der Zeit die Suche nach einer Nachfolgerin zu beginnen.

„Tatjana konnte ihre Amtszeit bis jetzt hervorragend nutzen, um ihre Fähigkeiten was das Repräsentieren des burgenländischen Weines betrifft, auszubauen und ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Mit Tatjana I. und Prinzessin Laura hat das Burgen-

land zwei würdige Weinhoheiten, die ihr ehrenvolles Amt mit Eifer ausüben. Damit sich interessierte Kandidatinnen rechtzeitig bewerben können, wird bereits jetzt mit der Ausschreibung für die Weinkönigin begonnen“, erklärt Andreas Liegenfeld, Burgenländischer Weinbaupräsident.

Wer kann sich bewerben?

In den eigens für die Weinkönigin verfaßten Statuten, die beim burgenländischen Weinbauverband aufliegen, sind unter anderem folgende Zeilen zu lesen: „Die Weinkönigin ist Repräsentantin des burgenländischen Weines. Sie hat ihn symbolisch zu vertreten und soll durch ihr Auftreten und ihre Tätigkeit dazu beitragen, diesen überall bekannt zu machen und neue Freunde für ihn gewinnen.“

Interessierte können sich bis 05. Juni 2020 beim Weinbauverband Burgenland, Esterhazystraße 15, 7000 Eisenstadt, Tel.: 02682/702-652 (Ing. Verena Klöckl, BA) oder unter verena.kloeckl@lk-bgld.at per Mail bewerben.

<https://bgld.lko.at/>

Höchste Auszeichnung an KS Prof. Harald Serafin

Serafin erhält für seine großen Verdienste um das
Land Burgenland das Komturkreuz mit Stern

Mit dem Komturkreuz mit Stern des Landes Burgenland wurde der ehemalige Intendant der Seefestspiele Mörbisch, KS Prof. Harald Serafin, am 17. Jänner im Empiresaal des Schlosses Esterházy ausgezeichnet. „Die einzigartige Erfolgsgeschichte der Seefestspiele Mörbisch ist bis heute untrennbar mit der Person Harald Serafin verbunden. In den zwei Jahrzehnten seiner Intendanz hat er eine kulturelle Höchstleistung erbracht und eine Operetten-Szene geschaffen, die ihresgleichen sucht. Heute ist die Kultur eine tragende Säule im Tourismus des Landes, auf der Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden und eine enorme Wertschöpfung verzeichnet werden kann. An dieser erfolgreichen Entwicklung sind auch die Seefestspiele Mörbisch maßgeblich beteiligt“, betonte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in seiner Festansprache vor zahlreichen Ehrengästen, darunter Landesrat Christian Illedits, Seefestspiele-Mörbisch-Geschäftsführer Dietmar Posteiner, Schauspieler und Regisseur Felix Dvorak sowie Familie und Freunde des Geehrten.

Nachdem Serafin 1996 vom damaligen Landeshauptmann Karl Stix mit dem Komturkreuz des Landes ausgezeichnet worden war und im Vorjahr den Kulturpreis des Landes im Bereich der Darstellenden Kunst erhalten hatte, wurde ihm nun mit dem Komturkreuz mit Stern die höchste Auszeichnung zuteil, die das Land Burgenland zu vergeben hat.

Harald Serafin

wurde am 24. Dezember 1931 in Litauen geboren. Als Litauen durch die Sowjetunion besetzt wurde, flüchtete die Familie Serafin 1940 nach Ostpreußen und drei Jahre später nach Bamberg in Bayern, wo die Eltern ein Textilgeschäft eröffneten. Nach der Matura 1951 begann Harald Serafin auf Wunsch seiner Familie ein Medizinstudium, brach aber vorzeitig ab und studierte stattdessen Gesang, unter anderem in Nürnberg. Danach folgten Engagements in der Schweiz und Deutschland. Der österreichische Opernregisseur und Schauspieler Otto Schenk entdeckte das



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil überreichte das Komturkreuz mit Stern an „Mister Wunderbar“ Kammersänger Prof. Harald Serafin

komische Talent Serafins und machte ihn zum „Singenden Bon vivant der Operette“. Nach einer Stimmbandoperation 1989 gab er das Singen eine Zeit lang auf. 1992 holte ihn Felix Dvorak zu seinen Festspielen Berndorf, wo er mit ihm Ludwig Thomas „Moral“ inszenierte. Dieser erste Ausflug ins Sprechtheater war so erfolgreich, daß ihn das Theater in der Josefstadt alljährlich als Stargast an die Kammerspiele holte.

20 Jahre lang, von 1992 bis 2012, war Harald Serafin Intendant der Seefestspiele Mörbisch, die er weit über die Grenzen des Burgenland hinaus bekannt machte. Während seiner Intendanz wurden Besucherraum und Bühne ausgebaut, die Technik auf den neuesten Stand gebracht und auch die Garderoben erneuert.

Aufgrund seines Engagements und Einsatzes konnten die Seefestspiele Mörbisch Besucherrekorde mit bis zu 220.000 BesucherInnen einfahren.

Dem breiten österreichischen Publikum ist Serafin außerdem durch seine Auftritte als Juror in der zweiten Staffel der TV-Show „Dancing Stars“ bekannt, die ihm den Spitznamen „Mister Wunderbar“ einbrachte, der

auch in seine 2009 erschienene Autobiografie mit dem Titel „Nicht immer war es wunderbar“ einfloß.

Auch nach seiner Ära als Festspielintendant und trotz seiner zahlreichen Engagements im In- und Ausland blieb Harald Serafin den Seefestspielen Mörbisch verbunden und war 2019 als Obereunuch in der Inszenierung der Operette „Land des Lächelns“ wieder auf der Mörbischer Seebühne zu sehen und zu hören.

„Mir sind Mörbisch und das Burgenland immer eine Herzensangelegenheit gewesen und es war all die Energie, die ich hineingesteckt habe, wert. Ich habe ja schon das Komturkreuz des Landes und ich wußte gar nicht, daß es noch eine höhere Auszeichnung gibt. Umso mehr freut es mich, daß das Land Burgenland mir für meine Bemühungen nun diesen Orden verleiht“, bedankte sich der Geehrte in seiner Rede und fügte in seiner charmanten Manier hinzu: „Meine Mutter hat mir immer gesagt, ich soll nach den Sternen greifen. Jetzt habe ich ein Komturkreuz mit Stern.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Harald_Serafin
<https://www.seefestspiele-moerbisch.at/>

Standesamtsverband Oberwart – eine Erfolgsgeschichte

Foto: Stadtgemeinde Oberwart



Mit 1. Jänner 2017 wurde der Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband Bezirk Oberwart gegründet. Im Burgenland ist der Verband nach wie vor der einzige, dem sämtliche Gemeinden des Bezirkes beigetreten sind.

Am 2. März wurde im Rathausaal Oberwart die Generalversammlung des Standesamtsverbandes Oberwart abgehalten, alle BürgermeisterInnen der Mitgliedsgemeinden wurden zur Generalversammlung in den Rathausaal geladen. Dort konnte Verbands-

leiterin Monika Krizanits eine beeindruckende Bilanz präsentieren. So wurden im Jahr 2019 von den vier VerbandsmitarbeiterInnen 36.679 Personenstandsverfahren bearbeitet.

21.196 davon wurden freigegeben. Ausserdem gab es im Standesamtsverband Oberwart im Jahr 2019 602 Geburten, 172 Eheschließungen und 785 Todesfälle. Und auch 2020 wird das Arbeitspensum nicht weniger. Bis Ende Februar wurden 35 Eheschließungen, 92 Geburten und 140 Todesfälle verzeichnet.

Bürgermeister LT-Präs. Georg Rosner, Obmann des Verbandes, freut sich über den Erfolg dieses Modells: „Leiterin Monika Krizanits und ihr Team erledigen am Standort Oberwart sämtliche Standesamtsagenden des Bezirkes. Dazu zählen Geburten, Staatsbürgerschaft, Eheschließung und Sterbefälle. Eine großartige Leistung, danke dafür. Unsere Stadt trägt maßgeblich dazu bei, daß der Standesamtsverband reibungslos funktioniert und wir sind sehr stolz darauf.“

<https://www.oberwart.gv.at/>

Zehn neue Bäume für die Eisenstädter Fußgängerzone

In der Eisenstädter Fußgängerzone werden nach 30 Jahren neue Bäume gepflanzt. In einem ersten Schritt wurde Ende Februar damit begonnen, in der unteren Hälfte zehn neue Bäume von der Gattung Feldahorn zu setzen. Der Baum in der Stadt hat seit jeher eine große Bedeutung als Schattenspender, als ökologischer Trittstein für diverse Tierarten, als Gestaltungselement und als wichtiger Wohlfühlfaktor in Parks, Boulevards, Baumalleen und allgemein im Straßenraum. Auch die Landeshauptstadt Eisenstadt ist mit einer Reihe von Alleestraßen und prächtigen Einzelbäumen ausgestattet und hat für die Pflege, Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung ihres Baumbestands zu sorgen.

Der Klimawandel wird besonders in der Vegetationsperiode höhere Temperaturen und geringere Niederschläge mit sich bringen. Bei der Wahl der Baumarten, welche durch das langsame Wachstum eine besondere Weitsicht voraussetzt, orientiert man sich an Arten, die heute mit Standortbedingungen in südlicheren Regionen besonders gut zurechtkommen.

In einem ersten Schritt werden im unteren Teil der Hauptstraße in den nächsten

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt



Vorne neu, hinten alt: Bürgermeister Thomas Steiner gemeinsam mit Zoltan Toth (Gärtnerei Maly), der auch schon die ersten Bäume in der Fußgängerzone vor 30 Jahren gepflanzt hat.

zehn Feldahorn-Bäume – *acer campestre* – gesetzt. Das Besondere daran sind die neuen Baumscheiben, die mehrere positive Effekte mit sich bringen: Durch die Pflanzung in runden Hochbeeten wurde mehr Raum für die Bäume geschaffen. Ein spezielles Substrat sorgt für besseres Wachstum. Durch das Hochbeet können Sitzgelegenheiten geschaffen werden bzw. die Pflanzung von blühenden Stauden und Frühlingsblumen führt zu

einem noch schöneren optischen Erscheinungsbild der gesamten Fußgängerzone, die Aufenthaltsqualität wird noch mehr erhöht.

Es gibt die Möglichkeit, eine Stadtbaumpatenschaft zu übernehmen und damit beizutragen, die Landeshauptstadt noch grüner zu machen. Eisenstadt hat es sich nun zum Ziel gesetzt, langfristig einen Baum pro Einwohner gepflanzt zu haben.

<https://www.eisenstadt.gv.at/freizeit/natur/stadtbaumkonzept/>

Lebendiges Denkmal der Kunst des Genius loci

Antrittsbesuch von Landesrätin Winkler im Joseph-Haydn-Konservatorium in Eisenstadt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesrätin Daniela Winkler wurde bei ihrem Antrittsbesuch im Joseph-Haydn-Konservatorium in Eisenstadt von Direktor Prof. Tibor Nemeth, Prof. Martin Bramböck, Leiter des Studiendekanats für Instrumentalstudien, und den StudentInnen in Empfang genommen

Die bisherigen Zuständigkeitsbereiche Bildung, Familien, Kinder und Jugend von Landesrätin Daniela Winkler wurde mit der neuen Referatseinteilung unter anderem auf das Musikschulwerk und das Joseph-Haydn-Konservatorium ausgeweitet. Und sie nahm diese neue Aufgabe zum Anlaß, um dem Joseph-Haydn-Konservatorium in Eisenstadt am 4. März einen Antrittsbesuch abzustatten, wo sie von Direktor Prof. Tibor Nemeth, Prof. Martin Bramböck, Leiter des Studiendekanats für Instrumentalstudien, und Franz Steindl, Leiter Marketing und PR, in Empfang genommen wurde.

„In den Gesprächen um die neuen Zuständigkeiten habe ich mich dafür ausgesprochen, die Synergien besser zu nützen und mich dafür stark gemacht, das Joseph-Haydn-Konservatorium und das Musikschulwerk in den Bereich der Bildung zu implementieren. Umso mehr freut es mich, daß das Joseph-Haydn-Konservatorium in meinen Zuständigkeitsbereich gelegt wurde. Joseph Haydn hat uns im Burgenland ein Erbe hinterlassen, dem wir mit dem Joseph-Haydn-Konservatorium unsere Wertschätzung entgegenbringen und daß wir in seinen Werken weiterleben lassen wollen. Studierende aus vielen Ländern werden in Eisenstadt ausgebildet. Die gute und erfolgreiche

Arbeit am Konservatorium hat damit weltweit für einen entsprechenden Ruf gesorgt. Nun geht es darum, das Konservatorium entsprechend aufzuwerten, um künftig akademische Abschlüsse nach dem Bologna-System gewährleisten zu können“, so die Landesrätin.

Das Joseph-Haydn-Konservatorium in Eisenstadt bildet als postsekundäre Bildungseinrichtung des Landes Burgenland den rund 350 SchülerInnen und Studierenden aus 28 verschiedenen Nationen in künstlerischen und pädagogischen Bereichen der Musik und in der Entwicklung und Erschließung der Künste (artistic research) aus. Seit 2003 ist das Joseph Haydn Konservatorium von der Europäischen Kommission gemäß der „Erasmus University Charter“ als Hochschule anerkannt und dazu berechtigt, an den Bildungsprogrammen der Europäischen Union der Tertiären Bildungsebene auf den Gebieten der Studierenden- und Dozentenmobilität teilzunehmen.

Im Zuge dieser Bildungsprogramme wurden u. a. auch Kooperationsverträge mit Konservatorien in Italien (Parma, Trapani und Venedig), Spanien (San Sebastian), Portugal (Porto) und Finnland (Lahti) abgeschlossen. Bereits 2004 wurde das Konservatorium, als erstes österreichisches Konservatorium, Mit-

glied der „Association Européenne des Conservatoires, Académies de Musique et Musikhochschulen“.

Das Konservatorium sorgt darüber hinaus für eine umfassende Pflege des musikalischen Erbes von Joseph Haydn als „Genius loci“. Seine besondere Stellung und nachhaltige Bedeutung in der abendländischen Kunstmusik, die er in seiner fast 30jährigen Tätigkeit am Schloß Esterhazy in Eisenstadt entwickelt und gefestigt hat, macht ihn zur zentralen Leitfigur. Sein Leben und Werk bilden die Grundlage des Joseph-Haydn-Konservatoriums, das sich als „lebendiges Denkmal“ seiner Kunst versteht. Haydns innovative Kraft innerhalb traditioneller Normen hat nachhaltigen Einfluß und Wirkung auf die gesamte weitere musikalische Entwicklung des Abendlandes und steht beispielhaft für eine produktive, originelle und facettenreiche Auseinandersetzung im Spannungsfeld von Fortschritt und Tradition, die in einer modernen, musikalischen Ausbildungsstätte unabdingbar ist.

Im Sinne des Haydnzitats: „Meine Musik verstehtet man durch die ganze Welt“ ist die transkulturelle Verbindlichkeit der musikalischen Sprache für das Joseph-Haydn-Konservatorium gelebte Selbstverständlichkeit. ■

<https://haydnkons.at/>

Kinderoperette »Anton und Maria« in Mörbisch

LRin Winkler zur Welturaufführung: »Musik ist ein bedeutendes Bildungsgut«



Nach der Präsentation der Kinderoperette in der Volksschule Rust (v.l.): Lukas Karzel, Lena Stöckelle, Ausstatter Franz Englhofer, Komponist Guido Mancusi, Bildungslandesrätin Daniela Winkler, Peter Edelmann, Künstlerischer Direktor der Seefestspiele Mörbisch, Bildungsdirektor Heinz Josef Zitz und Autor Carsten Süss

Die Seefestspiele Mörbisch haben im Jahr 2018 zum ersten Mal Kinderoperette gezeigt und damit zahlreiche SchülerInnen begeistert. Nachdem im vergangenen Jahr erneut rund 2500 Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren nach Mörbisch gekommen sind, um sich auf eine musikalische Reise zu begeben, wird im heurigen Sommer mit dem Stück „Anton und Maria“ sogar eine Welturaufführung gefeiert. Premiere ist am 25. Juni. Bis 2. Juli werden an fünf Tagen insgesamt zehn Vorstellungen gespielt. Das Stück dauert etwa eine Stunde. Details dazu wurden vom Künstlerischen Direktor der Seefestspiele Mörbisch, Peter Edelmann, von Autor Carsten Süss sowie Komponist Guido Mancusi gemeinsam mit Bildungslandesrätin Daniela Winkler und Bildungsdirektor Heinz Josef Zitz in der Volksschule Rust präsentiert.

Auf der Seebühne in Mörbisch wird im Sommer Leonard Bernsteins „West Side Story“ gezeigt. Ein kindgerechtes Pendant wurde für das junge Publikum nun extra geschaffen, erzählte Edelmann bei der Präsentation: „Da eine ‚West Side Story‘-Bearbei-

tung für Kinder rechtlich nicht möglich ist, haben die Seefestspiele Mörbisch mit einem Kompositionsauftrag aus der Not eine Tugend gemacht, und daraus ist das hinreißende Stück ‚Anton und Maria‘ aus der Feder von Guido Mancusi und Carsten Süss entstanden.“

In dem Stück geht es um zwei Winzerfamilien, deren Kinder sich verlieben und schließlich einen Familienstreit schlichten. Autor Süss hat sich dabei nicht nur vom Burgenland, wo die Geschichte angesiedelt ist, inspirieren lassen. „Die Parallelität zur ‚West Side Story‘ war mir wichtig. Denn ich möchte, daß ihr, wenn ihr älter seid, euch dann auch die ‚West Side Story‘ anseht“, so Süss zu den SchülerInnen der dritten und vierten Klassen der Volksschule Rust.

Komponist Guido Mancusi wird die Schulen bereits im Vorfeld mit Liedtext und Noten ausstatten: „Es wird am Ende des Stückes ein Sing-along geben. Das können die Lehrer im Vorfeld mit den Kindern lernen, damit sie dann vor Ort dieses Lied bereits kennen und auch mitsingen können.“ Für die Inszenierung wurden laut Edelmann

sechs junge SängerInnen engagiert. Lena Stöckelle übernimmt die Rolle der Maria, jene des Anton Lukas Karzel. Weiters werde wie bereits im vorigen Jahr Gernot Kranner mit den Kindern interagieren und als „da Moser“ auch ein Wiener Lied anstimmen, verriet der Künstlerische Direktor.

Unterstützung fand das Projekt Kinderoperette erneut beim Land Burgenland und bei der Bildungsdirektion. „Musik ist ein bedeutendes Bildungsgut“, sagte Bildungslandesrätin Winkler: „Es ist wichtig, daß wir Interesse wecken und fördern.“ Bildungsdirektor Zitz ergänzte, daß Kunst und Kultur gleich Bildung bedeuten. Seitens der Bildungsdirektion sei man von Anfang an von der Idee begeistert gewesen, so Zitz: „Die Seefestspiele Mörbisch waren bereit, Stücke zu kürzen, kindgerecht und pädagogisch aufzubereiten.“ Mit „Anton und Maria“ sei nun sogar ein burgenländisches Stück entstanden, das möglicherweise auch 2021, im Jubiläumsjahr des Burgenlandes, auf Tour durch das dann 100 Jahre alte Bundesland gehen werde, sagte Edelmann. ■

<https://www.seefestspiele-moerbisch.at/>

Konjunkturtal durchschritten

Konjunkturbelebung in der ersten Jahreshälfte 2020 – Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom Februar 2020

Österreichs Wirtschaft hat in der zweiten Jahreshälfte 2019 den Tiefpunkt des aktuellen Konjunkturzyklus durchschritten. Für das erste Halbjahr 2020 zeichnet sich eine – wenn auch sehr verhaltene – Konjunkturbelebung ab. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose für das erste und zweite Quartal 2020 ein Wachstum des realen BIP von jeweils 0,3 % (gegenüber dem Vorquartal). Damit bleiben die Wachstumsraten im ersten Halbjahr 2020 unter dem langjährigen Durchschnitt von 0,4 %. Gegenüber der letzten Prognose vom November wurden die Wachstumserwartungen für das erste Quartal um 0,1 Prozentpunkte angehoben. Die Risiken für die vorliegende Prognose bleiben eindeutig nach unten gerichtet und betreffen vor allem außenwirtschaftliche Faktoren wie globale Handelskonflikte und die Folgen der Coronavirus-Epidemie.

Zwiespältiges Konjunkturbild

Die österreichische Wirtschaft bietet weiterhin ein zwiespältiges Konjunkturbild: Während die Wertschöpfung in der Industrie aufgrund des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds seit dem zweiten Quartal 2019 sinkt, stabilisieren der Dienstleistungssektor und die Bauwirtschaft das Wachstum. Die Industrieproduktion lag laut vorläufigen Daten im Dezember 2019 um 5 % unter dem Vorjahreswert. Vor diesem Hintergrund sind die Unternehmen auch zunehmend zurückhaltender bei ihren Investitionen. Vorlaufindikatoren wie die Exportauftragseingänge und die Produktionserwartungen signalisieren aber, daß im Industriesektor die Bodenbildung zum Jahreswechsel erreicht wurde und daß die Industrieproduktion im Laufe des ersten Halbjahres wieder in den Wachstumsbereich zurückkehren wird. Nennenswerte gesamtwirtschaftliche Wachstumsimpulse werden aber von der Industrie in den ersten beiden Quartalen 2020 nicht ausgehen.

Wohnbau und der Dienstleistungssektor entwickeln sich dynamischer

Im Gegensatz zur Industrie werden der Wohnbau und der Dienstleistungssektor



deutlich weniger von globalen Konjunkturentwicklungen bestimmt und entwickeln sich dank einer intakten Inlandsnachfrage wesentlich dynamischer. Auch im ersten Halbjahr 2020 wird die Inlandsnachfrage aufgrund weiter steigender Haushaltseinkommen die tragende Säule der österreichischen Konjunktur bleiben. Dazu tragen neben dem immer noch kräftigen Beschäftigungs- und Reallohnwachstum auch diverse fiskalische Impulse bei. So stützen verzögerte Effekte des Familienbonus Plus und die vom Nationalrat im Juli und September 2019 beschlossenen Maßnahmen die Haushaltseinkommen im Jahr 2020 zusätzlich. Der aktuelle Boom im Wohnbausektor ist auf eine hohe Nachfrage nach Wohnraum, steigende Immobilienpreise und anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen zurückzuführen.

OeNB erwartet moderate Konjunkturbelebung

Vor diesem Hintergrund und unter der Annahme, daß die Weltwirtschaft auf dem im zweiten Halbjahr 2019 eingeschlagenen Erholungspfad bleibt, erwartet die OeNB eine moderate Konjunkturbelebung im ersten Halbjahr 2020. Das Wachstum des realen BIP wird sich im ersten und zweiten Quartal auf jeweils 0,3 % (gegenüber dem Vorquartal) beschleunigen und damit durchschnittlich 0,1 Prozentpunkte über jenem in der zweiten Jahreshälfte 2019 liegen. Ge-

genüber dem letzten OeNB-Konjunkturindikator vom November wurden die Wachstumserwartungen für das erste Quartal um 0,1 Prozentpunkte angehoben. Die Aufwärtsrevision ist eine Folge der etwas stärker als erwarteten Konjunkturdynamik zum Jahresende 2019.

Außenwirtschaftliche Faktoren könnten zu einer neuerlichen Konjunkturreinbrüche führen

Die Risiken der Prognose bleiben jedoch mehrheitlich nach unten gerichtet. Vor allem außenwirtschaftliche Faktoren könnten zu einer neuerlichen Konjunkturreinbrüche in Österreich führen. Neben den globalen Handelskonflikten und einer längeren Wachstumsschwäche unseres wichtigsten Handelspartners Deutschland stellen die Folgen der Coronavirus-Epidemie ein neues noch schwer abzuschätzendes Risiko dar. Sollte sich die Epidemie in China nicht wie in der Prognose unterstellt ab März abschwächen, könnte das Wachstum in Österreich im ersten Halbjahr aufgrund von Unterbrechungen der globalen Handels- und Wertschöpfungsketten um 0,1 Prozentpunkte niedriger ausfallen. ■

<https://www.oenb.at/>

Positive Signale für Konjunktur zu Jahresbeginn 2020

Der Optimismus in den binnenwirtschaftlichen Bereichen nahm zu Jahresbeginn 2020 zu und das Exportumfeld profitierte vom Abschluß des US-China-Handelsabkommens – Corona Virus: Für Österreich nur niedrige Betroffenheit zu erwarten

Zu Beginn des Jahres 2020 hat sich die Konjunkturstimmung in Österreich aufgehellt. „Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator stieg im Jänner auf 1,7 Punkte. Damit erreicht der Indikator den höchsten Wert seit acht Monaten und signalisiert für die kommenden Monate zumindest eine Unterbrechung des seit zwei Jahren andauernden Abwärtstrends der heimischen Konjunktur“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Erstmals seit Monaten sind klar positive Signale für die österreichische Wirtschaft vorhanden. „Während sich die heimische Industrie noch in einer milden Rezession befindet, haben sich die Rahmenbedingungen für die heimische Exportwirtschaft zu Jahresbeginn 2020 verbessert. Zudem stieg erneut die gute Stimmung in den binnenwirtschaftlichen Bereichen. Die Bauwirtschaft und der Dienstleistungssektor profitierten vom erneut gestiegenen Optimismus der Konsumenten“, so Bruckbauer.

Verbesserte Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn

Die Verunsicherung in der Weltwirtschaft hat dank des Handelsabkommens zwischen den USA und China abgenommen. Die Schwäche des globalen Handels ist abgeflaut und hat zu einer Verbesserung der Industriestimmung weltweit beigetragen. Vor allem in Asien, aber auch in den Kernländern des Euroraums haben sich die Konjunktursorgen in der Industrie etwas verringert. Damit stellt sich das Exportumfeld der österreichischen Wirtschaft zu Jahresbeginn 2020 etwas günstiger dar. Dennoch ist die Stimmung in der heimischen (Zuliefer-)Industrie unter dem Eindruck der anhaltenden Schwierigkeiten der deutschen Autoindustrie, drohender Zollerhöhungen auf US-Autoimporte und der Ausweitung der Zölle auf Stahl und Aluminium durch die USA etwas zurückgegangen. In den nicht exportorientierten Sparten hat sich dagegen der Optimismus zu Jahresbeginn noch etwas erhöht. Die Konsumlaune der Verbraucher hat sich angesichts der



anhaltend positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt nochmals verbessert. Der Dienstleistungssektor zeigt sich davon sehr positiv beeinflusst und am Bau hat, unterstützt durch das gute Wetter, das für eine hohe Auslastung sorgte, die Zuversicht zu Jahresbeginn zugelegt.

Konjunkturrisiko Corona Virus

Bisher scheint die heimische Industriekonjunktur nicht von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Verbreitung des Coronavirus in China betroffen zu sein. Im Gegenteil, der UniCredit Bank Austria Einkaufs-ManagerIndex vom Februar zeigt mit seinem Anstieg gegenüber dem Vormonat und der erstmaligen Überschreitung der Wachstumsschwelle seit einem Jahr aktuell sogar eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Österreich an. Die Umfrageergebnisse im Detail zeigen aber: Die Hälfte der ausgewiesenen Verbesserung des Indikators war auf eine echte Belebung der Aktivität zurückzuführen, während die andere Hälfte eine Folge der Verlängerung der Lieferzeiten war. In der Regel werden längerer Lieferzeiten stets als Anzeichen für eine zu langsame Anpassung an eine deutlich gestiegene Nachfrage interpretiert. Derzeit dürften die längeren

Lieferzeiten allerdings auf Störungen in den globalen Wertschöpfungsketten infolge wirtschaftlicher Probleme durch die Verbreitung des Coronavirus hinweisen. Der Teilindex für die Exportaufträge ging im Februar auf 49,3 Punkte zurück, nachdem er sich viermal in Folge verbessert und mit 50,4 Punkten im Vormonat sogar eine Zunahme angezeigt hatte.

US-Abschwung wird bremsen

Die aktuellen Früh- und Stimmungskindikatoren zeigen eine Stabilisierung der Wirtschaft auf einem moderaten Wachstumsniveau. In den kommenden Monaten könnte diese Entwicklung durch negative Einflüsse des Corona Virus gefährdet werden, während sich im späteren Jahresverlauf 2020 der Konjunkturabschwung in den USA in der österreichischen Wirtschaftsdynamik mit hoher Wahrscheinlichkeit dämpfend niederschlagen wird. Anhaltende Handelshemmnisse, eine rückläufige Unternehmensrentabilität und auslaufende fiskalische Impulse lassen sogar eine milde Rezession der US-Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte möglich erscheinen. Die neuerlichen internationalen Belastungen werden das Wirtschaftswachstum in Österreich beeinträchtigen.

Wirtschaft

Österreich Konjunkturprognose	Prognose										
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	2,9	0,7	0,0	0,7	1,0	2,1	2,5	2,4	1,6	1,0	1,3
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	6,7	0,1	0,8	1,1	2,4	2,5	4,2	4,3	0,0	1,0	3,0
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,5	1,6	1,4	1,1	1,5	1,2	1,2
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	6,6	0,9	1,6	-0,4	2,3	4,1	4,0	3,9	3,1	0,6	1,8
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9	2,1	2,0	1,5	1,5	1,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,1	8,5	7,7	7,4	7,5	7,5
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) **)	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,6	2,0	2,5	1,6	0,8	1,0
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP) ***)	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	1,0	-0,7	0,2	0,5	0,2	0,2
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,9	78,3	74,0	70,3	68,2	66,0

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdienner und Schulungen ***) eigene Schätzung
Quelle: UniCredit Research

„Wir erwarten für das Gesamtjahr 2020 eine weitere Verringerung des BIP-Anstiegs auf 1,0 Prozent nach noch 1,6 Prozent 2019“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl und ergänzt: „Die schwächelnde Exportnachfrage und die in diesem Umfeld nur verhaltene Investitionsneigung können vom starken Konsum trotz neuer fiskalischer Impulse nicht gänzlich kompensiert werden, zumal die bestehenden Konjunkturun sicherheiten einen Anstieg der Sparquote auslösen dürften.“ Für 2021 kann mit etwas mehr internationaler Unterstützung von einer moderaten Erholung der österreichischen Wirtschaft ausgegangen werden, die sich in einem leichten Anstieg des Wirtschaftswachstums auf 1,3 Prozent niederschlagen sollte.

Bauwirtschaft maßgeblicher Treiber

Der Arbeitsmarkt spiegelt die unterschiedliche sektorale Entwicklung der österreichischen Wirtschaft sehr deutlich wider. Trotz der Abschwächung der Konjunktur verbessert sich die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt insgesamt vorerst weiter. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist im Jänner 2020 auf 7,1 Prozent gesunken. In der Sachgütererzeugung, die mit 3,7 Prozent die niedrigste Sektorarbeitslosenquote ausweist, sinkt mittlerweile die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit nimmt zu, sodaß die Arbeitslosenquote eine leichte Aufwärtstendenz ausweist.

Zum einen ist der gesamtwirtschaftliche Rückgang der Arbeitslosenquote den meisten Dienstleistungsbranchen geschuldet. Insbesondere der Tourismus sorgt für einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau. Dadurch

zeigt die Arbeitslosenquote im Dienstleistungssektor weiter eine schwach rückläufige Tendenz auf aktuell 7,5 Prozent.

Zum anderen ist die gute Baukonjunktur verantwortlich, die durch das ungewöhnlich warme Winterwetter zusätzlich unterstützt wird. In der Bauwirtschaft ist die saisonbereinigte Arbeitslosenquote tendenziell stark sinkend und mit 8,2 Prozent im Jänner 2020 um einen ganzen Prozentpunkt tiefer als im Vorjahr. Die Bauwirtschaft, die einen Beschäftigtenanteil von rund 7 Prozent hat, sorgt derzeit für ein Viertel des Beschäftigtenanstiegs und ist für fast 50 Prozent des Rückgangs an Arbeitssuchenden in Österreich verantwortlich.

„Da der Vorteil durch das günstige Wetter, das derzeit die Arbeitslosigkeit dämpft, bald schwindet, wird sich in den kommenden Monaten die schwächere Konjunktur auf den Arbeitsmarkt niederschlagen und zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote im weiteren Jahresverlauf führen. Nach 7,4 Prozent im Jahr 2019 erwarten wir für 2020 im Durchschnitt einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf maximal 7,5 Prozent“, so Pudschedl.

Inflation bleibt niedrig

Die schwächere Konjunktur und der niedrige Ölpreis dämpfen die Inflation zu Jahresbeginn. „Die Teuerung in Österreich wird sich in den kommenden Monaten in einem engen Rahmen um rund 1,5 Prozent im Jahresvergleich bewegen. Im Jahresdurchschnitt 2020 erwarten wir – wie schon im Vorjahr – eine Inflation von 1,5 Prozent“, meint Pudschedl. Ein geringerer Preisauftrieb aufgrund der moderaten Konjunktur,

für den auch der niedrige Ölpreis sprechen würde, wird durch die relativ hohe Dynamik der Dienstleistungspreise infolge des weiterhin starken Konsums verhindert werden, so daß die Inflation erneut höher als im Euroraum oder im Nachbarland Deutschland ausfallen wird. Die Ökonomen der UniCredit Bank Austria erwarten für den Euroraum eine Inflation im Jahresdurchschnitt 2020 von 1,0 Prozent und für Deutschland von 1,4 Prozent.

<https://www.bankaustria.at/>

Tourismusanalyse Ende 2019

Nachfrage steigt zu Beginn der Wintersaison 2019/20 deutlich an

Im November und Dezember 2019 konnte der österreichische Tourismus mit neuen Höchstwerten zum Start der Wintersaison aufwarten (Ankünfte +3,0%, Übernachtungen +4,5%, Umsätze nominell +5,5%) und damit das Ergebnis des Vorjahreszeitraumes noch deutlich übertreffen.

Diese Zuwächse wurden erzielt, obwohl für den alpinen Wintertourismus eher ungünstige klimatische Bedingungen herrschten: Die Durchschnittstemperatur lag in den ersten beiden Wintermonaten deutlich über dem langjährigen Mittel 1981/2010, dadurch zählten sowohl der November als auch der Dezember zu den jeweils 15 wärmsten Vergleichsmonaten der 253-jährigen Meßgeschichte. Im Süden Österreichs wurden im November starke Schneefälle verzeichnet, in den übrigen Bundesländern variierten die Niederschläge dagegen je nach Seehöhe und Region, sodaß sich nicht überall eine ausreichende natürliche Schneedecke bildete. Die in den letzten Jahren getätigten Investitionen in die Beschneigungsinfrastruktur machten sich jedoch bezahlt, sodaß vielerorts die Ausübung von Wintersportaktivitäten ohne erhebliche Einschränkungen möglich war. Die Nächtigungsnachfrage in den alpinen Bundesländern, insbesondere in Salzburg und Tirol, stieg erheblich (+6,8% bzw. +5,7%). Gleichzeitig erhöhte sich die Nachfrage nach Aktivitäten jenseits des Wintersports: Davon profitierte vor allem das Burgenland (+7,3%) mit seinen Thermenstandorten, etwas abgeschwächt auch die Steiermark (+2,7%). Der Städtetourismus konnte als jahreszeitlich unabhängige Alternative diesmal nicht ganz mit den auf Wintertourismus spezialisierten Bundesländern mithalten (Wien +3,5%), ausgehend jedoch von einem sehr hohen Vergleichsniveau 2018 (Wien +16,7%, Österreich insgesamt +8,0%).

Zunahme der Zahl der Gästeankünfte

Insgesamt ergeben die derzeit noch auf einer Hochrechnung von Statistik Austria beruhenden Daten für Österreich eine Zunahme der Zahl der Gästeankünfte um 3,0% im ersten Drittel der Wintersaison 2019/20 (Übernachtungen +4,5%). Damit wurden jeweils neue historische Höchstwerte für diesen Zeitraum erreicht: bei den Nächtigungen das dritte Jahr in Folge (auf ein Vo-

lumen von 17,39 Mio.) und bei den Ankünften durchgehend seit 2011 (auf aktuell 5,93 Mio.).

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer hat sich erhöht

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,93 Nächtigungen pro Gast (+1,5%) erhöhte sich wie schon im Analysezeitraum des Vorjahres (+2,0%) leicht. Der langjährige Trend zu kürzeren, häufigeren, Reisen wurde damit einstweilen unterbrochen: In den vergangenen 25 Jahren ging die Aufenthaltsdauer insgesamt um etwa eine Nacht bzw. ein Viertel zurück. Eine dauerhafte Umkehr dieses Trends ist nach derzeitiger Einschätzung aber nicht zu erwarten.

Die Zuwächse bei Ankünften und Nächtigungen in den ersten beiden Monaten der Wintersaison 2019/20 führten nach einer ersten Schätzung¹⁾ des WIFO auch zu einem Wachstum der touristischen Gesamteinnahmen auf einen nominellen Wert von 4,15 Mrd. € und damit auch einnahmenseitig zu einem neuen Höchstwert. Darin enthalten sind auch die aus dem Tagestourismus resultierenden Einnahmen. Schätzungen zur Veränderung der Zahl der Tagesgäste sind mangels Daten jedoch nicht möglich. Der Zuwachs der Gesamteinnahmen gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018 beträgt 5,5% (preisbereinigt +2,7%).

Auf regionaler Ebene der Bundesländer zeigte sich die Entwicklung der Tourismuseinnahmen zwar unterschiedlich, aber durchwegs positiv: Überdurchschnittlich stiegen die nominellen Umsätze im November und Dezember 2019 im Burgenland (+8,0%), in Salzburg (+7,5%), Tirol (+6,8%) und Wien (+6,0%), ebenso erhöhte sich die Zahl der Nächtigungen in den drei erstgenannten Bundesländern kräftig. Vorarlberg (+3,4%), die Steiermark und Kärnten (je +3,2%) sowie Ober- (+2,8%) und Niederösterreich (+2,6%) verbuchten zu laufenden Preisen ebenfalls recht deutliche Einnahmensteigerungen.

Die Nächtigungsnachfrage der internationalen Reisenden entwickelte sich in den ersten beiden Wintermonaten 2019/20 dynamischer als jene aus Österreich (+5,4% im Vergleich zu +2,2%). Das internationale Gästesegment generierte mit einem Anteil

von 72,5% bzw. 12,60 Mio. Nächtigungen auch den Großteil der Nachfrage (im nächtigungsstärksten Bundesland Tirol lag der Anteil bei 91,5%, im Burgenland hingegen nur bei 12,1%).

Ausländischen Herkunftsmärkte

Unter den ausländischen Herkunftsmärkten gab es im November und Dezember 2019 die höchsten relativen Nachfragezuwächse bei Nächtigungen aus Dänemark (+15,6%, Marktanteil 1,0%), Niederlande (+12,4%, Marktanteil 8,4%), Schweden (+10,3%, Marktanteil 0,6%), Polen (7,8%, Marktanteil 2,1%) und den USA (7,3%, Marktanteil 2,3%). Deutschland als wichtigster Quellmarkt im österreichischen Tourismus (Marktanteil 46,5%) entwickelte sich dagegen mit einem Nächtigungsplus von 4,4% etwas unterdurchschnittlich. Gäste aus dem Vereinigten Königreich (Marktanteil 3,9%) nächtigten um +1,8% häufiger in heimischen Beherbergungsbetrieben, aus der Schweiz und Liechtenstein um +0,6% (Marktanteil 3,8%). Während die Nachfrage von Reisenden aus Rußland das Ergebnis von 2018 nur knapp verfehlte (-0,2%, Marktanteil 1,4%), ging die Zahl der Nächtigungen aus Italien deutlich zurück (-7,4%, Marktanteil 3,4%).

Im Vergleich der unterschiedlichen Unterkunftsarten erzielten in der Wintervorsaison 2019/20 erneut die Ferienwohnungen besonders starke Nächtigungssteigerungen (gewerblich +11,9%, privat +7,2%). Die Hotellerie entwickelte sich insgesamt unterdurchschnittlich (+3,5%), nur das 5/4-Stern-Segment expandierte mit +5,5% dynamischer als im Mittel aller Unterkünfte (3-Stern +0,3%, 2/1-Stern +0,9%). In den übrigen Unterkünften (Campingplätze, Unterkünfte für Kinder und Jugendliche, Kurheime, bewirtschaftete Schutzhütten, sonstige Unterkünfte) stieg die Nächtigungsnachfrage von November bis Dezember 2019 zusammen um +3,6%. ■

<https://www.wifo.ac.at/>

¹⁾ Einen wesentlichen Parameter dieser Schnellschätzung stellt u. a. die Entwicklung der Nächtigungen, nicht aber jene der Tagesgäste dar; für letztere liegen keine konsistenten Informationen vor. Weicht das Wachstum der Tagesgäste von jenem der Nächtigungen zu stark ab, kann es damit zu Verzerrungen in den Umsatzzuschätzungen kommen.

»Zukunft des Antriebs entsteht auch in Steyr«

Gespräch von Oberösterreichs Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat Markus Achleitner mit neuem Geschäftsführer BMW Group Werk Steyr, Alexander Susanek

Für den Standort Oberösterreich ist die Automobilbranche nicht nur ein bedeutender Wirtschaftszweig, sondern auch ein Innovationsmotor: „Eine zentrale Rolle spielt dabei das BMW Group Werk Steyr, wo sich nicht nur das weltgrößte Motorenwerk der BMW Group, sondern auch das weltweit einzige Dieselmotoren-Entwicklungszentrum des Unternehmens befindet. Daher war es mir ein Anliegen, mich so rasch als möglich mit dem neuen Geschäftsführer des BMW Group Werks Steyr, Alexander Susanek, zu einem Arbeitsgespräch zu treffen“, betonte Oberösterreichs Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat Markus Achleitner. „Ich habe Geschäftsführer Susanek, der seit 1. Jänner die Leitung des Werks in Steyr übernommen hat, sehr herzlich in Oberösterreich dem Wirtschafts- und Industriemotor der Republik willkommen geheißen und die Fortführung der traditionell exzellenten Zusammenarbeit zwischen BMW Steyr und dem Land OÖ vereinbart. Es hat bei diesem Arbeitsgespräch auch einen sehr intensiven Austausch über die Energie- und Mobilitätswende und die Konjunkturentwicklung gegeben“, so LR Achleitner weiter. Sein Fazit nach seinem heutigen Gespräch mit GF Dr. Susanek in Steyr: „Es hat sich gezeigt, daß das BMW Group Werk Steyr auch künftig ein wichtiger Impulsgeber für den Standort OÖ sein wird. Umfassende Investitionen und Forschungsaktivitäten werden für eine sehr positive und erfolgreiche Weiterentwicklung des BMW Group Werks Steyr sorgen und einen wichtigen Beitrag dazu leisten, daß die Zukunft des Antriebs auch in Steyr entsteht“, so Landesrat Achleitner.

„Entgegen dem Trend eines rückläufigen Gesamtmarktes sowie des allgemein herausfordernden Marktumfeldes ist die BMW Group in Österreich sehr erfolgreich unterwegs. Im Vorjahr hat die BMW Group in Österreich ihr bestes Zulassungsergebnis erreicht. Die Zulassungszahlen sind um 5,7 Prozent auf nunmehr 22.500 Automobile gestiegen“, unterstrich Susanek. „Auch im Werk Steyr ist die Produktion gegenüber dem Jahr davor leicht gestiegen. Am Stand-



Foto: Land OÖ / Ernst Grinberger

Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat Markus Achleitner (l.) und der neue Geschäftsführer des BMW Group Werks Steyr, Alexander Susanek, beim Arbeitsgespräch in Steyr

ort wird weiterhin kräftig investiert, mehr als 300 Mio. Euro alleine im vergangenen Jahr“, so Susanek. „Ab heuer wird unsere neue Dieselmotoren-Generation anlaufen. Diese Motoren werden Einsparungen beim Verbrauch und damit auch bei den CO₂-Emissionen bringen. Daneben erweitern wir laufend unsere Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität, etwa durch neue Prüfstände und die Entwicklung hochkomplexer Komponenten für die Elektromobilität“, erläuterte Susanek.

„Die Millionen-Investitionen der BMW Group in Steyr sind gut für Österreich und

insbesondere für Oberösterreich. Sie sind nicht nur ein klares Signal für die Attraktivität des Standorts, sondern stärken auch die Innovationkraft in dem für unser Bundesland so wichtigen Bereich Mobilität“, zeigte sich Achleitner überzeugt. „Es ist wichtig, daß sowohl die Hersteller als auch unsere Zulieferbetriebe an die aktuellen Herausforderungen mit viel Innovationskraft herangehen – vom vernetzten Antrieb bis zur vernetzten Mobilität. Wir müssen die Antriebe noch emissionsärmer, effizienter und leistungsstärker machen. Es ist erfreulich, daß die BMW Group gerade auch auf das Werk in Steyr setzt, wenn es um die Zukunft der Antriebe geht. Die BMW Group hat im Vorjahr weltweit 2,52 Mio. Fahrzeuge verkauft und in jedem zweiten dieser Fahrzeuge schlägt ein ‚Herz‘ aus Steyr“, hob der Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat hervor.

Mit einem Jahresumsatz von 3,65 Mrd. Euro gehört die BMW Motoren GmbH zu den größten Unternehmen Österreichs. Alleine im BMW Group Werk Steyr sind 4.500 MitarbeiterInnen beschäftigt.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.bmwgroup-werke.com/steyr/>



Foto: BMW Motoren GmbH

Neue Dieselmotoren-Generation im BMW Group Werk Steyr

Mehr als 8,9 Millionen Einwohner

Am 1. Jänner 2020 lebten vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria zufolge 8.902.600 Menschen in Österreich, um 43.825 Personen (+0,5%) mehr als zu Jahresbeginn 2019. Damit verzeichnete Österreich 2019 eine etwas stärkere Bevölkerungszunahme als im Jahr zuvor (2018: +36.508 Personen bzw. +0,4%).

Zu Jahresbeginn 2020 lebten 1.487.020 ausländische Staatsangehörige in Österreich. Der Ausländeranteil betrug somit 16,7% – gegenüber 16,2% am 1. Jänner 2019.

Bevölkerungswachstum in Wien und Vorarlberg besonders stark, kaum Zuwachs in Kärnten

2019 verzeichnete Wien ebenso wie in allen Jahren zwischen 2009 und 2017 die größte prozentuale Bevölkerungszunahme aller Bundesländer Österreichs. In der Bundeshauptstadt stieg die Einwohnerzahl um 0,8% auf 1.911.728 Personen. Mit +0,7% gab es 2019 den zweitstärksten Bevölkerungszuwachs in Vorarlberg. Ein ebenfalls überdurchschnittliches Wachstum verzeichneten die beiden Bundesländer Salzburg und Oberösterreich (jeweils +0,6%).

Etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt

schnitt fiel der Bevölkerungsanstieg in den Bundesländern Tirol, Niederösterreich und im Burgenland (jeweils +0,4%) sowie in der Steiermark (+0,3%) aus. Das geringste Bevölkerungswachstum gab es 2019 in Kärnten: Hier erhöhte sich die Bevölkerungszahl nur um 451 Personen bzw. +0,1%.

Bevölkerungszuwachs in 68 politischen Bezirken, Rückgang in 26 Bezirken

Auf regionaler Ebene gab es in 26 politischen Bezirken einen Bevölkerungsrückgang. Flächendeckend war dieser im Waldviertel, in der gesamten Obersteiermark und dem angrenzenden Salzburger Lungau sowie im Bundesland Kärnten mit Ausnahme der beiden Städte Villach und Klagenfurt sowie dem Bezirk Klagenfurt-Land. Darüber hinaus schrumpfte die Einwohnerzahl auch in den beiden burgenländischen Bezirken Güssing und Oberpullendorf, in den beiden steirischen Bezirken Voitsberg und Südoststeiermark, in den beiden niederösterreichischen Bezirken Lilienfeld und Waidhofen an der Ybbs sowie in der oberösterreichischen Stadt Steyr und der Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck. In den übrigen 68 politischen Bezirken gab es im Jahr 2019 hingegen einen Be-

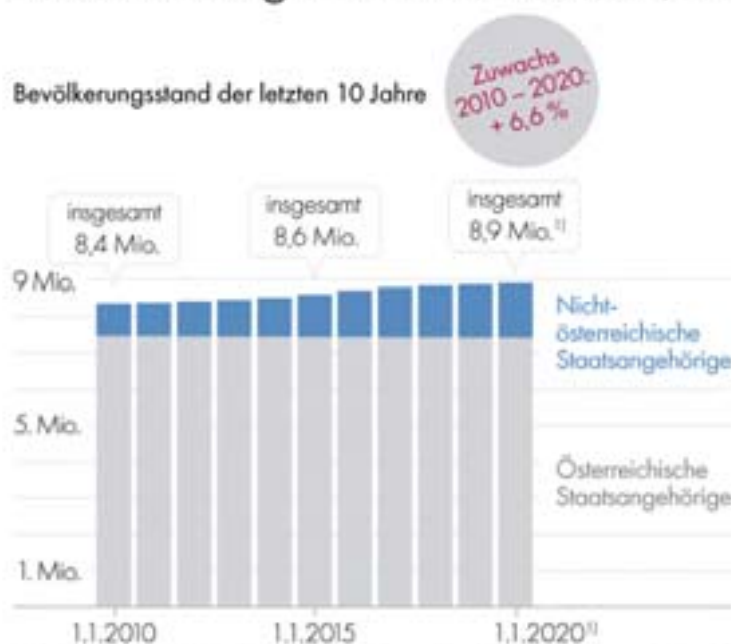
völkerungszuwachs. Am stärksten fiel dieser in der Statutarstadt Rust (+2,0%) sowie im Bezirk Bruck an der Leitha (+1,7%) aus. Ebenfalls starke Zuwächse gab es in den Städten Wiener Neustadt (+1,3%), Eisenstadt und Wels (je +1,2%) sowie in den Bezirken Graz-Umgebung (+1,2%), Braunau am Inn und Gänserndorf (je +1,1%).

16,7% der Bevölkerung sind ausländische Staatsangehörige

Den vorläufigen Ergebnissen zufolge lebten am 1. Jänner 2020 insgesamt 1.487.020 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich. Dies entspricht 16,7% der Gesamtbevölkerung und einem Plus von 48.097 Personen im Vergleich zum Jahresbeginn 2019. Besonders stark fiel der Zuwachs bei rumänischen Staatsangehörigen aus. Ihre Zahl erhöhte sich 2019 um 10.777 Personen auf 123.461 Menschen am 1.1.2020. Damit waren RumänInnen nun erstmals hinter Deutschen (200.059 Personen) die zweitstärkste ausländische Nationalität in Österreich – noch vor den Staatsangehörigen Serbiens (122.364 Personen) und der Türkei (117.640 Personen).

<http://www.statistik.at/>

Bevölkerung am 1.1.2020: 8,9 Mio. Menschen



Bevölkerungszuwachs 1.1.2019 – 1.1.2020¹⁾ nach Bundesländern



Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungstodes – 1) Vorläufige Ergebnisse – Erstellt am 12.02.2020.

Das erste Stadtrecht Wiens

Junger Historiker löst ein historisches Rätsel in 41 Zeichen – Stadt ist wohl 1000 Jahre älter – Bürgermeister Michael Ludwig enthüllte Stadtrechtsfragment

Ganze 100 Jahre lag das Fragment einer Bronzetafel im Depot des Wien Museums. Jetzt gelang es einem jungen Historiker, die wahre Bedeutung dieses unscheinbaren Metallstücks zu entschlüsseln: Das Fragment war Teil einer Stadtrechts tafel. Somit besaß nicht nur das mittelalterliche Wien seit 1221 ein Stadtrecht, sondern wohl bereits das römische Vindobona etwa 1000 Jahre vorher. Am 3. März wurde das Fragment der Stadtgesetztafel von Bürgermeister Michael Ludwig im Römermuseum am Hohen Markt enthüllt, wo es nun auch ausgestellt ist.

»edicta« und »Galba«

1913 wurde in Wien bei Grabungen an der Adresse „Am Hof 4“ das Stück einer Bronzetafel gefunden, nahe der südlichen Mauer innerhalb des einstigen Legionslagers Vindobona. Von den 41 Zeichen konnten nur die Wörter „edicta“ und „Galba“ mit Sicherheit entziffert werden. Vermutet wurde, daß es sich um ein Edikt des Kaisers Galba handelt, der von 68 bis 69 n. Chr. nur wenige Monate regierte. Das Fragment lag seither mit anderen rund 150.000 Ausgrabungsobjekten im Depot des Wien Museums.

1986 wurden in Andalusien Tafeln des römischen Stadtgesetzes der Stadt Irni aus dem 1. Jahrhundert n. Chr. entdeckt. Seither sind zirka 70 Prozent des römischen Stadtgesetztextes, der allgemein als Vorlage diente, bekannt.

Im Zuge seiner Dissertation über die römischen Stadtgesetze an der Universität Wien konnte der Historiker Niklas Rafetseder jetzt Parallelen zwischen dem Fragment von Vindobona und dem Stadtgesetz von Irni aufdecken und dadurch nachweisen, daß die Bronzetafel aus dem Depot des Wien Museums das Fragment einer römischen Stadtgesetztafel ist. Das Stadtrecht bezieht sich höchstwahrscheinlich auf die Zivil- oder Lagervorstadt des Legionsstandortes Vindobona, deren Status als Munizipium zwischen 120 bis 250 n. Chr. nun mit hoher Sicherheit festzustellen ist.

Wissenschaftliche Sensation

„Es gilt als wissenschaftliche Sensation und läßt das Herz eines jeden Historikers höher schlagen: Wien hat schon vor ca. 1800



Foto: PID / C. Jobst

Kulturstadträtin Veronika Kaup-Hasler, Bürgermeister Michael Ludwig und der Historiker Niklas Rafetseder bei der Enthüllung des Stadtrechtsfragments (unten) im Römermuseum



Foto: Wien Museum / Birgit und Peter Kainz

Chronik

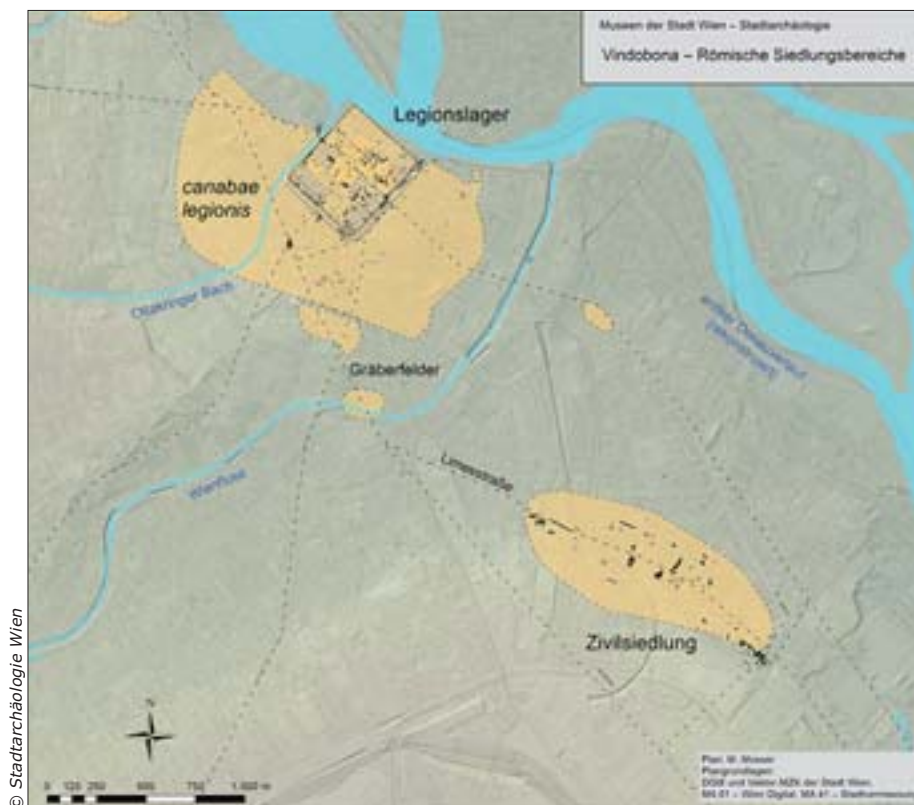
Jahren ein Stadtrecht verliehen bekommen. Die Dechiffrierung des Stadtrechtsfragments, ein kleines Stück Bronze mit 41 Buchstaben, ist den Forschungen des jungen Historikers Niklas Rafetseder zu verdanken. Der Geschichtsunterricht über die Stadt Wien muß jedenfalls neu gedacht werden“, unterstrich Bürgermeister Michael Ludwig.

„Die neue Erkenntnis über das erste Stadtrecht Wiens ist das Ergebnis der konstruktiven wissenschaftlichen Zusammenarbeit von Wien Museum und Universität Wien und der damit einhergehenden Bündelung von Forschungsinteresse und Expertise. Die Möglichkeiten der Digitalisierung spielten dabei auch eine entscheidende Rolle. Digitalisierung ist heute das Fundament für wissenschaftliche Forschung, sie ermöglicht neue, ortsungebundene Ergebnisse über alle Grenzen hinweg“, so Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler.

„Die Forschungen zum römischen Wien bauen auf wissenschaftlichen Arbeiten zahlreicher Persönlichkeiten auf. Seit über 100 Jahren wurde in Wissenschaftskreisen das Stadtrecht Vindobonas vermutet, nun konnte endlich der Beweis erbracht werden. Doch wer dachte schon, daß das ‚missing link‘ in unseren eigenen Depots immer so nahe war? Dies zeigt, wie wichtig die Erforschung der eigenen Sammlungen ist“, sagte Michaela Kronberger, Kuratorin des Wien Museums.

Nur privilegierte Gemeinden im römischen Reich bekamen das vom Kaiser vergebene Stadtrecht und durften sich danach Munizipium oder Colonia nennen. Es regelte die institutionelle Ordnung wie Ämter und Stadtrat, die Rechtsprechung, die politische Leitung durch eine Klasse von angesehenen Bürgern und die Administration, von der Steuererhebung bis zum Brandschutz und zur Straßenreinigung. Die zehn oder mehr Bronzetafeln, jeweils zirka wohl 90 x 60 cm groß, wurden im Forumsbereich öffentlich ausgestellt. Und in der Regel für die spätklassische Metallverarbeitung wieder eingeschmolzen. Das Stadtrechtsfragment von Vindobona hat sich durch Zufall erhalten.

„Die Entdeckung des Fragments zeigt neuerlich, daß die römischen Städte entlang der Donau, obschon in der äußersten Peripherie des Reiches gelegen, nach demselben Muster und nach denselben rechtlich-politischen Grundsätzen organisiert waren wie jene der Kernländer des Reiches (Italien, Hispanien etc.). Die Urbanisierung der unterworfenen Gebiete und die Verleihung des Stadtrechts waren zentrale Elemente des auf Integration und Nivellierung der anfänglichen Unter-



Vindobona, Römische Siedlungsbereiche

schiede ausgerichteten Herrschaftssystems Roms“, erklärte Fritz Mitthof, Professor für Römische Geschichte, Universität Wien.

Der Status von Wien als römische Stadt, der bis jetzt immer nur vermutet wurde, kann nun als sehr sicher gelten, und wird auch demnächst in der Fachzeitschrift TYCHE des Instituts für Alte Geschichte, Altertumskunde, Papyrologie und Epigraphik der Universität Wien (Verlag Holzhausen Wien) veröffentlicht. Peer-Reviewer und Herausgeber haben die Richtigkeit von Niklas Rafetseders wissenschaftlichen Rückschlüssen bereits bestätigt.

„Es sind aus dem römischen Reich nur wenige Stadtrechte überliefert worden, da diese Art der Urkunde auf Bronze geschrieben worden ist. Dieses Material war begehrt und wurde daher im Laufe der Geschichte immer wieder eingeschmolzen, um es anderwärts zu verwenden. Deswegen werden Texte auf Bronze sehr selten gefunden. Das macht den Fund noch sensationeller“, konstatierte Franziska Beutler, Institut für Alte Geschichte und Altertumskunde, Papyrologie und Epigraphik.

Niklas Rafetseder

Geboren 1991, ist er im Raum Amstetten aufgewachsen. 2010 Lehramtsstudium Latein und Geschichte an der Universität Wien, seit 2015 Dissertation über das Römische Stadt-

recht bei Professor Mitthof, Institut für Alte Geschichte, Altertumskunde, Papyrologie und Epigraphik der Universität Wien, und Loredana Cappelletti, Institut für Römisches Recht und Antike Rechtsgeschichte der Universität Wien. Im Juni 2019 wurde die Dissertation mit dem Theodor-Körner-Förderpreis ausgezeichnet. 2017/2018 Mitarbeit am Institut für Römisches Recht am FWF-Projekt zur Munizipalisierung des Antiken Siziliens. Seit Herbst 2018 Latein- und Geschichtslehrer am Gymnasium Waidhofen/ Ybbs.

Stadtschichtkarte Wien

Seit rund 100 Jahren ist es die Hauptaufgabe der Stadtschichtkarte Wien, die Vergangenheit der Bundeshauptstadt archäologisch zu erforschen. Damals begann man, archäologische Objekte systematisch zu verwahren und die Fundzusammenhänge vor Ort zu dokumentieren. Im Lauf der Jahrzehnte ist so ein dichtes Netz an archäologischen Informationen entstanden, das Auskunft über die Besiedelung des Wiener Raums vom 6. Jahrtausend v. Chr. bis zur Gegenwart gibt.

Die umfangreiche archäologische Sammlung des Wien Museums umfaßt bislang rund 150.000 Objekte, die im Zuge des Umbaus der Stadt seit dem späten 19. Jahrhundert geborgen wurden.

<https://stadtschichtkarte.at/>
<https://www.wienmuseum.at/>

»Die« Autofahrer gibt es nicht

Bereits jeder 3. Autofahrer fährt heute Strecken mit Bahn statt wie früher mit Auto, jeder 4. mit Fahrrad statt Auto

Die „Autofahrer gibt es nicht, die Unterschiede im Mobilitätsverhalten der Autofahrenden sind groß, wie eine vom Verkehrsclub Österreich VCO beauftragte repräsentative Umfrage des Instituts Integral zeigt. Ein Viertel der Autofahrenden fährt selten mit dem Auto. In der Gruppe der Vielfahrenden gibt es wiederum zu je einem Viertel Öffi-affine sowie Radfahr-affine Autofahrer. Ein Drittel jener, die häufig Autofahren, möchten heuer mehr Alltagswege zu Fuß gehen. Nur 11 % der Autofahrer nutzen nie öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad. Der VCO fordert mehr Bahn- und Busverbindungen, den Ausbau der Rad-Infrastruktur und eine bessere Verknüpfung der verschiedenen Mobilitätsangebote.

„Österreichs Autofahrerinnen und Autofahrer sind eine sehr heterogene Gruppe, was ihr Mobilitätsverhalten betrifft“, faßt VCO-Experte Michael Schwendinger ein Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Instituts Integral zusammen. 80 % von Österreichs Bevölkerung ab 17 Jahren lenken zumindest gelegentlich ein Auto, 20 % nie.

Von der Gruppe der Autofahrenden nutzt ein Viertel das Auto selten, drei Viertel mehrmals die Woche. Auch in der Gruppe jener, die häufig ein Auto lenken, sind viele vielfältig mobil. Eine Gruppe ist Radfahr-affin: 25 % der viel Autofahrenden legen mehrmals im Monat oder öfters Alltagswege mit dem Fahrrad zurück, weitere 25 % fahren zumindest gelegentlich im Alltag Rad und weitere 13 % radeln ausschließlich in der Freizeit, etwa zum Sport. Eine weitere Gruppe der häufig Autofahrenden ist Öffi-affin: 22 % nutzen mehrmals im Monat oder häufiger öffentliche Verkehrsmittel, weitere 44 % zumindest gelegentlich.

„Österreich kann seine Klimaziele nur erreichen, wenn künftig weniger mit dem Auto gefahren wird. Eine große Gruppe der Autofahrenden ist grundsätzlich bereit, mehr Strecken mit Bahn, Bus, Fahrrad oder zu Fuß zurückzulegen. Dort, wo es gute klimaverträgliche Mobilitätsangebote gibt, braucht es Anreize, damit diese mehr genutzt werden. Und wo Angebote mangelhaft sind, sind sie rasch zu verbessern“, stellt Schwendinger fest. Jeder dritte häufig Autofahrende möchte heuer mehr Alltagswege zu Fuß



gehen, jeder Vierte möchte häufiger aufs Fahrrad umsteigen und jeder sechste häufiger mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren.

Schon heute legt ein Drittel der Autofahrenden Strecken mit der Bahn zurück, die früher mit dem Auto gefahren wurden. Der VCO ließ auch die Gründe für den Umstieg erfragen: Die wichtigsten waren ein verbessertes Angebot der Bahn, kürzere Fahrzeit, verbesserte Öffi-Verbindungen zum Bahnhof sowie geringere Kosten der Bahn. Ein Viertel der Autofahrenden ist auf einzelnen Strecken aufs Fahrrad umgestiegen. Hier waren ausschlaggebende Gründe eine verbesserte Rad-Infrastruktur und, daß das Ziel mit dem Fahrrad schneller erreichbar ist. Über 80 % jener, die vom Auto auf das Fahrrad umgestiegen sind, sehen als Vorteile, daß Radfahren Spaß macht, gesund ist und die Fitness verbessert.

Auf die Frage, ob von den zuletzt gemachten Autofahrten, auch vermeidbare dabei waren, antwortete jede vierte Person mit „viele bis alle“ und jede dritte mit „zumindest ein paar“. Nur 38 % gaben an, daß es keine Alternative zum Auto gab. Auch von den in kleinen Orten Wohnenden sagten we-

niger als die Hälfte (45 %), daß alle Autofahrten unvermeidbar gewesen wären.

Von den 62 %, die vermeidbare Autofahrten hatten, sind drei Viertel zum Umsteigen bereit. Als nötige Maßnahmen wurden am häufigsten mehr öffentliche Verkehrsangebote (auch am Abend), eine kürzere Fahrzeit im Öffentlichen Verkehr und günstigere Tickets genannt.

Daß viele gerne seltener Autofahren würden, zeigt ein weiteres Ergebnis. Der Aussage „manchmal bin ich vom Auto abhängig, obwohl ich den Weg gerne anders zurücklegen würde“ stimmten 27 % voll zu und weitere 31 % eher zu. Und jeder sechste Autofahrer meint, bereits im Jahr 2025 kein eigenes Auto mehr zu besitzen, in den Städten mit über 50.000 EinwohnerInnen sogar jeder fünfte.

Der VCO fordert die rasche Umsetzung der Regierungspläne, das öffentliche Verkehrsangebot in den Regionen und in den Ballungsräumen zu verbessern. Besonders groß ist der Aufholbedarf bei der Radinfrastruktur und der Verknüpfung von Fahrrad und Öffentlichen Verkehr.

<https://www.vcoe.at/>

Eisbären-Nachwuchs im Tiergarten Schönbrunn

Am 9. November 2019 ist das Eisbären-Weibchen Nora zum ersten Mal Mutter geworden – 20.964 Namensvorschläge sind für das Eisbären-Mädchen eingelangt, die Kleine heißt »Finja«

Der Tiergarten Schönbrunn freut sich über Nachwuchs bei den Eisbären. Am 9. November 2019 ist das Weibchen Nora zum ersten Mal Mutter geworden. „Nora kümmert sich fürsorglich um ihr Jungtier. Die Sterblichkeitsrate bei Eisbärenbabys im Freiland ist hoch. Deshalb drücken wir die Daumen, daß alles gut geht“, so Tiergarten-direktorin Dagmar Schratter damals. Nora und ihr Jungtier befanden sich in einer Wurf-nische in der Innenanlage der Eisbärenwelt, wo sie völlig ungestört waren. Schratter: „Wir beobachten die Aufzucht über eine Videoka-mera. So können wir die Entwicklung des Kleinen mitverfolgen.“

Im Frühjahr haben sich Nora und Ranzo mehrfach gepaart. Ob die Paarungen erfolg-reich waren, blieb ungewiß. Einzig die Tat-sache, daß sich Nora die Schlafbox mit Ran-zo plötzlich nicht mehr teilen wollte, war ein mögliches Anzeichen. Eisbären-Männchen sind an der Aufzucht auch im Freiland nicht beteiligt. Deshalb wurde Ranzo abgetrennt, war aber weiterhin für die BesucherInnen auf der Anlage zu sehen.

Geboren wurden Zwillinge. Das zweite Jungtier ist noch am Tag der Geburt verstor-ben. Erstgebärende müssen bei der Aufzucht erst Erfahrung sammeln, mit Zwillingen sind sie meist überfordert. Die letzte Aufzucht bei Eisbären in Schönbrunn, die Zwillinge Ark-tos und Nanuq, liegt 12 Jahre zurück. 2011 gab der Zoo den letzten Eisbären ab, um mit den Arbeiten an einer neuen Anlage zu be-ginnen. 2014 wurde die Eisbärenwelt eröff-net.

Bei der Geburt sind Eisbären etwa ein halbes Kilogramm schwer und so groß wie ein Meerschweinchen. Die Jungtiere kom-men blind und fast nackt zur Welt. „Mittler-weile ist das Jungtier bereits doppelt so groß wie bei der Geburt. Auf den Videoaufnah-men sieht man, daß es brav trinkt“, freute sich Schratter im weiteren Verlauf. Das Ge-schlecht des Jungtieres war damals noch nicht bekannt. Nora kümmerte sich rund um die Uhr um ihren Nachwuchs und hielt ihn warm. Das Kleine hatte nur drei Beschäftigungen:



Foto: Tiergarten Schönbrunn

Im Polardom der Eisbärenwelt gab es einen Bildschirm, der Videos aus der Wurfbox zeigte.

schlafen, trinken und mit seiner Mutter kuscheln. Um die BesucherInnen an der Auf-zucht teilhaben zu lassen, gab es im Polar-dom der Eisbärenwelt einen Bildschirm, der Videos aus der Wurfbox zeigte.

Exakt 20.964 Namensvorschläge sind für das Eisbären-Mädchen im Tiergarten Schön-brunn eingelangt. Am Welteisbärentag, dem 27. Feber, stand fest: Die Kleine heißt „Finja“ heißen. „Wir freuen uns sehr über das enor-me Interesse und möchten uns herzlich für alle Vorschläge bedanken. Da waren einige Extraschichten nötig, um alle Vorschläge zu sichten. Wir haben nicht mit so vielen ge-rechnet“, zeigt sich der neue Tiergartendi-rector Stephan Hering-Hagenbeck überwäl-tigt (Dagmar Schratter ging Ende 2019 in Pension, Anm.). Das Tierpfleger-Team hatte sich die Wahl nicht leicht gemacht. „Wir haben uns schlussendlich für ‚Finja‘ ent-schieden, weil der Name einen schönen Klang hat und gut zu den Namen der Eltern Nora und Ranzo paßt. ‚Finja‘ bedeutet die Weiße und Schöne, was natürlich auf unser Eisbären-Mädchen sehr zutreffend ist“, erklärte Tier-pflegerin Alessa Esau.

Während viele über einen passenden Na-men gegrübelt haben, hat das Eisbären-Mäd-chen große Fortschritte gemacht. Esau: „Finja ist schon richtig abenteuerlustig und

hält ihre Mutter auf Trab. Es macht großen Spaß, sie zu beobachten.“ Das Eisbären-Mädchen hat sichtlich bereits Fans in aller Welt. Die Namensvorschläge kamen nicht nur aus ganz Österreich, sondern beispie-lsweise auch aus Deutschland, Japan, Estland und den USA. Gefühlt das ganze Internet wurde nach passenden nordischen Namen durchforstet. Wie viele Gedanken sich die BesucherInnen gemacht haben, zeigen die teils sehr ausführlichen Begründungen. Oft reichten Eltern die Vorschläge für ihre Kin-der ein, auch Altersheime, Vereine und zahl-reiche Schulklassen beteiligten sich an der Namensuche.

Als der Tiergarten Schönbrunn die freu-dige Nachricht vom Eisbären-Nachwuchs verkündete, war Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig einer der ersten Gratulanten auf der Facebook-Seite des Zoos. Am 2. März übernahm er die Pa-tenschaft für das herzige Eisbären-Mädchen Finja. „Eisbären sind zu einem Symbol des Klimawandels geworden. Die größte Bedro-hung stellt die globale Erderwärmung dar. In ihrer Heimat, der Arktis, schmilzt ihnen das Eis unter den Pfoten weg“, so der Bürger-meister. „Ich möchte mit meiner Patenschaft für das Eisbären-Mädchen Finja auch ein Zeichen setzen, um die hohe Bedeutung und

Chronik

Dringlichkeit des Klimaschutzes in Erinnerung zu rufen.“

Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck überreichte dem Bürgermeister die Patenschaftsurkunde und ein hübsch gerahmtes Foto von Finja für dessen Schreibtisch im Rathaus. Auf Tipp des Tierpfleger-Teams hatte Ludwig auch ein schmackhaftes Geschenk für Finja und ihre Mutter Nora mit: einen Korb voller Salatköpfe und knackiger Karotten vom Wiener Marktamt. Zusammen mit einem Eisblock mit Makrelen stellte dies eine schmackhafte Überraschung zu diesem besonderen Anlass dar. „Finja trinkt zwar noch vor allem Muttermilch, aber sie lernt bereits spielerisch Futter kennen. Sie knabbert gerne an Salat und Karotten. In etwa zwei Monaten, wenn Finja ein halbes Jahr alt ist, wird sie schon richtig beim Futter ihrer Mutter mitfressen“, erklärte Hering-Hagenbeck. Er bedankte sich beim Bürgermeister für die wertvolle Unterstützung des Tiergartens und hieß ihn in der Patenfamilie des Tiergartens mit über 400 TierpatInnen herzlich willkommen. Ludwig: „Dem globalen Klimawandel entgegenzutreten, ist die Herausforderung unserer Zeit. Das geht nur in internationaler Zusammenarbeit. Wir in Wien arbeiten schon seit mehr als 20 Jahren an unserem konsequenten Klimaschutzprogramm. So konnten wir die CO₂-Emissionen bereits um 34 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren. Bis 2050 senken wir den CO₂-Ausstoß pro Kopf um 85 Prozent. Wir leisten damit unseren Beitrag, um den Weiterbestand dieser wunderbaren Tiere zu sichern.“ Dem Tiergarten streute er Rosen: „Der Tiergarten Schönbrunn ist nicht nur der älteste Zoo der Welt, sondern auch einer der modernsten, der weltweit als Vorzeigebispiel gilt. Finja, ihre Eltern Nora und Ranzo und die vielen, vielen anderen Zoo-Bewohner fühlen sich hier sichtlich wohl. Und selbstverständlich möchte ich dem gesamten Team – von den Tierpflegerinnen und Tierpflegern bis zum Direktor Dr. Stephan Hering-Hagenbeck – hiermit noch einmal sehr herzlich zum Nachwuchs gratulieren.“

Die Eisbärenwelt bietet den Tieren jede Menge Abwechslung. Auf das Jungtier wartet eine erlebnisreiche Zeit mit vielen Abenteuern. „Für das Jungtier ist alles neu und es gilt mit der Zeit, alles zu entdecken, wie Felsen, Wasserbecken, Wiesenbereiche und Baumstämme. Die Mutter gibt ihm dafür die nötige Sicherheit und bringt ihm Schritt für Schritt alles bei, was ein kleiner Eisbär können muß“, sagt Tierpflegerin Alessa Esau. ■

<https://www.zoovienna.at/>



Fotos: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Die besten Restaurants Österreichs

Falstaff Restaurantguide 2020: Platz 1 teilen sich gleich drei Restaurants: 99 Punkte gibt es für »Steirereck«, »Obauer« und »Landhaus Bacher«.



Foto: Falstaff Verlags GmbH / APA-Fotoservice / Ludwig Schedl

Die Bundeslandsieger und Gastgeber des Falstaff Restaurantguide 2020

Mit über 250.000 Bewertungen von 19.000 Mitgliedern des Falstaff Gourmetclubs wurde der Falstaff Restaurantguide 2020 zusammengestellt. Das „Steirereck“ hat dabei seine alleinige Führungsposition verloren und teilt sich den Österreich-Sieg nun mit den Obauer-Brüdern und dem „Landhaus Bacher“. Alle drei kommen auf 99 Punkte und bilden die qualitative Spitze der 1.750 Restaurants, die im neuen Guide beschrieben und bewertet wurden.

Bei der Präsentation der 13. Auflage des Falstaff Restaurantguides am 2. März gab es einige handfeste Überraschungen: Für die Neueröffnung des Jahres wurde der Israeli Eyal Shani für sein Restaurant „Seven North“ ausgezeichnet. Über den begehrten Titel „Gastronom des Jahres“ darf sich Florian Weitzer freuen, der nicht nur mit seinen Hotels für verlässliche Qualität mit Innovationskraft sorgt, sondern auch mit seinem Restaurant „Meissl und Schadn“, das neben dem Standort in Wien bald auch in der Salzburger Getreidegasse aufsperrt. Bestes Wiener Beisl ist „Schreiners Gastwirtschaft“ und

den Premieren-Preis für den „Grätzl-Pionier des Jahres“ sichert sich Heidi Ratzinger (vormals Neuländtner) mit der „Wirtschaft am Markt“ in Wien Meidling.

Für das beste Service des Jahres wurde Joachim Kroboth vom „Guesthouse Vienna“ ausgezeichnet. Die begehrte Trophäe für das Lebenswerk wurde an Josef Zauner von der Konditorei Zauner in Bad Ischl überreicht. Erwin Schwarz vom „Gasthaus Schwarz“ in Nöhagen im Waldviertel freute sich über den Titel „Bestes Landgasthaus des Jahres“. Der Titel „Sommelier des Jahres“ geht heuer an zwei Avantgardisten der Weinszene, an Markus Gould und Robert Brandhofer vom „Heunisch & Erben“. Auch der beste internationale Botschafter ist anerkannter Sommelier und Gastronom: Gerhard Retter sorgt seit vielen Jahren mit Restaurants wie der „Fischerklaue am Lütjensee“ oder dem „Cordo“ in Berlin für hochwertige und erfrischende Kulinarik mit österreichischen Wurzeln. Der Preis für „Nachhaltigkeit & Innovation curated by Vöslauer“ geht dieses Jahr an die Familie Rachinger mit ihrem „Mühl-

talhof“ in Oberösterreich. Der erstmals vergebene Award für die „Foodies of the Year“ geht an Dr. Bärbel & Dr. Oliver Reistenhofer und wird mit ihrer Leidenschaft und Expertise für Spitzengastronomie begründet.

Generell hat die Qualität der Top-Restaurants im Land weiter zugenommen. Die durchschnittliche Bewertung ist hoch wie noch nie. Falstaff-Herausgeber Wolfgang Rosam kommentiert die Ex-aequo-Wertung von Steirereck, Obauers und Landhaus Bacher folgendermaßen: „Auch wenn das ‚Steirereck‘ einen Punkt wegen der Weinkarte verloren hat, wird im Stadtpark auf unglaublich hohem Niveau gekocht. Die Brüder Obauer und Thomas Dorfer vom ‚Landhaus Bacher‘ sind wegen ihrer unglaublichen Konstanz und Qualität aber würdige Ex aequo-Sieger in Österreich.“

„Die Parameter, nach denen Qualität bewertet wird, haben sich in den letzten Jahren sehr gewandelt: Nachhaltigkeit und Innovation sind dabei enorm wichtig geworden. Mit dem Vöslauer Falstaff Award für Nachhaltigkeit & Innovation wird in diesem Jahr

Gastronomie & Kulinarisches

zum zweiten Mal ein Gastronom ausgezeichnet, für den Nachhaltigkeit wirklich normal ist und der sein innovatives Konzept konsequent und kompromißlos umsetzt. Wir gratulieren Philipp und Helmut Rachinger“ so Birgit Aichinger, Geschäftsführerin von Vöslauer Mineralwasser.

Die Höchstwertungen national

1. Steirereck: 99 Falstaff-Punkte
1. Landhaus Bacher: 99 Falstaff-Punkte
1. Obauer: 99 Falstaff-Punkte
2. Amador: 98 Falstaff-Punkte
2. Mraz & Sohn: 98 Falstaff-Punkte
2. Rote Wand Chef's Table im Schualhus: 98 Falstaff-Punkte
2. Saag: 98 Falstaff-Punkte
3. Döllner: 98 Falstaff-Punkte
3. Ikarus Hangar-7: 98 Falstaff-Punkte
3. Paznauner Stube Trofana Royal: 98 Falstaff-Punkte

Alle genannten Betriebe sind mit vier Gabeln ausgezeichnet. Die Reihung ergibt sich aus der Gesamtpunktzahl. Bei Gleichstand entscheidet noch zusätzlich die Küchenwertung.

Die Bundesland-Sieger

- Wien: Steirereck: 99 Falstaff- Punkte
- Niederösterreich: Landhaus Bacher: 99 Falstaff-Punkte
- Burgenland: Gut Purbach: 95 Falstaff-Punkte
- Oberösterreich: Bootshaus Restaurant: 96 Falstaff- Punkte
- Steiermark: Die Weinbank – Restaurant: 97 Falstaff- Punkte
- Kärnten: Seerestaurant Saag: 98 Falstaff-Punkte
- Salzburg: Obauer: 99 Falstaff-Punkte
- Tirol: Paznauner Stube: 98 Falstaff-Punkte
- Vorarlberg: Rote Wand Chef's Table im Schualhus: 98 Falstaff-Punkte

Die Sonderpreise

- Lebenswerk: Josef Zauner (Konditorei Zauner, Bad Ischl)
- Eröffnung des Jahres: Seven North (Wien)
- Gastronom des Jahres: Florian Weitner (div. Hotels & Restaurants)
- Bester internationaler Botschafter: Gerhard Retter (Cordo Berlin)
- Bester Service des Jahres: Joachim Kroboth (The Guesthouse Vienna)
- Bestes Wiener Beisl: Schreinners Gastwirtschaft



Stellvertretend für die Ausgezeichneten (v.l.): Falstaff-Herausgeber Wolfgang Rosam, Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger, Margarethe und Heinz Reitbauer vom Steirereck und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig



v.l.: Vöslauer-Chefin Birgit Aichinger, der für sein Lebenswerk ausgezeichnete Josef Zauner, Falstaff-Herausgeber Wolfgang Rosam und Schauspieler Peter Simonischek



Unter den Gästen: Schauspielerin Kristina Sprenger und Schauspieler Peter Weck

Alle Fotos: Falstaff Verlags GmbH / APA-Fotoservice / Ludwig Schedl

- Sommelier des Jahres: Markus Gould und Robert Brandhofer (Heunisch & Erben, Wien)
- Nachhaltigkeit & Innovation curated by Vöslauer: Mühlthof (Neufelden, OÖ)

Erstmals vergebene Kategorien

- Grätzl Pionierin des Jahres: Heidi Rat-zinger (Wirtschaft am Markt, Wien)
- Bestes Landgasthaus: Gasthaus Schwarz (Nöhagen, NÖ)
- Foodies of the Year: Dr. Bärbel & Dr. Oliver Reistenhofer

Die besten Neueinsteiger

1. Weyerhof (Salzburg): 91 Falstaff- Punkte
2. Rudolfshöhe (Salzburg): 91 Falstaff- Punkte
3. Saziani G'wölb (Steiermark): 89 Falstaff- Punkte
3. Fortino (Oberösterreich): 89 Falstaff- Punkte
4. Beef Club (Tirol): 89 Falstaff- Punkte
5. Fritz & Friedrich (Salzburg): 88 Falstaff- Punkte
5. Mayer & Freunde (Wien): 88 Falstaff- Punkte
5. Wirtschaft am Markt (Wien): 88 Falstaff- Punkte
6. Herzig (Wien): 88 Falstaff- Punkte
6. Tiroler Wirtshaus (Tirol): 88 Falstaff- Punkte

Wo gibt es den Guide?

Ab sofort ist der Falstaff Restaurantguide im Buch- und Zeitschriftenhandel und online zum Preis von € 9,90 erhältlich. Alle Bewertungen sind auch in der kostenlosen Falstaff Restaurantguide-App nachzulesen.

Über den Falstaff Verlag

Falstaff ist mit einer Auflage von ca. 140.000 Stück das größte Magazin für kulinarischen Lifestyle im deutschsprachigen Raum. falstaff.at ist das reichweitenstärkste Wein- und Genußportal Österreichs und verzeichnet pro Monat rund 800.000 Besuche und 2,5 Millionen Seitenaufrufe (laut unabhängiger ÖWA-Messung, Dezember 2019). Die Falstaff-Genußdatenbank umfaßt über 100.000 Weine mit Bewertungen, 15.000 Restaurants, 2.700 Hotels, 1.000 Cafés, die besten Bars Österreichs und über 2.000 Vinotheken. Auch auf dem Social-Media-Sektor ist Falstaff führend und kann auf eine lebendige Community mit über 108.000 Facebook-Freunden sowie über 50.000 Instagram-Followern verweisen. ■

<https://www.falstaff.at/guides/>

Ein Ausblick auf den Weinjahrgang 2019

Die Glückszahl der österreichischen Weinwelt scheint die Neun zu sein, „Neuner-Jahrgänge“ fielen auffallend oft besonders gut aus. Diese legendäre Serie setzt 2019 nun fort: Trotz Hitze und Trockenheit zeigen die Weißweine animierende Frische und die Rotweine hervorragenden Tiefgang. Mit 2,3 Mio. hl liegt 2019 mengenmäßig im langjährigen Durchschnitt.

Auf den warmen und niederschlagsarmen Winter 2019, der kaum seinen Namen verdiente, folgte ein wechselhafter Frühling: Der April war erneut sehr warm, während der kälteste Mai seit 1991 viel Regen mit sich brachte und die Entwicklung der Reben bremste; Spätfröste blieben zum Glück überall aus. In der Nachbetrachtung war diese feuchte Periode zweifellos ein Glücksfall, denn sie trug entscheidend dazu bei, daß die Rebkulturen die heißen Sommermonate unbeschadet überstanden. Letzten Endes trug sie auch zu einer merklich anderen Aromatik als im Vorjahr bei, in dem dieses „Wasserreservoir“ nicht vorhanden war. Die Reblüte setzte zu einem üblichen Zeitpunkt ein und verlief bei günstiger Witterung, sodaß sich Ausfälle durch Verrieseln in engen Grenzen hielten.

Der Sommer begann bereits mit dem wärmsten und trockensten Juni seit Beginn der Messungen und setzte sich mit einem beinahe ebenso heißen Juli und August fort, wobei die Hitzewellen nicht so extrem waren wie 2017 und 2018.

Ab Ende August setzte eine kühlere Periode ein, die vor allem auch angenehm kühle Nachttemperaturen mit sich brachte, welche ebenfalls positive Auswirkungen auf Fruchtaromen und Säurestruktur der Weine hatten. Der Herbst verlief sehr mild und ausgeglichen, sodaß die Hauptlese planmäßig und ohne Hektik erfolgen konnte, zumal auch längere Regenfälle ausblieben. Das Traubengut war in allen Weinbaugebieten vollreif und in perfektem Gesundheitszustand, da aufgrund der vorangegangenen hohen Temperaturen und Trockenheit kaum Pilzinfektionen bzw. Fäulnisdruck aufgetreten waren.

Für sämtliche Weißweinsorten sind eine animierende Frische und ein strahlend klares Fruchtspiel prägend, zu dem sich überdies eine für ein derart warmes Jahr durchaus markante Säurestruktur gesellt. Bereits im frühen Stadium waren den Weißweinen

dementsprechend eine selten anzutreffende Eleganz und Harmonie zu eigen.

Die niederösterreichische Leitsorte Grüner Veltliner fiel so sortentypisch und multidimensional aus wie schon lange nicht – zum charakteristischen Pfefferl und der tabakigen Würze kommen heuer ausgeprägte Fruchtaromen hinzu, die auch schon den leichteren Varianten viel Spannkraft und Ausdruck verleihen. Die Rieslinge sind in ihren Hochburgen von der Wachau über das Kamptal und Kremstal bis zum Wiener Nußberg ungemein saftig und fruchttief geraten, und dies bei durchaus rassigem Säuregerüst.

Nahezu Gleiches läßt sich von den burgenländischen Appellationen behaupten, wo etwa rund um das Leithagebirge sehr fest strukturierte wie aromatisch ausgereifte Weißburgunder und Chardonnays gekeltert wurden. Zudem ist der Alkoholgehalt im Vergleich zu manchen Vorjahren eher moderat.

Auch die steirischen Winzer erfreuen sich an einem ausgezeichneten Weinjahr, in dem sich die Weine frühzeitig in einem perfekten Gleichgewicht zu befinden scheinen. Ihre gerühmten Sauvignons und Muskateller begeistern mit Fruchtlichkeit, ohne in irgendeiner Weise aufdringlich oder einseitig zu erscheinen. Ebenso haben die immer mehr geschätzten einheimischen Spezialitäten wie der Rote Veltliner, Rotgipfler, Zierfandler und Furmint sowie der nach wie vor im Aufwind befindliche Wiener Gemischte Satz von den erwähnten optimalen Voraussetzungen schmeckbar profitiert.

Bei den unvermeidlichen, vergleichenden Jahrgangsprognosen werden des Öfteren 2017 und 2015 genannt, die jedoch vielleicht teilweise etwas kräftiger geraten waren, aber auch 2009, 1999 und 1979 werden zuweilen apostrophiert – lebt die Neuner-Legende also weiter? Einigermassen gesichert scheint jedenfalls die zu erwartende lange Lagerfähigkeit des aktuellen Jahrgangs zu sein, was er wiederum mit den eben zitierten Weinjahren gemeinsam hätte.

Der Ausblick auf den ebenso hoch einzuschätzenden Rotweinjahrgang: Alles in allem sind ebenso strukturierte wie standfeste Rotweine voll Tiefgang und Vielschichtigkeit vorauszusagen, die an große Rotweinjahre à la 2011, 2015 und 2017 nahtlos anschließen sollten.

<http://www.oesterreichwein.at/>

Großer Diagonale-Schauspielpreis 2020 für Ursula Strauss

Im Rahmen der Festivaleröffnung am 24. März vergibt die Diagonale'20 bereits zum dreizehnten Mal den Großen Diagonale-Schauspielpreis für Verdienste um die österreichische Filmkultur.

Wo es was zu spielen gab, habe ich gespielt. Bei den Pfadfindern, bei der Jungschar, beim Fasching war ich immer vorn dabei. [...] Ich wußte, daß ich das gefunden habe, was ich machen wollte. Das war irre. Überwältigend.“ Mit diesen Worten skizzierte Ursula Strauss ihre Haltung zu ihrer im besten Sinne als Berufung verstandenen Profession 2019 in einem „Falter“-Interview.

Mit dem Großen Diagonale-Schauspielpreis für Verdienste um die österreichische Filmkultur würdigt die Diagonale Ursula Strauss für ihr über die Maßen beständiges und hochgradig vielfältiges Wirken. Nach 2008 und 2016 ist es die dritte Auszeichnung im Rahmen des Festivals des österreichischen Films: „Ursula Strauss kreiert mit ihrer unaufgeregten Präsenz emotionale, authentische, humorvolle Figuren aus Fleisch und Blut, die berühren, aufregen und Spuren hinterlassen. Seit nunmehr fast 20 Jahren ist sie eine nicht wegzudenkende Konstante des österreichischen Filmschaffens. Scheinbar mühelos erschafft sie Menschen, mit denen sich das Publikum identifizieren kann. Es ist uns eine große Freude, sie mit diesem wunderbaren Preis auszuzeichnen“, so die Jury in einem ersten Statement zum Großen Diagonale-Schauspielpreis 2020.

Vom Theater auf den Fernsehschirm

Der Große Diagonale-Schauspielpreis ist für Strauss bereits die dritte Würdigung im Rahmen des Festivals des österreichischen Films. 2008 erhielt sie für ihre Darstellung im oscarnominierten Drama *Revanche* (R: Götz Spielman, AT 2008), in der sie an der Seite von Johannes Krisch, Andreas Lust und Hanno Pöschl brillierte, zum ersten Mal den Diagonale Schauspielpreis. „An einer Schauspielerin kommt man in diesem Jahr nicht vorbei. Sie ist in drei Filmen [Ein halbes Leben (R: Nikolaus Leytner, AT/DE 2008), *Krankheit der Jugend* (R: Andrina Mracnikar, Peter Brunner, Karl Bretschneider, Henning Backhaus, Stefan Brunner, AT 2007) und eben *Revanche*] zu sehen und bie-



Foto: Diagonale / Mirjam Raneburger

Schauspielerin Ursula Strauss bei der Diagonale'16 Preisverleihung

tet überaus unterschiedliche Auftritte. Sie schafft es mit ein paar Gesten, wenigen Sätzen, einer Kopfbewegung, eine junge Frau einprägsam vorzustellen. [...] Uns Jurymitgliedern war ein Moment in diesem Film besonders: als sie nämlich der Geschichte mit einem kurzen Satz eine neue Richtung zu geben scheint – eine überraschende Wendung erzwingt – aus dem Mäuschendasein der Figur plötzlich eine aktiv handelnde Frau macht“, so die Jury 2008 im Zusammenhang mit der Würdigung für einen bemerkenswerten Auftritt einer österreichischen Schau-

spielerin in einem Diagonale-Wettbewerbsfilm.

Für ihre Rolle in Mirjam Ungers Spielfilm *Maikäfer flieg!* (AT 2016), der Christine Nöstlingers gleichnamigem Roman nachempfunden ist und die Diagonale'16 eröffnete, wurde Ursula Strauss abermals mit dem Diagonale-Schauspielpreis bedacht. „Ursula Strauss spielt die resolute Mutter in *Maikäfer flieg!* so natürlich, daß man ihr Spiel gar nicht als Spiel wahrnimmt. Sie geht so in dieser Rolle auf, daß sie uns die historische Barriere zum Stoff vergessen läßt. Ihre Kör-

Personalia

perlichkeit und ihre Sprache verwurzeln uns in dieser Zeit. Die akribische Vorbereitung auf diese Rolle läßt sie sich in keiner Minute anmerken. Das ist hohe Schauspielkunst mit enormer Leichtigkeit und Präzision“, hielt die Jury 2016 fest.

Ursula Strauss wurde 1974 im niederösterreichischen Melk geboren. Nach der Matura zog sie nach Wien und besuchte dort die Schauspielschule am Volkstheater. Es folgten Theaterengagements an renommierten Bühnen wie dem Theater in der Josefstadt, dem Ensembletheater und dem Wiener Volkstheater. Ihre ersten großen Kinorollen verkörperte Strauss in Barbara Alberts *Böse Zellen* (AT 2003) und zwei Jahre darauf in Jörg Kalts weithin beachteten *Crash Test Dummies* (AT 2005). Das Drehbuch des Spielfilms wurde 2005 im Rahmen der Diagonale mit dem Thomas Pluch Drehbuchpreis ausgezeichnet. Weitere prämierte Produktionen, an denen Strauss beteiligt war, sind das mit fünf Frauen in den Hauptrollen besetzte Drama *Fallen!* (R: Barbara Albert, AT 2006), das 2006 in Venedig im Wettbewerb lief sowie der düstere Heimatfilm *Revanche* (R: Götz Spielman, AT 2008). Letzterer wurde 2008 zur Berlinale eingeladen und war 2009 für den Auslandsoscar nominiert. Beide Arbeiten waren beim Festival des österreichischen Films vertreten, ebenso wie 2011 *Vielleicht in einem anderen Leben* (R: Elisabeth Scharang, AT/HU/DE 2010), wiederum mit Ursula Strauss. Von der Erfüllung und dem Scheitern totaler Machtausübung eines erwachsenen Mannes über ein Kind erzählt der Film *Michael* (R: Markus Schleinzer, AT 2011), in dem Strauss in einer Nebenrolle zu sehen war. Schleinzers Spielfilm lief 2011 im Wettbewerb von Cannes und wurde 2012 bei der Diagonale mit fünf Preisen ausgezeichnet. Im Familiendrama *Oktober November* (R: Götz Spielmann, AT 2013) wiederum mimte Strauss die Rolle einer jener beiden Schwestern, die mit dem herannahenden Tod des Vaters kämpfen. Der Film war 2014 bei der Diagonale zu sehen. Ein weiteres Familiendrama drehte Ursula Strauss im Jahr 2015: *Mein Fleisch und Blut* (AT 2016) von Michael Ramsauer. Auf dieses folgte der Eröffnungsfilm der Diagonale '16, *Maikäfer flieg!*.

Der große TV-Durchbruch kam für Strauss mit der Rolle der Kommissarin Angelika Schnell in *Schnell Ermittelt*. Die Serie wurde rasch zu einer der erfolgreichsten Serien des ORF und Ursula Strauss avancierte zum Publikumsliebling. Im Jahr 2016 folgte die Figur der Anna Sacher im



Ursula Strauss als Lena mit Rainer Bock als SS-Hauptsturmführer Rauter in Wolfgang Murnbergers Film Mein bester Feind



Ursula Strauss

Fernsehweiteiler *Das Sacher*, für den Robert Dornhelm Regie führte. Die siebte Staffel *Schnell ermittelt* drehte Strauss im Jahr 2019, im selben Jahr stand sie für den deutschen Spielfilm *Le Prince* von Lisa Bierwirth vor der Kamera. In ihrer Fernsehkarriere arbeitete Ursula Strauss mit Regiegrößen wie Wolfgang Murnberger, Andreas Prochaska, Nikolaus Leytner, Martin Weinhart, Lars Becker und Stefan Krohmer. Die beiden ORF-Miniserien *Aufschneider* und *Altes Geld* brachten sie zudem mit David Schalko zusammen.

In der neuen ORF-Unterhaltungsserie *Wischen ist Macht* sorgt Publikumsliebling Strauss mit ihrem Putztrupp buchstäblich für das reinste Chaos. Die Erstausstrahlung erfolgte im Jänner 2020.

Die in Niederösterreich aufgewachsene Strauss ist vierfache Romy-Preisträgerin. 2012 erhielt sie den Österreichischen Filmpreis. Beim Festival International de Programmes Audiovisuels in Biarritz wurde Strauss 2018 mit dem FIPA d'Or als beste Schauspielerin geehrt. Im Sommer 2018 spielte Strauss die Brunhild in der Uraufführung von Siegfrieds Erben bei den Festspielen Worms und wurde dafür mit dem Mario-Adorf-Preis ausgezeichnet.

Präsidentin, Botschafterin, Bürgerin

Gemeinsam mit Stefan Ruzowitzky steht Ursula Strauss seit 2013 der Akademie des österreichischen Films als Präsidentin vor. Die 2009 gegründete Akademie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Leistungen der heimischen Filmbranche zu fördern und entsprechend zu würdigen sowie deren Anliegen zu kommunizieren und mitzutragen. Doch nicht bloß in dieser Rolle geht Strauss mit ehrenwerthem Engagement voran. Nicht selten nutzt der politisch denkende Publikumsliebbling das Rampenlicht, um das Augenmerk einer breiten Öffentlichkeit auf weit vielfältige Fragen der Kultur- und Gesellschaftspolitik zu lenken. Dabei steht Strauss immerzu und im besten Sinne zwischen den ideologischen Stühlen. Sinnbildlich für ihren weitreichenden Gesellschaftssinn ist auch ihr Bestreben, Kunst und Kultur in die Regionen zu bringen. Mit Wachau in Echtzeit kuratiert Ursula Strauss etwa seit 2012 ihr eigenes Festival in und rund ihre Heimatstadt Melk. ■

<https://www.diagonale.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Ursula_Strauss

Gold für Peter Patzak

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig verlieh dem Filmregisseur, Maler und Autor Prof. Peter Patzak das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Unter den Festgästen befanden sich bei der feierlichen Verleihung im Wiener Rathaus am 17. Februar neben Patzaks Ehefrau Eve Joy auch Vizebürgermeister a.D. Sepp Rieder, Bundesministerin a.D. Hilde Hawlicek, Stadträtin Veronika Kaup-Hasler, Magistratsdirektor Erich Hechtner, Klubvorsitzender David Ellensohn, Gemeinderat Fitz Aichinger, Landtagsdirektor OSR Günther Smutny, Stadträtin a.D. Friedrun Hueber mit Ehemann Peter sowie zahlreiche VertreterInnen aus Kunst und Kultur, darunter Johann Feilacher (Museum Gugging) und Prof. Ulrich Schulenburg (Thomas Sessler Verlag). Für die musikalische Begleitung sorgte das Atlas Quartett.

Er freue sich ganz besonders über die Auszeichnung Patzaks, denn dieser habe „so viele und so vielfältige Spuren in dieser Stadt hinterlassen“, betonte der Bürgermeister.

Der Stadtchef erinnerte daran, daß Patzaks künstlerisch-visuelle Anfänge ins zerbombte Nachkriegs-Wien zurückreichen würden: „Er blickte, wie er öfters erzählt, als Kind durch ein zerbrochenes Fahrrad-Stopplicht wie durch eine Lupe oder ein Monokel, und die gerade Piste der Donau verformte sich zu einer geometrischen Lava.“

Im Detail ging Ludwig auf Patzaks legendären Polit-Thriller „Kassbach“ ein: „Kein anderer Film beschäftigte sich so frühzeitig mit dem Neofaschismus und dessen Verknüpfung mit dem Kleinbürgertum wie dieser. Gerade jetzt, wo wir uns immer häufiger mit rechtsextremen Terroranschlägen konfrontiert sehen, wirkt dieser Film aus dem Jahr 1979 geradezu prophetisch.“

„Kassbach“ müßte öfter gezeigt werden, „und zwar nicht nur im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, sondern auch in Schulen oder in der Erwachsenenbildung“, so Ludwig.

Auch auf die kultige „Kottan ermittelt“-Serie von Patzak ging Ludwig ein: Hier sehe man „fein ziseliert das Wien der Zimmerküche-Kabinett-Wohnungen“. Das wirke auf uns „wie eine Zeitreise durch die Geschichte, denn heute gibt es nur noch 2 Prozent Substandardwohnungen in Wien“.

Die Laudatio auf Patzak hielt Karin Moser von der Universität Wien. Sie würdigte, daß Patzak „große Schritte zur Internationalisierung des österreichischen Films“ gesetzt



Foto: PID

Bürgermeister Michael Ludwig (l.) versicherte Prof. Peter Patzak: „Diese Auszeichnung ist keine fürs Lebenswerk – sondern eine Zwischenermunterung.“



Foto: <http://rdtheek.orf.at/>

Lukas Resetarits war (in den Folgen 6 bis 19) einer der legendären Kottan-Darsteller

habe. Ebenso habe er „die Grenzen der künstlerischen Genres durchbrochen“. Er habe in seinen Filmen „immer gesellschaftspolitisch Position bezogen“ und als Lehrender „sein Wissen stets an junge Filmschaffende weitergegeben“.

Patzak sei ein „Grenzüberschreiter und

Tabubrecher“, ein „Menschenliebhaber und Menschenammler“. Man habe bei Dreharbeiten mit ihm immer viel Spaß – „außer er gewöhnt sich das Rauchen ab oder hält gerade Diät“, so Moser.

Peter Patzak bedankte sich beim Wiener Bürgermeister mit einer berührenden Rede: „Ich bin geehrt durch die Wertschätzung und den Respekt des Landes Wien gegenüber meiner Arbeit und Haltung und will an dieser Stelle deutlich zum Ausdruck bringen, wie groß mein Respekt gegenüber dem Land und der Stadt Wien ist. Als Zeitzeuge darf ich sagen: Hier wurde maßgeblich an den Werten und dem Wohl der Zweiten Republik geschrieben“, so der Filmemacher.

Die Auszeichnung sei für ihn kein Schlußstrich, sondern „eine Aufforderung, Sinn und Wissen weiter zu schärfen und mein Archiv der Erinnerung offen zu halten.“ Er wolle „mit einer neuen filmischen Arbeit, die dieser Stadt gewidmet ist, das Vergessen wieder ins Erleben zaubern. Bitte helfen Sie mir dabei.“ Der Bürgermeister versicherte Patzak: „Diese Auszeichnung ist keine fürs Lebenswerk – sondern eine Zwischenermunterung.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Patzak

Österreichischer Filmpreis 2020

Grafenegg war wieder Schauplatz der Verleihung – LH Mikl-Leitner:
»Filmförderung bringt Win-Win-Situation für alle Beteiligten«



Foto: NLK / Filzwieser

PreisträgerInnen mit den Ehrengästen und Moderatoren bei der Verleihung des Österreichischen Filmpreises im Auditorium in Grafenegg

Zum insgesamt zehnten Mal wurden am 30. Jänner die Österreichischen Filmpreise verliehen – zum vierten Mal fand diese Veranstaltung in Grafenegg statt. Der Preis wurde in 17 Kategorien verliehen, die Gala im voll besetzten Auditorium stand dabei ganz unter dem Motto „Green Filming“.

Grafenegg sei auch ein Repräsentant der Kulturpolitik in Niederösterreich, meinte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner im Interview mit den Moderatoren des Abends, Salka Weber und Markus Schleinzer. Die Filmförderung bringe „eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten“, zeigte sie sich überzeugt: „Wir stärken damit das Profil des österreichischen Films, wir fördern Talente und es entsteht dadurch ein Werbewert mit internationaler Strahlkraft.“

Die nachhaltige Filmproduktion sei in Niederösterreich ein wichtiges Thema, verwies Mikl-Leitner auf die Lower Austrian Film Commission und deren Initiative „evergreen prisma“, eine Plattform, die Erfahrungsaustausch, Informationen und Tipps rund um das Thema nachhaltige Filmproduktion und „Green Filming“ anbietet.

Als Präsidenten der Akademie des Österreichischen Filmes nahmen Schauspielerinnen Ursula Strauss und Regisseur Stefan Ruzowitzky die Begrüßung vor. Anlässlich des

zehnjährigen „Geburtstages“ der Akademie betonte Strauss: „Der Versuch, eine Plattform zu gründen, die die Branche nach innen und nach außen stärkt, hat geklappt.“ Der Preis für den besten Spielfilm ging an „Joy“ von Oliver Neumann, Sabine Moser und Sudabeh Mortezaei. Als bester Dokumentarfilm wurden ex aequo „Erde“ (Michael Kitzberger, Markus Glaser, Wolfgang Widerhofer, Nikolaus Geyrhalter) und „Inland“ (Ulli Gladik) ausgezeichnet. Als bester Kurzfilm wurde „Freigang“ von Martin Winter prämiert. Für die beste Regie erhielt Sudabeh Mortezaei für „Joy“ den Österreichischen Filmpreis, für die beste weibliche Hauptrolle wurde Joy Anwulika Alphonsus („Joy“) auf die Bühne gebeten, für die beste männliche Hauptrolle Tobias Moretti („Gipsy Queen“). Die Preise für den besten Nebenrollen gingen an Pia Hierzegger („Der Boden unter den Füßen“) sowie Josef Hader („Nevrländ“).

Weitere PreisträgerInnen: Sudabeh Mortezaei für das beste Drehbuch („Joy“), Jo Molitoris für die beste Kamera („Nevrländ“), Christine Ludwig für das beste Kostümbild („Wie ich lernte, bei mir selbst Kind zu sein“), Heiko Schmidt für die beste Maske („Little Joe“), Wolfgang Mitterer für die beste Musik („Die Kinder der Toten“), Karina Ressler für den besten Schnitt („Little Joe“),

Katharina Wöppermann für das beste Szenenbild („Little Joe“), Gregor Kienel, Thomas Pötz und Rudolf Gottsberger für die beste Tongestaltung („Nevrländ“). In der neuen Kategorie „Publikumsstärkster Film“ wurde „Love Machine“ (Helmut Grassler, Andreas Schmied, Michael Stejskal) ausgezeichnet. Josef Aichholzer, der Obmann der Akademie des Österreichischen Filmes von 2009 bis 2019, erhielt den Ehrenpreis der Akademie des Österreichischen Filmes. Die Laudatio hielt der Regisseur Hüseyin Tabak. Gastrednerin war die Regisseurin und Drehbuchautorin Kurdwin Ayub.

Lower Austrian Film Commission

Als zentrale Servicestelle für nationale und internationale Dreharbeiten in Niederösterreich hat die Lower Austrian Film Commission bereits Anfang 2018 mit ihrer Initiative Evergreen den ersten Green Guide Österreichs präsentiert.

Nun wurde das bestehende Angebot mit dem „evergreen prisma“ um einen fundierten Online-Guide für filmspezifische grüne Anbieter und um eine umfassende Informationsplattform für nachhaltiges Filmschaffen erweitert.

<https://www.lafc.at/>

<https://www.oesterreichische-filmakademie.at/>

Barbara Stelzl-Marx ist »Wissenschaftlerin des Jahres«

Die Grazer Historikerin und Leiterin des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung in Graz Barbara Stelzl-Marx wurde heute (07.01.2020) vom Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten zur „Wissenschaftlerin des Jahres 2019“ gewählt. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer gratuliert Barbara Stelzl-Marx zur Auszeichnung als Wissenschaftlerin des Jahres: „Ich gratuliere Barbara Stelzl-Marx zu dieser Auszeichnung für ihre hervorragende Arbeit. Sie führt am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung die Arbeit von Stefan Karner erfolgreich fort und unterstreicht mit ihrer Tätigkeit auch den Ruf der Steiermark als Land der Wissenschaft und Forschung.“ Erst unlängst überreichte der Landeshauptmann der Historikerin auch das Dekret über die Mitgliedschaft in der Historischen Landeskommision für Steiermark.

Seit dem Jahr 1994 honoriert der Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten jährlich eine Wissenschaftlerin oder einen



Foto: steiermark.at / Streibl

LH Hermann Schützenhöfer überreichte Barbara Stelzl-Marx auch das Dekret über die Mitgliedschaft in der Historischen Landeskommision für Steiermark.

Wissenschaftler für hervorragende Arbeit. Damit werden die wissenschaftliche Leistung und das Bemühen, die wissenschaftliche Arbeit einer breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen, ausgezeichnet. Für das Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung ist Stelzl-Marx seit dessen Gründung im Jahr 1993 zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig, 2002 übernahm sie die Funktion der stellvertretenden Leiterin. Im März 2018 folgte die Historikerin dem in den Ruhestand getretenen Karner an der Spitze des Instituts nach und wurde Anfang 2019 Professorin für europäische Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt Konflikt- und Migrationsforschung an der Universität Graz.

Barbara Stelzl-Marx wurde am 10. April 1971 in Graz geboren und studierte Anglistik, Russisch und Geschichte an der Universität Graz und in Oxford, Moskau, Wolgograd sowie an der Stanford University. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Barbara_Stelzl-Marx

Wienerlied: Hedy Slunecko-Kaderka zum 80. Geburtstag

Hedy Slunecko-Kaderka ist in einem Elternhaus – erfüllt von Musik, Farbe, Geborgenheit und Wärme – aufgewachsen, war eine interessierte Zuhörerin und Beobachterin in dem Geschehen um sie, ohne besondere Ambitionen selbst etwas dazu beizutragen. Wie allen Jugendlichen, galt ihr Hauptinteresse mehr den damaligen Pop-Rock- und Schlager-Idolen. Ihr Vater – Josef „Pepi“ Kaderka, erkannte jedoch ihre Hand zum Graphischen und lehrte sie schon im Vorschulalter, mit Tusche, Feder, Pinsel, Farbe umzugehen. Und es kam ihr in ihrer späteren Berufslaufbahn oft zugute und ist bis heute ein liebgewonnenes Hobby geblieben.

Josef „Pepi“ Kaderka (1910-1993), war Komponist, Texter, Musiker und Maler, der über 2000 Lieder geschrieben hat. Wie immer, stand auch er im Hintergrund, wohingegen die Interpreten seiner Texte allgemein bekannt sind: Willy Hagara, Maria von Schmedes, Erni Bieler, Rudi Hofstätter, Rudolf Carl, Karl Merkat, Adolf Dallapoza, Hias, Hilli Reschl, Wolf Aurich, Wolf Frank, Walter Heider, Christl Prager, das Duo Czapek, Reserl Schönegger, Karl Jakobi, Gerhard Heger, Peter Rosen, Prof. Marika Sobotka, Rita Krebs und viele andere.

„Mein Vater ist ein Graf“, „Jeden Tag a Hendl“, „Wann im Leb’n amol Halbzeit is“, „A Muatterl kennt kan Feiertag“, „Suachst



Foto: Michael Mössner

Hedy Slunecko-Kaderka

an Zwiefel, find’st an Knofel“, „Aber die Amsel sie singt“ wurden oft von Heinz Conrads in seinen beliebten Sonntag-Vormittag-Sendungen „Was gibt es Neues“ und später in den Fernseh-Sendungen am Samstagabend gesungen.

Auch Peter Alexander sang seinerzeit bei seinen Auftritten im Theater Colosseum in der Schanzstraße im 14. Bezirk „Wenn geschlossen, bitte läuten“, „Der Sheriff von Arkansas“ und diese Lieder wurden auch immer wieder im Rundfunk gespielt.

Erst viel später, nach dem Tod ihres Vaters, entwickelte sich bei Hedy Slunecko-

Kaderka ein in ihr anscheinend schlummern-des Talent zum Textschreiben. Es drängte sie immer mehr dazu und durch Zufall entstand durch ein Gespräch zwischen ihrem verstorbenen Ehemann Gerhard und Lothar Steup, einer bekannten Wienerlied-Größe, denen sie dafür noch heute sehr verbunden ist, die heutige Situation. Gerhard las ihm einen Text vor, Lothar fragte: „Von Pepi?“ – „Nein, von Hedy!“ – „Na so was! Der ist ja gut, sie soll weiterschreiben und nicht aufhören!“

Mit ihrem Mann Gehard rief sie die jährliche Wienerlied-Veranstaltung „Kommt’s auf d’Schmelz“ im Schutzhaus „Zukunft auf der Schmelz“ ins Leben, wo immer wieder alte Wiener Traditionen gemischt mit Neuem, von namhaften InterpretInnen und MusikerInnen dargeboten wurden. Aber auch NachwuchskünstlerInnen waren dort zu hören. Diese Veranstaltung wurde vom Publikum begeistert angenommen. Mit 2012 fand die letzte dieser Veranstaltungen statt.

Kürzlich war Hedy Slunecko-Kaderka zu Gast bei radiowienlied.at von Erich und Marion Zib, wo ein paar Lieder zur hören sind, die sie selbst getextet hat und natürlich auch einige von ihrem Vater, sowie ein paar Worte von Pepi Kaderka selbst – zu hören unter <https://cba.fro.at/444247>.

Wir wünschen alles Gute zum Geburtstag!

<http://www.kaderka.at/>

Josef Marketz zum neuen Gurker Bischof geweiht

Weihesponder Erzbischof Lackner, der Marburger Erzbischof Alojzj Cvikl und Militärbischof Werner Freistetter, Bischöfe aus dem In- und Ausland sowie rund 1.200 Gläubige bei Weiheliturgie im und um Klagenfurter Dom



Foto: Diözese Gurk / Ferdinand Neumüller

Josef Marketz ist zum neuen Bischof der Diözese Gurk geweiht worden.

Josef Marketz ist am Sonntag, dem 2. Februar, zum neuen Bischof der Diözese Gurk geweiht worden. Hauptkonsekrator bei der Feier im Klagenfurter Dom war der Salzburger Erzbischof und Metropolit der westösterreichischen Kirchenprovinz Franz Lackner. Ihm zur Seite standen der Marburger Erzbischof Alojzj Cvikl sowie Militärbischof Werner Freistetter, der bis zu diesem Tag die Diözese als Apostolischer Administrator geleitet hatte. Diese drei legten Josef Marketz im stillen Gebet um den Heiligen Geist die Hände auf und vollzogen damit seine Weihe und die Weitergabe des Bischofsamtes.

Am Beginn der Weiheliturgie ergriff Bischof Freistetter in seiner letzten Amtshandlung als Interimsleiter der Diözese das Wort und bat den Salzburger Erzbischof darum, Marketz zum Bischof zu weihen. Im An-

schluß wurde das päpstliche Ernennungsdekret des Erwählten durch Ordinariatskanzler Jakob Ibounig verlesen. Darin schreibt Papst Franziskus, daß für die Diözese Gurk „ein tatkräftiger Vorsteher erwartet und ersehnt wird, ein in der Liebe hervorragender Hirte und kluger Vater“, und hält wörtlich fest: „Wir sind nun der Meinung, geliebter Sohn, daß Du diesen Dienst übernehmen kannst, zumal die oben genannten Aufgaben und Deine pastorale Erfahrung Dich dazu in vielerlei Hinsicht befähigen. Daher machen wir uns die Entscheidung der Bischofskongregation zu Eigen und erwählen und ernennen Dich Kraft unserer Apostolischen Vollmacht zum Bischof von Gurk. Gleichzeitig übertragen wir Dir alle Rechte und Pflichten, die mit eben dieser Würde gemäß den heiligen kanonischen Gesetzen verbunden sind.“

Predigt durch Caritas-Bischof

Bischof Benno Elbs wandte sich in seiner Predigt gegen kirchliche Resignation und plädierte für einen Neuaufbruch im Sinne einer „Hinwendung zu den Menschen, besonders zu den Armen und Benachteiligten“. Der neue Kärntner Bischof möge durch seinen persönlichen, authentisch gelebten Glauben, durch eine konsequente „Hinwendung zu den Armen“ und die Schaffung von „liebvollen und gastfreundlichen Anders-Orten“ in der Kirche ein Zeichen gegen den „Schatten des Pessimismus“ setzen, der auf der Kirche lastet. „Wir müssen darauf achten, daß wir nicht der Häresie der Angst und des Pessimismus verfallen“, so der österreichische Caritas-Bischof: „Dein Ort als Bischof ist an der Seite der Armen, Einsamen und Vergessenen.“

Religion und Kirche

Foto: Diözese Gurk / Ferdinand Neumüller



Feierlicher Einzug in den Klagenfurter Dom

In Anlehnung an den kirchlichen Festtag „Darstellung des Herrn“ (2. Feber) erinnerte der Feldkircher Bischof zudem daran, daß die erste Aufgabe des Bischofs nicht allein in seiner Leitungsfunktion und seiner Kompetenz, „Konzepte zu entwerfen, Visionen für die Zukunft zu entwickeln“ besteht, sondern darin, „für Christus zu stehen, auf ihn zu verweisen, so daß die Fülle seiner Liebe in und durch unser Leben für die Menschen spürbar, greifbar, erfahrbar werden kann“.

Zahlreiche Bischöfe

Neben den Erzbischöfen Lackner und Cvikl, Militärbischof Freistetter sowie Bischof Elbs nahmen der Apostolische Nuntius in Österreich, Erzbischof Pedro Lopez Quintana und zahlreiche Bischöfe vor allem aus Österreich und Slowenien und an der Feier teil. Weitere Mitfeiernde aus dem österreichischen Episkopat waren Kardinal Christoph Schönborn, die Diözesanbischöfe Hermann Glettler, Wilhelm Krautwaschl, Manfred Scheuer und Ägidius Zsifkovics, die Weihbischöfe Franz Scharl, Stephan Turnovszky und Hansjörg Hofer sowie die emeritierten Bischöfe Alois Kothgasser, Maximilian Aichern, Egon Kapellari, Klaus Küng und Ludwig Schwarz. Aus dem Ausland kamen die Erzbischöfe Stanislav Hovcevar (Belgrad/Serbien) und Stanislav Zore (Ljubljana/Slowenien), die Bischöfe Jurij Bizjak (Koper/Slowenien), Andrej Glavan (Novo Mesto/Slowenien), Ivo Muser (Bozen-Brixen/Italien), Peter Stumpf (Murska Sobota/Slowenien), Franc Sustar (Ljubljana/Slowenien) und die emeritierten Bischöfe Stanislav Lipovsek (Celje/Slowenien) und Alojz Uran (Ljubljana/Slowenien). Die Ökumene war u.a.

vom Kärntner evangelischen Superintendenten Manfred Sauer und vom altkatholischen Bischof Heinz Lederleitner vertreten.



Foto: Diözese Gurk / Ferdinand Neumüller

Der Salzburger Erzbischof und Metropolit der westösterreichischen Kirchenprovinz Franz Lackner legte Josef Marketz die Hand auf und überreichte ihm Evangelium, Bischofsring, Mitra und Hirtenstab als bischöfliche Insignien.

Von Seiten der Politik waren neben Landeshauptmann Peter Kaiser u.a. die aus Kärnten stammende Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger und der als Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina wirkende Diplomat Valentin Inzko in den Dom gekommen.

Bischof durch Handauflegung und Gebet

Nach der Predigt von Bischof Elbs folgte der eigentliche Weiheakt des neuen Bischofs. Josef Marketz versprach, der Kirche durch die Gnade des Heiligen Geistes in seinem Amt zu dienen, das durch Handauflegung und Gebet übertragen wurde. Hauptzelebrant Lackner setzte diese seit den Anfängen der Kirche belegte Geste als erster, danach taten dies auch die anderen Bischöfe. Währenddessen verharrten die Gläubigen in stillem Gebet.

Der Salzburger Erzbischof salbte das Haupt von Josef Marketz und überreichte ihm

Religion und Kirche

Evangeliar, Bischofsring, Mitra und Hirtenstab als bischöfliche Insignien. Sie machen den Dienst des Bischofs als Verkündiger, Lehrer und Hirte sichtbar. Stab und Brustkreuz sind neu, aus heimischem Zirbenholz und Lindenholz – sie sollen die Verbindung zu den Menschen in Ober- und Unterkärnten symbolisieren – und so wie der silberne Bischofsring sehr schlicht gehalten. Der Knauf des Stabs hat zwölf Einkerbungen, die auf die zwölf Apostel hinweisen sollen. Zum Abschluß des Weiheaktes umarmten alle Bischöfe im Friedensgruß den Neugeweihten und bekundeten damit seine Aufnahme in das Bischofskollegium.

Kollekte für Obdachlose

Aufgrund der Zweisprachigkeit in der Diözese fand der Gottesdienst auf Deutsch und Slowenisch statt. So wurde eine Lesung auf Slowenisch vorgetragen und das Vaterunser in beiden Sprachen gebetet. Auch die Grußworte wurden zum Teil zweisprachig gehalten. Für die musikalische Gestaltung waren die Dommusik Klagenfurt unter der Leitung von Thomas Wasserfaller und Gemeinschaftschöre aus den Pfarren St. Philippen/St. Lips – der Heimatpfarre von Bischof Marketz – und Bad Eisenkappel/Zelezna Kapla zuständig. Neben der „Missa in D“ von Antonin Dvorak wurden slowenische Kirchenlieder und Lieder aus dem Gotteslob gesungen. Vor und nach dem Weihegottesdienst begrüßten auch noch andere slowenisch-deutsche Chöre im und vor dem Dom den neuen Bischof.

KlientInnen von Kärntner Caritaseinrichtungen brachten zur Gabenbereitung Brot und Wein zum Altar. Die Kollekte kommt dem Projekt „Obdachlosenhäuser“ zugute, das von Bischof Marketz als Caritasdirektor initiiert wurde. Zum Abschluß der Gottesdienstes ergriffen Landeshauptmann Peter Kaiser, der evangelische Superintendent Manfred Sauer, Dompropst Engelbert Guggenberger und zwei Jugendliche das Wort. Die Feier mit endete mit einer Ansprache des neuen Bischofs und seinem Segen endet.

Großes Zelt vor dem Dom

Rund 600 Personen konnten mit Einlaßkarte die Bischofsweihe in der Domkirche mitfeiern. Weitere rund 400 Gläubige fanden vor dem Dom in einem frei zugänglichen Zelt mit Großbildschirm Platz. Im nahegelegenen großen Festsaal des Hermagoras Vereines standen zudem 200 Sitzplätze für die Live-Übertragung bereit. Auf diese Weise sollten „möglichst viele Menschen die Bi-



Josef Marketz ist der neue Bischof der Diözese Gurk-Klagenfurt

schofsweihe mitfeiern und bei der anschließenden Agape im Zelt dem neugeweihten Bischof begegnen können“, so der für die Planung der Bischofsweihe gesamtverantwortliche Ordinariatskanzler Ibounig im Vorfeld dazu.

Die Live-Übertragung der Bischofsweihe erfolgte via ORF 2 Kärnten, ORF III, Radio Kärnten, Radio Agora, dem slowenischen ORF-Radioprogramm, sowie auf Radio Maria und dem diözesanen Online-Portal <https://www.kath-kirche-kaernten.at> – auch das ORF-Religionsmagazin „Orientierung“ widmet sich im Rahmen eines Porträts dem neuen Bischof und zeigte u. a. eine Begegnung von Josef Marketz mit seiner Cousine, der Literatin Maja Haderlap.

Schon am Vorabend der Bischofsweihe hatten die Kärntner Gläubigen die Möglichkeit zur Begegnung mit dem neuen Bischof. Seelsorgeamt, Katholische Aktion, die Kirchenzeitungen „Sonntag“ und „Nedelja“ sowie das Klagenfurter Domkapitel luden dazu zu einem „Gebet mit dem erwählten Bischof“ in den Maria Saaler Dom. Die feierliche Liturgie stand unter dem augustinischen Motto „... mit euch bin ich Christ“, zahlreiche Gläubige und die Bischöfe Freistetter und Elbs nahmen daran teil.

„Ich möchte euch alle umarmen“, sagte der sichtlich gerührte designierte Bischof in seiner Dankesansprache. Liebe sei ein ganz wichtiges Wort für ihn. Jeder Mensch solle über Liebe reden können und wissen, daß Gott Liebe ist. „Gott ist dort, wo Liebe ist“, sagte Marketz, dessen bischöflicher Wahlspruch „Deus caritas est“ („Gott ist die Liebe“) lautet.

66. Bischof der Diözese

Josef Marketz ist der 66. Diözesanbischof der nach Salzburg zweitältesten Diözese, deren erster Bischof 1072 geweiht wurde. Seit dem Wechsel von Alois Schwarz am 1. Juli 2018 zum Bischof von St. Pölten herrschte bis zur Bischofsweihe von Marketz in der Diözese Sedisvakanz.

Zunächst war Dompropst Engelbert Guggenberger nach einer Wahl des Domkapitels als Diözesanadministrator tätig; knapp ein Jahr später ernannte Papst Franziskus Militärbischof Werner Freistetter zum Apostolischen Administrator der Diözese.

Schließlich ernannte Papst Franziskus am 3. Dezember 2019 den bisherigen Kärntner Caritasdirektor zum neuen Bischof von Gurk.

<https://www.kath-kirche-kaernten.at/>

Pfarrkirche Schruns ist erste Münsterkirche Österreichs

Am 8. März wurde die Pfarrkirche Schruns von Bischof Benno Elbs bei einer Festmesse zur Münsterkirche erhoben.



Foto: Andreas Marent / www.marent.info

Bischof Benno Elbs bei seiner Predigt zur Erhebung der Pfarrkirche zum hl. Jodok in Schruns zum „Münster“

Die römisch-katholische Pfarrkirche zum Heiligen Jodok steht am Nordrand der Gemeinde Schruns in Vorarlberg. Erstmals wurde 1433 in einem Zinslibell der Bludenz Laurentiuskirche eine Kapelle „St. Josen“ im Pfarrbezirk Bartholomäberg erwähnt, 1482 und 1484 dann die Sankt-Josen-Kirche.

Pfarrer Hans Tinkhauser und der Pfarrkirchenrat Schruns stellten das Ansuchen an die Diözese Feldkirch, die Pfarrkirche Schruns zum Münster zu erheben. Bischof Benno Elbs hat diesem Ansuchen stattgegeben.

Um für die Erhebung zur Münsterkirche in Frage zu kommen, müssen verschiedene Kriterien erfüllt sein, die spirituelle Relevanz einer Kirche für eine Region ist eines davon.

In seiner Predigt zur Münstererhebung sagte Bischof Bruno Elbs, „wenn wir heute der Pfarrkirche zum hl. Jodok hier in Schruns den Titel ‚Münster‘ verleihen, dann stellt sich die Frage: Welchen Stellenwert hat die eigene Pfarrkirche für unser Leben, ja für unsere Gesellschaft heute? Gottes Ja zum Leben! Eine erste Antwort gibt uns das heutige Evangelium. Jesus nimmt die Jünger mit auf einen Berg. Dort nehmen sie Jesus in einem ganz anderen, verklärten Licht wahr



Foto: © Wikipedia // Cc-by-sa-3.0 / Friedrich Böhlinger

Die Münsterkirche Schruns ist ein neuromanischer Bau mit einem flachen Satteldach auf dem Langhaus und dem Chor.

und es fällt der große Satz: ‚Das ist mein geliebter Sohn, an dem ich Wohlgefallen gefunden habe‘.“

Eine Kirche sei immer der Ort, wo man dieses große „Ja“ Gottes zu seinem Leben hören könne, so der Bischof. Menschen, die hierher kommen würden, um hier zu beten,

getauft oder getraut zu werden oder in einer Zeit der Trauer Abschied zu nehmen von einem geliebten Menschen, dürften die Erfahrung machen: Du bist die geliebte Tochter, der geliebte Sohn Gottes. Es gebe Menschen, die diese Erfahrung im Leben nicht machen dürften, zum Beispiel junge Mütter

Religion und Kirche



Foto: Andreas Marent / www.marent.info

Bischof Benno Elbs weiht die Tafel zur Münstererhebung



Foto: Andreas Marent / www.marent.info

Ortspfarrer Hans Tinkhauser

mit ihren Kindern im Haus Mutter & Kind der Caritas in Feldkirch. Gäbe es diese Einrichtung nicht, wären sie obdachlos. Hier werde ihnen gesagt: „Du bist wertvoll, deine Würde kann dir nicht genommen werden.“

„Als vor kurzem wieder die Diskussion um die Präsenz von religiösen Zeichen im öffentlichen Raum entstand, habe ich mich an einen Gedanken der Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi erinnert“, so der Bischof weiter. Diese habe in einem Kommentar*) einmal geschrieben: „Ein Gotteshaus mit dem zum Himmelweisenden Turm steht überall in Österreich auf den Hauptplätzen, umrahmt von Wirtshaus, Schule und Rathaus. Alle Straßen führen dorthin. In den neuen Siedlungen gibt es meist keine Kir-

chen – mit dem Resultat, daß diesen Häuseransammlungen ein Mittelpunkt fehlt, an dem sich alle orientieren können.“ Kirchen seien heute zwar der geographische Mittelpunkt vieler Gemeinden, aber nicht immer und überall der Mittelpunkt des Lebens. Und trotzdem sei jede Kirche mit ihrem in den Himmel ragenden Turm ein sichtbares Zeichen für die Verbindung zwischen Himmel und Erde und letztlich für die Zusage, „daß ich in der jeder Situation meines Lebens von Gott getragen und gewollt bin. Wenn ich den Anker meines Herzens in Gott festmache, wird mir Freude und Zuversicht geschenkt“, so der Bischof.

Ein zweiter Gedanke sei verbunden mit dem Petersdom in Rom: Seine Kuppel habe eine ganz einfache architektonische Logik: Jeder Stein liege auf dem anderen, sie seien nicht mit Zement oder Stahl verbunden. Je-

der Stein habe zwei Aufgaben: Er trage und er werde getragen. Wenn ein Stein aus dieser Kuppel herausgenommen würde, dann stürze der ganze Bau zusammen. „Auch wenn die Schrunser Kirche nicht ganz mit dem Petersdom vergleichbar ist, finde ich es trotzdem ein sehr schönes Bild für eine Pfarrgemeinde, aber auch für eine Gesellschaft: tragen und getragen werden. In den verschiedenen Phasen des Lebens sind wir manchmal jene, die tragen, dann wieder jene, die auf das stützende Getragen-Werden durch andere hoffen. Am Anfang wie auch am Ende des Lebens werden wir getragen. Kirche ereignet sich und lebt dort, wo Menschen sich jenen zuwenden, die Hilfe brauchen und die keine Stimme haben, um selber für ihr Recht und ihre Würde einzutreten. Mit bewegtem Herzen denke ich an einsame Menschen, an Menschen mit schweren Schicksalen, an Familien und Kinder, die im griechisch-syrischen Grenzgebiet Spielball von machtpolitischen Interessen sind.“

Wenn man in der Haltung lebe, daß man von Gott bejaht und von anderen Menschen getragen ist, dann könne man auch mit großer Freude und Zuversicht in die Zukunft gehen – wie Abraham, der noch im hohen Alter aufgebrochen sei und Neues gewagt habe. „Egal, welches Alter wir haben: Der Segen Gottes ist das, was uns den Weg ausleuchtet.“

Letztendlich erkenne man eine christliche Lebenseinstellung an der Haltung des Vertrauens und der Gelassenheit. „Beides hilft uns, gegen das Gift der Angst und des Pessimismus anzukämpfen. Auch daran kann uns eine Kirche und wird uns ein Kirchenraum immer wieder erinnern: Es ist ein Raum, in den wir Vertrauen und Gelassenheit atmen; ein Raum, der unser Herz mit Freude füllt. So möchte ich uns allen wünschen, daß die Pfarrkirche Schruns für alle Menschen, die hier ein- und ausgehen, und auch für unser ganzes Land zu einem Ort des Segens und des lebendigen Glaubens werde“, schloß Bischof Benno Elbs seine Predigt.

Mit der Erhebung zur Münsterkirche ist die Hoffnung verbunden, daß die Pfarrkirche Schruns zu einem weiteren wichtigen Ort des geistlichen und pastoralen Lebens in Vorarlberg wird.

Der Gottesdienst wurde musikalisch gestaltet von Alphornbläsern, dem Kirchenchor Schruns, dem Chörle Vrwäga, dem Kinderchorle und dem Bläserensemble der Harmoniemusik Schruns.

<https://www.kath-kirche-vorarlberg.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Pfarrkirche_Schruns

*) Aus dem Artikel „Verschämte Sehnsucht“, erschienen in „Der Standard“ am 1. Mai 2019
<https://www.derstandard.at/story/2000102353559/verschaeimte-sehnsucht>

Bundespräsident würdigt Kardinal Christoph Schönborn

Ich gratuliere Christoph Kardinal Schönborn sehr, sehr herzlich zu seinem 75. Geburtstag, als Bundespräsident, aber auch ganz persönlich“, würdigte Bundespräsident Alexander Van der Bellen Kardinal Schönborn am 20. Jänner anlässlich eines festlichen Mittagessens, zu dem der Bundespräsident zu Ehren des 75. Geburtstages des Kardinals geladen hatte. Sie würden einander häufig begegnen, immer „verbunden mit tiefgehenden und auch humorvollen Gesprächen. Dafür danke ich sehr.“

Als Erzbischof von Wien und Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz sei Kardinal Schönborn ein hochgeachteter erster Ansprechpartner für die Repräsentanten der Republik Österreich, wenn es um wichtige gemeinsame Anliegen des Staates sowie der Kirchen und Religionsgemeinschaften gehe. Immer suche er dabei den ausgleichenden Dialog und ein wertschätzendes Miteinander.

„Als Kardinal hat Christoph Schönborn viele kirchenpolitischen Aufgaben in Österreich und im Vatikan inne. Dafür genießt er auch international große Anerkennung und Respekt. In seine Amtszeit fallen auch die Pastoralbesuche von Papst Johannes Paul II. und Benedikt XVI. in Österreich. Immer jedoch ist ihm die Seelsorge und das Gespräch



Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Kardinal Christoph Schönborn in der Hofburg

mit den Menschen das wesentlichste Anliegen geblieben“, so Van der Bellen.

„Besonders hervorheben möchte ich das Engagement von Kardinal Schönborn für die Bewahrung der Schöpfung, sein Eintreten für sozial Benachteiligte und Ausgegrenzte in unserer Gesellschaft“, so der Bundespräsident weiter. „Er ist eine bedeutende und

wichtige Stimme und ein steter Mahner im Kampf gegen jegliche Form von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. All das verbindet ihn auch in besonderer Weise mit Papst Franziskus“, so der Bundespräsident.

<https://www.bundespraesident.at/>
<https://www.erzdioezese-wien.at/>

LH Stelzer traf Kardinal Schönborn zum Gedankenaustausch

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer traf Kardinal Schönborn zum gemeinsamen Gedankenaustausch in Wien. LH Stelzer, der auch den Vorsitz des Religionsbeirats in Oberösterreich innehat, ist nicht nur der enge Kontakt und Dialog zu Kirchenvertretern im eigenen Bundesland, sondern auch auf Bundesebene ein besonderes Anliegen.

„Kirche und Politik haben einen gemeinsamen Gestaltungsauftrag, wenn es um das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger geht. Die Einrichtungen und Institutionen der Kirche leisten einen enorm wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, im ständigen Austausch zu bleiben und den kirchlichen Organisationen auch die notwendige Unterstützung zu kommen zu lassen“, so Stelzer.

Kardinal Schönborn erinnerte an seine vielfältigen persönlichen Beziehungen zu Oberösterreich und dankte für den guten Austausch. „Ich bin dankbar für die gute



Als Geschenk an Kardinal Christoph Schönborn überreichte der LH Thomas Stelzer eine Schallplatte mit der 8. Sinfonie in c-Moll des Bruckner Orchesters.

Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat in vielen Bereichen, der Bildung, bei caritativen Initiativen und besonders im Umgang mit Flüchtlingen.“

Am Ende des Gesprächs wünschte Tho-

mas Stelzer Kardinal Schönborn, der sich nach einem Lungeninfarkt im vergangenen Dezember mehrere Wochen in Oberösterreich erholte, eine gute Genesung und viel Kraft für die kommenden Aufgaben.

Rabbiner Jaron Engelmayer ist neuer Oberrabbiner von Wien

Wahl nach einem Auswahlprozeß der Rabbinerfindungskommission und einem letzten öffentlichen Hearing vor dem Kultusvorstand und interessierter Gemeindemitglieder



Foto: IKG / Daniel Shaked

Der neue Oberrabbiner von Wien, Jaron Engelmayer

Der Andrang war enorm, Dutzende Gemeindemitglieder waren der Einladung zur Sitzung des Kultusvorstands gefolgt, um den Kandidaten für das Amt des Oberrabbiners von Wien kennenzulernen. Rabbiner Jaron Engelmayer wurde von der Rabbinerfindungskommission einstimmig als neuer Oberrabbiner Wiens empfohlen. Vor den Mitgliedern des Kultusvorstands stellte er sich am Abend des 25. Februar den Fragen – auch aus dem Publikum.

Nach diesem Hearing hat der Kultusvorstand Rabbiner Jaron Engelmayer einstimmig zum neuen Oberrabbiner der IKG Wien bestellt. Dem vorausgegangen war ein mehrmonatiger internationaler Auswahlprozeß durch die Rabbinerfindungskommission, in der Delegierte aller im Kultusvorstand vertretenen Fraktionen mit Sitz und Stimme beteiligt waren, wie Präsident Oskar Deutsch und Arnold Pollak, Vorsitzender des Tempelvorstands des Stadttempels betonten.

Die Kommission hatte nach Einlangen von sechs qualifizierten Bewerbungen bis 30. November 2019 drei Rabbiner zu Hearings nach Wien eingeladen. Rabbiner Engelmayer setzte sich dabei durch.

Bei den Fragen sowohl der MandatarInnen als auch aus dem Publikum bemühte sich Rabbiner Engelmayer darzulegen, daß er zunächst die Gemeinde kennenlernen möchte, um dann auf konkrete Anliegen einzugehen. Dazu möchte er etwa das Instrument des Bürgerparlaments nutzen. Rabbiner Engelmayer wird mit August 2020 seinen Dienst als Gemeinderabbiner in Wien beginnen. Zum Oberrabbiner wird er einen Monat nach Amtsantritt, rechtzeitig vor den Hohen Feiertagen.

Unmittelbar nach der Kultusvorstandssitzung gewährte der designierte Oberrabbiner dem Gemeinde Insider ein erstes Interview.

Der designierte Oberrabbiner konnte einen Teil unserer Gemeinde vergangenen Herbst bereits kurz kennenlernen – und umgekehrt. Zu den Hohen Feiertagen war Engelmayer Gastrabbiner im Wiener Stadttempel. Begleitet wurde er bei seinem Wien-Besuch von seiner Ehefrau Hanna und den gemeinsamen fünf Kindern im Alter zwischen drei und 15 Jahren.

„Wir, meine Familie und ich, haben uns herzlich willkommen und sehr wohl gefühlt“, betont Engelmayer auf die Frage nach seinen ersten Eindrücken von der Wiener jüdischen Gemeinde. „Angetroffen haben wir einen sehr schön besuchten und lebendigen Stadttempel. Man konnte den Besuchern anmerken, daß sie gerne kommen und mit großem Interesse den Gebeten und Reden folgen.“ Daß zu den Feiertagen die Synagoge besser besucht ist als unter des Jahres sieht er als „keine Wiener Spezialität“, das sei vielerorts zu beobachten. „Mir als Rabbiner ist es natürlich ein besonderes Anliegen, daß sich die Besucher der Hohen Feiertage von der Atmosphäre angesprochen fühlen und daß sie Lust bekommen auch dazwischen immer wieder den Tempel aufzusuchen und darin ein bedeutendes und bereicherndes Erlebnis sehen.“

Religion und Kirche

Rabbiner Jaron Engelmayer wurde 1976 in Zürich geboren, wo er auch aufwuchs. Er studierte in den USA an der Yeshiva University New York und in Israel, wo er auch den Militärdienst leistete, an der Jeschiwat Hesder in Ma'ale Adumin sowie am College Machon lehoraa Lifshitz in Jerusalem. 2002 wurde er durch das Oberrabbinat in Israel zum Rabbiner ordiniert – sowohl vom aschkenasischen als auch vom sefardischen Oberrabbiner Israels. Er verfügt auch über die „Smicha Jadin jadin“, darf also in der Diaspora als Dajan sowohl Gittin als auch Übertritte durchführen.

Nach seiner Ausbildung kehrte Rabbiner Engelmayer zunächst wieder nach Europa zurück und begann 2003 als Lehrer an der Lauder-Chorev-Midrasha in Frankfurt zu arbeiten. Von 2005 bis 2008 war er Gemeinderabbiner der Jüdischen Gemeinde Aachen. Anschließend betreute er bis 2015 die Synagogen-Gemeinde Köln als Rabbiner. Von 2008 bis 2015 war er zudem Mitglied im Vorstand und Beirat der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland. 2015 übersiedelt er erneut nach Israel: Dort war er bis zuletzt als Gemeinderabbiner in Karmiel tätig. Den Wechsel nach Israel begründete er unter anderem damit, daß es in Köln keine weiterführende jüdische Schule für seine Kinder gab.

In Wien stellt sich dieses Problem nun nicht mehr. Insgesamt lobt der designierte Oberrabbiner die umfangreiche Infrastruktur der IKG Wien. „Die jüdische Gemeinde in Wien verfügt über eine im deutschsprachigen Raum einzigartige Verbindung zwischen einem breiten Spektrum an Juden, Synagogen und Tempelvereinen einerseits, ein ausgeprägtes religiös gelebtes Judentum mit einbezogen, andererseits über eine Dachgemeinde, unter welcher alle ihren Platz finden und somit in vielerlei Hinsicht als eine einheitliche Gemeinde strukturiert und repräsentiert sind.“

Dadurch biete sich für einen Rabbiner auch ein spannendes Aufgabenfeld, so der neue Oberrabbiner. „In einem Umfeld von säkularen, traditionellen, modern religiösen bis hin zu ultraorthodoxen Juden zu wirken und gleichzeitig die Vorzüge eines religiös stark ausgeprägten Angebotes, wie etwa die verschiedenen Erziehungsinstitutionen, das breite Koscher-Angebot, der ungezwungene Umgang mit sichtbarem religiösem Judentum, nutzen zu können, ist für Rabbiner wie mich besonders interessant.“ Für wichtig hält er dabei, „jeder Gruppierung ihre Eigenheit in autonomer religiöser Selbstbestimmung

zuzugestehen. Säkularen Betenden wünsche ich ganz besonders, sich in der Synagoge wohl zu fühlen und den Tempel als ‚ihren‘ zu sehen.“

Was könne er von seiner Rabbinertätigkeit in Deutschland und Israel für seine Arbeit in Wien mitnehmen? „In Deutschland sind die Gemeinden, in welchen ich tätig war, in mancherlei Hinsicht ähnlich wie in Wien, es handelte sich ebenfalls um Einheitsgemeinden in einem nichtjüdischen

Umfeld und mit interreligiösen Kontakten. Die Gemeinden in Israel sind ganz anders strukturiert und somit sind auch die sich stellenden Aufgaben und Herausforderungen andere. Hilfreich war mir auf jeden Fall die Erfahrung, jede Aufgabe und Situation neu einzuschätzen und auszuloten, wo ich mich als Rabbiner mit meinem Wissen und meinen Erfahrungen sinnvoll und der Situation angepaßt einbringen kann.“

<https://www.ikg-wien.at/>

Altbischof Iby ist 85



Foto: kathbild.at / Rupprecht

Im Vorgriff auf den 85er wurde bereits beim vergangenen Martinsfest groß gefeiert: Jubilar und Altbischof Paul Iby bei seiner Dankesrede im Martinsdom am 11. November 2019

Altbischof Paul Iby feierte in ein ganz besonderes „Triduum“, bestehend aus Geburtstag, Bischofsweihtag und Namens-tag. Für den Jubilar selbst standen diese Tage besonders unter dem Aspekt der Danksagung für 85 Lebensjahre. Für die Diözese Eisenstadt waren sie besonderer Anlaß, dem emeritierten Diözesanbischof für sein langes Wirken in der katholischen Kirche im Burgenland Dank zu sagen.

Diamantes Priesterejubiläum

Bereits im Vorjahr hatte Altbischof Iby Anlaß zum Feiern. Am 29. Juni beging er sein diamantes Priesterejubiläum, das beim vergangenen Martinsfest am 11. November gefeiert wurde. Der Altbischof stand damals dem Festgottesdienst vor, mit dem auch das Jubiläumsjahr „60 Jahre Diözese Eisenstadt“ eröffnet wurde. Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics verlas dabei im Martinsdom vor hunderten Gläubigen Segenswünsche von

Papst Franziskus an Paul Iby und verband sie mit der Hoffnung, daß sein Vorgänger „Wegweiser und Fürsprecher“ für die Kirche im östlichsten Bundesland sein möge.

Ein Leben für die Kirche

Altbischof Paul Iby wurde 1935 in Raasdorf geboren. Er war Sekretär seines bischöflichen Vorgängers Stefan László und leitete in der Folge die Caritas sowie das Schulamt der Diözese Eisenstadt. Darüber hinaus wirkte er als deren Generalvikar. 1993 empfing er die Bischofsweihe. In seine Amtszeit fällt die Seligsprechung von Ladislaus Bathányi-Strattmann. 1999 startete er den „Dialog für Burgenland“. Er errichtete die diözesane Frauenkommission und installierte den diözesanen Ombudsmann. Im Rahmen der Österreichischen Bischofskonferenz wirkte er als Jugendbischof. Der Jubilar lebt heute nahe dem Eisenstädter Martinsdom. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Iby

Alzheimer: Weltweit neue Therapiemethode entwickelt

Mit neuer Ultraschall-Methode die Gehirnleistung deutlich verbessern

Bei neurologischen Erkrankungen wie der Alzheimer Demenz, der Parkinson-Krankheit oder der Multiplen Sklerose, gehen ständig Nervenzellen des Gehirns zugrunde, dadurch kommt es zum Beispiel zu Erinnerungslücken, Sprachstörungen, Stimmungsschwankungen oder reduzierter Bewegungsfähigkeit sowie dem Muskelzittern bei Parkinson. Nach sechsjähriger Entwicklungszeit haben ForscherInnen der MedUni Wien von der Universitätsklinik für Neurologie (Leiter: Thomas Berger) unter Leitung von Roland Beisteiner jetzt eine weltweit neue Therapiemethode entwickelt. Erstmals kann man mit Hilfe von Ultraschall nicht-invasiv in alle Bereiche des Gehirns eindringen und jene Nervenzellen aktivieren, die zur Regeneration von Hirnfunktionen beitragen können. Erste international prominent publizierte Daten zeigen, daß sich dadurch die Leistung des Gehirns verbessern läßt. Wien hat damit in einem wichtigen Krankheitssektor eine internationale Führungsposition übernommen.

Die neue Methode nennt sich transkranielle Pulsstimulation mit Ultraschall (TPS) und wurde gemeinsam mit dem Schweizer Unternehmenspartner Storz Medical und dem dortigen Projektleiter Ernst Marlinghaus neu entwickelt. „Die TPS macht es weltweit erstmalig möglich, mit einem Ultraschall-Puls direkt am Schädelknochen, nicht-invasiv, schmerzfrei und bei vollem Bewußtsein in alle Bereiche des Gehirns vorzudringen und dort ganz gezielt Hirn-Areale anzusteuern und diese zu aktivieren“, erklärt Beisteiner. Die Studie war Teil des interuniversitären Clusters von Roland Beisteiner und Tecumseh Fitch, welcher über Hirnstimulation versucht, geistige Funktionen von PatientInnen zu verbessern, und gemeinsam von MedUni Wien und Universität Wien betrieben wird. Hierfür muß individuell und mit hoher Präzision vorgegangen werden.

Mit den bisher zur Verfügung stehenden elektromagnetischen Methoden, wie z.B. der transkraniellen Magnetstimulation (TMS), bei der Magnetfelder auf das Gehirn wirken, um Nervenzellen zu aktivieren oder auch zu



Foto: MedUni Wien / Mark Glassner

hemmen, war die notwendige gezielte und tiefgehende Stimulation aber nicht möglich. Eine zunehmend verwendete invasive Methode bei schwereren Erkrankungen ist das Einsetzen von Stimulationselektroden in tiefe Hirnareale (Deep Brain Stimulation (DBS)) – verbunden mit einer langwierigen Operation. Eine große Hoffnung ist, daß TPS auch invasive Verfahren in Zukunft teilweise ersetzen kann.

TPS: Präzisionsmedizin im Gehirn

Der Aktivierungspuls, der vom Ultraschallgerät ausgeht, ist drei bis fünf Millimeter breit und ca. drei Zentimeter lang. Zuvor wird vom Gehirn der/des Betroffenen mittels Magnetresonanz eine exakte „Landkarte“ erstellt. „Ganz im Sinn der Präzisionsmedizin wird dann jenes Areal punktgenau anvisiert, das aktiviert werden muß. Bei jedem Patienten können diese Areale anders liegen. Dank eines Navigationssystems kann der behandelnde Neurologe am Bildschirm genau mitverfolgen, wo der Puls ansetzen muß und alles genau steuern“, sagt Beisteiner.

Der TPS Puls führt zu kurzfristigen Membranveränderungen an den Hirnzellen,

wodurch die Konzentration von Transmittern und anderen biochemischen Stoffen lokal verändert wird. Die Konsequenz ist eine Aktivierung von Nervenzellen und Aufbau kompensatorischer Netzwerke, welche die erkrankte Hirnfunktion verbessern. Dies konnte in umfangreichen Laborstudien gezeigt werden. Die Folge: Das Gedächtnisnetzwerk wird angetrieben und die Gedächtnisleistung steigt. Einige PatientInnen berichten auch von deutlicher Stimmungsverbesserung, es fällt ihnen wieder leichter, körperlich aktiv zu sein und sich an Unterhaltungen aktiv zu beteiligen.

Beisteiner: „Es ist, als ob man einen alten Motor wieder anwirft. Jene Nervenzellen, die noch aktivierbar sind, zeigen danach deutliche Verbesserungen. Dadurch wird der Leistungsabfall gebremst.“ Neben Alzheimer, Parkinson oder Multipler Sklerose sind alle Erkrankungen, welche sich durch Aktivierung noch funktionierender Nervenzellen verbessern lassen, mögliche Einsatzbereiche von TPS. Gleichzeitig ist die TPS eine „Zusatzchance“ für die Betroffenen, so Beisteiner, da alle laufenden Therapien mit Medikamenten und Physio- oder Ergotherapie weitergeführt werden können. Die neue Methode ist aber auch für die neurowissenschaftliche Grundlagenforschung bedeutsam.

Für die Verbesserungen der Gehirnleistung reichten in der klinischen Pilotstudie, die nun vom renommierten Top-Journal „Advanced Science“ als Cover-Artikel veröffentlicht wurde, sechs Sitzungen zu je einer Stunde und das im Verlauf von zwei Wochen. Sollten sich die Pilotergebnisse bestätigen, gehen führende klinische NeurowissenschaftlerInnen von einem Durchbruch bei Behandlungsmöglichkeiten für Hirnerkrankungen aus. Bevor diese Methode aber in den regulären Einsatz in der Klinik gelangen kann, sind weitere wissenschaftliche Studien zur Evaluierung der Ergebnisse notwendig. „Dafür suchen wir noch ProbandInnen, die Alzheimer- oder Parkinson-Diagnosen aber sonst keine Hirnerkrankungen haben“, sagt Beisteiner. ■

<https://www.meduniwien.ac.at/>

KI zeigt Forschungstrends in der Quantenphysik

Künstliche Intelligenz: Zwei österreichische Forscher haben eine neuartige Methode entwickelt, mit der Computerprogramme das Wissen aus hunderttausenden Fachartikeln effizient verarbeiten können.

Mithilfe von künstlicher Intelligenz lassen sich dadurch sowohl Prognosen für zukünftige Forschungstrends erzeugen, als auch unorthodoxe, neue Forschungsthemen aufzeigen. Wie das funktioniert, berichten Anton Zeilinger und Mario Krenn nun im Fachjournal „Proceedings of the National Academy of Sciences“.

Die zunehmende Spezialisierung der Wissenschaften macht es für ForscherInnen mitunter schwierig, neue Projekte zu entwickeln, die über das eigene Spezialgebiet hinaus gehen. „Allein in der Quantenphysik, die ja nur ein Teilbereich der Physik ist, erscheinen jeden Tag rund 50 Artikel. Da muß man sich schon anstrengen, um alle Überschriften erfassen zu können“, sagt Mario Krenn von der University of Toronto.

Gemeinsam mit Anton Zeilinger, Quantenphysiker an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und der Universität Wien, hat Krenn nun im Fachjournal „Proceedings of the National Academy of Sciences“ (PNAS) eine innovative Lösung für dieses Problem aufgezeigt: ein computergestütztes System zur effizienten Verarbeitung quantenphysikalischen Wissens. „Zuerst haben wir automatisiert aus Büchern, Fachartikeln und Wikipedia eine Liste von etwa 6.500 Schlüsselkonzepten der Quantenphysik erstellt. Dann haben wir diese Begriffe als Knotenpunkte in einem Netzwerk festgelegt. Zwei Konzepte werden dann verbunden, wenn sie in der Fachliteratur gemeinsam erwähnt werden. Je häufiger das passiert, desto stärker die Verbindung“, erläutert Krenn.

750.000 Forschungsartikel analysiert

Auf diese Weise entstand ein sogenanntes semantisches Netzwerk, das die Verbindungen zwischen verschiedenen Konzepten der Quantenphysik darstellt. Für die Analyse der Verbindungen haben Krenn und Zeilinger die Abstracts von 750.000 Forschungsartikeln aus der Quantenphysik seit dem Jahr 1919 analysiert. „Das Netzwerk ist eine einfache Repräsentation des Wissens, aber sie

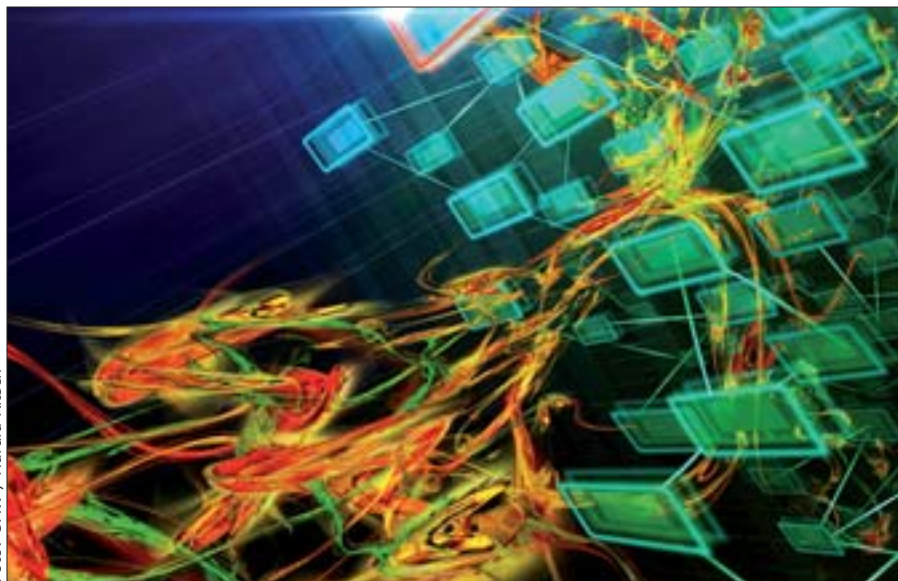


Foto: ÖAW / Harald Ritsch

hat vergangene Entwicklungen der Quantenphysik gut widerspiegelt“, sagt Krenn.

In einem nächsten Schritt nutzten die beiden Forscher daher dieses Netz auf der einen Seite und künstliche Intelligenz auf der anderen Seite, um künftige Entwicklungen in der quantenphysikalischen Forschung vorherzusagen. „Wir haben ein neuronales Netz auf das semantische Netz losgelassen. Dieses hat gelernt, auf Basis der Daten von 2010 den Zustand des semantischen Netzes im Jahr 2015 in guter Näherung vorherzusagen. Das neuronale Netz konnte mit hoher Wahrscheinlichkeit abschätzen, welche 2010 noch nicht verbundenen Konzepte bis zum Jahr 2015 gemeinsam erforscht werden“, erklärt Krenn.

Die so trainierte künstliche Intelligenz kann somit verwendet werden, um auf Basis des aktuellsten semantischen Netzes eine Prognose zu erstellen, welche Konzepte bald von WissenschaftlerInnen gemeinsam erforscht werden.

Vorschläge für die zukünftige Forschung

„Derzeit sind nur etwa fünf Prozent der Konzepte im Netzwerk verknüpft. Unser System kann ForscherInnen aber Vorschläge

machen, um nach neuen, unerwarteten Themengebieten zu suchen“, so der Quantenphysiker weiter. Die Vorhersagen des neuronalen Netzwerks bezeichnet Krenn dabei nur als einen Teil der Prognosen. „Wir suchen mit netzwerktheoretischen Methoden nach außergewöhnlichen Verbindungen, die etwa stark vorhergesagt werden, aber sich konzeptionell stark unterscheiden“, sagt Krenn. Solche fächerübergreifenden Verbindungen erscheinen manchmal sehr überraschend und unorthodox. Deshalb entwickelten die Forscher zusätzlich eine Methode, mit der vielversprechende Forschungsvorschläge erzeugt werden können, die zugleich eine Überlappung mit einem bestimmten Spezialgebiet aufweisen.

„Der Ansatz hat das Potential, die Art und Weise, wie Wissenschaft gemacht wird, signifikant zu verändern“, sagt Anton Zeilinger. Das System ist grundsätzlich für jedes Forschungsgebiet anwendbar. „Bevor wir verallgemeinern, möchten wir noch daran arbeiten, die Ergebnisse des Quantenphysiknetzwerks besser zu interpretieren. Hier gibt es bereits mehrere WissenschaftlerInnen weltweit, die Interesse haben, mit uns daran zu arbeiten“, ergänzt Krenn. ■

<https://www.oeaw.ac.at/>

Wissen Affen, was wir Menschen denken?

Internationale Forscher-Elite bei Psychologen-Tagung in Salzburg

Können sich – ähnlich wie Menschen – auch Menschenaffen in andere hineinversetzen, deren Emotionen erkennen und auf deren Absichten schließen? In dieser Frage gibt es in der Scientific Community eine heftige Kontroverse, mit den prominenten amerikanischen Verhaltensforschern Michael Tomasello und Daniel Povinelli als Speerspitzen der gegensätzlichen Richtungen. Die einen („Booster“) sagen, Affen können fast alles. Die Evidenz dafür sei lächerlich, spotten die anderen („Scoffer“). Ihrer Meinung nach können Affen fast nichts.

Anfang Jänner diskutierten Tomasello und Povinelli an der Uni Salzburg bei einer von den Salzburger Psychologen Michael Huemer, Josef Perner und Beate Priewasser veranstalteten Tagung zur Frage wie wir verstehen, was andere tun („Understanding Actions and Reasons“).

Theory of Mind

Ohne Zweifel, Menschenaffen sind intelligent. Aber haben sie auch die besondere Art von Intelligenz, die Menschen zu kultureller Zusammenarbeit und technischen Höchstleistungen befähigt? Die Wurzel dafür liegt vermutlich im Verstehen, wie die Welt für Andere aussieht, um gemeinsame Zielvorstellungen zu entwickeln, Wissen auszutauschen und Gefühle Anderer zu respektieren. In der Psychologie und Hirnforschung spricht man von „Theory of Mind“. Gemeint ist damit die Fähigkeit, das eigene und das Verhalten anderer durch Zuschreibung mentaler Zustände zu interpretieren. Bei der Frage, wann Kinder diese Fähigkeiten erwerben, nimmt Salzburg einen internationalen Spitzenplatz ein, u.a. mit experimentellen Studien im Kinderlabor.

Bitt-Paradigma

Nein, Menschenaffen können sich nicht in andere hineinversetzen. Zu dem Schluß kommt der Biologe und Verhaltensforscher Daniel Povinelli von der University of Louisiana nach Dutzenden Experimenten mit Schimpansen. Im sogenannten „Bitt-Paradigma“ hat er zum Beispiel gezeigt, daß aus der Tatsache, daß Menschenaffen sehr gut



© Wikipedia // Cc-by-sa-3.0 / Friedrich Böhlinger

Daniel Povinellis Fazit: Schimpansen verstehen nicht, was Menschen sehen und wissen. Sie verstehen nur oberflächliche Regelmäßigkeiten im Verhalten.

dem Blick von Menschen folgen – was als Indiz für Verstehen gilt – nicht folgt, daß Menschenaffen begreifen, wie Menschen ticken.

Experiment

In dem Experiment wird den Schimpansen beigebracht, daß sie Wärter, die eine Banane halten, bitten müssen, um die Banane zu bekommen. Das kapieren die Tiere schnell. Dann wird einem Wärter mit Banane ein Kübel über den Kopf gestülpt, so daß er die Bittgeste der Schimpansen gar nicht sehen kann. Trotzdem bitten die Schimpansen ge-

nauso oft diese Person wie jene mit der freien Sicht. Povinellis Fazit: Schimpansen verstehen nicht, was Menschen sehen und wissen. Sie verstehen nur oberflächliche Regelmäßigkeiten im Verhalten.

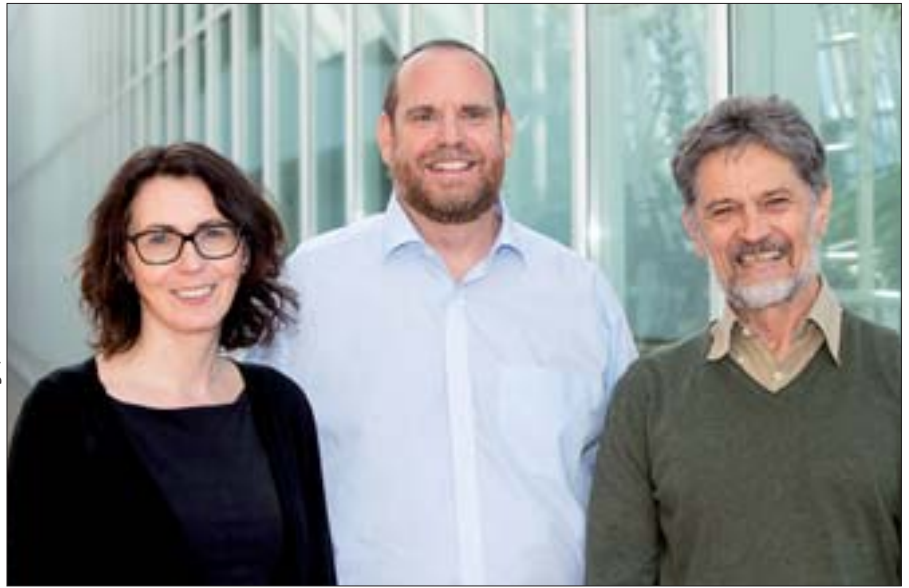
Stimmt nicht, kontert Michael Tomasello, der ursprünglich auf Povinelli's Linie war und Menschenaffen kein Verständnis von Bewußtsein zuschrieb. Nach seinem Wechsel von der Emory University in Georgia/USA nach Leipzig an das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie entwickelte er gemeinsam mit Brian Hare Futterneid-Experimente, die zu zeigen scheinen,

daß Affen sehr wohl verstehen, was andere sehen, wissen oder wollen und daß sie das clever ausnutzen. Zwei Schimpansen, ein ranghöherer und ein rangniedriger sitzen sich – getrennt durch ein Gitter – gegenüber und können sich beobachten. Zwischen ihnen liegt eine Banane. Zuerst wird der Rangniedrigere freigelassen, dann sofort der Ranghöhere. Da der Rangniedrige weiß, daß er keine Chance gegen den Dominanten hat, läuft er gar nicht zur Banane hin. Dann legen die Versuchsleiter zur ersten – für beide Schimpansen gut sichtbaren – Banane eine zweite dazu, die nur der rangniedrigere Affe sehen kann. Auf diese stürzt er sich auch prompt, als er kurz vor seinem Rivalen freigelassen wird. Tomasellos Schlußfolgerung: Der rangniedrige Affe weiß, was der andere sieht bzw. nicht sieht und handelt entsprechend. Für Tomasello stehen Schimpansen, Orang Utans oder Gorillas bewußtseinsmäßig ungefähr auf der gleichen Stufe wie vierjährige Kindern („So wie Kinder wissen Affen, was andere sehen, hören oder kennen. Und so wie Kinder bis zu einem Alter von ungefähr vier Jahren verstehen sie nicht, wenn andere etwas glauben, das den Fakten widerspricht. Affen verstehen das nie, Kinder wenn sie älter sind.“)

Doch warum kommt Tomasello zu einem völlig anderen Schluß als Povinelli? Es könnte mit dem Experiment-Design zu tun haben, lautet eine plausibel klingende Erklärung. Tomasello beobachtete die Tiere beim Konkurrenzkampf um Futter, das ist ein für Schimpansen typisches Verhalten; nicht typisch für sie ist hingegen kooperatives Verhalten, wie es Povinelli im Bitt-Paradigma getestet hat.

Die Frage ist aber, ob Schimpansen sich ihres Verstandes bewußt sind

Das räumt Povinelli ein, aber er bleibt dabei: Affen agieren und reagieren schlicht und einfach nach oberflächlichen Verhaltensregeln. Mehr könnten wir aus den Experimenten nicht ableiten, auch nicht aus denen Tomasellos. Keines der Experimente würde taugen, um etwas über das Bewußtsein von Affen aussagen zu können. („Affen haben definitiv einen Verstand, sie sind sehr intelligent; die Frage ist aber, ob sie sich ihres Verstandes bewußt sind, und das können wir mit unseren derzeitigen Experimenten nicht herausfinden.“) Die Experimente würden nur zeigen, was Schimpansen über die objektive Welt wissen. Um an ihre Ziele zu kommen, müßten Schimpansen nicht verstehen, was andere sehen oder wissen. Wir



Beate Priewasser, Michael Huemer und Josef Perner

Menschen würden unsere Alltagspsychologie in die Affen hineinprojizieren.

Wer hat jetzt recht?

Und wer hat jetzt recht in der seit der Jahrtausendwende andauernden Kontroverse zwischen Povinelli und Tomasello, ob Menschenaffen die Perspektive anderer einnehmen und auf den Wissenstand anderer Rücksicht nehmen können oder ob sie sich lediglich nach Verhaltensregeln richten? Das ist offen.

Handlungsphilosophie

Der Salzburger Kognitionswissenschaftler Josef Perner, der mit seinem Team seit Jahrzehnten untersucht, wie Kinder die Alltagspsychologie erwerben, kann der behavioristischen Position Povinellis teilweise etwas abgewinnen. „Um zu verstehen, was andere

tun, versetzen sich auch Menschen, egal ob Kinder oder Erwachsene, normalerweise nicht in andere hinein. Man kommt meist ganz gut ohne eine Theory of Mind aus. Nur wenn jemand einen „falschen Glauben“ hat, so heißt der Fachbegriff für eine irrige Überzeugung, nur dann muß man, um das Verhalten des anderen erraten zu können, verstehen, daß er einen inneren Zustand hat, der die Welt anders darstellt als sie ist.“ Normalerweise regiere im Alltag ein Mittel-Zweck-Denken. Was muß ich tun, um ein Ziel zu erreichen? (Es regnet. Um nicht naß zu werden nehme ich einen Regenschirm.) Perner beschäftigt sich aktuell intensiv mit dieser Richtung der Handlungsphilosophie. „Ich kann mit Mittel-Zweck-Denken – wir sprechen von Teleologie – sehr gute Vorhersagen machen, ohne daß ich psychologisiert werde. Solange es um Fakten geht, brauche ich zur Erklärung von Verhalten keine innerpsychischen Vorgänge.“

Kinder sind ab einem Alter von ungefähr vier Jahren imstande zu erkennen, wenn jemand etwas irrigerweise glaubt („False Belief“). Ab da lernen sie die Überzeugungen einer Person in ihr Denken mit einzubeziehen. Das entscheidende Experiment dazu haben Heinz Wimmer und Josef Perner 1983 durchgeführt („Maxi und die Schokolade“). Anzeichen eines viel früheren Verständnisses (schon mit sieben Monaten) sind wegen ihrer fraglichen Replizierbarkeit noch heftig umstritten. Über den Level von vierjährigen Kindern kommen – Tomasello zufolge – Affen jedenfalls nicht hinaus. ■

<https://ccns.sbg.ac.at/people/huemer/>
<https://ccns.sbg.ac.at/people/perner/>
<https://www.danielpovinelli.com/>



© Wikipedia // Cc-by-sa-3.0 / Friedrich Böhringer

Älteste erwachsene Menschenfunde in Österreich

Neueste Technologien führen bei einigen der ältesten menschlichen Überreste Österreichs zu sensationellen Erkenntnissen

Namhafte internationale WissenschaftlerInnen erzielten unter der Federführung des Universalmuseums Joanneum sensationelle Erkenntnisse bei der Erforschung der ältesten erwachsenen Menschenfunde in Österreich, eines mittelsteinzeitlichen Schädels (8.800 Jahre alt) aus Wöllersdorf (NÖ) und eines jungsteinzeitlichen Skeletts (7.000 Jahre alt) aus Pötsching (Bgld.). Beide Personen kamen gewaltsam zu Tode. Die Bandbreite der bei der Untersuchung verwendeten Methoden reicht von den anthropologischen und archäologischen Befunden bis zur Anfertigung medizinischer CT-Scans. Weiters von der digitalen 3-D-Daten-Aufbereitung zur Entwicklung maßstabgetreuer 3-D-Modelle bis hin zur Gesichtsrekonstruktion sowie Entwicklung und Anwendung neuer molekularer Verfahren zur Lebensaltersschätzung.

Grafik: Fossil, Dirk Labudde



Gesichtsrekonstruktion Wöllersdorf

Älteste Mordopfer Österreichs

Bereits im Jahr 2011 entdeckte ein Team unter der Leitung der Archäologin Dorothea Talaá im niederösterreichischen Wöllersdorf den ältesten Schädelfund Österreichs – mithilfe der Radiokarbondatierung (C14) ließ sich ein sagenhaftes Alter von beinahe 9.000 Jahren feststellen. Die gefundene Schädeldeponie stellt laut Talaá „ein besonderes Begräbnisritual für ein Mitglied der mittelsteinzeitlichen Oberschicht dar“. 2015 kam es zur Entdeckung des ältesten Burgenländers in Pötsching, der um 5000 v. Chr. lebte – wiederum unter der Leitung Talaás.

Die Anthropologin Silvia Renhart vom Universalmuseum Joanneum untersuchte beide Funde und diagnostizierte an den Überresten des Mannes aus Wöllersdorf, daß er im Alter zwischen 31 und 40 durch massive Schläge auf den Schädel, wohl mit einem Steinbeil, gewaltsam zu Tode kam. Beim ältesten Burgenländer handelt es sich um einen brutal getöteten Jugendlichen der Epoche der frühjungsteinzeitlichen Kultur der Bandkeramik. Bei dem 15jährigen aus Pötsching sind massive Gewaltspuren festzustellen, die sowohl durch eine Fernwaffe (Pfeil) als auch eine Nahwaffe (Knüppel) verursacht wurden. „Offenbar war er vor

dem Angriff auf sein Dorf in das unmittelbar neben der Siedlung liegende Abbaugelände für Lehm geflüchtet und dort getötet worden“, meint Archäologin Talaá. „Diese ungewöhnlichen, ja einzigartigen Funde brauchten neue Forschungsansätze und -methoden“, so Silvia Renhart. Ihr gelang es in der Folge, namhafte internationale WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen unentgeltlich für ein Forschungsprojekt zu gewinnen.

Unter Einsatz der am Ludwig Boltzmann Institut für Klinisch-Forensische Bildgebung entwickelten Visualisierungstechnik konnte auf Basis der Ergebnisse der Forschungsgruppe FoSIL (Hochschule Mittweida) den stark fragmentierten Schädeln ein lebensnahes und der aktuellen Forschung entsprechendes Gesicht gegeben werden. Schädel, Unterkiefer und weitere lose Knochenfragmente aus Computertomographiedaten wurden zu einem für die Gesichtsrekonstruktion anatomisch korrekten 3-D-Modell zusammengesetzt. Auf Basis von CT-Daten wurden Verletzungsmechanismen rekonstruiert und illustriert.

Mithilfe von Virtual Reality und 3-D-Druck kann nun ein Blick in das Gesicht von 9.000 bzw. 7.000 Jahre alten Menschen geworfen werden.

Molekulare Uhren – zu- oder abnehmende Modifikationen von DNA und Proteinen – ticken von Geburt an in jedem Menschen und können noch nach Jahrtausenden Auskunft geben, wie alt ein Individuum zum Todeszeitpunkt war. Eine entsprechende Lebensaltersschätzung der vorliegenden Funde führte Stefanie Ritz-Timme (Institut für Rechtsmedizin, Universitätsklinikum Düsseldorf) mit einer neu entwickelten Methode erstmals an so alten menschlichen Überresten durch. Die Ergebnisse bestätigen die anthropologisch vorbestimmten Lebensaltersspannen vollumfänglich.

„Nach gut zwei intensiven Forschungsjahren machen die Ergebnisse nahezu sprachlos. Nicht nur, daß man endlich Vorfahren ins Antlitz schauen kann, sondern auch, daß die anthropologische Sterbealtersanalyse durch sogenannte ‚molekulare Uhren‘ untermauert werden kann. Letzteres ist sehr wichtig, auch um aufzuzeigen, daß die diagnostizierten Sterbealter ihre Richtigkeit haben und die manchmal schon als überholt abgestempelte physische Anthropologie noch lange nicht ausgedient hat“, zeigt sich Silvia Renhart begeistert. ■

<https://www.museum-joanneum.at/>
<https://cfi.lbg.ac.at/>

Die Brücke zum Aufklappen

Eine Weltpremiere in Österreich: An der TU Wien wurde eine neue Brückenbau-technik entwickelt, nun wurde sie von der ASFINAG beim Bau der Fürstenfelder Schnellstraße erfolgreich eingesetzt.

Es gibt verschiedene Methoden, eine Brücke zu bauen – doch die neue Technik der TU Wien ist etwas ganz Besonderes: Die Brücke entsteht nicht horizontal, wie sonst üblich, sondern sie wird vertikal errichtet und dann ausgeklappt. Erste Versuche wurden bereits 2010 durchgeführt, nun ist die Technik ausgereift. Beim Bau der S 7 Fürstenfelder Schnellstraße wurde die neue Technologie von der ASFINAG gleich zweimal eingesetzt. Zuerst am Lahnbach, und nun, am 27. Februar, für eine Brücke über die Lafnitz, mit einer Länge von 116 Metern. Weil man für die neue Brückenbau-Methode kein Gerüst errichten muß, kann man damit Zeit, Geld und Ressourcen sparen.

Das Regenschirm-Prinzip

„Je nach Größe und Standort verwendet man heute ganz unterschiedliche Brückenbau-Techniken“, sagt Professor Johann Kollegger vom Institut für Tragkonstruktionen der TU Wien. Wenn die Brücke nicht allzu hoch ist, kann man ein Gerüst bauen, das die Brücke während der Bauphase trägt. Man kann auch zuerst einen Brückenpfeiler errichten und sich von dort aus auf genau ausbalancierte Weise in beide Richtungen vorarbeiten. Oder man baut stabile Stahlträger, die dann in waagrechter Position Stück für Stück eingeschoben werden.

Die Technik, die Johann Kollegger entwickelte, funktioniert völlig anders: An beiden Seiten eines Betonpfeilers werden senkrecht Träger montiert, die dann ausgeklappt werden können, ähnlich wie ein Regenschirm. „Die beiden Träger sind oben, direkt über dem Pfeiler, durch ein Gelenk miteinander verbunden“, erklärt Kollegger. „Mit hydraulischen Anlagen wird dieses Gelenk dann langsam abgesenkt, dabei klappen sich die Träger auf beiden Seiten aus.“

Die Träger bestehen aus dünnwandigen Fertigteilen mit Stahlbewehrung und sind zunächst hohl. Erst wenn sie die endgültige Position erreicht haben, werden sie mit Beton ausgegossen. „Würde man zuerst ein Gerüst bauen und darauf eine Brücke errichten, würde das Monate dauern. Die Klapp-Konstruktion hingegen läßt sich in zwei bis drei Tagen aufstellen, und der Ausklappvorgang



Foto: Technische Universität Wien

dauert ungefähr drei Stunden“, sagt Kollegger.

Die neue Brückenbautechnik spart nicht nur Zeit, sondern auch Geld, und die Haltbarkeit der Brücke ist gleich oder sogar besser als bei anderen Brückentechnologien, wie Kollegger betont. Besonders vorteilhaft ist die Klapp-Methode, wenn man schwieriges Gelände überbrücken möchte, in das man nicht stark eingreifen möchte – etwa in einem Naturschutzgebiet, wie im Fall der nun gebauten Lafnitz-Brücke.

ASFINAG und TU Wien: Mut zur Innovation

Die ASFINAG errichtet derzeit die neue Schnellstraße S 7, die in der Nähe von Fürstenfeld über den Lahnbach und über die Lafnitz führt. „Die ASFINAG legt Wert auf höchste Qualität und es ist uns auch immer sehr wichtig, so umweltschonend wie möglich zu bauen“, sagt Bernhard Streit, Projekt-

leiter von der ASFINAG. „Mit dieser innovativen Methode konnten wir beide unsere Ansprüche in diesem sensiblen Gebiet erfüllen. Daher freuen wir uns sehr über die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der TU Wien“, so Streit.

Die Brücke über den Lahnbach wurde in mehreren Schritten zwischen Oktober 2019 und Januar 2020 bereits errichtet. Am 27. Februar 2020 wurde nun auch die noch etwas größere Brücke über die Lafnitz ausgeklappt.

„Für uns ist das ein Riesenerfolg und wir freuen uns sehr, daß die ASFINAG hier eine weltweite Vorreiterrolle einnimmt“, sagt Kollegger. Er arbeitet seit Jahren an der neuen Brückenbau-Methode: Bereits 2006 wurde die Idee patentiert, 2010 wurden von der TU Wien erste Versuche durchgeführt, viele Detailfragen waren im Lauf der Jahre zu klären – von den Metall-Gelenken, die den Kräften beim Ausklappen standhalten müssen, bis zu den hydraulischen Litzenhebern, mit denen die Konstruktion Schritt für Schritt abgesenkt wird.

„Nun haben wir bewiesen, daß die Technik ausgereift ist und bestens funktioniert“, sagt Kollegger. „Wir hoffen, daß sie sich durchsetzt und bald zu den gängigen Brückenbau-Technologien gehört, die auf der ganzen Welt angewendet werden und die Schnellstraße S 7 zum internationalen Vorreiter wird.“

Technische Daten

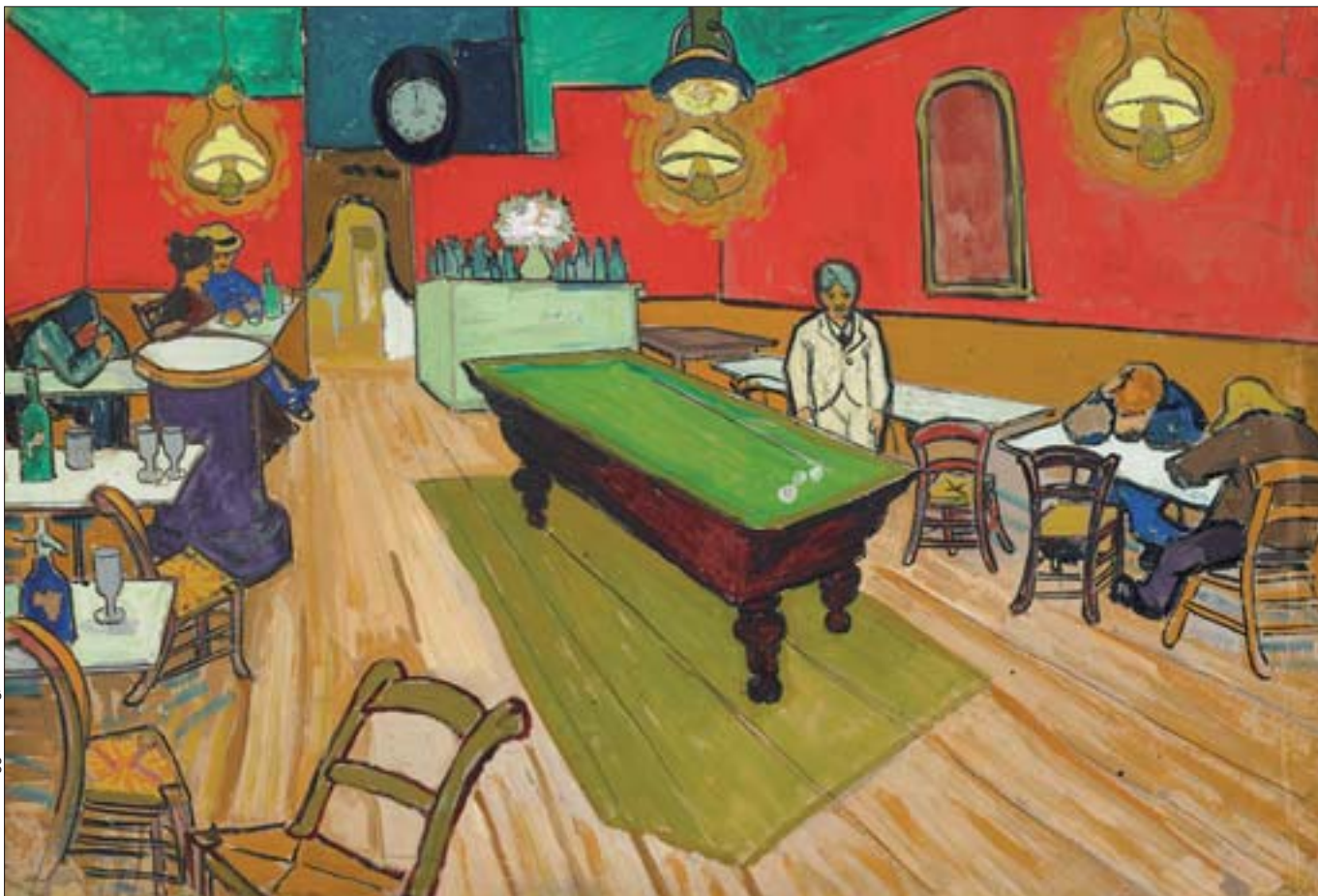
Die Träger der beiden Brücken sind 36 Meter lang – das ergibt im aufgeklappten Zustand eine Spannweite von 72 Metern. Jeder Träger wiegt ca. 54 Tonnen. Nach dem Aufspannen werden die Lücken zwischen der Brücke und den Brückenköpfen auf beiden Seiten noch mit Einhängeträgern geschlossen, dadurch ergibt sich eine Gesamtlänge von ca. 100 Metern bei der Lahnbachbrücke und 116 Metern bei der Lafnitzbrücke. Bei jeder der beiden Brücken wurden vier solche Klapp-Konstruktionen nebeneinander errichtet, um die nötige Breite für die Schnellstraßen-Fahrbahn zu erreichen. ■

<https://tuwien.at/>

<https://tuwien.at/klappbruecke-video>

Van Gogh, Cézanne, Matisse, Hodler. Die Sammlung Hahnloser

Die Albertina widmet ihre Frühjahrsausstellung einer der wichtigsten Privatsammlungen der französischen Moderne. Sie ist bis 24. Mai 2020 zu sehen.



© Hahnloser / Jaeggli Stiftung, Villa Flora, Winterthur / Foto: Reto Pedrini, Zürich

Vincent van Gogh, *Das Nachtcafé in Arles*, 1888, Gouache

Die Ausstellung in der Albertina zeigt ein Kondensat aus den 80 wichtigsten und schönsten Werken der ursprünglich 500 Gemälde, Papierarbeiten und Plastiken umfassenden Sammlung Hahnloser, ergänzt durch Werke, die als Hahnloser-Schenkungen von den Kunstmuseen Winterthur und Bern erworben wurden.

Die Schweiz besitzt bekanntlich keine Fürstlichen Sammlungen, zugleich bewundert man auf der ganzen Welt ihre reichen Sammlungen der Klassischen Moderne. Jener Moderne, die in der Welthauptstadt der Kunst geboren worden ist, in Paris. Schweizer Sammlungen haben keineswegs schon immer den Blick nach Frankreich gerichtet – sie tun es erst, seit Arthur und Hedy Hahnloser in der Blütezeit der Avantgarden zu Sammeln begonnen haben.

Die Sammlung Hahnloser entstand zwischen 1907 und 1936 im engen freundschaftlichen Austausch zwischen dem Sammlerpaar Arthur Hahnloser (1870–1936) und Hedy Hahnloser-Bühler (1872–1952) und ihren Künstlerfreunden: Ferdinand Hodler, Félix Vallotton, Henri Manguin, Pierre Bonnard und Henri Matisse. Später wurden auch deren Vorläufer Renoir, Van Gogh, Gauguin, Cézanne und Toulouse-Lautrec Teil der Sammlung des Augenarztes und der ausgebildeten Malerin.

Heute umfaßt die bedeutende Sammlung einzigartige Werkgruppen – Gemälde, Plastiken und Aquarelle – der schweizerischen und französischen Moderne, darunter so prominente Werke wie Bonnards Spiegeleffekt (Die Wanne), Cézannes Selbstbildnis Porträt des Künstlers, Van Goghs Sämann und das

Nachtcafé in Arles, Vallottons Die Weiße und die Schwarze oder Maillols Skulptur Pomona.

Bedeutende Teile der ursprünglichen Sammlung befinden sich heute im Besitz der Hahnloser/Jaeggli Stiftung, die seit 2016 im Kunstmuseum Bern deponiert ist. Zudem konnten Schlüsselwerke in die Ausstellung integriert werden, die das Sammlerpaar und deren Erben den Kunstmuseen von Winterthur und Bern geschenkt haben. Auch die Nachkommen haben großzügig Leihgaben beigesteuert.

Sammeln war für Arthur und Hedy Hahnloser eine sinnstiftende Lebensaufgabe, an der sie ihr Umfeld aktiv beteiligten. Ihre Sammlung, die sie in der Villa Flora in Winterthur als Gesamtkunstwerk inszenierten, verstanden sie als „Lehrmuseum“. Sie moti-

Kultur

vierten Verwandte und Freunde, Werke ihrer favorisierten Künstler zu erwerben oder verhalfen diesen durch Schenkungen an Privatsammler und Schweizer Kunstmuseen zu Bekanntheit. Dieses „Prinzip Hahnloser“ hat die Schweizer Museumssammlungen und ihre Ankaufspolitik enorm bereichert; oft stehen die Schenkungen am Beginn umfangreicher Sammlungen der Modernen Kunst.

In Österreich, wo Frankreich lange als Erzfeind betrachtet wird und die Moderne nicht mit aller Konsequenz Eingang in die ästhetische Erziehung findet, wird ein vergleichbarer „Lehrpfad der Moderne“ erst 100 Jahre später mit der in der Albertina deponierten Sammlung Batliner etabliert. Hier führt die Sammlung Hahnloser einen Dialog mit den hauseigenen Sammlungen, die durch eine Auswahl von 20 Werken in die Ausstellung integriert sind.

Die Sammlung

In der Schweiz gibt es keine staatlichen Sammlungen und keine Nationalgalerie. Die heutige Schweiz wird 1848 als föderalistischer Bundesstaat gegründet; entsprechend bleibt das Kunstsammeln Privatsammlern und lokalen Museen vorbehalten. Hier geben Bürger den Ton an. Auch im Vorstand des 1848 gegründeten Kunstvereins Winterthur übernehmen um 1906 junge Kunstenthusiasten die Führung. Die Hauptprotagonisten sind Arthur Hahnloser und Hedy Hahnloser-Bühler, die zusammen mit Hedys Cousin Richard Bühler und den Brüdern Oskar und Georg Reinhart Winterthurs „glorioses Jahrzehnt“ einleiten. Zwischen 1910 und 1920 entstehen einige der wichtigsten Schweizer Privatsammlungen, darunter die Sammlung Hahnloser, die entscheidenden Einfluß auf den Aufbau moderner Kunstsammlungen der Schweizer Museen nehmen.

Die Sammlung Hahnloser zählt zu den bedeutendsten Schweizer Privatsammlungen zur Kunst des 20. Jahrhunderts. Mit Werken von Manet, Cézanne und Van Gogh, Renoir und Toulouse-Lautrec repräsentiert sie die Anfänge moderner Kunst in Europa; mit Werken von Hodler und Vallotton besitzt sie eine ganz persönliche und auch typisch schweizerische Note. Die Vorliebe für die Nabis und den farbgewaltigen Expressionismus der Fauves ist wie die Bereitschaft der Sammler, den Weg der Künstler mit Begeisterung mitzugehen, in dieser Sammlung spürbar.

Die Sammlung Hahnloser entsteht während einer relativ kurzen Zeitspanne zwischen 1907 und 1936, und dies im engen

© Dauerleihgabe an Hahnloser/Jaeggli-Stiftung, Villa Flora, Winterthur / Foto: Reto Pedrini, Zürich



Paul Cézanne, *Die Dächer*, 1876/77, Öl auf Leinwand

Austausch mit ihren Künstlern. Dieser Aspekt hat das Erscheinungsbild der Sammlung entscheidend gelenkt und geprägt. Sie besticht durch umfassende Werkgruppen von Künstlern wie Bonnard, Matisse und Vallotton und damit durch eine Auswahl, die der tiefen und treuen Verbundenheit mit den befreundeten Künstlern geschuldet ist.

Arthur und Hedy Hahnloser sammeln zunächst für ihr eigenes Heim, die Villa Flora in Winterthur. Mit Auftragswerken und Schenkungen an Museen sowie mit ihrem vehementen Eintreten für „ihre Künstler“ fördern sie aber auch die Kenntnis über die klassische Moderne Europas in der Schweiz. Ihre Schenkungen an Schweizer Museen bewirken, daß sich das Kunst-Museum-Winterthur 1916 als erste öffentliche Sammlung französischer Moderne der Schweiz positionieren kann; das Kunstmuseum Bern und das Kunsthaus Zürich folgen diesem Beispiel. Diese Verschränkung von privatem und öffentlichem Sammeln ist heute als „Prinzip Hahnloser“ bekannt.

Nach Hedy Hahnlosers Tod 1952 geht die Sammlung an ihre Kinder Hans und Lisa. Heute befindet sie sich zu einem großen Teil in der 1980 gegründeten Hahnloser/Jaeggli Stiftung; eine ebenso große Anzahl ist noch immer im privaten Besitz der Familie. 2018 wird die Villa Flora dem Kanton Zürich geschenkt; 2023 soll sie als dritter Standort des Kunst-Museums-Winterthur der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Ausgewählte Künstler

Vincent van Gogh (1853–1890)

Als Van Gogh 1886 in Paris ankommt, ist er Zeuge der neuen Kunstrichtung des Neoimpressionismus: Diese Künstler setzen die Farben unvermischt als Punkte und winzige Striche nebeneinander. Dies inspiriert Van Gogh, sich von der dunklen Tonmalerei, wie er sie in Holland praktiziert hat, zu distanzieren. Er verwendet reine, hellbunte Farben und malt Strichbilder. Van Gogh setzt die Farben unvermischt und pastos neben- und übereinander. Seit seinen Anfängen in Holland gilt Van Gogh die Schwarzweißzeichnung als der Malerei ebenbürtig. Nachdem er sich in Paris verstärkt der Malerei gewidmet hat, nimmt er ab 1888 in Arles seine intensive Zeichentätigkeit wieder auf. Er verbindet sie nun mit den Prinzipien japanischer Zeichnung und des Farbholzschnitts. Ersichtlich wird dies in der Schnelligkeit des Strichs, der Flächigkeit und Vereinfachung des Motivs sowie der Ausdrucksstärke der Konturlinien.

Paul Cézanne (1839–1906)

Émile Zola drängte seinen Jugendfreund Paul Cézanne, nach Paris zu kommen, und dessen strenger Vater gab dem Wunsch des Sohnes schließlich nach: Cézanne verließ Aix-en-Provence und kam im April 1861 in der Metropole an. Er schrieb sich in die private Lehrakademie Suisse ein und traf dort

© Dauerleihgabe an Hahnloser/Jaeggli Stiftung, Villa Flora, Winterthur / Foto: Reto Pedrini, Zürich



Henri Matisse, *Die beige Odaliske*, 1919, Öl auf Leinwand

nach wiederholten Zwischenaufenthalten in Aix auf seine späteren Mitstreiter, die künftigen Impressionisten Camille Pissarro, Claude Monet, Auguste Renoir und Alfred Sisley. Wie sie malte auch Cézanne gegen die Konvention an. Sein heftiger Farbauftrag (manière couillarde) erntete Mißfallen beim Salon. Er malte mit dunklen Farben; erst die Zusammenarbeit mit Pissarro in Pontoise hellte seine Farbpalette auf. Mit ihm, Monet und den anderen gehörte Cézanne 1874 zu den Gründungsmitgliedern der Société anonyme des artistes, peintres, sculpteurs et graveurs. Gemeinsam organisierten sie in diesem Jahr in den Räumlichkeiten des Fotografen Félix Nadar in Paris die erste Ausstellung in Eigenregie, um ihre vom Salon abgelehnten Werke zu präsentieren. Sieben Ausstellungen der von den Kritikern wegen ihres skizzenhaften und flüchtigen Pinselstriches als Impressionisten bezeichneten Künstler wer-

den bis 1886 folgen. Cézanne nahm 1874 und 1877 daran teil. Beide Male sah sich seine Malerei heftiger Kritik ausgesetzt. Er lehnte es fortan ab, mit den Impressionisten auszustellen, zog sich in den Süden zurück und suchte die Abgeschiedenheit in Aix und L'Estaque.

Henri Matisse (1869–1954)

Am Herbstsalon von 1905 hatte er mit aufsehenerregenden „Orgien reiner Farbtöne“ einen Skandal verursacht und den Fauvismus begründet. Matisse' Malerei wurde so populär, daß er aus Spanien, Rußland, Deutschland und Ungarn Künstler an die von ihm und seinem Schüler Hans Purrmann 1908 begründete Académie Matisse im Couvent des Oiseaux und dann im Hôtel Biron in Paris anzog. 1911 schloß sie ihre Pforten. Der Zeitgeist hatte Matisse überholt. Der Kubismus und neue Avantgarden, die zur „Rück-

kehr zur Ordnung“ (Retour à l'ordre) und zu einer Rückbesinnung auf die Ideale der Klassik riefen, verbannten jegliche Art von orgiastischer Farb- und Formgebung von der Leinwand. In der Folge malte Matisse zunächst farblich zurückhaltend, versah die Motive mit nur knappem Detail und hielt die Kompositionen mittels strenger, geometrischer Flächengliederung fest. Am Ende ging er aber dazu über, der Arabeske Bedeutung einzuräumen, und malte später sogar mit warmen, satten Farben.

Henri Manguin (1874–1949)

Der Fauvismus hat Farbe und Form vom Gegenstand befreit. Bei Manguin findet diese Loslösung allerdings stärker durch die Farbe statt, die er absichtsvoll verfremdet. Die Umrissfunktion der Zeichnung behält ihre traditionelle Rolle bei. Dazu kommt Manguins Auseinandersetzung mit dem Altmeister des Divisionismus Paul Signac, dem er über die Schulter blickt, als er sich im Sommer 1905 in Saint-Tropez niederläßt.

Manguin ist der Gemäßigste unter den Fauves. Sein Pinselstrich ist weniger skizzenhaft und unregelmäßig als zum Beispiel der von Matisse.

Albert Marquet (1875–1917)

Marquet ist ein Fauve der ersten Stunde, der an der proklamierten Revolution der Farbe mitwirkt. Trotzdem ist die Farbtonalität seiner Bilder still, zurückhaltend, mitunter meditativ und kontrolliert. Viele seiner Werke entstehen als Blick aus einem Fenster. Marquet hat die fauvistischen Farborgien im Sinne einer impressionistischen Auffassung gemildert. Er bevorzugt es, in großen Flächen zu komponieren und einzelne Motive mit kräftigen Konturlinien einzufassen. Marquet ist vor allem für seine Hafen- und Flußlandschaften bekannt

Henri de Toulouse-Lautrec (1864–1901)

Henri de Toulouse-Lautrec ist einer der sensibelsten Menschenkenner und aufmerksamsten Beobachter des Lebens in den Cabarets, Ballsälen, Bordellen und den Gassen von Paris am Ende des 19. Jahrhunderts, der ein umfassendes Œuvre von Gemälden, Zeichnungen und Lithografien hinterlassen hat.

Toulouse-Lautrec interessiert sich nicht wie seine impressionistischen Zeitgenossen für die Freilichtmalerei, en plein air. Er läßt sich von der Pariser Nachtwelt verführen: Er zeigt die Lokale und Bordelle von Montmar-

tre und deren Protagonisten, authentisch, ohne moralische Beurteilung oder Idealisierung. Für ihn war die Prostitution ein Phänomen seiner Zeit, das er ohne Schamgefühle und Vorurteile beschreibt. Sein Interesse gilt dem Akt in Bewegung, der Handlung, im Gegensatz zum konventionell posierenden, liegenden oder stehenden Akt. Lautrec konzentriert sich auf die intimen Gepflogenheiten der Prostituierten beim Waschen oder Kämmen, auf die Momente des Wartens auf Kunden, ohne Letztere selbst zum Bildgegenstand werden zu lassen.

Odilon Redon (1840–1916)

Der Künstler hatte in Paris die Rolle des Mentors für die Künstler der Nabis übernommen, als Paul Gauguin 1891 nach Tahiti abgereist war. Bonnard und Vuillard und mit ihnen die Nabis verehren Redon als Meister der Traumwelt, „Prince du rêve“. Das Verschmelzen von philosophisch-spirituellen und naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und die unverwechselbare Farbexpressivität seiner Bilder machen ihn zu einem der kühnsten Wegbereiter der klassischen Moderne und zum Vater des Symbolismus.

Félix Vallotton (1865–1925)

Im Jahr 1908 lernen Arthur und Hedy Hahnloser Félix Vallotton in Paris kennen und beauftragen ihn, ihre Porträts zu malen. Noch im selben Jahr reist der Künstler nach Winterthur, wo er die Arbeit unter Zuhilfenahme von Fotos in Angriff nimmt.

Die Landschaft nimmt in Vallottons Schaffen einen wichtigen Platz ein. Mit dem Prinzip der „paysage composé“ hat er für dieses Thema eine eigene Abstraktionstheorie formuliert. Sie erlaubt ihm, das für ihn Wesentliche herauszufiltern. Vallottons komponierte Landschaften gehen auf Eindrücke zurück, die sich dem Künstler während seiner Ferienaufenthalte in der Normandie oder an der Côte d'Azur eingeprägt haben. Es sind Erinnerungsbilder, die nicht im Freien gemalt werden, sondern erst nach der Rückkehr ins Atelier. Vallotton stützt sich jedoch auf Bleistiftskizzen, die er an Ort und Stelle in einem Notizbuch festhält. Der flüchtige Augeneindruck wandelt sich im Bild zum autonomen künstlerischen Ausdruck.

Aristide Maillol (1861–1944)

Es ist Vallotton, der dem Sammlerpaar Hahnloser den Bildhauer Aristide Maillol empfiehlt. Die beiden Künstlern eigene klare Linienarchitektur steht im Gegensatz zu den Licht- und Farbvisionen von Renoir, Redon,



Henri Manguin, Akt unter den Bäumen, 1905, Öl auf Leinwand



Félix Vallotton, Die Weiße und die Schwarze, 1913, Öl auf Leinwand

Bonnard und Vuillard. Maillol führt Rodins Bewegungsdramatik auf ein archaisches Weiblichkeitsidol zurück. Mit seinen gespannten Volumen reagiert er auf Vallottons stilisierte Akte und nimmt zugleich Picassos Neoklassik der 1920er-Jahre vorweg. Maillols schnörkellose Klarheit wiederum motiviert Vallotton, sich ab 1904 selbst bildhauerisch zu betätigen. Die lebensgroßen, in dieser Ausstellung vertretenen Bronzeplastiken Flora, Pomona und Venus mit Halskette wer-

den im Garten der Villa Flora inszeniert. „Nichts ist ergreifender als zu sehen wie die Maillol-Statuen in Winterthur in wunderbaren Gärten leben, dies ist ihre ewige Bestimmung“, ruft Maillol 1933 bei seinem Besuch der Villa Flora aus.

Pierre Bonnard (1867–1947)

Um 1890 zählt Bonnard zu den Nabis und geht schließlich eigene Wege. Den Impressionismus hat er durch seine strenge Vor-



stellung von Komposition und durch Farbe als zusätzliches Ausdrucksmittel zur letztmöglichen Steigerung gebracht. Sein Themenkreis mit Szenen des Pariser Stadtlebens, mit Interieurs, Landschaften und den berühmten Badezimmerbildern ist begrenzt. Denn in der Wiederholung eines Sujets erprobt er die immer wieder neue Entdeckung seiner Umgebung als eine Facette unendlich vieler Möglichkeiten. So sehr die Inspiration des Künstlers im persönlichen Umfeld und Alltag wurzelt, beschreiben seine Bilder einen allgemeinen Zustand, in dem die Zeit stillsteht. Sie fordern den Betrachter rein formal und farblich heraus.

Édouard Vuillard (1868–1940)

Vuillard gehört wie Bonnard und Vallotton zur Künstlergruppe der Nabis. Dekorative Flächigkeit und strenge Konturen kennzeichnen ihre Bilder; intime Interieurs und Landschaften sind ihre bevorzugten Themen. Um 1900 blickt Vuillard zurück auf den Impressionismus und geht über zu einer befreiten Malerei mit neuen Sujets wie dem Akt, einer lichten Farbpalette und einem lockeren, leichten Farbauftrag. Die für ihn typische zurückhaltende Beobachtung und Beschreibung seiner Szenen hat ihm von sei-

Bild oben: Pierre Bonnard, *Bootsfahrt auf dem Meer*, 1924, Öl auf Leinwand

Bild unten: Édouard Vuillard, *Damespiel in Amfréville*, 1906, Öl auf Karton



nem Zeitgenossen André Gide die Bezeichnung „intimiste“ eingebracht. Das Interieur mit familiären Sujets gehört zu den bevorzugten und immer wiederkehrenden Themen in Vuillards Schaffen.

Wenngleich die Protagonisten seiner Bilder meist dem unmittelbaren Familien- oder Bekanntenkreis entstammen, bleiben die Intimität und ein Hauch des Ungewissen durch die Verschleierung individueller Züge stets gewahrt. Die harmonische Bildflächengestaltung als Ganzes hat klaren Vorrang vor allem Erzählerischen oder einer detaillierten Beschreibung der Szene.

Ferdinand Hodler (1853–1918)

Den internationalen Durchbruch bringt Hodlers Beteiligung an der XIX. Ausstellung der Wiener Secession 1904. In seinen Bildern setzt Hodler die „Wahrheit“ klar über die „Schönheit“ und hat dafür eine eigene Abstraktionstheorie formuliert – den „Parallelismus“. Sein Anliegen ist es, das für ihn Wesentliche herauszufiltern und durch kompositorische Gesetzmäßigkeiten wie Wiederholung und Symmetrie hervortreten zu lassen.

Mit Rembrandt, Van Gogh und Cézanne ist Hodler einer der bedeutendsten Maler von Selbstbildnissen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Existenz zieht sich mit fast 50 Gemälden und mehr als 70 Zeichnungen durch sein gesamtes Schaffen. Die Struktur der Malerei ist stets präsent und verweigert sich jedem fotografischen Illusionismus. Wie bei einem in der Ferne gesehenen Bergmassiv konzentrierte sich der Künstler auf die wesentlichen Flächen und Linien. Hodler hat wie in allen seinen Porträts ein über das Individuelle hinausgehendes Existenzbild von ungeheurer Präsenz gemalt.

Die Gebirgsbilder Hodlers zeigen keine Freizeitziele für Touristen, sondern Monumente erdgeschichtlicher Kräfte.

Die Albertina

Die Albertina im 1. Wiener Gemeindebezirk beherbergt unter anderem eine der bedeutendsten grafischen Sammlungen der Welt. Das Museum ist im Palais Erzherzog Albrecht untergebracht, einer historischen Residenz der Habsburger. Der Name Albertina bezieht sich auf Albert Casimir Herzog von Sachsen-Teschen, Schwiegersohn von Kaiserin Maria Theresia, der die Sammlung 1776 in Pressburg gründete, wo er als Vertreter von Maria Theresia für das Königreich Ungarn residierte. ■

<https://www.albertina.at/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Albertina_\(Wien\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Albertina_(Wien))

© Hahnloser / Jaeggli-Stiftung, Villa Flora, Winterthur / Foto: Reto Pedrini, Zürich



Bild oben: Ferdinand Hodler, Blumenpflückendes Mädchen, 1887, Öl auf Leinwand

Bild unten: Vincent van Gogh, Verblühte Sonnenblumen, 1887, Öl auf Leinwand

Kunstmuseum Bern, Schenkung Prof. Dr. Hans R. Hahnloser, Bern, 1971 © Kunstmuseum Bern



Der Meister von Mondsee

Bis 17. Mai 2020 im Oberen Belvedere

Das Belvedere widmet in der Reihe „Im Blick“ einem der bedeutendsten Maler des Spätmittelalters in Österreich eine erste monografische Ausstellung: dem Meister von Mondsee. Im Zentrum steht das namengebende Werk des unbekannten Künstlers – die Bilder eines gotischen Flügelaltars, der wahrscheinlich einst in der Stiftskirche von Mondsee stand.

Stella Rollig, Generaldirektorin des Belvedere: „Unser Blick richtet sich diesmal auf einen herausragenden Künstler in Österreich um 1500 und auf ein zentrales Werk der Mittelalter-Sammlung des Belvedere. Die Schau vereint erstmals das gesamte Ensemble des Mondseer Altars und beleuchtet dieses Meisterwerk im kunst- und kulturhistorischen Kontext.“

Reizvolle Mariendarstellungen, figurenreiche Inszenierungen der Kindheit Christi, agile Kirchenväter in Studierstuben und nicht zuletzt die stimmungsvolle Frühlingslandschaft in der Flucht nach Ägypten prägen das facettenreiche Œuvre des Meisters von Mondsee. Der virtuose Maler zählt zu jenen Künstlern, die gegen Ende des Mittelalters letzte Höhepunkte der spätgotischen Altarkunst schufen. Die Zusammenführung aller Bilder des Mondseer Altars in der Ausstellung gibt erstmals die Gelegenheit, dieses künstlerisch herausragende Werk in seiner Gesamtheit kennenzulernen.

Veronika Pirker-Aurenhammer, Kuratorin der Ausstellung: „Mit dieser Schau fügt sich das auseinandergerissene Bilderensemble des Mondseer Altars nach mehr als 200 Jahren endlich zusammen. Erst 2015 wurde das lange verschollene letzte Bild der Serie vom Oberösterreichischen Landesmuseum in Linz erworben. Nun können wir das komplette Werk des Meisters von Mondsee erstmals präsentieren und mit neuen Forschungsergebnissen vorstellen.“

Zur Ausstellung

Die Ausstellungsreihe Im Blick wurde konzipiert, um KünstlerInnen und Werke der Sammlung des Belvedere wissenschaftlich zu analysieren und vorzustellen. Der sogenannte Mondseer Altar im Zentrum der Schau ist das einzige gesicherte Werk des Malers, von dem – wie von so vielen Meistern des Mittelalters – kein Name überliefert ist. Acht



Meister von Mondsee, Flucht nach Ägypten, von der Predella des sogenannten Mondseer Altars, vor 1499

Gemälde des verloren gegangenen Altars sind bis heute erhalten, sie befinden sich an drei Standorten.

Das Belvedere besitzt mit fünf Tafelbildern den größten und bekanntesten Bestand. Zwei Tafeln wurden kürzlich von den Oberösterreichischen Landesmuseen aus Privatbesitz erworben, und eine befindet sich in den Fürstlichen Sammlungen Liechtenstein, Vaduz–Wien.

Die beiden jüngsten Ankäufe konnten eine lange bestehende Lücke in der öffent-

lichen Zugänglichkeit dieses bedeutenden Bilderensembles schließen, das im Zuge der Auflösung des Klosters Mondsee im Jahre 1791 zerteilt und zerstreut worden war. Der gotische Altar selbst – seine Architektur und das Schnitzwerk – dürfte bereits früher der Barockisierung der Kircheneinrichtung in Mondsee zum Opfer gefallen sein. Umso erfreulicher ist es, daß die Flügelbilder des Mondseer Altars vor der Zerstörung bewahrt wurden und nun gemeinsam gezeigt werden können.

Das Werk wird unter verschiedenen Aspekten vorgestellt und in eine „Rahmenerzählung“ zum historischen Kontext, zu künstlerischen Positionen von Zeitgenossen und zu möglichen Inspirationsquellen für die Bildinhalte eingebunden. Ein Aspekt der Ausstellung widmet sich der Altarstiftung durch Abt Benedikt Eck von Vilsbiburg, der auf einem der Bilder als Stifter mit dem Wappen von Mondsee zu sehen ist. In Benedikts Amtszeit erfolgte der gotische Neubau der Mondseer Stiftskirche. Der Abt hatte zuvor Michael Pacher mit der Gestaltung des Hochaltars der Wallfahrtskirche Sankt Wolfgang beauftragt, der für den Meister von Mondsee ein wichtiger Bezugspunkt war.

Anhand von ausgewählten Vergleichswerken wird gezeigt, daß sich der Meister von Mondsee mit Michael Pacher ebenso wie mit grafischen Vorlagen und anderen Bildquellen auseinandersetzte. Viele Hinweise sprechen dafür, daß der Maler einen erstaunlich weiten Bildungshorizont hatte und ihm die Kunst der Niederländer vertraut war. Bei allen Einflüssen bewahrte er aber stets eine individuelle Note, die sein Werk so unverwechselbar macht.

Ein Kapitel der Ausstellung zeigt die außerordentlich detaillierten Unterzeichnungen des Meisters von Mondsee, die durch neue Infrarotreflektografien – aufgenommen in der Restaurierungsabteilung des Belvedere – erkennbar wurden. Sie zeugen eindrucksvoll von der hohen Kunstfertigkeit des Meisters von Mondsee als Zeichner und eröffnen faszinierende Einblicke in den Entstehungsprozeß der Bilder.

<https://www.belvedere.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreichische_Galerie_Belvedere



© Belvedere, Wien / Foto: Johannes Stoll

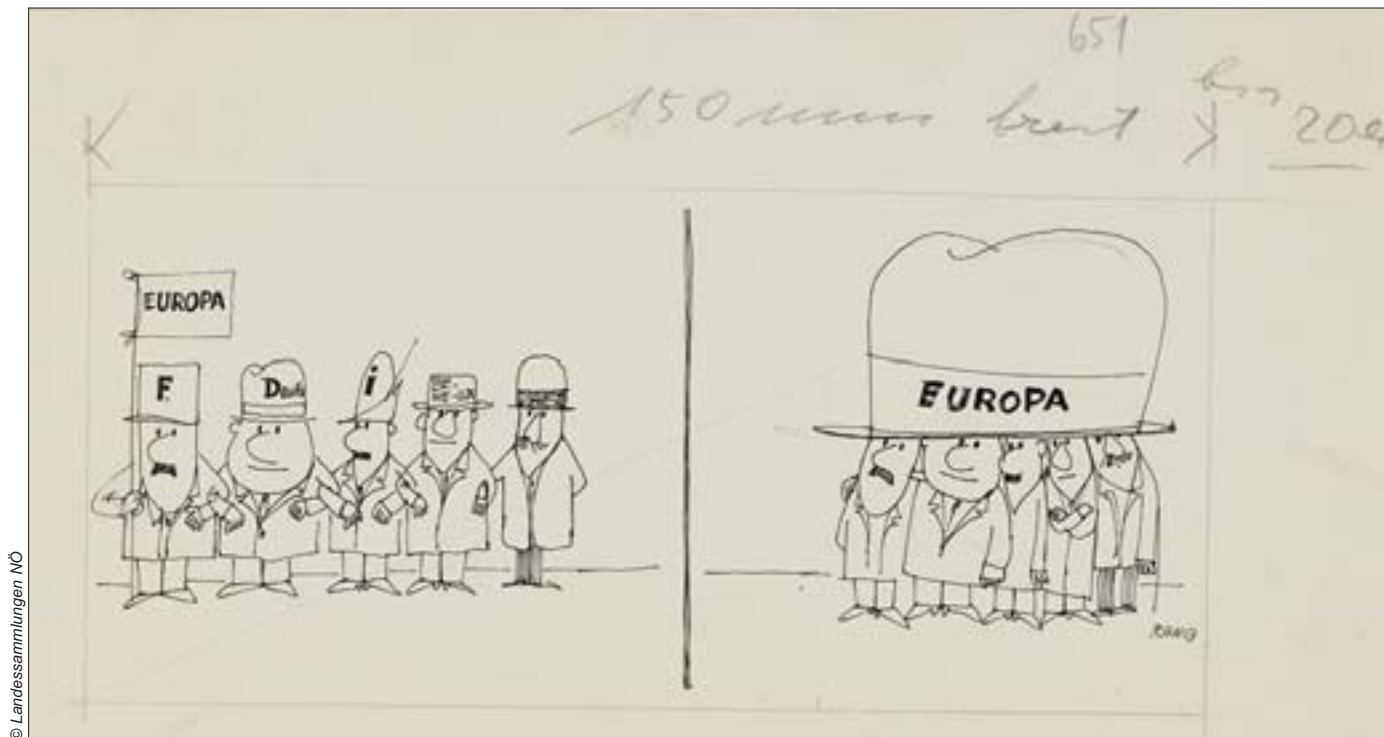
Meister von Mondsee, Maria als Tempeljungfrau im Ährenkleid; von der Predella des sogenannten Mondseer Altars, vor 1499. Bild unten: Ausstellungsansicht



© Belvedere, Wien / Foto: Johannes Stoll

TU FELIX AUSTRIA ... ZEICHNE!

25 Jahre Österreich in der EU – bis 31. Jänner 2021 im Karikaturmuseum Krems



Rudolf-Angerer, Europa unter einen Hut bekommen, undatiert

Seit 1995 ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Eine Vielfalt an Karikaturen und Editorial Cartoons österreichischer PressezeichnerInnen begleiteten den Weg Österreichs in die EU. Sie thematisieren exemplarisch Meilensteine der vergangenen 25 Jahre Mitgliedschaft und bieten Diskussionsbeiträge zu aktuellen und zukünftigen europäischen Themen.

Karikaturen, Editorial Cartoons, satirische Grafik bis hin zu Online Satire sind wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft und nehmen innerhalb der westlichen Medienlandschaft wichtige Kontrollfunktionen wahr.

Die Ausstellung umfaßt eine repräsentative Auswahl von rund 160 österreichischen Pressezeichnungen. 38 KünstlerInnen, wie Michael Pammesberger, Erich Sokol, Thomas Wizany, Gerhard Haderer und Margit Krammer, aus über 20 verschiedenen österreichischen Zeitungen und Magazinen werden in der Ausstellung gezeigt. Losgelöst von der Geschichte erlangen die Karikaturen etwas Zeitloses und geben pointierte und erhellende Einblicke in Österreichs Weg in die EU. Die Ausstellung dokumentiert nicht nur die große stilistische Bandbreite, sondern

auch die zeichnerische Vielfalt in der österreichischen Presse.

Bella gerant alii, tu felix Austria nube.

Kriege laß andere führen, du, glückliches Österreich, heirate.

Dieser bekannte Vers aus der Barockzeit bezieht sich auf die erfolgreiche Heiratspoli-

tik der Habsburger, die jahrhundertlang über Österreich herrschten.

Die Wendung „Tu felix Austria“ ist sogar noch älter und wird gerne benutzt, um die ÖsterreicherInnen als besonders lebensfroh und das Land insgesamt als vom Glück begünstigt zu beschreiben: Österreich als Insel der Seligen. Dieses Klischee stellen



Horst Hatzinger, Britanix, 2003

KünstlerInnen immer wieder infrage. Sie sehen darin den Versuch, von unangenehmen Wahrheiten abzulenken und Probleme schönzureden. Die Karikatur eignet sich hervorragend dazu, politische Zusammenhänge sichtbar zu machen und komplizierte Vorgänge auf den Punkt zu bringen. Die Ausstellung bezieht sich auf diesen Spruch. In *Tu felix Austria ... zeichne!* setzen sich KarikaturistInnen mit der Wahrheit lieber auseinander, als glücklich getäuscht mit einer Lüge zu leben. Die „zeichnenden JournalistInnen“ benutzen ihre künstlerischen Waffen, um Mißstände anzuprangern und zum Nachdenken aufzufordern. Sie zeigen auf, wie wichtig es ist, unangenehme Ereignisse aus der Geschichte nicht zu verdrängen, sondern zu verarbeiten. Sie führen den dramatischen Kontrast zwischen Ideal und Wirklichkeit vor Augen und gehen den Problemen auf den Grund. So sind Karikaturen unverzichtbar für den öffentlichen Diskurs, weil sie meinungs- und bewußtseinsbildend wirken, politische Ansichten beeinflussen und zum Denken anregen. Für die Ausstellung wurden zum Thema 25 Jahre Österreich in der EU Werke von 38 KarikaturistInnen versammelt, die die damit verbundenen Ängste und Erwartungen, Skandale und Hoffnungen, Wünsche und Herausforderungen gekonnt in politische Kommentare verpacken.

25 Jahre Österreich in der EU – und in Europa nichts Neues?

KarikaturistInnen sind in vielerlei Hinsicht TräumerInnen. Sie träumen von einer gerechteren Welt, von einer Gesellschaft, die Menschlichkeit vor Egoismus und grenzenlosen Konsum stellt, oder von PolitikerInnen, die sich ausschließlich der Wahrheit verpflichtet fühlen. Sie träumen von einem Europa, das verbindet, das seine gemeinsamen Werte pflegt und sich solidarisch zeigt – in guten und in schlechten Zeiten. Nicht immer sehen sie ihre Träume Wirklichkeit werden.

Darum setzen sie sich an ihren Arbeitstisch und zeichnen gegen Populismus und Hetze an, für ein Europa, das so viel mehr ist als ein Friedensprojekt. Die Mitgliedsländer der EU sind etwa der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet und bekennen sich zu einer gemeinsamen Klimapolitik.

Gut also, daß wir dank der hier versammelten österreichischen KarikaturistInnen über das, was wir seit nunmehr 70 Jahren gemeinsam auf dem europäischen Kontinent machen, lachen können. Denn selten wird so



Landessammlungen NÖ © Erich Sokol Privatstiftung

Erich Sokol, *Mannekin Piss*, 1989

deutlich, wie sehr wir uns mit dem europäischen Einigungsprojekt im Kreise drehen: nationale Interessen „unter einen Hut bekommen“? Schon früh zeichnete Rudolf Angerer den großen europäischen Hut, den sich die damaligen Staats- und Regierungschefs, ähnlich wie ihre heutigen KollegInnen, nur widerstrebend aufsetzten.

Und schließlich „Das Boot ist voll“, eine Zeichnung von Luis Murschetz von 1989, die den Umgang mit der damals sogenannten „Asylantenflut“ aufs Korn nahm, ziemlich genau vor 30 Jahren. Wie oft haben wir das in den letzten Jahren und Monaten wieder gehört: „Das Boot ist voll“, während Boote voller erschöpfter Geflüchteter auf dem Mittelmeer um Anlandung in einem europäischen Hafen betteln mußten, oft tagelang, als hätten sie, so Carola Rackete bei ihrer Anhörung im Europäischen Parlament im

Herbst 2019, „die Pest an Bord und nicht verletzliche Menschen“. Bilder, die sich so gar nicht mit den europäischen Werten des Humanismus und des Universalismus in Einklang bringen lassen. Doch auch die Festung Europa, wie eine Zeichnung Gerhard Haderers von 1995 heißt, gab es schon vor 25 Jahren.

Europäische Mythen

Europa als Gestalt der griechischen Mythologie ist in der Kunst und Karikatur ein immer wiederkehrendes Motiv. Sie ist die Tochter des phönizischen Königs Agenor und seiner Gattin Telephassa. Der Göttervater Zeus verliebt sich in die schöne Europa, fürchtet jedoch den Zorn seiner Ehefrau Hera und ersinnt deshalb eine List: Sein Bote Hermes soll die Königstochter zu einer Kuhherde führen, unter die sich der Donnergott

selbst in Gestalt eines prächtigen Stieres gemischt hat. Europa ist so beeindruckt von dem Tier, daß sie sich von ihm entführen und auf seinem Rücken nach Kreta bringen läßt. Dort angelangt, verwandelt Zeus sich zurück und zeugt mit Europa drei Kinder, darunter Minos, der künftige König der Insel. Seine Mutter wiederum wird dem gesamten Erdteil seinen Namen geben. Das Motiv von Europa mit dem Stier wurde in vielen Karikaturen der letzten Jahrzehnte für unterschiedlichste Aussagen benutzt, meist um auf Schwächen und Probleme der Europa-Idee hinzuweisen.

Vor dem EU-Beitritt: Ängste und Hoffnungen

Österreichs Weg in die EU ist lang und oft mühsam. Einerseits stehen viele ÖsterreicherInnen einem Beitritt sehr skeptisch gegenüber, andererseits ist auch das Ausland von Österreichs Einbindung nicht nur begeistert. 1989 fordert der Nationalrat die Regierung dazu auf, eine Mitgliedschaft „unter Wahrung der immerwährenden Neutralität“ zu beantragen.

Außenminister Alois Mock, der Vater des österreichischen EU-Beitritts, überbringt noch im gleichen Jahr den „Brief nach Brüssel“. Gemeinsam mit Brigitte Ederer, die als Staatssekretärin Bundeskanzler Franz Vranitzky vertritt, schließt er am 1. März 1994 in Brüssel die Beitrittsverhandlungen ab. In den tagelangen Sitzungen am Ende geht es vor allem um das umstrittene Thema des Transitverkehrs und die Vorbehalte der österreichischen Landwirtschaft. Nur wenige Monate zuvor, Anfang November 1993, ist der Vertrag von Maastricht in Kraft getreten, mit dem – vorerst als übergeordnete Struktur der Europäischen Gemeinschaften – die Europäische Union (EU) geschaffen wird.

In Vielfalt geeint

„In Vielfalt geeint“, so lautet das Motto der Europäischen Union seit der Jahrtausendwende. Denn die EU ist nicht nur ein Wirtschaftsraum, sondern auch ein vielfältiger und friedvoller Lebens- und Kulturraum. Politische Strategien und Gesetze werden von vielen Ländern gemeinsam beschlossen. Mit dem Vertrag von Lissabon, der 2007 von den 27 Ländern der EU unterzeichnet wird, sollen die Rechte der EU-BürgerInnen weiter gestärkt und die länderübergreifende Zusammenarbeit ausgedehnt werden. Und die EU wächst danach weiter: Am 1. Juli 2013 tritt Kroatien bei, und mit mehreren Nach-



An die Grenze, 2016

barländern werden Beitrittsverhandlungen geführt. Die Idee einer friedlichen Gemeinschaft aller europäischen Länder besteht also fort. Wenn ein Land Mitglied der EU werden will, läuft ein komplexes Verfahren an, das Zeit in Anspruch nimmt. Nach der Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Mitgliedschaft muß ein Bewerberland die Vorschriften und Regelungen der EU in allen Bereichen umsetzen.

Die Voraussetzungen sind unter dem Namen „Kopenhagener Kriterien“ bekannt

und umfassen eine freie Marktwirtschaft, eine stabile Demokratie und eine rechtsstaatliche Ordnung. Außerdem müssen alle EU-Rechtsvorschriften sowie der Euro akzeptiert werden. Die derzeitigen Kandidatenländer Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und die Türkei befinden sich in einem langjährigen Prozeß der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht. ■

<https://www.karikaturmuseum.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Karikaturmuseum_Krems



Heinz Ortner. *Wir ziehen alle an einem Strang*. 2003